3 1761 07979424 4

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/memoireneinesalt00robo

Memoiren

eines

ſten Diplomaten.

Berlin.
Richard Eckſtein Nachfolger
(Hammer & Runge).

CT
1098
R55A3

Alle Rechte vorbehalten!

Inhalt.

	Seite
1) Freiherr von Stockmar	7
2) Zwei Antipoden	48
3) Um Scepter und Krone	128
4) Was wird aus Braunschweig?	158
5) Der letzte Kurfürst	181
6) Ein kleinstaatlicher Diplomat	210
7) Monarch und Minister	217
8) Der Nuntius kömmt!	243
9) Eine Junker-Verschwörung	276
10) Ein Deutscher Botschafter	327

Vorwort.

Das Gemeinsame der hier folgenden, den verschiedensten Stoff behandelnden Erinnerungen aus der neueren Geschichte Preußens und Deutschlands liegt in ihren mehr oder weniger offenen Beziehungen zu den Wirren der Gegenwart. Artikel wie „Scepter und Krone" und die folgenden haben eine direkte und deutliche Beziehung auf neuere Erscheinungen, die dort ausdrücklich erwähnt werden. Anderswo bleibe es dem Scharfsinn des Lesers überlassen, die Pointen resp. Anspielungen aufzufinden. Was die historische Bedeutung der Aufsätze an sich betrifft, so wird die Kritik höflichst gebeten, es sich nicht wieder gar zu bequem zu machen und das Buch, weil es nicht auf jeder Seite Ueberraschungen bringt, mit den Phrasen abzufertigen: alte, bekannte Sachen, aus Zeitungen ausgeschnitten u. dgl. Der Autor weiß wohl, was dieser suffisanten Manier der Kritik zu Grunde liegt. Man glaubt sich eine Blöße zu geben, wenn man einem Buche gegenüber, das keinen prunkenden Namen eines Historikers auf dem Titel trägt, eingestehen soll: man lernt etwas aus dem Buche, es enthält wichtige oder doch interessante Aufklärungen. Weil man hier und da auch Bekanntes findet, ruft man selbst-

bewußt aus: das habe ich schon lange gewußt. Meine Artikel bringen dem Kundigen wirklich Neues, wenn sie auch in Bezug darauf nicht alle dasselbe Niveau einnehmen. Manche sollen eben nur ergänzen, in Vergessenheit geratene Dinge auffrischen, leichte Randzeichnungen liefern. Alle aber sind aus der Teilnahme an einem langen und reichen politischen Leben geschöpft.

Der Autor.

Freiherr von Stockmar.

Auf dem Coburger Friedhof befindet sich eine Familiengruft, deren Inneres nach einem Entwurfe der Kaiserin Friedrich sinnig ausgeschmückt ist. Grauer Marmor ziert Wände und Grabdeckel. Ein Altar in carrarischem Marmor mit Engelgestalten von Professor Hagen's Meißel steht an der Hinterwand, deren oberstes Feld ein Frescogemälde einnimmt, welches die biblische Geschichte vom barmherzigen Samariter darstellt. Darunter liest man folgende Inschrift:

„Dem Andenken des Freiherrn Christian Friedrich von Stockmar, geboren 22. August 1787, gestorben 9. Juli 1863, gewidmet von seinen Freunden in den regierenden Häusern von Belgien, Coburg, England und Preußen. Sprüche Salom. 18, 20, 24. (Ein treuer Freund liebet mehr und stehet fester bei, denn ein Bruder)."

Der Mann, welchem diese herzliche Anerkennung nach seinem Tode zu Theil wurde und dessen Verhältnis zu seinen fürstlichen Freunden durch diese Grabschrift so einfach und eindringlich ausgesprochen wird, verdient es wohl, auch von seinem Volke in ehren-

vollem Gedächtnis behalten zu werden. Denn wenn die unermüdliche Thätigkeit, die er in einem langen Leben entwickelte, auch zunächst fast immer den privaten oder politischen Interessen des coburgischen Fürstenhauses in seinen verschiedenen Zweigen zugewandt war, so erfüllte ihn doch nicht minder die regste Liebe zu seiner Nation und wo sich ihm in seiner einflußreichen Stellung die Gelegenheit darbot, für ihre Einheit und Freiheit zu wirken, da ließ er gewiß die Gunst des Augenblickes sich nicht entschlüpfen. Freilich brachte es seine ganze Laufbahn mit sich, daß er in seinem Thun und Treiben die Augen der Menge nicht auf sich zog. Jahrelang weilte er in England oder in Belgien und kehrte nur wie ein Gast in seiner Heimat ein. Nicht in parlamentarischen Versammlungen, nicht in der offiziellen Stellung eines deutschen Staatsmannes, nicht in allgemein bekannter, öffentlicher literarischer Thätigkeit, sondern in der geheimnißvollen Verborgenheit des Hoflebens als der vertraute Ratgeber und Agent seiner fürstlichen Freunde und Zöglinge, als sachkundiger, aber meist anonymer Mitarbeiter der angesehensten Organe des deutschen Liberalismus bekundete er sein Interesse und sein Verständnis für die Angelegenheiten seines Vaterlandes und zugleich das lautere Gold seines echt deutschen Characters. „Das letzte Geheimnis seines Wertes," so rief ihm Gustav Freitag in's Grab nach, „und des Einflusses, den er auf Andere erlangte, lag nicht in der vortrefflichen Grundlage seiner politischen Praxis, nicht in der Feinheit und Schärfe seines Blickes, sondern in seinem Gemüt. Daß er ein guter Mensch war, mit einem Herzen voll Liebe, dabei von einer fröhlichen Lebenskraft, welche

Anderen sympathetisch von der eignen Wärme mitzuteilen wußte, das machte ihn Allen unentbehrlich, mit denen er in nähere Verbindung gekommen war." Aber freilich, wer ihm nicht hatte näher treten können, der mochte sich von seiner eigenartigen Wirksamkeit leicht eine gänzlich falsche Vorstellung bilden, und Varnhagen wird es nicht allein gewesen sein, der den „englisch-coburgischen Intriguanten" mit Argwohn und Mißtrauen beobachtete. „Vous avez mené une existence souterraine, anonyme," sagte ein langjähriger Bekannter zu Stockmar in dessen letzten Lebensjahren; „was Sie eigentlich gewesen, wird bald niemand mehr wissen!" Und Stockmar selbst meinte, daß er das Beste, was er gethan, meist ängstlich, wie ein Verbrechen habe verbergen und das Verdienst davon Anderen habe zuschreiben müssen. Aber er fühlte sich glücklich in dieser Rolle und „war zufrieden, der Nachwelt immer halb verhüllt zu bleiben." Allein durch die Sorgfalt und Hingebung seines Sohnes ist dieses Schicksal dennoch von ihm genommen worden. Die „Denkwürdigkeiten aus den Papieren des Freiherrn Christian Friedrich von Stockmar" zusammengestellt von Ernst, Freiherr von Stockmar, gestatten einen so klaren Einblick in dies vielseitige Wirken des Mannes, daß, wenn auch manches von dem, was er angeregt und ausgeführt hat, immer mit Dunkel bedeckt bleibt, seine segensreiche Thätigkeit, seine ungewöhnliche Befähigung und die Lauterkeit seiner Gesinnung keiner helleren Beleuchtung bedürfen, als sie hier erhalten haben.

Stockmar war der Sohn eines coburgischen Justizbeamten bürgerlichen Standes. Nach der Vollendung seiner Gymnasialbildung, die er in Coburg empfing,

bezog er 1805 die Universität und studierte bis 1810 in Würzburg, Erlangen und Jena Medizin. „Es war ein kluger Streich," meinte er später, als er die Kunst des Aesculap längst an den Nagel gehängt hatte, „ursprünglich Medizin studiert zu haben; ohne das dabei erlangte Wissen, die psychologischen und physiologischen Aufklärungen, die mir von da aus geworden, würde mein savoir faire oft haben betteln gehen müssen." Auf die Bildung seines Characters wirkte aber vorzugsweise die ernste, schwere Zeit des napoleonischen Regimentes. Der Haß und die Verachtung des Rheinbundwesens, der Kleinstaaterei, die Sehnsucht nach Einheit, Macht und Größe des Vaterlandes, die nachmals den Greis bis zum letzten Hauch durchdrangen, erfüllten schon damals die Seele des Jünglings. Einen tiefen Eindruck machte eine Scene auf ihn, die für die Stimmung jener schwülen Tage characteristisch genug sein dürfte, um hier eine Wiedergabe zu verdienen. In einem Kreise, der vorwiegend aus Studenten bestand, wurden Mordpläne gegen Napoleon geschmiedet. Da erhob sich ernst ein alter preußischer Officier: Laßt das gut sein, so sprechen junge Leute. Wer die Welt länger kennt, der weiß, daß die Franzosenherrschaft nicht mehr lange dauern kann; vertraut auf den natürlichen Gang der Dinge! Diese Worte öffneten Stockmar den Blick für die Hohlheit des Napoleonischen Regimentes und begründeten in ihm für alle Zeit den Glauben an das Walten einer sittlichen Macht in dem Leben der Völker.

Seine practische Wirksamkeit als Arzt war nicht von langer Dauer. Im Jahre 1810 ließ er sich in Coburg nieder, wo ihn bald ein enges Freundschafts-

bündnis mit Rückert verknüpfte, dessen oberflächliche Bekanntschaft er schon in Würzburg gemacht hatte. Ihm teilte der Dichter zuerst seine geharnischten Sonette mit, ihm sandte er die bekannten „fünf Märlein für mein Schwesterlein," um sie zum Druck zu befördern, ihm schüttete er in manchem offenherzigen Briefe die mannigfachen Bekümmernisse aus, mit denen er damals rang. Persönlich mit in den Krieg zu ziehen, dazu fühlte sich Rückert nicht tauglich; aber gerade dies Gefühl erweckte ihm sittliches Mißbehagen. „Ich bin in der größten Dumpfheit und Niedergeschlagenheit," schreibt er einmal, „wenn nicht bald jemand kommt und nimmt mich mit auf Reisen oder in den Krieg, so bin ich fertig!" Ein ander Mal wirft er die Schuld auf seine poetischen Entwürfe. „Ich wollte, ich könnte die Poesie von meinem Halse abschütteln, die schwerer daran hängt, als ein Weib und zehn Kinder; so stände ich morgen unter den preußischen Freiwilligen." Stockmar hatte mit solchen Beängstigungen nicht zu kämpfen, sein Beruf als Arzt wies ihm unzweifelhaft die Stelle an, wo er dem Vaterlande zu dienen hatte. Bis zum November 1813 leitete er mit einem alten Chirurgus zusammen ein Militärlazaret in Coburg, in welchem der Typhus (wie damals bekanntlich überall,) so fürchterlich hauste, daß alle übrigen Aerzte den Mut verloren, daran zu wirken. Stockmar hielt aus, bis ihn selbst die Krankheit niederwarf. Als er sie dann in verhältnismäßig kurzer Zeit überstanden, folgte er den Heeren auf den Schauplatz des Krieges, der jetzt bis an und über den Rhein vorgedrungen war. Anfangs 1814 wurde er Oberarzt der herzoglich sächsischen Contingente und bald darauf Stabsarzt des fünften deutschen

Armeecorps, in welcher Eigenschaft er die Spitäler in Mainz, Oppenheim, Guntersblum und Worms zu führen hatte. Auch das Jahr 1815 fand ihn wieder an seinem Platze, diesmal als Arzt bei den sächsischen Regimentern, die im Elsaß operirten. Bei dieser Gelegenheit trat er dem Prinzen Leopold von Coburg, dem nachmaligen König der Belgier, näher und schloß damit eine Bekanntschaft, welche seinem Leben eine ganz neue Wendung geben sollte.

Prinz Leopold war damals etwa 25 Jahre alt. Mit 15 Jahren war er, kurz vor der Schlacht bei Austerlitz, in die russische Armee eingetreten und hatte im Stabe des Großfürsten Constantin die Feldzüge 1813 und 1814 mitgemacht. Bei dem bekannten Besuche, welchen die alliierten Fürsten im Juni 1814 von Paris aus dem englischen Prinzregenten abstatteten, war er im Gefolge Alexanders mit nach London gekommen. Hier lernte er die voraussichtliche Erbin der englischen Krone, die Prinzeß Charlotte kennen. In der königlichen Familie walteten, wie man weiß, die ärgerlichsten Zerwürfnisse ob, man kann die Situation nicht krasser schildern, als mit den Worten, welche Prinzeß Charlotte Stockmar gegenüber von ihren Eltern brauchte. „Meine Mutter, sagte sie, war schlecht, aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch schlechter gewesen wäre." Gerade damals wurde, beinahe unter den Augen der fremden Gäste, eine Familienscene aufgeführt, wie sie nur an diesem Hofe möglich war. Charlotte hatte sich dem Wunsche des Prinzregenten gemäß, im März 1814, mit dem Erbprinzen von Oranien verlobt; ihre Mutter, mit der sie nur alle 14 Tage einmal zusam-

men kommen durfte, war dabei garnicht befragt worden, nicht einmal der Bräutigam hatte es für nötig gehalten, sich ihr zu nähern. Schon dies hatte die Braut begreiflicherweise schwer verdrossen, allerlei Verhandlungen über die Frage, ob das junge Paar nach seiner Vermählung in England oder in Holland residieren solle, hatten das gute Einvernehmen noch mehr geschädigt; endlich schlug das Betragen Oraniens bei der Anwesenheit der fremden Monarchen dem Faß den Boden aus. Der Prinzessin und ihrer Mutter war die Teilnahme an den Hoffesten untersagt worden; dennoch beging Oranien die Rücksichtslosigkeit, auf denselben zu erscheinen. In Folge dessen erklärte seine Braut ihm mündlich, sie sei entschlossen, England nach der Hochzeit nicht zu verlassen, weil sie die einzige Stütze ihrer Mutter in diesem Lande sei, auch müsse sie verlangen, daß derselben nach ihrer Vermählung ihr gemeinsames Haus immer offen stehe. Als der Erbprinz dies nicht zugestehen wollte, sagte sie ihm gerade heraus, und wiederholte es schriftlich: dann sei die Heirat nicht möglich. Ihr Vater, der Regent, geriet darüber in heftigen Zorn und beschloß einen feierlichen Strafakt auszuführen. Am 12. Juli erschien er plötzlich in Warwick-House, der Residenz seiner Tochter, entließ die sämmtliche Dienerschaft derselben und kündigte ihr eine Art von Verbannung nach Cranebourne-Lodge bei Windsor an. Schnell entschlossen bat die Prinzessin, sich einen Augenblick zurückziehen zu dürfen, um sich von ihrer Gemütsbewegung zu erholen, warf sich in einen Mietswagen und entfloh zu ihrer Mutter nach Connaught-Place, von wo sie freilich schon in der Nacht durch ihren Onkel York zurückgeholt

wurde, um einige Tage später das Exil in Cranebourne anzutreten. Kurz vorher aber hatte sie die Bekanntschaft Leopolds gemacht, nachdem ihre Tante York, eine Schwester Friedrich Wilhelms III. durch einen Ball die Gelegenheit dazu gegeben hatte. Es war schnell zu einer Verständigung zwischen beiden gekommen, auch die Herzöge York und Kent und andere Mitglieder des Hauses waren der projectierten Verbindung zugeneigt. Von dem Prinzregenten durfte man allerdings für jetzt keine Zustimmung erwarten, aber Leopold rechnete auf die allmählige Wirkung der Zeit. Nach anderthalb Jahren geduldigen Wartens traf ein, was er erhoffte, im Januar 1816 erging an ihn eine Einladung zu einem Besuch in England; und wenn sich dann auch an Ort und Stelle noch einige Schwierigkeiten zeigten, so wurden sie doch überwunden und die Vermählung bereits am 2. Mai gefeiert.

Gleich nachdem dieser erwünschte Ausgang durch die Verlobung gesichert schien, hatte sich Leopold an Stockmar gewandt und demselben die Stelle eines Leibarztes angeboten. Dieser ging darauf ein und war am 31. März bereits in London. Ueberraschend schnell wandelte sich sein Verhältnis zum Prinzen und seiner Gemahlin in vertraute Freundschaft um. An das Wesen der Prinzessin mußte man sich freilich erst gewöhnen. „Sonderbare Manieren! schrieb Stockmar, als er sie zum ersten Male sah, in sein Tagebuch, „die Hände beständig auf dem Rücken, Brust und Leib herausgedreht, nie ruhig auf den Beinen, von Zeit zu Zeit einmal gestampft, viel gelacht und noch mehr geschwatzt. Mein erster Eindruck war nicht sehr vorteilhaft; des Abends gefiel sie mir besser.“ Dem

Prinzen hingegen konnte man sogleich die größte Hochachtung nicht versagen und sie steigerte sich bei Stockmar bald bis zur aufrichtigsten Bewunderung. Das häusliche Leben des jungen Paares verfloß in ungetrübtem Glück. „Mein Herr ist der beste aller Ehemänner in allen fünf Erdteilen," heißt es in dem Tagebuche, „und seine Gemahlin hat für ihn eine Summe von Liebe, deren Größe nur mit der der englischen Staatsschuld verglichen werden kann." Ein unerwartet frühes Ende war diesem Glücke beschieden; schon am 6. November 1817 starb die Prinzessin nach der Geburt eines toten Knaben. Als Arzt war Stockmar zu seiner großen Beruhigung bei diesem traurigen Ereignis gar nicht beteiligt, er war nur des Prinzen Leibarzt und hatte sich der Behandlung der Prinzessin gänzlich fern gehalten; als Freund des trostlosen Gatten aber war er auf's tiefste dadurch erschüttert. Wie vertraut das Verhältnis zu seinem Herrn bereits war, zeigte sich an dem Lager der Toten. „Wir gingen nach dem Sterbezimmer; er küßte, am Bette knieend, die kalten Hände, dann sich aufrichtend, drückte er mich an sich und sagte: „Ich bin nun ganz verlassen, versprechen Sie mir, immer bei mir zu bleiben!" Ich versprach es. Gleich nachher erinnerte er mich wieder, ob ich wohl wisse, was ich versprochen. Ich sagte ja, u. s. w. Nun verlasse ich den Prinzen nur, wenn es dringende Geschäfte fordern. Ich esse allein mit ihm und schlafe in seinem Zimmer. Sobald er des Nachts erwacht, stehe ich auf, sitze plaudernd an seinem Bette, bis er wieder einschläft. Ich fühle immer mehr: mein Lebenserbteil sind unerwartete Wendungen". „Fürstengunst," meinte er einige

Wochen später, „ist im allgemeinen keinen Pappenstiel wert; er aber ist in jeder Beziehung ein ehrlicher, guter Mann und daher ein unvergleichlicher Fürst.“

Dies enge freundschaftliche Verhältnis fand bald seinen Ausdruck auch darin, daß Leopold einen anderen Leibarzt annahm und seinem Vertrauten die Leitung seiner persönlichen Geschäfte und seiner Hofhaltung als Secretär, Schatzmeister und Comptroller of the Household übertrug, eine Stellung, in der Stockmar bis 1831 verblieb. Auch bewirkte der Prinz, daß sein Freund 1821 in den sächsischen Adelsstand und 1831 in den bayerischen Freiherrnstand erhoben wurde, wozu sich in den vierziger Jahren der österreichische Freiherrntitel gesellte. Seinen ständigen Wohnsitz nahm Stockmar trotz seiner neuen Stellung in Coburg, wo er sich 1821 mit seiner Cousine Fanny Sommer vermählte. Allein da Prinz Leopold wegen des englischen Jahrgehalts von 50,000 Pfd. St., das er bezog, es für angemessen hielt, in England zu wohnen, so brachte natürlich auch sein Schatzmeister den größten Teil des Jahres dort zu und verlebte während der nächsten 36 Jahre durchschnittlich nur 6 Monate im Schooße seiner Familie, die er sogar mehrere Jahre hintereinander nicht zu sehen bekam. So hatte er bis fast in sein siebzigstes Jahr keine ganze und volle Heimat, ein Opfer, das dem gemütvollen, mit zärtlichem Familiensinn begabten Manne gewiß nicht leicht ward und in seine gesamte Existenz etwas Geteiltes und Zwiespältiges brachte.

So lange Prinz Leopold keine politische Rolle spielte, hatte natürlich auch Stockmar keine Gelegenheit, in das Getriebe der diplomatischen Verhandlungen

einen tieferen Blick zu thun, geschweige denn selbst einzugreifen. Erst mit dem Ausgang der zwanziger Jahre änderte sich dies. Allerdings war dem Prinzen schon 1825 von Griechenland aus das Angebot der Krone des Zukunftsreiches gemacht worden; aber auf Cannings Rat hatte er es abgewiesen. In den ersten Monaten 1829 aber kehrte es von beachtenswerterer Seite wieder. Wahrscheinlich hatte der damalige griechische Präsident Capodistrias den Prinzen in seinen Besprechungen mit den Gesandten Rußlands, Englands und Frankreichs, die nach der Schlacht von Navarin Constantinopel verlassen hatten, in Vorschlag gebracht; darauf hin sandte Leopold im Mai den Bruder seines Freundes, Karl Stockmar, zu Capodistrias. Diesem war es wohl schwerlich mit seinem Vorschlage Ernst gewesen, da er eigensüchtigere Ziele verfolgte und so zeigte denn sein Verhalten gegen Karl Stockmar eine große Lauheit, von der Leopold, dem die Aussicht auf die griechische Krone damals äußerst verlockend erschien, durchaus nicht entzückt war. Gleichwohl hätte er, wie sich später herausstellte, besser gethan, wenn er sich mit geringerem Eifer und größerer Vorsicht beworben hätte. Auch Stockmars Rat bewegte sich in dieser Richtung. Er warnte seinen Herrn, sich in direkte Unterhandlungen mit der Londoner Konferenz einzulassen, er bedürfe dazu einer Mittelsperson, und er mahnte ihn, seine Zusage von vorn herein an bestimmte Bedingungen zu knüp n. Auch nahm Leopold wirklich einen Anlauf dazu. Als die Konferenz ihm die Krone auf Grund des Protokolls vom 3. Februar 1830 anbot, verzichtete der Prinz zwar ohne weiteres Widerstreben auf die Forderung, daß Candia mit Griechenland vereinigt

werde; aber er stellte doch in einem Briefe an die Konferenz fünf Bedingungen auf, die er als unerläßlich bezeichnete und von denen die bessere Begrenzung des neuen Reiches im Norden und die Zusage finanzieller und militärischer Unterstützung die wichtigsten waren. Auch wünschte er, daß den Griechen das Recht eingeräumt werde, Einwendungen gegen seine Person zu machen. Als ihm die Bevollmächtigten aber vertraulich erklärten, daß sie darauf nicht eingehen würden, ließ er den letzten Wunsch ganz fallen und entschloß sich, jene fünf „Bedingungen" in bloße „Bemerkungen" (observations) umzuwandeln. Von diesen fand denn nur eine Berücksichtigung; sie betraf die Garantie für eine Anleihe von 60 Millionen Francs. Die Spezialverhandlungen, welche darüber geführt wurden, überließ der Prinz Stockmar, den er zu seinem Geschäftsträger bei der Konferenz ernannte, während er selbst nach Paris reiste. Allein sehr schnell sollte er sich überzeugen, wie verkehrt es gewesen sei, auf jene Bedingungen zu verzichten. Aus Griechenland kamen die traurigsten Berichte über die Stimmung des Volkes; wenn Leopold nicht bessere Grenzen mitbringe, und die Befragung der Nationalversammlung über seine Wahl erwirke, so werde seine Lage eine verzweifelte sein. Auf's neue stellte nun der Prinz an die Conferenz diese beiden Forderungen. Aber er hatte nicht allein den Kummer, sie abgelehnt zu sehen, sondern er mußte, als er in Folge dessen seine Candidatur zurückzog, die bitterste Beurteilung selbst von wohlgesinnten Personen sich gefallen lassen. Allgemein hielt man für das geheime Motiv seiner Handlungsweise die Hoffnung, Regent von England zu werden, zu der ihm die plötz-

liche Erkrankung Georgs IV. einen freilich sehr schwachen Schimmer zu verheißen schien. Und diese Verdächtigung der Zeitgenossen, von denen nur Stein genannt sei, hat dann bis auf die neueste Zeit Geltung behalten; auch Gervinus glaubt in seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts an sie und scheint erst nachträglich, wahrscheinlich durch Mitteilungen Stockmars, sich von ihrem Ungrund überzeugt zu haben. Fortan wird gegenüber der authentischen, Darstellung der Sachlage, wie sie von den „Denkwürdigkeiten" geboten wird, diese Anschuldigung verstummen müssen, wenngleich man Leopold nicht von dem Fehler lossprechen kann, einen Schritt, der in einem früheren Augenblick ihm nur zur Ehre gereichen konnte, erst dann gethan zu haben, als die übrigen Beteiligten mit gutem Recht annehmen durften, er habe auf denselben ein für alle Mal verzichtet.

Das Scheitern der griechischen Hoffnungen war das politische Lehrgeld, welches der künftige König der Belgier zahlen mußte. Daß er es nicht umsonst gezahlt, fand er bald Gelegenheit zu beweisen. Es würde zu weit führen, hier auf die französische Julirevolution näher einzugehen, welche ihm den Weg zum belgischen Thron bahnen sollte. Aber kurze Erwähnung verdient ein stolzes, echt französisches Projekt, mit dem sich der Minister Polignac im Herbst 1829 trug, und von dem die Welt jetzt wohl zuerst sichere Kunde wird. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um eine völlige Umgestaltung der Karte Europas Die Türkei, deren Hauptstadt eben damals auf das ernstlichste von den Russen bedroht schien, war zum Opferlamm an erster Stelle erkoren. Mit den

Donaufürstentümern sollte Rußland, mit Bosnien und Serbien Oesterreich abgespeist werden, der Rest war dem König der Niederlande zugedacht. Dessen Besitzungen sollten dann geteilt werden, so daß England die Kolonien, Frankreich Belgien, Preußen Holland erhielte. Ja, Polignac ging in seiner Großmut so weit, auch Sachsen noch dem Hohenzollernstaat zu überlassen und den Monarchen des letzteren Landes mit einem neugebackenen Königreich Austrasien zu entschädigen, dessen Hauptstadt Aachen und dessen Grenzen Rhein und Maas werden sollten. Da der südliche Teil der Rheinprovinz zur Vergrößerung Bayerns bestimmt war, so wurden dem preußischen Könige allerdings auch recht ansehnliche Opfer angesonnen; allein den nördlichsten Teil des Rheinlandes sollte er doch als Verbindung mit seinen neuen holländischen Provinzen behalten und so glaubte man auf seine Zustimmung rechnen zu dürfen.

Nachdem dieser Plan im Ministerconseil gründlich durchgesprochen war, sollte er dem Gesandten nach Petersburg geschickt werden, übrigens nur mit der ausdrücklichen Weisung, keinen Gebrauch davon zu machen, wenn etwa inzwischen der Friede zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen wäre, aber kaum waren diese Instruktionen genehmigt, so langte bereits die Kunde von dem Frieden zu Adrianopel in Paris an, und das ganze Projekt mußte als schätzbares Material zu den Akten wandern. Daß es da nicht ganz ohne Verwertung geblieben sei, möchte man fast aus manchen Einzelheiten gewisser napoleonischer Vorschläge zu vermuten geneigt sein. Jedenfalls ist es ein merkwürdiges Zeugnis dafür, wie gewisse Ge-

lüfte in Frankreich zu allen Zeiten und unter allen Regierungen bestanden haben.

Die Fürstin Lieven, die geistreiche Gemahlin des russischen Gesandten in London, meinte einmal, mit Polignacs Geist sei es ungefähr ebenso weit her, wie mit Talleyrands Ehrlichkeit, und die Geschichte hat gewiß keinen Grund, ihr zu widersprechen. Wie mit anderen Dingen, so ging es dem letzten Minister Carls X. auch mit Belgien, er provocierte ungefähr die gerade ganz entgegengesetzte Lösung von der, die er wünschte. Die Pariser Julirevolution rief den Septemberaufstand in Brüssel hervor. Als der erste Versuch, ihn zu unterdrücken, mißlungen war, wandte sich König Wilhelm an die Großmächte und bat um Hülfe. Diese ließen ihre Londoner Gesandten sich als Conferenz constituieren und erkannten schon im Dezember die Unabhängigkeit Belgiens im Princip an. Nachdem Louis Philipp's Bemühungen, seinem Sohn Nemours der neuen Thron zu verschaffen, gescheitert waren, wandten sich die Blicke der Betheiligten auf Leopold von Coburg. Aber dieser war durch seine griechischen Erfahrungen gewitzigt und Stockmars eindringlicher Rat, feste Bedingungen zu stellen, blieb nicht wiederunbeachtet. Einer Deputation von vier Mitgliedern des belgischen Congresses, die im April 1831 zu ihm kam, erklärte er, die Krone nur dann acceptieren zu können, wenn die Grenz- und die Schuldfrage geordnet sei, dagegen versprach er schon jetzt, gleichfalls auf Stockmars Rat, die neue belgische Verfassung eventuell ohne Einschränkung und Vorbehalt anzunehmen. Diese Zusage trug viel dazu bei, Leopolds Wahl im Congreß am 4. Juni 1831 zu befördern; allein auch

jetzt weigerte er sich standhaft die Krone anzunehmen, so lange nicht die Conferenz sich über die Grenz- und Schuldfrage entschieden, und der belgische Congreß dieser Entscheidung zugestimmt habe. Erst als beides durch die sogen. 18 Artikel geschehen war, reiste er in sein Königreich ab und übernahm die Regierung. Stockmar blieb in England zurück, um dort eine sehr delicate Angelegenheit zu ordnen. Leopold bezog, wie schon erwähnt, ein englisches Jahrgehalt von 50,000 Lstr. Da es ihm durch Parlamentsacte ohne Klausel zuerkannt war, konnte es ihm rechtlicher Weise nicht wieder genommen werden. Allein ebenso zweifellos war es, daß er seiner unabhängigen Stellung als Monarch eines fremden Landes ernstlich schadete, wenn er englischer Pensionär blieb. Es galt nun, einen Weg ausfindig zu machen, welcher diesen Nachteil beseitigte und doch die bestehenden Ansprüche für unvorhergesehene Fälle wahrte. Stockmar entwarf deßhalb im Auftrage des Königs einen Brief an den Premier Lord Grey, in welchem Leopold erklärte, es sei nicht seine Absicht, als Souverän Belgiens irgend einen Teil jenes Jahrgeldes zu beziehen. Es solle dasselbe vielmehr zunächst zur Abwickelung seiner Verbindlichkeiten in England dienen und sobald diese erledigt seien, einem Curatorium übergeben werden, welches nach Abzug der Kosten für die Instandhaltung des Schlosses Claremont, der Pensionen, milden Beiträge und ähnlicher Verwilligungen, die seither ausgezahlt worden, den gesammten Rest in die englische Staatskasse abzuliefern haben.

Dieser Brief fand anfangs den lebhaftesten Beifall bei allen Parteien und wurde mit den schmeichel-

haftesten Aeußerungen über den Großmut des Königs aufgenommen. Als sich aber die Abwickelung der Geldgeschäfte über Erwarten lange hinauszog, so daß der englische Schatz bis Anfang 1834 durchaus keine Rückzahlungen erhielt, wurden die Radikalen und Tories ungeduldig und brachten die Angelegenheit mehrfach und zwar in sehr unangenehmer Weise im Parlament zur Sprache. Für Stockmar war es daher ein sehnlichst herbeigewünschter Augenblick, als er endlich die Verbindlichkeiten Leopolds, die sich auf etwa 83,000 L.-Sterling beliefen, berichtigt hatte und die weitere Verwaltung der verabredeten Kommission übergeben konnte. Diese war dann (seit 1834) in der Lage, jährlich über 30,000 Lstr. dem Staatsschatz zurückzuzahlen.

Wir verzichten darauf, die vielfach interessanten Mitteilungen, welche die „Denkwürdigkeiten" über den weiteren Verlauf der belgischen Dinge und besonders über die Festungsfrage bringen, hier im Auszuge mitzutheilen. Bekanntlich ist über diese und einige andere, vorzugsweise England betreffende Kapitel, die Stockmar behandelt, durch Bulwers Biographie Palmerston's neuerdings sehr viel dankenswertes Material veröffentlicht worden, so daß die Berührungspunkte zwischen beiden Büchern sehr zahlreich sind.

Nachdem Stockmar seine Mission in England beendet hatte, kehrte er nach Deutschland zurück. Eine officielle Stellung in Belgien, sei es auch nur im Hofdienste des Königs, anzunehmen, vermied er wohlweislich; durch eine Pension, die Leopold ihm auf das englische Jahrgeld angewiesen, war für seine Bedürfnisse ausreichend gesorgt. Die freiere, unab-

hängigere Lage, in die er sich nunmehr versetzt sah lockerte aber nicht im mindesten die innigen Beziehungen, die ihn mit dem belgischen Könige verbanden; auch fehlte es ihm nicht an Gelegenheiten, seine Anhänglichkeit und seine Tüchtigkeit stets von neuem zu bewähren. Den nächsten Anlaß dazu bot die Verlobung des Prinzen Ferdinand von Coburg mit Donna Maria, der Königin von Portugal; neben dem coburgischen Minister von Carlowitz war Stockmar es, der die vorläufigen Verhandlungen zu führen hatte und den Heiratscontrakt (1835) unterzeichnete. Wenige Monate, nachdem die coburgische Familienpolitik diesen Erfolg glücklich errungen hatte, zu Anfang 1836, machte Leopold seinem Vertrauten bereits Mitteilung von einem neuen Plan, den er im Stillen wohl schon lange mit sich herumtrug; es war die Vermählung der Prinzeß Victoria mit ihrem Vetter, dem Prinzen Albert. An Bewerbern fehlte es der künftigen Herrscherin Albions natürlich nicht; englische, preußische, holländische, württembergische Candidaturen tauchten auf. Es galt deshalb, vorsichtig zu operieren. Prinz Albert selbst wurde einstweilen gar nicht in's Geheimnis gezogen; er mußte im Mai mit Vater und Bruder auf Einladung seiner Tante Kent einen Besuch in England machen und sich so unwissentlich präsentieren. Der Heiratsplan wurde mit keinem Worte berührt; Leopold aber mochte doch Kunde haben, daß der Eindruck, den sein Neffe zurückgelassen, ein sehr günstiger sei. Sofort wurden nun Anstalten getroffen, um ihn für die glänzende Laufbahn, die sich ihm eröffnete, würdig vorzubereiten. Ein zehnmonatlicher Aufenthalt in Brüssel, am Hof des Oheims, machte

den Anfang; daran schloß sich für etwa drei Semester der Besuch der Universität Bonn und den Beschluß machte eine italienische Reise, auf welcher Stockmar die Rolle des Mentor übernahm. Inzwischen war aber der Schleier des Geheimnisses den beiden nächst Beteiligten gegenüber gelüftet worden. Die junge Königin (sie hatte 1837 den Thron bestiegen), war bereitwillig auf den Vorschlag ihres Oheims eingegangen; nur hatte sie, im ersten lebhaften Gefühl ihrer Verantwortlichkeit als Regentin verlangt, daß die Vermählung noch einige Zeit hinausgeschoben werde. Nach Alberts Rückkehr aus Italien erklärte sie sich bereit, ihn zu empfangen; am 10. Oktober 1839 kam der Prinz in Windsor an und bereits am 15. wurde die Verlobung gefeiert.

Stockmar stand dem jungen Paare gleichmäßig nahe. Denn ehe er den Prinzen nach Italien begleitete, war er bereits längere Zeit der Ratgeber der Königin in der schwierigsten Epoche des Lebens gewesen. Eine offizielle Stellung bekleidete er freilich nicht, aber als treuer Freund ihres Oheims, in dessen Auftrag er unmittelbar nach der schweren Erkrankung Wilhelms IV. (im Mai 1837) nach England gereist war, galt er auch der jungen Königin sogleich als Vertrauensperson und wurde thatsächlich ihr Privatsekretär, indem er ihren Verkehr mit den Ministern vermittelte. „Es war das für einen Deutschen in England eine höchst prekäre, bedenkliche Stellung. Daß Stockmar sie fünfzehn Monate behauptete, war nur möglich, weil er alles Hervortreten vermied und weil seine Einsicht, Diskretion, Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit den englischen Ministern alles Vertrauen einflößte."

In der Zwischenzeit zwischen der Verlobung und der Vermählung ging er wieder nach England, um bei den Vorbereitungen zur Hochzeit behülflich zu sein. Er machte jetzt die traurige Wahrnehmung, daß die Stellung der Königin eine sehr ungünstige geworden sei, und daß daher auch der Prinz-Gemahl mit manchen Widerwärtigkeiten zu thun haben werde. Die Königin hatte ihre anerzogene Vorliebe für die Whigs besonders bei einer Cabinetskrisis im Jahre 1839 in sehr scharfer Weise durchblicken lassen; an ihrer Weigerung Hofdamen aus den Torykreisen anzunehmen, war ein Ministerium Peel gescheitert, das nach den parlamentarischen Gewöhnungen Englands das im Unterhause geschlagene whiggistische Cabinet hätte auflösen müssen. Nun hielt das letztere zwar auch noch jetzt die Zügel in der Hand, aber die Opposition war in beiden Häusern sehr gereizt und geradezu darauf aus, der Monarchie Unbequemlichkeiten zu bereiten. Dazu boten die Bills, welche auf die Heirat Bezug hatten, Anlaß genug. Zuerst wurden Zweifel angeregt, ob der künftige Gemahl auch wirklich Protestant sei und dieses Wort der Regierung zum Tort in eine Adresse an die Königin hineingeflickt; bald darauf reducierte man das Jahrgeld für den Prinzen von 50,000 auf 30,000 L.; das Gesetz, welches dem Gemahl der Herrscherin den nächsten Rang nach dieser selbst einräumen sollte, mußte sogar zurückgezogen werden. Stockmar durchschaute die Krankhaftigkeit dieser Zustände sofort und seiner Einwirkung war es zu danken, wenn unmittelbar nach der Vermählung der Hof den Tories in freundlicher Weise entgegenkam. Die guten Folgen davon blieben nicht aus und ermöglichten es

dem Deutschen, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit ein Verfahren einzuschlagen, das seitdem für die parlamentarische Behandlung aller die königliche Familie betreffenden Fragen maßgebend geblieben ist. Als nämlich der Erlaß eines Regentschaftsgesetzes für den Fall nötig wurde, daß die Königin mit Hinterlassung eines Erben verstürbe, wandte sich Stockmar an die Häupter der Opposition, Lord Liverpool und Sir Robert Peel, und gewann diese durch sein freundliches Entgegenkommen ohne Schwierigkeit für den allein naturgemäßen Gedanken, daß in diesem Falle Prinz Albert ohne Regentschaftsrat der alleinige Vormund seines Kindes werden müsse. Der Premier des Whigministeriums, Lord Melbourne, war natürlich über diesen Ausgleich sehr glücklich, und Stockmar erntete die höchste Anerkennung, als die Bill beide Häuser passierte, ohne anderen Widerspruch zu finden, als den des Herzogs von Sussex, der selbst in dem eventuellen Regentschaftsrat eine Rolle zu spielen hoffte.

Bald nachher kehrte Stockmar nach Deutschland zurück, aber seine Meinung, nun mit seiner englischen Thätigkeit abgeschlossen zu haben, war irrig. Dazu hatte er sich der königlichen Familie zu lieb und unentbehrlich gemacht. Die nächsten siebzehn Jahre brachten ihm regelmäßig eine Einladung für den Spätherbst, Winter und Frühling, der er sich nur selten zu entziehen vermochte. Denn auch seinerseits empfand er die innigste Verehrung für seine fürstlichen Freunde. Den Prinzen, schrieb er, liebe ich wie meinen Sohn, und zur Königin war das Verhältnis nicht minder intim. So wurde er ein Factotum der Familie, dessen

Thätigkeit ein Freund, der Legationsrath Meyer, in einem Necrolog in den preußischen Jahrbüchern seiner Zeit nicht übel schilderte, wenn er sagte: „es sei ihm abwechselnd zugefallen, bald am Krankenbett, bald am Schreibtisch, für die Wiege oder für den Thron Rat zu erteilen, bald eine häusliche, bald eine politische Mißhelligkeit zu schlichten und Verstimmung aufzuheitern; bald eine Wohlthätigkeitsbitte zu befürworten oder Bettelei zurückweisen zu helfen, bald eine neue Lehrerin oder Gouvernante vorzuschlagen, oder einen Kammerdiener in die Beichte zu nehmen, bald endlich in anregendem, heiteren Gespräch zuerst nur den Prinzen, allmählich auch schon die königlichen Kinder belehrend zu unterhalten und weiter zu bilden."

Auf eine ausführliche Schilderung dieses vertrauten Umgangs einzugehen, fehlt hier der Raum, die den „Denkwürdigkeiten" vorausgeschickte Biographie teilt manchen hübchen Zug mit, der das Interesse für Stockmars Persönlichkeit lebhaft steigert. Auch die belgischen und englischen Angelegenheiten aus dem Anfang der vierziger Jahre dürfen wir wohl überspringen. Nur der Besuch Friedrich Wilhelms IV. am englischen Hofe, zu dem die Taufe des Prinzen von Wales den Anlaß gab, mag ausdrücklich erwähnt werden, da Stockmar über seine Audienz bei dem preußischen Monarchen eine längere Aufzeichnung hinterlassen hat, die neben Vielem, auf Belgien Bezüglichen, auch einige Aeußerungen des Königs enthält, die für seine deutsche Politik bezeichnend sind. So der Satz, daß er der natürliche Vertreter der Ehre und des Wohles Deutschlands; als solcher sei er verpflichtet, die Gefahr zu überwachen, die Deutschland von Belgien aus kommen

könne; er betrachte die independente Existens Belgiens als ein höchst precäre, die schwerlich zwei Generationen dauern werde; die Gefahr, die Belgien drohe, könne allein von Frankreich kommen; sein Wunsch sei daher, Belgien in den deutschen Bund aufgenommen zu sehen; oder das Geständnis, „Metternich, dem großen, weisen Staatsmanne" außerordentlich viel zu verdanken, so daß er ihm zu folgen für die erste seiner Pflichten halte. Interessant ist es auch, zu vernehmen, daß Ernst August von Hannover „wütend" darüber war, daß man Friedrich Wilhelm die Patenschaft angetragen, oder daß ein Rendezvous mit der königlichen Familie von Frankreich, nachdem die Reise trotz aller französisch-russischen Machinationen beschlossen war, ausdrücklich abgelehnt wurde. In England machte der König einen recht guten, aber keinen bedeutenden Eindruck. „Man gewinnt ihn lieb als einen guten, wohlmeinenden Mann und so hat er bei hoch und niedrig, bei Jedermann, eine freundliche, angenehme Erinnerung zurückgelassen. Aber den Eindruck, daß er eine große politische Capacität, ein wahrer Staatsmann sei, scheint er Niemandem gegeben zu haben."

Ein hübsches und einfach lehrreiches Gegenstück zu diesem Besuche des preußischen Königs bildete zwei Jahre später (1844) die Anwesenheit des Kaisers Nicolaus am englischen Hofe. Trotz oder vielleicht gerade wegen seiner Betenerungen, die er Jedermann zu hören gab, „er sei kein Schauspieler, wie man glaube; er meine es ehrlich und halte Wort," begegnete ihm von allen Seiten Mißtrauen, das er auch durch seine persönliche Liebenswürdigkeit nicht zu verscheuchen vermochte. Auch über diese Dinge gehen

wir eilig hinweg, um den deutschen Angelegenheiten noch einigen Raum zu gönnen. Freilich enthalten die „Denkwürdigkeiten" auch höchst interessante Beiträge zur Geschichte der spanischen Heiraten. Allein es ist weniger neues Material, das hier uns geboten wird, als die Auffrischung und Bestätigung älterer und ein wenig in Vergessenheit geratener Quellen. Bekanntlich war die Vermählung der spanischen Königin Isabella eine Frage, welche den französischen Hof auf das lebhafteste beschäftigte. Es war in Paris längst zu einem Glaubensartikel geworden, daß kein anderer, als ein Bourbon die Hand Isabellas erhalten dürfe. Am liebsten hätte man sie dem Herzog von Nemours zugewendet, weil dieser Versuch aber auf gar zu großen Widerstand stoßen mußte, so begnügte man sich damit die Schwester der Königin, die Infantin Louisa, für einen französischen Prinzen zu reservieren. Damit gewann man doch wenigstens die Möglichkeit, für den Fall, daß Isabella, ohne Kinder zu hinterlassen, stürbe, einen Orleans auf dem Throne Karls V. zu sehen. Diese Möglichkeit galt aber für sehr groß, wenn Don Franzisco de Paula zum Gemahl der Königin erkoren wurde und deshalb ersah Louis Philipp diesen zu seinem Kandidaten. Aus demselben Grunde aber gab das englische Ministerium dem Bruder des Infanten, Don Enrique, den Vorzug und veranlaßte überdies die Königin Victoria, sich von Louis Philippe, mit dem sie damals die bekannte entente cordiale geschlossen, bei einer zweifachen Zusammenkunft in Eu das Versprechen erteilen zu lassen, daß die Verlobung der Infantin Louisa nicht eher stattfinden sollte, als bis Isabella einen Erben geboren habe. Das eng-

lische Kabinet konnte dafür eine Gegenleistung bieten. Denn neben den beiden spanischen Prinzen gab es nur noch einen ernstlichen Candidaten um die Hand Isabella's, das war ein coburgischer Prinz, Albert's Neffe Leopold. Dessen Bewerbung nicht zu unterstützen, verpflichteten sich die englischen Minister; aber natürlich konnten sie sich nicht verpflichten, ihm vorkommenden Falls das Eingehen auf ein spanisches Ehebündnis zu verbieten. Nun trat dieser Fall wirklich ein, und zwar, wie man beinahe mit Sicherheit sagen kann, auf Betreiben des französischen Kabinets, das dadurch dem englischen eine Falle legen und sich selbst der lästigen Verpflichtungen von Eu entledigen wollte. Marie Christine, Isabella's Mutter, hielt nämlich im Mai 1846 durch einen besonderen Gesandten und brieflich um die Hand Leopolds für ihre Tochter an und zog den englischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, in's Geheimnis. Aber die Hinterlist scheiterte an der Ehrlichkeit des englischen Premiers, Lord Aberdeen. Sobald dieser Kunde davon erhielt, machte er Mitteilung in Paris, wo man sehr überrascht und dankbar that, im Grunde aber wohl sehr ärgerlich war. Bald genug verriet sich die wahre Herzensmeinung. Lord Palmerston erwähnte in einer vielleicht nicht ganz glücklichen Depesche den Prinzen Leopold als den einzigen Bewerber, der neben den beiden spanischen Infanten überhaupt ernsthaft genannt werde, und das mußte denn herhalten, um die Rechtfertigung zu einem Akte zu liefern, von dem selbst Nemours eingestehen mußte, daß er die französische Politik „d'une déplorable réputation de mauvaise foi" umgebe. Im August 1846 wurde nämlich zu Madrid, im offenen

Widerspruch mit den Verabredungen von Eu, ein doppelter Heiratscontract unterzeichnet: nach dem einen sollte die Königin Isabella ihren Vetter Franz, nach dem andern die Infantin Louisa den Herzog von Monpensier heiraten. Da Isabella selbst diesem Projecte sehr abgeneigt war, so wurde ihr die Zustimmung in der — Betrunkenheit abgenommen. Die Nacht vom 26. bis 27. August fand Marie Christine, Isabella, den französischen Gesandten und einige Vertraute bei einem schwelgerischen Mahle vereinigt, und als den Genüssen der Tafel genugsam zugesprochen war, wurde die Genehmigung zu beiden Vermählungen ertheilt. Die Unterzeichnung der Kontracte fand am 28. August statt.

Der Schlechtigkeit seiner Handlungsweise war Louis Philippe sich sehr wohl bewußt; er wagte daher auch nicht, der Königin Victoria, welcher er in einem lebhaften Briefwechsel so oft seine „aufrichtige, zärtliche ewige Freundschaft," versichert hatte, selbst Mitteilung zu machen. Seine Gemahlin mußte das besorgen in einem Briefe, dem man in jeder Zeile die Beängstigungen des schlechten Gewissens anmerkt. Die Antwort der englischen Königin war sehr gemessen und würdig. Das britische Cabinet fügte sich in das Geschehene; Louis Philippe aber hatte nicht lange seine Freude daran. So wie Thiers in einer großen Rede nachwies, daß kein ernsthaftes Interresse die Vermählung Montpensier's mit Donna Louisa erfordert, und daß die englische Allianz mehr Wert als die spanische Heirath gehabt habe, so brach auch der König selbst, als er die Folgen übersah, in die von Stockmar mit sichtlicher Genugthuung überlieferten Worte aus: Cela

va trop loin, cela va fausser toute la politique de mon règne. Und doch ahnte der französische Monarch damals noch nicht, daß er in kurzer Frist derselben Herrscherin, gegen die er sich in dieser Angelegenheit persönlich so schwer vergangen hatte, den wärmsten Dank für „den großmütigen Beistand" werde sagen müssen, den sie ihm und den Seinigen bei der Flucht aus seinem Lande zu leisten berufen war.

Stockmar hatte den großen Umwälzungen von 1848 schon lange vorahnend entgegengeschaut; er prophezeite, daß man im Anfang einer großen politischen Krisis stehe. Für Preußen erwartete er, zumal nach der Einberufung des vereinigten Landtags, mit Sicherheit die Umwandlung in einen Verfassungsstaat. „Der Prinz von Preußen, schrieb er im April 1847, ist jetzt auf der Lehre als constitutioneller König; denn eine solche Zukunft ist ihm, das mögen Sie mir glauben, durch den Act vom 3. Februar vom jetzigen Könige vermacht." Es bedarf kaum der Bemerkung, daß in seinen Augen die constitutionelle Monarchie an sich schon die beste Regierungsform war; für Deutschland insonderheit aber hoffte er von einem constitutionellen Preußen die besten Folgen und eine beträchtliche Beschleunigung seiner Einigung. Gerade am Tage der Berliner Revolution gab er dieser Hoffnung in einem schönen Briefe Ausdruck und sprach mit klarster Bestimmtheit aus, daß Oesterreich von Deutschland getrennt und der preußische König deutscher Kaiser werden müsse. Die concrete Gestaltung seiner Ideen nahm freilich eine etwas utopistische Färbung an; sie lief etwa darauf hinaus, daß alle Particularstaaten bestehen bleiben und ihre, freilich zweckentsprechend ge-

schmälerte, Souveränität behalten sollten, nur Preußen nicht. Dies sollte kein Sonderministerium, keinen Sonderlandtag, keine Sonderhauptstadt haben, sondern als „unmittelbares Reichsland" von Frankfurt aus durch Kaiser, Reichsministerium und Reichsparlament regiert werden; die „mittelbaren Reichsländer," dagegen würden ihre besonderen Regierungen und Repräsentationskörper behalten. Daß diese Vorschläge keine begeisterte Zustimmung fanden, begreift sich leicht; weder Bunsen, noch Prinz Albert, noch Friedrich Wilhelm IV., dem Stockmar sie am 17. Mai unterbreitete, wollten etwas davon wissen. Und keines größeren Beifalls erfreuten sie sich in Frankfurt, wo Stockmar sich seit dem April als coburgischer Bundestagsgesandter aufhielt. Seine Wirksamkeit in der absterbenden Versammlung war sehr gering, er fühlte sich selbst als „das fünfte Rad am Wagen;" wir wissen nur von einer Aeußerung, die er in der letzten Sitzung that, ehe der Präsident die Machtvollkommenheit der Bundesversammlung in die Hände des Reichsverwesers niederlegte. Da erklärte er, der bis dahin fast immer völlig geschwiegen: Der einzige patriotische Act, mit dem der Bundestag würdig schließen könne, würde sein, wenn die Particularregierungen, besonders die kleinen, sich als unmöglich und überflüssig erkannten und sich zu Gunsten eines großen Ganzen selbst aufgäben. Weitere Folgen hatte diese Erklärung selbstverständlich nicht; erhalten ist sie der Nachwelt nur durch das Zeugnis „des klugen und rührigen alten Bürgermeisters Smidt von Bremen," der zu Stockmar's genaueren Bekannten in Frankfurt gehörte. Auffallen muß darin der Widerspruch mit Stockmar's Maiprojekt;

während in diesem die Einzelstaaten erhalten werden, sollen sie jetzt zu Gunsten des Einheitsstaates ganz verschwinden. Dieser Fortschritt gründete sich wohl vornehmlich auf die inzwischen gewonnene Einsicht, daß von Preußen eine solche Selbstaufopferung, wie sie ihm Stockmar ursprünglich angesonnen, doch keinesfalls zu erwarten und verständiger Weise auch nicht zu fordern sei. Darüber hatte eine Reise nach Berlin unserem Diplomaten im Juni die wünschenswerte Klarheit verschafft. Von nicht geringerem Interesse sind die Berührungen, die er bei diesem Aufenthalt in der Hauptstadt mit dem Könige hatte. Es war gerade in den Tagen, wo in der Nationalversammlung der Berends'sche Antrag gestellt war: zu erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht hätten. Friedrich Wilhelm geriet bei dieser Nachricht in lebhafte Aufregung, die sich in voller Frische in einem Briefe an Stockmar abspiegelt: „Kaum waren Sie gestern fort, teuerster Stockmar, so erfuhr ich die scheußliche Motion Berend's, der Landtag solle die Revolution anerkennen, und dem Barricadengesindel Dank votieren. Meine Frage an Sie ist nun die: Sollte die Versammlung dem Antrage beitreten, sind Sie dann für das Abtreten des Ministeriums oder für die Auflösung des Landtags? Ersteres erscheint mir als Feigheit, ja als Hochverrat an Preußen und Deutschland. Der zweite Fall allein ist für mich denkbar. Er ist vollkommen constitutionell. Er kann aber die Permanenzerklärung der Versammlung nach sich ziehen. Dann erlasse ich die feierliche Erklärung an mein Volk, dem gegebenen Worte treu zu bleiben. Es mußte aber beim Abfall des Landtags (und ohne

Zweifel auch der Hauptstadt) die Verfassung anderswo als mit solcher Versammlung gesucht werden. Ich beschreite den einzig legalen Weg und berufe den vereinigten Landtag abermals zusammen, um seine eigene Reconstruction auf breiterer Basis mit ihm zu beraten, demnächst dem reconstruierten eine andere Verfassung vorzulegen und künftig mit ihm und mit ihr zu regieren. Berlin umlagere ich. Ich glaube, daß Berlin das nicht 10—14 Tage aushält. Ich biete das treue, racheschnaubende Landvolk gegen dasselbe auf u. s. f."

Man sieht, wie in diesen Tagen dem Monarchen schon wesentliche Züge des Verfahrens vorschwebten, das er dann im November befolgte; man kann daraus zugleich wohl schließen, daß es seine eigenen Ideen waren, die er bei dieser späteren Gelegenheit ausführte und nicht die Ratschläge Brandenburgs und Manteuffel's. Zunächst kam er nicht in die Lage, sie zu verwirklichen. Noch ehe Stockmar ihm antworten konnte, hatte der Sturm sich verzogen und die Versammlung es abgelehnt, „Urtheile abzugeben," worauf denn freilich der Pöbel mit den bekannten Insulten gegen die unpopulärsten Abgeordneten reagierte. Auch dadurch kam die Frage der Auflösung wieder zur Sprache. Stockmar riet in einer Audienz am 10. Juni entschieden davon ab. Dagegen empfahl er eine militärische Besetzung Berlins, vorausgesetzt, daß auf eine genügende Zahl Truppen zu rechnen sei. Ja, meinte der König, wenn meine Minister nicht solche . . . . . wären! Aber mit Ausnahme des einzigen Schwerin sind sie alle Feiglinge! Und etwas später: Ich bin in einer fürchterlichen Lage. Meine Minister sind . . . . . mit Ausnahme Schwerin's, der Mut

hat, und Camphausen's, der mich anständig behandelt. Für zwei mögliche Fälle habe er sich vorgenommen, zu abdicieren: wenn man ihn zum Kriege mit Rußland, oder wenn man ihn zur Annahme der Constitution, die jetzt in Berlin ausgeheckt werde, zwingen wolle. Aehnliche mißmütige Klagen des Königs aus dieser Zeit sind auch durch Bunsen's Memoiren bekannt geworden; Arnim, heißt es da, habe Dutzende von Briefen gar nicht beantwortet und dann das Gegenteil von dem, was der König geschrieben, gethan. Stockmar fand an der Haltung des Monarchen wenig Wohlgefallen. „Nachdem ich gesehen, so schließt er seine Aufzeichnung, daß der König keinen Entschluß fassen würde, machte ich mich fort und verließ Berlin am nächsten Morgen." Aber auch die Nationalversammlung hatte ihm wenig imponiert; sie erscheint ihm „unwissend und destructiv." Ungemein günstig urteilt er dagegen von der Prinzessin von Preußen. „Sie ist tüchtig, klar, entschieden, ergeben und begreift wohl von Allen das Außerordentliche und Eigentümliche unserer Zeit am besten." In Frankfurt traf Stockmar kurz vor Gagern's „kühnem Griff" wieder ein. Ihm schien die Wahl des österreichischen Erzherzogs zum Reichsverweser nicht ohne Vorteil für Preußen zu sein; die Unmöglichkeit, Oesterreich an die Spitze Deutschlands zu stellen, müsse dadurch, meinte er, nur um so klarer werden. Allein das Anerbieten, Minister des Aeußeren zu werden, lehnte er unbedingt ab. „Wer im 60. Jahre mit Gicht in den Eingeweiden, noch den Krankenwärterdienst bei der am ansteckenden Fieber darniederliegenden Germania übernehmen wollte, der müßte," wie er schreibt, „rein toll

sein." Der erste Act des Dramas sei jetzt geschlossen; der zweite werde durch Zerwürfnisse zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung ungleich kriegerischer werden. Großes Vertrauen auf die Macht der süddeutschen Fürsten gegenüber einer republikanischen Bewegung konnte Stockmar nicht wohl besitzen. Noch in den letzten Tagen seiner bundestäglichen Thätigkeit hatte er Wunderbares erlebt. Der Prinz Karl von Bayern, der mit 8000 Mann in Baden stand, ließ durch einen Adjutanten melden, sein Corps sei durch die Demagogen vollkommen desorganisiert: an Disciplin sei nicht mehr zu denken. Der Gemeine pariere nicht mehr und jeden Morgen laufen eine Menge mit Sack und Pack über die schweizer Grenze und schließe sich Hecker's Schaaren an. Wenn man das bayerische Corps nicht bald aus Baden herausziehe, so werde die dort herrschende politische Epidemie es völlig auflösen. Gern hätte nun die Bundesversammlung dem prinzlichen Feldherrn seinen Wunsch erfüllt; allein der württembergische Gesandte protestierte auf das Eifrigste dagegen, daß für die bayerischen württembergische Truppen einrücken sollten, und er verriet so mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß die „größere Gesundheit" der Contingente seines Herrn auch nicht weit her sei. Diesen miserablen Zuständen gegenüber mußten die preußischen Verhältnisse doch immer noch als einzige Hoffnung erscheinen, und Stockmar's Wunsch war deshalb auch, durch den Eintritt preußischer Staatsmänner in das Reichsministerium eine intime Verbindung zwischen Berlin und Frankfurt erwachsen zu sehen. Als Bunsen Ende Juli nach Deutschland

kam und man erwartete, daß er das auswärtige Amt des Reiches übernehmen werde, ließ sich Stockmar sogar trotz seiner früheren unbedingten Ablehnung nicht abgeneigt finden, für diesen Fall selbst auch in das Ministerium einzutreten, und zwar als Präsident desselben. Nachdem aber diese ganze Combination gescheitert war, wurde er, wiederholter Aufforderung ungeachtet, seinem ersten Entschlusse nicht wieder untreu und stellte sich dem Reichsministerium nur zum Behuf in schwierigen Situationen, z. B. nach der Verwerfung des Waffenstillstandes von Malmöe, zur Lösung der Verwickelungen das Seinige zu thun; aber das Schwergewicht seiner Thätigkeit lag doch zumeist in seinem regelmäßigen, persönlichen und brieflichen Verkehr, in seinem Einfluß auf die hervorragenderen Staatsmänner und Abgeordneten und auf die Presse. Eine Reise nach Berlin, die er im Einverständnis mit dem Reichsministerium Ende September unternahm, um eine Annäherung zwischen Preußen und der Centralgewalt herbeizuführen, blieb ohne Resultat; das Ministerium Pfuel, welches sich als „das der That" angekündigt hatte, machte ihm einen sehr schwächlichen Eindruck; viel mehr versprach er sich von dem brandenburgischen Cabinet, als dieses die Nationalversammlung zu vertagen und aufzulösen und eine Verfassung zu octroyieren wagte. Dazu kamen die neuen Vorgänge in Österreich, besonders die Erklärung des Fürsten Schwarzenberg in Kremsier, daß über die künftige Stellung Österreichs zu Deutschland erst dann etwas bestimmt werden könne, wenn beide ihre neu verjüngte Gestalt gewonnen hätten. Es bedurfte jetzt nur eines kräftigen preußischen Auftretens in Frankfurt, so stand das Gelingen einer bundesstaatlichen

Einigung Deutschlands unter Preußens Führung und mit Ausschluß Österreichs in sicherer Aussicht, Stockmar wünschte, daß aus der Mitte der Frankfurter Versammlung das preußische Cabinet indirekt zu einem solchem mutigen Vorgehen aufgefordert würde, aber durch eine Erklärung, das Österreich nicht länger als Teil des künftigen Bundesstaates behandelt werden dürfe: auch die Beseitigung des Oesterreichers Schmerling aus dem Reichsministerium erschien ihm sehr zeitgemäß, und er setzte Gagern diese Ideen von London aus in einem langen Briefe auseinander. Wenn Preußen selbst durch solches Entgegenkommen zu keiner activeren Politik zu bewegen sei, dann bliebe dem Parlamente freilich nur noch Eins übrig: aus eigener Machtvollkommenheit und unbekümmert um die augenblickliche Lage und um die Erfolglosigkeit des Schrittes seinerseits die Stellung zu decretieren, die Preußen nach seinem Ermessen in dem neuen Bunde zum Wohl des Ganzen einzunehmen habe. Im Wesentlichen haben die Ereignisse bekanntlich diesen, von Stockmar am 3. Dezember 1848 empfohlenen Gang genommen. Am 15. Dezember trat Schmerling ab, am 18. bildete Gagern sein Ministerium mit dem Programm: Deutschland ein Bundesstaat, der König von Preußen erbliches Oberhaupt, Ausschluß Österreichs, weiteres Bündnis zwischen Österreich und Deutschland. Im März 1849 folgte dann jenes Decret des Frankfurter Parlaments in der Form der Kaiserwahl. Die Hoffnungen, welche Stockmar auf das Ministerium Brandenburg gesetzt hatte, erwiesen sich als eitel, es wollte oder konnte den König zur Annahme der „Schandkrone", wie er sie in einem eigenhändigen

Briefe an Bunsen (d. d. 14. März 1849) nannte, nicht bewegen und ließ sich statt dessen auf das Experimentieren mit dem guten Willen der übrigen deutschen Könige ein. Ueber diese Verhandlungen ist in unserem Buche Nichts von Bedeutung zu finden, während bekanntlich der dritte Band von Bunsen's Memoiren viel interessantes Material dazu geliefert hat. Trotzdem, daß Stockmar sonst eine große Neigung hatte, Alles von der schwärzesten Seite anzusehen, begrüßte er doch das erste Auftreten des Dreikönigsbündnisses mit Anerkennung und bewahrte sich so viel Teilnahme für diesen neuen Versuch, daß er eine Wahl in's Parlament, durch welche seine Coburger Mitbürger ihn ehrten, annahm. Doch war seine Wirksamkeit auch in dieser neuen Stellung nur eine private und dabei keineswegs erfolgreich. Einer kleinen Schar vortrefflicher Männer, wie Simson, Camphausen, Gagern, schloß er sich eng an, aber für das Fraktionsleben und gar für strenge Parteidisciplin war er nicht geschaffen; dazu hatte sein ganzes Wesen einen zu originellen Anstrich und seine politische Bildung eine zu individuelle Färbung, die man ohne Zweifel mit Recht aus seiner englischen Lehrzeit ableitete. Mit Radowitz in nähere Beziehungen zu treten, konnte er sich trotz Bunsen's Zureden nicht entschließen; er hegte ein tiefes Mißtrauen gegen diesen Minister, dem der klare Blick für politische Wirklichkeit, fehlte und der in Allem, was er angefaßt hatte, eine unglückliche Hand bewährt habe. Letzteres zum Mindesten wurde durch den Verlauf des Erfurter Parlaments gewiß nicht Lügen gestraft; der Berliner Fürstencongreß und die Einsetzung der provisorischen Unionsregierung konnten

nur für kurze Zeit bescheidene neue Hoffnung rege machen, die dann durch den Tag von Olmütz, den 29. November 1850, gründlich und endgültig vernichtet wurden.

Stockmar sah diesen Entwickelungen in stiller Zurückgezogenheit theils von Coburg, theils von London aus zu. Das höhere Lebensalter, in dem er jetzt stand, machten sich ihm mehr und mehr bemerklich; seine eigene politische Thätigkeit war beendet. In Bezug auf Deutschlands Geschick hatten sich bei ihm zwei Ueberzeugungen zur Gewißheit durchgerungen, erstens, daß man sich zuvörderst mit der Einigung Norddeutschlands unter Preußen zu begnügen habe, und zweitens, daß auch diese auf friedlichem Wege nicht zu erlangen sei. Aber die Hoffnung auf ein endliches Gelingen des Werkes gab er nicht auf. „Laßt euch nicht abschrecken," pflegte er wohl zu sagen, „ihr Jüngeren vermögt gar nicht zu übersehen, wie groß die Fortschritte sind, welche die Deutschen in diesem Jahrhundert zu staatlicher Einheit gemacht haben. Ich habe es erfahren, ich kenne dieses Volk; ihr geht einer großen Zukunft entgegen. Ihr werdet es erleben, ich aber nicht — dann denkt des Alten!"

Bis zum Jahre 1857 setzte er noch seine jährlichen Winterreisen nach England fort; von da ab verließ er Deutschland nicht mehr. Eine lebhafte Teilnahme flößte ihm noch der Krimkrieg ein, besonders aber die heftigen Angriffe, welche zu Anfang 1854 von der englischen Presse gegen den Prinzen Albert wegen unconstitutioneller Einmischung in die Regierungsgeschäfte erhoben wurden, und bei denen er selbst natürlicher Weise auch nicht sehr glimpflich be-

handelt wurde. Um so erfreulicher mußte für ihn daher der ehrenvolle Ausgang sein, welchen diese Anfeindungen für den Prinzen nahmen; die Mitteilungen über diese Vorgänge bilden ein höchst lehrreiches Kapitel unseres Buches, das wir noch besonders einer aufmerksamen Lektüre empfehlen. Weniger bedeutend ist das, was über Preußens Stellung zu der Krimkriegsfrage beigebracht wird, obgleich man eine anonyme Denkschrift, die wohl unzweifelhaft den Prinzen Albert zum Verfasser hat und die kommentierenden Schriftstücke zu derselben nicht ohne Interesse lesen wird. Ein Ereignis, das noch einmal einen hellen Freudenglanz über Stockmar's Alter verbreitete, war die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzeß Royal. Wenn Bunsen schon im Jahre 1849 schrieb: „Es würde eine Belle-Alliance sein, wenn sie einmal dem preußischen Throne zugeführt würde; doch das ist ja in Gottes Händen, und acht Jahre sind jetzt acht Jahrhunderte." (Bunsen III, 33), so waren das unzweifelhaft Gesinnungen, die Stockmar unbedingt teilte. Um das junge Ehepaar in seinem eigenen Hause zu begrüßen, machte er 1858 noch eine Reise nach Berlin. Kurze Notizen, die er hier aufzeichnete, enthalten noch einzelne charakteristische Züge, die meist auf Humboldt als Quelle zurückgehen. Der König war bereits nicht mehr fähig, sich Stockmar's zu erinnern. Als Humboldt seinen Namen erwähnte, fragte der Kranke: „Wer ist das? kenne ihn nicht; habe ihn nie gesehen." Auch die Königin kam vergeblich seinem Gedächtnis zu Hilfe.

Der Name wurde aufgeschrieben und buchstabiert. Nein, klagte der König, ich kann mich nicht be-

sinnen, ihn je gekannt zu haben. Ach, wie ist doch mein Kopf! Ich habe gar kein Gedächtnis mehr." Recht hübsch, wenn auch nicht wesentlich neu, ist Humboldt's Urteil über die drei Koryphäen des Reactionsministeriums: Raumer sei der allerschädlichste, denn er verachte die Wissenschaft; Westphalen sei der gescheuteste und gefährlichste; Manteuffel könne wenigstens gut griechisch und lese die Classiker. Letzterer unterzeichnete eine Geburtstagsgratulation, die er in diesen Tagen an Humboldt schrieb, witzig genug: Ihr abgehetzter, nun bald auch abgesetzter. Mit Auerswald, den damals die Bildung des neuen Ministeriums beschäftigte, conferierte Stockmar wiederholt, wenn er auch nicht entfernt den entscheidenden Einfluß dabei geübt hat, welchen ihm die reactionäre Presse beilegte, indem sie verbreitete, er habe das Ministerium der neuen Aera „fertig in der Tasche aus England mitgebracht". Eine andere Version ließ statt des Vaters den Sohn, den Herausgeber der „Denkwürdigkeiten", der damals Privatsecretär der Prinzessin Victoria war, jene Ministerliste überbringen; natürlich ein nicht minder albernes Gerede, das sich nur aus der Erbitterung erklärt, welche in den feudalen Kreisen über die herzlichen Beziehungen des prinzlichen Paares zu dem alten Coburger bestand.

Die letzten Jahre brachten Stockmar noch einige schwere Verluste. Seinem Bruder Carl folgte seine Tochter Marie nach, die Gemahlin des Culturhistorikers Hettner, und nicht minder tief als diese Lücken, welche der Tod in die eigene Familie riß, schmerzte ihn das unerwartete Ende des Prinzen Albert. Auch das Abscheiden des belgischen Königs wurde durch dessen stets

zunehmende Krankheit für Stockmar in traurige Nähe gerückt, ohne daß er es jedoch noch erlebt hätte. Denn unerwartet traf ihn selbst in der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1863 ein Gehirnschlag, im beinahe vollendeten sechsundsiebenzigsten Jahre.

Es war gewiß ein reiches bedeutungsvolles Leben, das in ihm erlosch; auf viele und wichtige Ereignisse, die Europa in mehreren Jahrzehnten bewegten, hatte Stockmar einen nicht geringen Einfluß geübt; mit einer Menge der bedeutsamsten politischen Persönlichkeiten hatte er in gegenseitigem, förderndem Gedankenaustausch gestanden; für mehr als einen war er der Vertraute, der Lehrer geworden. Aber trotz dieses reichen Inhalts liegt in seinem Leben für uns doch etwas Unbefriedigendes. Natürlich kann es nicht darin gesucht werden, daß Stockmar seine Dienste zunächst einem Fürstenhause widmete. Denn wenn er ein Fürstendiener war, so war er es, wie sein Sohn mit Recht sagt, „in großem, freiem, volksthümlichem Sinn, die Fürsten stärkend und fördernd zu ihrer Pflicht gegen die höchsten Interessen der Nationen; und sein Glück wollte, daß er humanen, edlen, tüchtigen, nicht auf die tote Vergangenheit, sondern auf die werdende Zukunft gerichteten Fürsten begegnete.“ Aber es liegt ein innerer Widerspruch in diesem Ziele und in der Art seines Wirkens; was er erstrebte, gehörte gewiß der Zukunft an; aber wie er es fördernd und allein zu fördern Gelegenheit hatte, das sagt unserer Auffassung von politischer Thätigkeit nicht mehr zu und erinnert an Zustände, deren Wiederkehr wir nicht wünschen können. Es fehlt in Stockmar's Leben die äußere Verantwortlichkeit, die Eingliederung in den

geregelten Organismus des Staates; er ist ein von außen wirkender Faktor, dessen bestimmender Einfluß nicht gemessen, nicht controliert, nicht anderweitig beschränkt werden kann und der deßhalb — wenn er sich in anderer Richtung geltend gemacht hätte — höchst verderblich hätte werden können. Gewiß hatte Stockmar das lebhafte Gefühl der Verantwortlichkeit für das, was er sagte und riet und gewiß hat der griesgrämige Varnhagen selten ein schieferes Urteil gefällt, als da, wo er ihn einen Intriguanten schalt, aber dennoch wird dem wohlwollendsten Beobachter zuweilen etwas unbehaglich, wenn er die Wege betrachtet, die Stockmar wandeln muß, und dieses Mißbehagen wird durch das Vertrauen in seine Zuverlässigkeit und Lauterkeit wohl gemildert, aber nicht beseitigt. Wir erinnern beispielsweise an die Denkschrift des Prinzen Albert (vom wem könnte sie anders sein?) über die Stellung Preußens zum Krimkrieg; Stockmar soll sie einem preußischen Militär mitteilen und führt mit demselben eine kommentierende Correspondenz deshalb; er dient also als Werkzeug, um die Ansichten eines Mannes, der, ohne in der englischen Regierung zu sitzen, deren Wünsche vertritt, einem anderen plausibel zu machen, der wiederum nicht dem preußischen Ministerium angehört, unzweifelhaft aber von Einfluß auf den König ist. Und Aehnliches findet sich öfter. Man empfindet bei solchen Gelegenheiten stets das Verlangen, Stockmar in einer offiziellen Stellung zu sehen, in der er seinen großen Scharfblick, seine umfassende Erfahrung, seine redlichen Absichten direct und ohne Vermittelung, aber auch ohne Umgehung berechtigter Factoren verwerten könne. Daß er einer solchen Stellung, etwa

der eines deutschen Ministers des Auswärtigen im Jahre 1848, würde gewachsen gewesen sein, darüber kann ein Zweifel nicht aufkommen; manche politische Schrullen, um einen etwas starken Ausdruck zu wählen, würde er dabei um so leichter abgestoßen haben, als sie im innersten Zusammenhange mit seiner eigenthümlichen Lebensstellung sich gebildet und entwickelt hatten und in der frischen Zugluft öffentlicher, verantwortlicher Thätigkeit schnell hätten zusammenschrumpfen müssen. Daß dies nicht geschehen ist, müssen wir für ein Unglück sowohl in Stockmar's, wie in Deutschland's Interesse halten; ganz verkehrt aber wäre es, ihm einen sittlichen Vorwurf daraus zu machen. Weit eher könnte man umgekehrt sagen, daß die Vortrefflichkeit seines Charakters gerade in seiner an sich verlockungsvollen, ungesunden Stellung erst recht Gelegenheit gefunden habe, sich zu bewähren Denn das ist sicher und wird nach den urkundlichen Zeugnissen, welche die Denkwürdigkeiten uns bieten, von niemandem bestritten werden können, daß an Unbestechlichkeit der Gesinnung, an Treue gegen seine Fürsten, an Liebe zu seinem Vaterlande, an felsenfestem Vertrauen zu der Macht und zu dem Segen der Freiheit, an warmem Gerechtigkeitsgefühl, Stockmar keinem von denen zu weichen braucht, die zu irgend einer Zeit im Verkehr mit den Gewaltigen der Erde eine „namenlose, unterirdische Existenz geführt haben."

Wir enthalten uns aller Anspielungen auf Naheliegendes.

Zwei Antipoden.

Auch Graf Beust hat seinen Biographen gefunden. Es ist der herzogl. sächsische Hofrath Dr. Ebeling, der eine im Jahre 1870 begonnene ausführliche Lebensskizze in einem 2. Band im Jahre darauf abgeschlossen. Die Familie des Grafen ist bis ins 15. Jahrhundert zurückzuverfolgen. Ihr Stammgut war das Gut Büste im Magdeburgischen. Des (1809 geborenen) Grafen Eltern waren der 1840 in Dresden als Oberhofgerichtsrat gestorbene Frhr. Fr. Aug. v. Beust und dessen Gattin eine Tochter des sächsischen Ministers Carlowitz. Der Jugendgeschichte hat der Biograph nur sechs kurze Seiten gewidmet, die aber durch folgende köstliche Anmmengeschichte durchgeistigt werden. „Nicht selten ist es," erzählt der Autor, „daß wir in der Geschichte denkwürdiger Männer von Unfällen vernehmen, welche deren Leben gleich im Beginne desselben zu verlöschen drohen. Auch Beust schien unter sehr neidischen Aspecten das Licht dieses Erdenrundes erblickt zu haben; denn alsbald nahte sich dem ohnehin schwächlichen

Knaben eine Gefahr, der er, so launig sie heute klingt, leichtlich sofort als Opfer unterliegen konnte, ja in der That wider Aller Erwarten, selbst des keineswegs zaghaften Hausarztes, und gleichsam nur durch ein Wunder entrann. In der Freude über seine Geburt nämlich hatte der glückliche Vater, der eben angenommenen, der deutschen Sprache fast ganz unkundigen wendischen Amme zwölf Flaschen des ältesten Rheinweins geschenkt, den noch aus väterlichem Besitz sein Keller barg. Selber jedoch völlig fremd in derlei Genüssen, wähnte die Amme den edlen Stoff für das ihrer Aufnährung anvertraute Kind bestimmt und durchaus richtig verwendet, wenn sie ihm ein Bad davon bereite. Dies that sie denn stracks in aller Stille und ward so die Ursache der übergroßen Reizbarkeit, mit welcher seine physische Entwickelung lange Zeit kämpfen mußte. Die Amme war nach Klarwerdung des unglückseligen Mißverständnisses von der Bestimmung ihres Säuglings zu etwas „ungeheuer Großem" und, daß ihn bis dahin nichts anzufechten vermöge, unerschütterlich überzeugt. Der nachmalige Staatenlenker fand noch oft Gelegenheit, in mancherlei Variationen darüber zu scherzen, daß er gleich am ersten Tage seines Lebens trunken gewesen. In Rheinwein gebadet, von einer wendischen Amme gesäugt, von einer vortrefflichen Mutter erzogen, vom Hauslehrer Sturz vorbereitet, bezog Friedrich Ferdinand 17 jährig die Universität Göttingen, um dort und später in Leipzig Geschichte und Staatswissenschaften zu studieren. Er war „ein schnell aufgeschossener Jüngling," von außerordentlichem Fleiß, von streng geregelten Lebensgewohnheiten, lebte fern vom „wüsten Treiben der studentischen Haufen," und statt

der üblichen genialen Züge erzählt Ebeling von Beust nur, daß derselbe zum unzertrennlichen Stubengefährten eine große graue Katze besaß, die er „zu den erstaunlichsten Kunststücken" abgerichtet hatte. Der Biograph spricht von diesem Talent seines Helden fast dithyrambisch und meint, Beust habe eine fabelhafte Virtuosität im Dressieren von Hunden und Pferden gezeigt; „seine Geschöpfe" hätten „Unglaubliches" geleistet und „er wäre der unübertrefflichste Tierbändiger geworden." Ueber seine Studien wird noch das Zeugnis der Commilitonen beigebracht, daß an Beust „nichts schlecht war als seine Handschrift." Er bestand seine Prüfungen vorzüglich, wollte sich dem akademischen Berufe widmen, während der Vater ihn in die diplomatische Laufbahn leitete. Er diente erst in der Justiz, dann im Auswärtigen Amte zu Dresden, das ihn 1833 schon verwendete, indem es ihn einen sächsischen Ober-Hofmarschall nach München begleiten ließ, welcher für Friedrich August II. um die Hand der jetzt verstorbenen Königin Maria warb. 1836 wurde er Legationssecretär bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin, 1838 kam er in gleicher Eigenschaft nach Paris, 1841 wurde er Geschäftsträger in München, wo er sich mit der Tochter des bayerischen Generals Freiherrn von Jordan vermählte; 1846 wurde er Ministerresident in London, im Mai 1848 Gesandter in Berlin. So diplomatisch geprüft, war er endlich 1849 das Haupt des sächsischen Ministeriums.

Das Interesse für Oesterreichs dominirende Stellung im deutschen Bunde war das leitende Motiv in der Politik des sächsischen Ministers Beust, obwohl er ein Bundesreformproject betrieb, nach welchem Oesterreich

und Preußen im Vorsitz alterniren sollten, und mit Nachdruck die Partei Preußens gegenüber Süddeutschland in Sachen des deutsch-französischen Handelsvertrages nahm. Die schärfste politische Voraussicht bewährte Beust zur Zeit des Gasteiner Vertrages, wo er in der That mit mehr Erfolg österreichischer Minister gewesen wäre, als vorher Rechberg und später Mensdorff mit seinem „bösen Dämon" Moriz Esterhazy. Nach Ebeling wollte Bismarck im Juli 1865 den Bruch mit Oesterreich wegen der Herzogthümer herbeiführen, Mensdorff fürchtete den Bruch und ging am 14. August auf den Gasteiner Vertrag ein. Eine Woche zuvor erschien Beust in Wien, wo er ein Memoire (man sagt, dieses Memoire fehle im Archiv des auswärtigen Amtes Oesterreichs und sei von Esterhazy verbrannt worden) überreichte, das Oesterreich die Rückkehr zur Bundespolitik empfahl, ohne jedoch den Conflikt mit Preußen zu provocieren. Am 15. August vertrat Beust dieselbe Politik in Gastein vor dem König von Preußen und Bismarck gegenüber. Mensdorff jedoch fürchtete, Preußen werde, wenn der Bund sich für Oesterreich erkläre, den Krieg beginnen, und Oesterreich (durch Sistirung der Verfassung überdies creditlos!) war nicht gerüstet. Es ist bekannt, wie dann Oesterreich sich um die deutschen Mittelstaaten nicht weiter kümmerte, bis die Ereignisse des Jahres 1866 heranreiften. Wie dann Sachsen vor allen Anderen dem Kaiserstaate die Treue wahrte, ist in Aller Gedächtniß. Im Gefolge des Königs Johann war Beust, als die Preußen in Sachsen einmarschirten, nach Prag und als die Schlacht geschlagen war, nach Wien gekommen. Da die Eisenbahn unfahrbar war, mußte der Weg auf der alten

Heerstraße zurückgelegt werden. Erst in Brünn, wo die erste Begegnung Beust's mit Giskra stattfand, konnte die Bahn benutzt werden. Noch ahnte man die Furchtbarkeit des Unglücks von Königgrätz nicht. Es war 3 Uhr nach Mitternacht, als der Sachsenkönig mit seinem Minister auf dem Nordbahnhofe in Wien ankam, wo der Kaiser seiner wartete. „In männlich fester Haltung, doch bleich und schmerzensvollen Auges empfing er den König mit der Schreckensbotschaft . . . ; in langer schweigender Umarmung der beiden Monarchen drückte sich eine Welt von Gefühlen aus . . .; bekümmert, aber herzlich reichte der Kaiser dem künftigen Lenker der Geschicke Oesterreichs die Hand." Schon am andern Morgen wurde Beust nach Schönbrunn berufen, um mit dem Grafen Moriz Esterhazy einer Beratung des Kaisers und des Königs beizuwohnen. Ebenso die folgenden Tage, die unter fruchtlosen Waffenstillstandsversuchen verflossen. Erst am siebenten Tage erhielt Beust in später Abendstunde den Besuch des Ministers Esterhazy, um im Namen des Kaisers den Antrag einer Mission nach Paris zu empfangen. Er nahm die Sendung an. „Zu spät," meint der Biograph, „denn hätte man nicht eine Woche nutzlos verstreichen lassen, so wäre bei Napoleon noch etwas auszurichten gewesen. Nun kam Beust in dem Moment in den Tuilerien an, als Bismarck durch den Prinzen Reuß seine Verhandlungen mit Frankreich bereits abgeschlossen hatte. Beust fand den Kaiser Napoleon nach diesem Berichte „physisch leidend und vornehmlich unter dem moralischen Drucke der seine Intentionen arg durchkreuzenden Ereignisse." Ich vermag jetzt nichts, war der Refrain aller seiner Entgegnungen, ich bin zu einem Kriege nicht im Ent-

fernteſten vorbereitetet, ich habe nicht 200,000 Mann kriegsbereit. Immer brach er in dieſe Worte aus, obgleich ihm Beuſt vorhielt, daß er einen Krieg Frankreichs wider Preußen weder fordern noch als Deutſcher wünſchen könne; eine ſtarke militäriſche Demonſtration an der Oſtgrenze und die Abordnung eines Geſchwaders nach der Nordſee würden genügen. „Entſchließen Sie ſich dazu, Sire, und hierzu ſind Sie wohl im Stande, ſo wird Preußen Halt machen, der Süden und Oeſterreich wird friſchen Muth ſchöpfen, und Sie werden ſicher von Deutſchland als Vermittler eines billigen und alle Teile ſchonenden Friedens Dank ernten, Entſchließen Sie ſich aber hierzu nicht, ſo werden Sie bei einem ſpäteren Kriege wider Preußen ganz Deutſchland in Waffen gegen ſich ſehen, und ich glaube, Sie werden unterliegen.“ Dieſe prophetiſchen Worte waren die letzte Entgegnung auf Napoleons conſtante Ablehnung. Nur für Sachſen hätte Beuſt die Selbſtſtändigkeit erreicht (ſagt Ebeling); im Uebrigen war ſeine Miſſion vergeblich. Der Friede wurde geſchloſſen und eine der Friedensbedingungen war die Entlaſſung des Miniſters Beuſt. Er erbat ſich dieſelbe in einem ſehr beredten Geſuche und erhielt ſie durch ein Cabinetsſchreiben, in welchem König Johann dem Schmerze, ſich nach ſiebzehnjährigen Verkehr von ſeinem Miniſter trennen zu ſollen, den denkbar wärmſten, herzlichſten Ausdruck gab. Am 30. October 1866 trat Beuſt in den öſterreichiſchen Staatsdienſt. Nach Ebeling war ſchon zur Zeit des Fürſtentages daran gedacht worden, den ſächſiſchen Premier nach Oeſterreich zu berufen; ein zweites Mal ſollte dies beim Rücktritt des Grafen Rechberg, wo die Wahl dann auf den ſchwachen Mens-

dorff fiel, und ein drittes Mal unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges geschehen. Nun trat das Ereignis wirklich ein. Die Geschichte der letzten fünf Jahre vor 1871, wo Beust zurücktrat, wird man bei Ebeling nicht suchen, doch hat er das Material übersichtlich zusammengestellt. Den persönlichen Qualitäten des Reichskanzlers spendet der Biograph selbstverständlich ein sehr umfassendes Lob. Er rühmt ihm den Fleiß einer Biene, gepaart mit der Geduld eines Bibers, nach, nennt ihn geschmeidig und elegant, frei von Haß und Rache, zugänglich für Jedermann, dankbar für jeden Dienst, empfänglich für jede geistige Erscheinung, von unverwüstlicher Frische, von untilgbarem Humor, behaglich im Genusse edler Geselligkeit. „Beust, der Staatsmann, war beständig auch Schöngeist; Beust, der Beamte, immer auch Cavalier; Beust, der Aristokrat, immer auch ein Bürger."

Fürst Bismarck hat einmal über seinen Antipoden Beust gesagt: „Wenn ich ein Urteil über die Gefährlichkeit eines Gegners mir bilden will, so subtrahire ich zunächst von dessen Fähigkeiten seine Eitelkeit; wende ich dieses Verfahren auf Beust an, so bleibt als Rest wenig oder gar nichts." Die vor drei Jahren erschienen „Erinnerungen und Aufzeichnungen" des Grafen Beust werden für jeden, der sie vorurteilslos liest, den Eindruck nur bestätigen, den der sächsisch-österreichische Staatsmann bei Lebzeiten auf seine Zeitgenossen machte. Graf Beust war ein Mann von leichtem und beweglichem Geiste, mit scharfem Auge für die Schwächen der Gesellschaftsklasse, mit der er verkehrte, aber jeder Tiefe und jeden Ernstes ermangelnd, leichtfertig, mit seinen Plänen und seinem Witz von der

Hand in den Mund lebend, Staatsmannschaft mit Perfidie und Verschlagenheit verwechselnd, stets mit seiner Person beschäftigt und von einer Eitelkeit, die selbst in der Zeit der Zeitungsberühmtheiten ihresgleichen sucht. Die Memoiren Beust's bereichern die europäische Chronik mit einer Reihe von Geschichten und Geschichtchen; es ist ein charakteristisches Buch; sind die Darstellungen regelmäßig oberflächlich und tendenziös, die Gruppierung der Thatsachen trivial, so ist der Held dieser Memoiren, der stets auf der Bühne bleibt, doch immer amüsant. Graf Beust hat in so vielen und so zweideutigen Positionen gesteckt, daß man begierig ist, zu sehen, wie er sich herausredet. Und immer weiß er einen Weg, sich an der schlimmsten Seite vorbeizudrücken. Es ist eine politische Komödie ersten Ranges, die vor dem Leser aufgeführt wird, auch fehlt es darin nicht an raschen Glückswechseln. Die Schlacht von Königgrätz schloß des sächsischen Ministers Laufbahn, da schoß er als leitender Staatsmann Österreichs plötzlich in die Höhe; er führte Österreich bis dicht an den Revanchekrieg; da entfiel ihm der Mut, und der Krieg, der für den Grafen Beust nicht minder „sein Krieg" sein sollte, wie die Kaiserin Eugenie von ihrem Kriege zu sprechen pflegte, dieser Krieg ließ ihn als definitiv auf den Strand geratenen Staatsmann zurück. Schließlich war er überall im Wege; um ihn von Wien fortzubringen, schickte man ihn als Botschafter nach London, übersetzte ihn von dort nach Paris und, als er sich auch dort unmöglich gemacht hatte, nahm man ihn nach Österreich zurück, wo er zur Zeit seines Todes jeden Kredit verloren hatte.

In unseren Tagen, wo so viel von Verträgen zwischen den Großstaaten und ihrem Wert für kriegerische Katastrophen die Rede ist, wird es besonders interessant, in die Geschichte der famosesten Koalition der neuesten Zeit, die der Tripelallianz Frankreich, Österreich, Italien in den Jahren 1869 und 1870 einen Blick zu thun. Mit begreiflicher Spannung schlägt man die betreffenden Kapitel in dem Beust'schen Werke auf; hier hofft man dann einmal die reine authentische Wahrheit über diese vielbesprochenen Vorgänge zu finden; allein man begegnet wieder nur Scapin, der sich aus einer unangenehm verwickelten Lage, aus widersprechenden Depeschen, doppelsinnigen Äußerungen, nicht gehaltenen Zusagen herauszuwickeln sucht.

Was speziell das Verhältnis zwischen Frankreich und Österreich betrifft, so muß man die Perioden vor der französischen Kriegserklärung und nach derselben auseinander halten. Lag vor der französischen Kriegserklärung eine feste Verständigung dieser beiden Staaten über gemeinschaftliche Kriegführung gegen Preußen-Deutschland vor? Graf Beust behauptet mit großer Bestimmtheit, daß kein Übereinkommen existierte außer dem in den zwischen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Napoleon gewechselten Briefen ausgesprochenen Verzicht der Verhandlung mit dritten Mächten. Es habe zwar der Entwurf einer von den drei Monarchen allein zu unterzeichnenden Erklärung vorgelegen, dieselbe sei indessen von keinem der drei Monarchen unterzeichnet worden. Vor zwei Jahren hat Charles Dilke in einem vielbesprochenen Aufsatz in der „Forthnightly Review" die Behauptung aufgestellt, daß allerdings

bindende Briefe des Kaisers von Österreich und des Königs von Italien existierten, die in der Hand der Kaiserin Eugenie sich befänden. Doch mag dies als eine vereinzelte unbewiesene Behauptung auf sich beruhen. Es bleibt nichtsdestoweniger eine Kühnheit von ungewöhnlichem Kaliber, wenn Graf Beust in seinen Aufzeichnungen hoch und teuer versichert, daß die Abmachungen und Verhandlungen zwischen Österreich und Frankreich „Zwecke des Friedens" verfolgt hätten; dieser Zug wäre selbst für eine Komödie zu stark! Eine der Eigenheiten des Grafen Beust, der alle Sachen verdarb, denen er diente, war es, der gesamten Welt mit Ratschlägen und Abfertigungen lästig zu fallen; leider sind diese Ratschläge in keinem Falle befolgt worden, sonst wäre, wie Graf Beust zu wiederholten Malen ernstlich versichert, weder der Krimkrieg, noch der italienische, noch der dänische, noch der deutsche, noch der französische Krieg geführt worden. Auf die Natur dieser Ratschläge kann man aus Folgendem schließen. Zur Zeit der hohenzollernschen Kandidatur in Spanien gab Graf Beust dem Herzog von Gramont den Rat, den Prinzen von Hohenzollern auf dem Meere abzufangen durch eine aus Brest auslaufende Eskadre auf dem Wege nach Spanien. „Wenn Preußen darüber zürnt, so wird es Mühe haben, Süddeutschland marschieren zu machen", schrieb Graf Beust. Der Herzog von Gramont hatte den Menschenverstand, auf diesen geistreichen Einfall zu antworten: „Graf Beust schickt mir eine Scene aus einer komischen Oper." Auch in der kritischen Zeit vor der Kriegserklärung im Juli 1870 sparte Graf Beust die Ratschläge nicht, er drang in Frankreich, sich mit einer Demütigung Preußens

zu begnügen und den Krieg nicht zu provozieren. Das gesamte Verhalten des Grafen Beust seit 1866 hatte indessen absolut keinen Sinn, wenn es nicht auf einen Krieg gegen Preußen hinauskommen sollte; es kann auch nicht im Entferntesten bezweifelt werden, daß der Plan eines Offensivkrieges der drei koalierten Mächte den Gegenstand sehr eingehender militärischer Unterhandlungen bildete. Nichtsdestoweniger versucht es Graf Beust, die Welt glauben zu machen, er habe das Bündnis mit Frankreich gesucht, — um dieses von kriegerischen Abenteuern zurückzuhalten.

Ein offenbar sehr gut unterrichteter Korrespondent des „Figaro" teilte gegenüber dieser posthumen Friedensheuchelei aus den Erinnerungen des jüngst verstorbenen Generals Lebrun über dessen Wiener Mission im Juni 1870 mit, daß derselbe dem Erzherzog Albrecht einen Kriegsplan Napoleons vorlegte, basiert auf ein gleichzeitiges Losschlagen der drei Koalitionsmächte und Vereinigung ihrer Armeen in Baiern. Von österreichischer Seite wurde ein Gegenplan aufgestellt, wonach die französische Hauptarmee sechs Wochen nach der Mobilisation bei Nürnberg stehen sollte, während die Österreicher in Böhmen sich konzentrierten und jeder größeren Schlacht auswichen, bis die Fühlung mit der französischen Armee hergestellt sei. Dann träfe die italienische Armee, die sich einstweilen bei Verona konzentriert hat, mit Eisenbahnzügen bei Regensburg ein. Wir lassen einen dritten Plan auf sich beruhen, wonach die österreichische Armee, sich so rasch wie möglich sammelnd, gegen Berlin operieren sollte, während die italienische Armee die Baiern auf sich zu nehmen hätte. Alle diese Pläne waren indessen

der Bedingung untergeordnet, daß Frankreich eine Armee von 400,000 Mann konzentrierte und einer großen Schlacht auswiche, bis die österreichische und die italienische Armee eingreifen könne. Diese Vorbedingung ist bekanntlich hinfällig geworden. Und doch mag sie den Verhandelnden so leicht durchführbar und selbstverständlich erschienen sein, daß man diese Abmachung kaum als Bedingung empfand. Denn wie sollte das auf drei Seiten umfaßte Preußen eine Offensive wagen!

Noch merkwürdiger wird nach der Darstellung des Grafen Beust die Sache unmittelbar vor und nach der Kriegserklärung. Am 11. Juni sandte Graf Beust an den Botschafter Fürst Metternich in Paris eine Depesche, in der er sich auf das heftigste verwahrt, wegen der spanischen Affaire in den Krieg gezogen zu werden. Diese Depesche hat Fürst Metternich dem auswärtigen Minister, Herzog von Gramont, nicht einmal mitgeteilt. Dagegen erschien der österreichische Gesandte in Brüssel, Graf Vitzthum, in Paris und hatte eine Besprechung mit Napoleon, in welcher alle „Mißverständnisse" ausgeglichen wurden. Graf Beust schrieb infolge dieser Besprechung unter dem 20. Juli eine zweite Depesche an den Fürsten Metternich, die diesmal dem Herzog von Gramont allerdings vorgelegt wurde. Sie lautete:

„Graf Vitzthum hat unserm erhabenen Herrn den mündlichen Auftrag, mit welchem ihn der Kaiser Napoleon zu betrauen geruht hat, ausgerichtet. Diese kaiserlichen Worte, sowie die Aufklärungen, mit denen der Herzog von Gramont sie zu begleiten so freundlich war, haben jede Möglichkeit eines Mißverständ-

nisses beseitigt, zu welchem das Unvermutete dieses plötzlichen Krieges hätte Anlaß geben können. Wollen Sie also Seiner Majestät und Dero Minister wiederholen, daß wir, den Versprechen getreu, wie dieselben in den vergangenes Jahr zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Briefen niedergelegt sind, die Sache Frankreichs als die unsrige betrachten und zu dem Erfolg seiner Waffen in den Grenzen des Möglichen beitragen werden. Diese Grenzen sind bestimmt einerseits durch unsere inneren Schwierigkeiten, andererseits durch politische Erwägungen von der höchsten Wichtigkeit. Ich will Ihnen namentlich von den letzteren sprechen. Was auch der General Fleury sagen mag, wir glauben zu wissen, daß Rußland an seiner Allianz mit Preußen festhält, so zwar, daß in gewissen Eventualitäten die Einmischung der moskowitischen Armeen nicht als wahrscheinlich, sondern als sicher angesehen werden muß. Von diesen Eventualitäten muß diejenige, welche uns angeht, uns auch in erster Reihe beschäftigen. Wenn wir indeß dieser Sorge mit aller der Offenheit Raum geben, die man sich unter guten Bundesgenossen schuldig ist, glauben wir doch, der Kaiser Napoleon werde uns die Gerechtigkeit widerfahren lassen, uns nicht eines engherzigen Egoismus zu zeihen, wir denken an ihn ebenso viel, wie an uns.

„Gebietet nicht das Interesse Frankreichs, wie das unsrige, darauf hinzuwirken, daß das zwischen zwei Partnern eingeleitete Spiel sich nicht zu schnell compliciere? Wir glauben aber zu wissen, daß; wenn wir ins Feld rückten, Rußland uns auf der Stelle

folgen würde, Rußland, welches uns nicht nur in Galizien, sondern auch am Pruth und an der unteren Donau bedroht. Rußland zu neutralisieren, es hinzuzuziehen, bis es der vorgerückten Jahreszeit wegen nicht mehr daran denken könnte, seine Truppen zu concentrieren, Alles zu vermeiden, was sein Mißtrauen wecken oder ihm einen Vorwand zur Einmischung geben könnte, das muß für den Augenblick das ostensible Ziel unserer Politik sein. Man möge sich in Paris nicht täuschen: die Neutralität Rußlands hängt von der unsrigen ab. Je mehr diese Neutralität wohlwollend für Preußen auftritt, um so mehr wird die unsrige sich wohlwollend für Frankreich zeigen können. Wie ich in unseren Versprechungen vom vergangenen Jahre immer zu verstehen gegeben habe, können wir nicht vergessen, daß unsere zehn Millionen Deutsche in dem gegenwärtigen Kriege nicht ein Duell zwischen Frankreich und Preußen, sondern den Anfang eines nationalen Kampfes erblicken. Wir können uns ferner nicht verhehlen, daß die Ungarn, wenn sie zu den größten Opfern bereit sind, sobald es gilt, den Kaiserstaat gegen Rußland zu verteidigen, sich zurückhaltender zeigen werden, sobald es gelten wird, ihr Blut und ihr Geld herzugeben, um für Oesterreich seine Stellung in Deutschland wiederzuerobern.

Unter diesen Umständen ist uns das Wort: Neutralität, welches wir nicht ohne Bedauern aussprechen, durch eine gebieterische Notwendigkeit und durch eine logische Würdigung unserer gemeinsamen Interessen auferlegt. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, ein Mittel, uns dem wahren Ziele unserer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsere Rüstungen zu ver-

vollständigen, ohne uns einem plötzlichen Angriffe, sei es Preußens oder Rußlands auszusetzen, ehe wir in der Lage sind, uns zu verteidigen. Indem wir indeß unsere Neutralität proclamieren, haben wir keinen Augenblick verloren, uns mit Italien in Verbindung zu setzen wegen der Vermittlung, zu welcher der Kaiser Napoleon uns freundlich die Initiative überlassen hat. Werden die neuen Grundlagen, welche Sie uns soeben übermitteln, den Zweck erreichen, den die französische Regierung im Auge hatte? Mit anderen Worten: werden sie von Preußen für unannehmbar betrachtet werden? Das kümmert uns wenig und ich habe Ihnen schon telegraphiert, wir nehmen diese Grundlagen an, wenn Italien sie als Ausgangspunkt einer vereinigten Action annimmt. In demselben Telegramm habe ich Ihnen von der Räumung Roms gesprochen, einer Frage, die unseres Bedenkens nicht in der Schwebe gelassen, sondern sofort gelöst werden muß. Die Septemberconvention, darüber täusche man sich nicht, paßt nicht mehr in die gegenwärtige Lage. Wir können den heiligen Vater nicht dem unwirksamen Schutze seiner eigenen Truppen aussetzen. An dem Tage, da die Franzosen aus dem Kirchenstaate abziehen, müssen die Italiener in denselben von Rechtswegen und mit Zustimmung Oesterreichs und Frankreichs einziehen. Niemals werden die Italiener mit Leib und Seele auf unserer Seite sein, wenn wir sie nicht von ihrem römischen Dorn befreien. Und offen gesagt, ist es nicht besser, den heiligen Vater unter dem Schutz der italienischen Armee, als den garibaldinischen Anschlägen preisgegeben zu wissen? Frankreich würde, indem es uns die Ehre überließe, die

römische Frage zu lösen, uns die Aufgabe, zu der es uns in Florenz die Initiative abgetreten hat, wesentlich erleichtern. Noch mehr, es würde mit einem Akte von unbestreitbarem Liberalismus seinem Feinde eine Waffe entziehen und einen Damm aufrichten gegen jenes Aufschäumen des Teutonismus, welches Preußen, die protestantische Macht par excellence, in Deutschland hervorgerufen hat, und das wir wegen seiner ansteckenden Kraft doppelt fürchten. Es ist erfreulich, daß die Rückkehr des Grafen Vimercati mit der Ankunft des Fürsten Latour d'Auvergne zusammenfallen wird." (Gez.) Beust.

Es ist schwer, ja fast unmöglich, deutlicher zu sagen, daß der Krieg ein gemeinschaftlicher sein sollte; noch wurden kriegerische Vorkehrungen in Oesterreich getroffen, bis die Schlachten von Weißenburg, Wörth und Spicheren die Dinge in eine andere Perspektive rückten. Graf Beust legt in seinen Erinnerungen das ganze Gewicht auf das „Drängen der Ereignisse," „den persönlichen Uebereifer des Konzipienten," „das Uebersehen manches nicht genug abgewogenen Wortes." Man mag das zugeben oder bestreiten, der Fall bleibt gleich instruktiv; er zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Interpretation und die Ausführung internationaler Abmachungen zu kämpfen hat. Daß Graf Beust selbst sich mindestens nicht ganz klar war, zu was er denn eigentlich Oesterreich mit so schneidigen Worten verpflichtet hatte, das ergiebt sich aus einem eigentümlichen Geständnis in seinen Erinnerungen:

„Ich war mir," so berichtet Graf Beust, „der ganzen Schwere der auf mir lastenden Verantwortung bewußt, doppelt, weil ich ein vom Kaiser von Oesterreich be-

rufener Ausländer war. Wie viel der schlaflosen Nächte mir das gekostet, mag ich garnicht sagen. Wäre ich ein Abenteurer gewesen, die Partie war leicht. Ich brauchte nur in Paris 600 Millionen, die ich anstandslos erhalten hätte, zu verlangen, mit diesen den Krieg einzuleiten, Verfassung und Preßgesetz zu suspendieren. Im Falle des Sieges war ich ein großer Mann, im Falle der Niederlage suchte ich das Weite."

Das sind Erwägungen aus dem Kopfe eines Spielers, nicht aus dem eines Staatsmannes — sechshundert Millionen in Paris borgen, diese und den anvertrauten Staat auf eine Karte setzen und wenn sie fehlschlägt, das Weite suchen, die Gedanken können nur einem Abenteurer kommen. Auch sind wir weit entfernt, die heutigen Lenker des Kaiserstaates mit dem Grafen Beust in die entfernteste Parallele setzen zu wollen. Sie wissen sich im Guten und Schlimmen nur eins mit den Geschicken Oesterreichs, die sie in den Bahnen einer klaren und zielbewußten Politik führen. Niemand befürchtet von ihnen eine Zweideutigkeit und sie würden mit derselben Festigkeit und Treue bei ihrem gegebenen Worte stehen, wie dies für Deutschland der Fall ist. Insofern ist jede Vergleichung mit früheren Vorgängen ausgeschlossen. Allein, schlägt man die Leichtfertigkeit der Beust, Gramont u. s. w. noch so hoch an, es bleibt ein so gewaltiger Rest sachlicher Schwierigkeiten in der Feststellung und Auslegung internationaler Verabredungen für zukünftige Ereignisse, daß die in jenen Vorgängen liegende Lehre auch heute noch ihre Bedeutung behält. Graf Moltke hat sie im Reichstag in den klassischen Worten gezogen: „Es ist schon im gewöhnlichen Leben

nicht gut, sich auf fremde Hilfe zu verlassen — ein großer Staat existiert nur durch eigene Kraft."

Ueber das Verhalten des Herrn von Beust im Jahre 1866 und zuvor hat sich in neuerer Zeit eine überaus reiche Memoiren-Litteratur aufgethan. Karl Biedermann erzählt im zweiten Theile seiner Memoiren „Aus meinem Leben:"

„So kam das verhängnißvolle Jahr 1866 heran! In dem Streit zwischen Preußen und Oesterreich um die Herzogthümer, der das ganze Jahr 1865 ausfüllte, hatte ich für keinen von beiden Theilen Partei ergriffen. Die von Bismarck erstrebte völlige Annexion Schleswig-Holsteins schien mir durch kein allgemeines deutsches Interesse geboten; allein ebenso wenig konnte ich es gutheißen, daß Oesterreich und die Mittelstaaten den so berechtigten Februarforderungen Preußens sich widersetzten und offenbar darauf ausgingen, aus Schleswig-Holstein ein Werkzeug zur Verstärkung der österreichisch-mittelstaatlichen Koalition gegen Preußen zu machen.

Als nun zu Anfang 1866 der Streit sich immer mehr zum offenen Bruche und endlich zum drohenden gewaltsamen Konflikte zuspitzte, da erachtete ich es für oberste Pflicht der Tagespresse, dem Unglück eines „deutschen Bürgerkrieges" thunlichst vorzubeugen. Ein wirklich nationales Programm hatte bis dahin keiner der Streitenden aufgestellt; so viel man sehen konnte, verfolgten beide lediglich Zwecke der Sonderpolitik. Preußen wollte sich vergrößern; Oesterreich und die Mittelstaaten wollten nicht blos dies verhindern, sondern womöglich Preußens Einfluß in Deutschland schmälern.

Bisweilen freilich überkam es mich wie eine Ahnung, ob nicht doch vielleicht Bismarck andere, höhere Ziele verfolge, als einen bloßen Gebietszuwachs für Preußen. Die Sicherheit und Zähigkeit, womit er auf seinem Wege vordrang, imponirte mir. Was könnte, sagte ich mir, ein solcher Mann für Deutschland leisten, wenn er mit derselben Energie wirklich nationale Ziele verfolgte? Ich gab diesen Gedanken in meiner Zeitung wiederholt Ausdruck. Als die neue Landtags-Session in Preußen heranrückte und die Rede davon war, daß die Regierung die Volksvertretung um eine Geldbewilligung für ihre schleswig-holsteinische Politik angehen, die Opposition aber diese Bewilligung verweigern werde, äußerte ich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 14. Januar 1866): Das Abgeordnetenhaus möge doch zur Regierung sagen: Wenn Ihr Preußens Hegemonie, nicht blos für Schlesweg-Holsteen, sondern über ganz Deutschland, auf parlamentarischem Wege, durch Wiederaufnahme des Unionsprojekts von 1849 oder auf sonstige Weise anstreben wollt, so werden wir Euch dabei mit unserm ganzen moralischen Gewicht und nötigenfalls durch Darbietung jeder erforderlichen materiellen Hilfe unterstützen." Und ich setzte hinzu: „um solchen Preis wäre, dünkt uns, selbst ein Kompromiß in der Militärfrage nicht zu teuer erkauft."

Am 13. März kam ich auf diesen Gedanken zurück, indem ich beklagte, daß „der einzige Staatsmann von zweiffellos starker und nachhaltiger Energie, den Preußen seit dem großen Freiherrn von Stein besessen, sich nicht entschließen könne, ähnlich, wie Stein das

Ziel der Größe Preußens auf dem Wege der Entfesselung der Volkskraft und der Verbrüderung mit ihr, statt auf dem blos äußerer Gewalt, zu verfolgen" und am 15. März sagte ich, in Anknüpfung an einen Artikel der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung," welcher auf die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Bundesreformpolitik von 1849 seitens der preußischen Regierung hindeutete: „Es ließe sich immerhin denken, daß ein Mann von hellem Geist, dem es um die Machtstellung seines Vaterlandes nach außen so ernst ist, wie offenbar dem Grafen Bismarck, die Unmöglichkeit einer Politik, die in demselben Moment, wo sie der größten Erhebung und Einigkeit der gesammten Volkskraft nach außen bedürfte, diese Kraft im Innern lähmt, spaltet und von sich abwendig macht, endlich eingesehen und darum, weil er ja doch von seiner äußeren Politik um keinen Preis abgehen möchte, seine innere zu wechseln sich entschlossen hätte. Gerade bei einer Persönlichkeit, wie Graf Bismarck, wäre denn wohl anzunehmen, daß er diese neue Politik, einmal ergriffen, ebenso energisch festhalten und durchführen würde, wie vorher die alte. Mit einem Staatsmanne, der so verführe, würde die liberale Partei sich zwar niemals ebenso innerlich in Uebereinstimmung fühlen, wie mit einem, der „Fleisch von ihrem Fleische" wäre; allein sie könnte, ja müßte gleichwohl ihn als Bundesgenossen annehmen und unterstützen, sobald sie nur sichere Bürgschaften dafür hätte, daß er fortan wirklich und nachhaltig liberal handeln werde, wenn auch nur aus Rücksichten der äuß en Politik oder der Gesammtlage des Staates."

Als sich zuerst das Gerücht verbreitete, Bismarck

wolle, wie Oesterreich an den Bundestag, so seinerseits an das deutsche Volk appellieren, wolle die Berufung eines deutschen Parlamentes nach unmittelbaren Volkswahlen beantragen, sagte ich (Nr. vom 7. April): „Vom Standpunkt des gegenwärtig in Preußen herrschenden Systems aus, wäre es jedenfalls als ein hochwichtiges Zugeständnis an die öffentliche Meinung zu betrachten, wenn Graf Bismarck sich zu einem solchen Appell an das deutsche Volk entschlösse."

Das bloße Wort „Parlament" freilich genügte mir nicht, um mich aus der Zurückhaltung, die ich bisher der Bismarck'schen Politik gegenüber beobachtet hatte, herauszutreiben. „Was soll", fragte ich, „das Parlament? Soll es nur etwa, wie das plebiscite in Frankreich, die Errichtung einer preußischen Diktatur sanktionieren, an welche die diplomatische und Militärhoheit aller deutschen oder doch norddeutschen Staaten übergehen müßte? Die Einheit wäre damit freilich gewonnen; aber wo bliebe die Bürgschaft dafür, daß eine solche einheitliche Gewalt auch allezeit im wahrhaft nationalen Interesse geübt werden würde?"

Bald darauf ward jenes Gerücht durch ein anderes abgelöst. „Von einflußreicher Seite," hieß es, „wird an dem Sturze des Grafen Bismarck gearbeitet." „Wer wird," fragte ich (Nr. vom 8. April), „sein Nachfolger sein? Sollte man etwa zu einem liberalen Ministerium greifen wollen, um das vom Grafen Bismarck in der auswärtigen Politik verfolgte Ziel, dessen Erreichung auf dem von ihm eingeschlagenen Wege sich anscheinend als unmöglich erwiesen hat, mit anderen Mitteln, etwa mit Zuhilferufung der Volkkraft der deutschen Nation zu erreichen?" Und ich ant-

wortete darauf: „Aber wo sind die Männer, die in echt liberalem und nationalem Geist, zugleich doch mit derselben Energie, wie Graf Bismark, die Zügel der auswärtigen und namentlich der deutschen Politik Preußens zu ergreifen befähigt sein möchten? Und so kommen wir zu dem sonderbaren Schluß: so entschieden wir den Fall des Systems Bismarck wünschen müssen, so sehr ist doch zu beklagen, daß sich dieses System nicht von diesem Manne trennen läßt, oder daß dieser Mann sich nicht von diesem Systeme hat trennen mögen, so sehr bleibt zu fürchten, daß mit dem Verfehlten des Systems auch dasjenige verloren gehen werde, was, wenn es sich aus der Verstrickung mit jenem Verfehlten hätte herauslösen lassen, für Preußen und Deutschland fruchtbringend hätte werden können."

Ich führe dies Alles hier an, um zu zeigen, daß ich in jener kritischen Zeit weder in engherziger Verkennung der gewaltigen Eigenschaften des Grafen Bismarck demselben einseitig Opposition gemacht, noch aber auch zu blinder Bewunderung dieses Staatsmannes und zur Verleugnung langgehegter liberaler und nationaler Anschauungen mich habe verleiten lassen, daß ich vielmehr immer beflissen gewesen bin, mir die Unbefangenheit des Urtheils nach beiden Seiten hin zu wahren.

Selbst dann, als Graf Bismarck am 9. April 1866 den entscheidenden Schritt gethan und wirklich am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments zur Beratung einer Bundesreform gestellt hatte, beobachtete ich (so sehr mich dieser Antrag mit Freude und Hoffnung erfüllte) in

meiner Zeitung demselben gegenüber anfangs noch immer etwas von der früheren Zurückhaltung. „Der Antrag", sagte ich (Nr. vom 13. April), „sei keinesfalls von vornherein abzulehnen (wie dies die meisten liberalen Blätter thaten), wohl aber müsse man sein Urteil darüber bis dahin aufsparen, wo man wisse, welche Art von Bundesreform Graf Bismarck im Auge habe. Auch werde jedes deutsche Parlament, wenn die preußische Regierung an dasselbe mit dem Anspruch auf irgend welche Führerschaft in Deutschland herantrete, die Forderung zu stellen haben, „daß zuvor das preußische Volk selbst in den vollen Besitz und die geregelte Uebung konstitutioneller, parlamentarischer Institutionen und Freiheiten wieder eingesetzt sein müsse."

In einem weiteren Artikel (Nr. vom 15. April) bemerkte ich gegenüber Denen, welche von dem Parlamentsgedanken nichts wissen wollten, weil er von Bismarck komme: „Nicht, wer die nationale Idee wieder auf die Tagesordnung stellt, ist das Entscheidende, sondern daß sie wieder darauf gestellt ist und nicht so leicht wieder entfernt werden kann." Natürlich lag es nahe, bei diesem jetzt zu berufenden Parlamente zurückzudenken an das von 1848. Ich zog eine solche Parallele (Nr. vom 25. April) in folgenden Sätzen: „Im Jahre 1848 war es der aus dem Volke hervorbrechende nationale Gedanke, der sich eine reale Macht schaffen wollte, aber mit diesem Bestreben leider scheiterte. Heut ist es eine vorhandene reale Macht, die mit Hilfe des nationalen Gedankens sich stärken, befestigen, erweitern möchte. Damals suchte die Nation einen Halt- und Mittelpunkt für das Gebäude

deutscher Zukunftsgestaltung, das sie errichten wollte; aber der allein dazu taugliche Faktor, der Staat Preußen, versagte sich ihr. Heut ist es die preußische Regierung, welche die Nation sucht, weil sie ihrer bedarf; heut ist es an der Nation, die ihr entgegengestreckte Hand nicht gleichfalls zurückzustoßen, sondern zu erfassen, aber nur unter solchen Bürgschaften, daß davon das allgemeine deutsche, nicht das blos preußische Interesse den Gewinn habe, daß Recht und Macht gleichermaßen zu Ehren und zur Geltung kommen."

Daß der Zusammentritt des zu berufenden Parlamentes im vorhinein auf einen ganz bestimmten Tag festgesetzt werden sollte, damit die Regierungen genötigt wären, bis dahin über den dem Parlamente vorzulegenden Bundesreformentwurf sich schlüssig zu machen und zu einigen, schien mir richtig, weil sonst eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit zu befürchten stand. Es war dies das einzige Mal, wo ich mit meinen Ansichten über eine nationale Frage mit Herrn von Watzdorf auseinanderging, welcher diesen Druck auf die Regierungen bedenklich fand, auch fürchtete, das Parlament möchte denn doch am Ende zusammentreten müssen, ohne daß ein allseits vereinbarter Bundesreformentwurf vorläge.

In dem Zustandekommen des Parlaments erblickte ich zugleich die beste Bürgschaft für eine friedliche Lösung des zwischen Preußen und Oesterreich schwebenden Konflikts. Auf diesem Wege schien mir, könnte und müßte in ruhiger parlamentarischer Verhandlung der Streit entschieden werden. Wer jetzt noch an die Waffen appelliere und damit diesen friedlichen Weg wieder versperre, der sündige an der Na-

tion, gegen den müsse die Nation sich erklären. Die schleswig-holsteinische Frage trat für mich nun in die zweite Linie zurück; vor Allem handelte es sich jetzt, meinte ich, um eine Bundesreform; in dem dadurch neu zu gestaltenden Deutschland werde auch Schleswig-Holstein seine richtige Stelle angewiesen erhalten.

Das Bestreben Oesterreichs, die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag zu bringen und durch diesen, nicht durch ein Parlament entscheiden zu lassen, erfüllte mich mit Besorgnis, denn bei der feindlichen Stellung der österreichischen Mehrheit am Bundestage gegen Preußen schien mir davon ein neuer, gefährlicher Konflikt zu befürchten. Mit ganz besonderer Besorgnis aber nahm ich wahr, wie die Mittelstaaten, auch Sachsen, durch ihre ganze Haltung Oesterreich in diesem Vorgehen bestärkten. In einem Artikel vom 5. Mai (Nr. vom 6. Mai) beschwor ich die sächsische Regierung, den von Preußen eröffneten Weg einer friedlichen Vereinbarung der Fürsten und Völker Deutschlands im Parlamente doch ja nicht zu verlassen.

Bei diesen blos publizistischen Bemühungen um Erhaltung des Friedens glaubte ich es aber nicht bewenden lassen zu dürfen. Schon am 4. Mai hatte ich einen Kreis Gleichgesinnter (darunter einflußreiche Mitglieder des Stadtrats- und Stadtverordnetenkollegiums) versammelt, um zu beraten, welche wirksamen Schritte für Erhaltung des Friedens geschehen könnten. Als das Beste ward befunden, daß die städtischen Behörden Leipzigs sich in einer Vorstellung an die Regierung wendeten. Das geschah. Einstimmig beschloß der Stadtrat auf den Vorschlag

meines Schwagers, des Bürgermeisters Koch, eine solche Vorstellung und ebenso einstimmig trat das Kollegium der Stadtverordneten, in welchem ich diese Maßregel motivirte, derselben bei. Die Vertreter des Handels und der Gewerbe — Kammer-Innung, Handels- und Gewerbekammer Leipzigs — schlossen sich an, und das Gleiche geschah von Seiten anderer sächsischer Handel- und Gewerbetreibenden. Sogar eine Volksversammlung in Chemnitz neigte in ihrer Mehrheit friedlichen Ideen zu.

Die Regierung jedoch wies unsere Vorstellung als unbegründet und unberechtigt zurück; das offizielle „Dresdener Journal" erklärte dieselbe für einen Ausfluß der „Feigheit" und des „Kleinmutes," drohte zugleich mit ernsteren Maßregeln bei Wiederholung solcher Kundgebungen, und das zweite Preßorgan der Regierung, die „Leipziger Zeitung," entblödete sich nicht, mich, den sie als den eigentlichen Urheber dieser Friedensadresse bezeichnete (was ich allerdings war, was gewesen zu sein, ich mir aber noch heut zum Verdienst anrechne), persönlicher Beziehungen zum preußischen Ministerpräsidenten zu verdächtigen.

Eine Volksversammlung in Leipzig, in welcher die Großdeutschen den Sozialdemokraten, die Herren Professoren Wuttke und Cramer den Herren Fritzsche und Liebknecht die Hand reichten, faßte scharfe Resolutionen gegen uns. Ein namhafter Führer der sächsischen Demokratie, der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Joseph, hatte den Mut, für den Beschluß des Stadtrats und der Stadtverordneten in dieser Versammlung einzutreten, konnte aber kaum zum Worte kommen.

In Dresden spottete man über die „Leipziger

Pfefferjäcke", welche, wie man meinte, nur darum um Frieden schrieen, weil ihnen um ihr Hab und Gut bange. Dagegen schloß sich eine sehr zahlreich besuchte „Bürgerversammlung" in Leipzig — trotz einer oppositionellen Minderheit, die darin auftrat — in ihrer großen Mehrheit den Friedensbestrebungen der städtischen Behörden an, indem sie eine Petition an die zweite Kammer richtete, in welcher diese gebeten wurde:

1) Sie wolle die hohe Staatsregierung auf das Dringendste angehen, die Berufung eines deutschen Parlamentes nach dem preußischen Vorschlage — unerwartet einer vorgängigen Vereinbarung über die demselben zu machenden Vorlagen — für einen thunlichst nahen Termin, aus allen Kräften zu fördern und zu betreiben.

2) Sie wolle es dabei als ihre Ansicht aussprechen daß die Wahlen zu diesem Parlament nur nach dem von der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung am 28. März 1849 beschlossenen Wahlgesetz für das künftige deutsche Volkshaus vorzunehmen seien.

3) Sie wolle keine Mittel zu Rüstungen bewilligen, welche zur Hinderung dieser friedlichen parlamentarischen Lösung des Konflikts oder zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen bundestäglichen Zustandes dienen könnten.

Die Petition (zu deren Verfasserschaft ich mich ebenfalls bekenne) schloß mit folgendem Appell an die Kammer: „Hohe Kammer! Die Frage steht gegenwärtig so: Krieg oder Parlament? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Gegen einen Krieg Deutscher gegen Deutsche, einen Krieg, dessen politische Zwecke und Erfolge unklar, dessen zerstörende Wirkungen aber für Handel und Wandel, für Ackerbau und Gewerbe,

überhaupt für jede Art von Kultur nur zu gewiß sind, hat sich die Stimme des Volks in zahlreichen Kundgebungen sowohl in Sachsen als im übrigen Deutschland entschieden erklärt. Dagegen ist das deutsche Parlament und die deutsche Bundesreform nicht blos ein durch die Thatsachen des Jahres 1848 dem deutschen Volke feierlich zugesprochenes und erworbenes, ihm nicht wieder zu entziehendes Recht, sondern auch das gemeinsame Ziel der Wünsche und Bestrebungen aller deutschen Stämme und fast aller politischen Parteien. Wir sind überzeugt, auch die hohe Zweite Kammer Sachsens wird in den allgemeinen Ruf einstimmen: nicht Krieg, sondern Parlament!"

Gegen die abfällige Entscheidung der Regierung auf die Eingabe der städtischen Behörden und gegen die von dem „Dresdener Journal" denselben deshalb ertheilte Rüge verwehrte sich das Kollegium der Stadtverordneten durch den auf einen Antrag von mir mit allen gegen sechs Stimmen gefaßten Beschluß:

Das Kollegium spricht aus, das nach seiner unveränderten Ueberzeugung Stadtrat und Stadtverordnete, indem sie die Regierung baten, Alles zu vermeiden, was den Ausbruch eines Krieges in Deutschland beschleunigen, Sachsen speciell zum Schauplatz eines solchen machen, endlich die in Aussicht gestellte und von der Nation ersehnte Neugestaltung Deutschlands im parlamentarischen Wege hindern möchte, nur nach bestem Wissen und Gewissen gethan haben, was sie als ihre Pflicht gegen die Stadt sowohl als gegen das Vaterland erkannten.

Leider waren alle die Bemühungen um Erhaltung des Friedens vergeblich. Herr von Beust wollte den

Krieg und er wußte seine Kollegen, die Stände, den König selbst auf seinen Weg mit fortzureißen.

König Johann hatte (wie man neuerdings durch des Ministers von Friesen „Erinnerungen" authentisch erfahren hat) schon 1865 in einem Schreiben von Possenhofen aus an Herrn von Beust seine Ansicht dahin ausgesprochen: „Ein wirklicher Bruch zwischen den beiden Großmächten würde ein so großes Nationalunglück für ganz Deutschland sein und so unberechenbare Folgen haben können, daß man eine jede Möglichkeit zur Ausgleichung, die sich mit der Ehre und den Grundsätzen vertrage, zu benutzen verpflichtet sei." Im völligen Gegensatze zu den in diesem Schreiben ausgesprochenen friedliebenden Gesinnungen des Königs hatte Herr v. Beust nach Kräften den Krieg geschürt. Er war auf die Forderung, welche Oesterreich in der Note vom 16. März 1866 an die Mittelstaaten stellte, sie möchten rüsten, bereitwillig eingegangen und hatte dadurch, so viel an ihm war, Oesterreich in seinem Kriegseifer und in der Hoffnung auf einen leichten Sieg über Preußen bestärkt. Als sodann die österreichische Regierung, im Vertrauen auf die ihr gesicherte Bundesgenossenschaft der Mittelstaaten, den verhängnisvollen Schritt am Bundestage that, der notwendigerweise zum Kriege führen mußte, da war wiederum Herr von Beust unter Denen, welche diesen Schritt unterstützten und Preußen mutwillig zum Kriege herausforderten.

Dieses Verfahren war um so unentschuldbarer, als Herr von Beust, wie gleichfalls Herr von Friesen berichtet*), durch Herrn von der Pfordten wußte, daß

*) „Erinnerungen," 2. Bd. S. 250.

eine Konferenz hoher bairischer Militärs sich einstimmig dahin erklärt hatte: „ein Krieg Oesterreichs gegen Preußen müsse unglücklich (für Oesterreich) ausfallen,"

Nichtsdestoweniger trieb Herr von Beust Sachsen in diesen aller Voraussicht nach „unglücklichen" Krieg an der Seite Oesterreichs hinein.

Der alten, von ihm durch den Staatsstreich von 1850 ins Leben zurückgalvanisirten Stände war er in ihrer großen Mehrheit sicher; sie billigten und bewilligten, was er wollte, also auch die Mittel zu den Rüstungen; die kleine liberale Partei in der zweiten Kammer, welche durch den Mund des Abgeordneten Schreck den Minister wegen dieser Rüstungen interpellierte, ließ sich durch eine ausweichende Antwort (als erfülle Sachsen damit nur seine Bundespflicht, während doch bis dahin der Bundestag keinerlei Rüstungen angeordnet hatte) beschwichtigen; seine eigenen Kollegen, die anderen Minister, fragte er gar nicht, ehe er die inhaltschwere Depesche, die nichts Geringeres als Krieg bedeutete, nach Frankfurt expedirte.

In wie unverantwortlicher Weise Herr von Beust in jenem verhängnisvollen Momente zu Werke gegangen, das hat Herr von Friesen in seinen schon öfters citirten „Erinnerungen" mit dankenswerter Offenheit (natürlich nach allerbestem Wissen) geschildert.*)

Aber auch Herr von Friesen und die anderen Minister sind von der Mitschuld an dem durch Herrn von Beust über Sachsen gebrachten Unheil keineswegs freizusprechen, Herr von Friesen sagt: „Der Gedanke, was dann aus Deutschland werden solle, wenn Oester-

*) „Erinnerungen," 2. Bd. S. 250 ff.

reich entscheidenden Sieg erringe, wenn die Politik, die damals dort herrschte und die wir in den letzten Jahren genau kennen gelernt hatten, ohne jedes Gegengewicht zur alleinigen Geltung und Macht in Deutschland gelangen sollte, dieser Gedanke war nicht verführerisch."

Wenn Herr von Friesen und die anderen Minister die österreichfreundliche und kriegerische Politik ihres Kollegen Beust nach ihrer Ueberzeugung nicht billigten (wie man das nach dem eigenen Geständnis des Herrn von Friesen wenigstens von diesem annehmen muß), so war es ihre Pflicht, derselben entschieden entgegenzu treten, äußersten Falls, wofern Herr von Beust nicht davon lassen wollte, dem König ihre Entlassung anzubieten und so eine Entscheidung Sr. Majestät zwischen ihnen und dem Herrn von Beust herbeiführen. Wer weiß, ob nicht dann König Johann entsprechend jenen 1865 von ihm an Herrn von Beust gerichteten friedliebenden Worten sich von der kriegerischen Politik dieses letztern losgesagt und einer mindergefährlichen zugewendet hätte!

Indem dagegen diese anderen Minister die Mitverantwortlichkeit für des Herrn von Beust cavaliere Politik auf sich nahmen, bestärkten sie den Monarchen in dem Glauben, daß, was alle seine Minister riethen, zu seinem und des Landes Besten dienen müsse.

Und so ward auch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni, welches die letzte Möglichkeit einer Umkehr bot, zurückgewiesen, so wurden alle Brücken der Verständigung abgebrochen und die Schiffe verbrannt.

Ich lege Gewicht darauf, ausdrücklich — auf Grund einer so unwiderleglichen Quelle, wie es in dieser Sache die „Erinnerungen" des Herrn von Friesen sind —

zu konstatieren, wie leichtfertig damals mit den Geschicken des sächsischen Landes und Volkes umgegangen, wie selbst die wohlwollendsten Absichten des Königs in ihr Gegenteil verkehrt worden sind — ich lege Gewicht darauf, einmal, weil darin die beste Rechtfertigung der vor dem Kriege von mir und meinen Gesinnungsgenossen zur Abwendung desselben gethanen Schritte liegt und sodann, weil ich an einer späteren Stelle dieser Aufzeichnungen Veranlassung haben werde, eben darauf zurückzukommen, um Vorwürfe zu entkräften, die mir und meiner Partei wegen unserer Stellung zu den Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen gemacht worden sind.

Am 16. Juni ward Sachsen von den Preußen besetzt. Von diesem Augenblick an hörte, nach meiner Auffassung, für einen sächsischen Publizisten die Freiheit der Meinungsäußerung auf. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Juni erklärte ich daher: „Für Sachsen ist der Zustand des Krieges eingetreten. So lange dieser Zustand dauert, ist eine eigentliche Diskussion der Tagesfragen nicht gut möglich. Unter der Herrschaft der Waffen giebt es keine volle Freiheit der Meinungsäußerung; wo aber diese fehlt, da gebietet der Presse das Gefühl der eigenen Würde, nach beiden Seiten hin zu schweigen. Wir werden uns daher möglichst streng auf die Wiedergabe des Thatsächlichen beschränken müssen, und unsere wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe wird darin bestehen, dieses Thatsächliche so unverfälscht und gesichtet wie möglich unseren Lesern zu überliefern."

In der That war diese Aufgabe wahrheitsgetreuer Berichterstattung keine leichte. An den Grenzen

Sachsens gegen Böhmen und Schlesien hin war ein förmlich organisierter Dienst zur Fabrikation falscher Nachrichten eingerichtet, welche dann systematisch über das ganze Land verbreitet wurden — Alles, um die Bevölkerung in dem Wahne zu erhalten, Oesterreich ei siegreich, Preußen der Vernichtung nahe. Da ward von der Einnahme preußischer Festungen in Schlesien durch die Oesterreicher, von der Gefangennahme preußischer Prinzen, welche Armeen kommandierten, von dem Anmarsch der siegreichen Oesterreicher auf Dresden und Aehnlichem gefabelt. Die öffentliche Meinung bezeichnete ziemlich bestimmt die Persönlichkeiten, welche bei dieser Fabrikation und Verbreitung von Sensationsnachrichten hauptsächlich beteiligt sein sollten. Für Kolportieren derselben erwies sich (in Leipzig wenigstens) ein großer Teil der Briefträger als besonders eifrig. Wieder eine andere Art von Alarmnachrichten ward zu dem Zwecke in Umlauf gesetzt, um die Bevölkerung Sachsens gegen die preußischen Besatzungstruppen und so gegen Preußen selbst aufzuhetzen. Dahin gehörten die Erzählungen von der Pressung sächsischer Wehrpflichtiger zum Eintritt in preußische Regimenter u. dgl. m.

In der Leichtfertigkeit, womit derartige Ausstreuungen in weiten Kreisen geglaubt, in der Leidenschaftlichkeit, womit sie weitergegeben und besprochen, in dem fanatischen Preußenhasse, zu dessen Erzeugung sie verwertet wurden — in alle dem zeigten sich recht deutlich die traurigen Wirkungen der politischen Unreife und Einseitigkeit des Urteils, zu welcher das sechszehnjährige Beust'sche Regiment einen großen Teil des sächsischen Volkes herabgebracht hatte.

Den oben erwähnten „Erinnerungen“ aus dem Leben des Königl. sächs. Staatsministers a. D. Freiherrn von Friesen entnehmen wir die folgende Stelle, welche offener, als bisher geschehen, die Erwägungen wiedergiebt, welche die damalige sächsische Regierung bestimmten, sich am 14. Juni in Frankfurt a. M. auf die Seite Oesterreichs zu stellen. Dem Herrn Verfasser überlassen wir gleichzeitig die Verantwortlichkeit für seine Behauptung, daß ihm und Herrn v. Beust „Preußens innerste, auf die völlige Annexion Sachsens gerichtete Gedanken“ bekannt gewesen seien.

Am 11. Juni teilte der österreichische Gesandte, Herr v. Werner, in Dresden mit:

„Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz sei angewiesen worden, Holstein zu räumen und sich zurückzuziehen, durch die Selbsthilfe Preußens und dessen gewaltsames Vorgehen gegen die österreichischen Truppen sei der casus belli konstatiert; demgemäß sei Graf Karolyi von Berlin abgerufen worden, während Herrn von Werther seine Pässe zugeschickt worden seien.“

„So war denn der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen wirklich ausgebrochen. Ob der Bund als solcher ebenfalls in den Krieg eintreten werde, das hing zunächst noch von der Abstimmung in Frankfurt ab. Diese aber nahm einen ganz unerwarteten Verlauf. Wir erfuhren am 12. Juni von München, daß Herr von der Pfordten zwar mit der Mobilisierung des gesammten Bundesheeres einverstanden sei, aber die Fassung und Motivierung des österreichischen Antrags für ganz unbrauchbar halte und daher der Bundesversammlung einen gleichen Antrag, aber in einer anderen, von ihm vollständig

umgearbeiteten Form und Fassung und mit anderen Motiven zur Beschlußfassung vorlegen werde. Beust war durch das rasche und unerwartete Vorgehen Oesterreichs im höchsten Grade erregt; er sprach die bittersten Vorwürfe darüber aus, daß Oesterreich, welches jahrelang den Bund und seine Rechte ganz ungeachtet gelassen, nur seine eigenen Interessen verfolgt und dadurch bei allen Bundesstaaten Mißtrauen, wenigstens Gleichgültigkeit erregt habe, jetzt auf einmal, nachdem es durch sein eigenes Vorgehen den Krieg unvermeidlich gemacht habe, den Bund mit hineinziehen wolle und von ihm Hilfe verlange. Wir waren damals allerdings in einer überaus peinlichen Lage; Preußen, dessen innerste, auf die völlige Annexion Sachsens gerichtete Gedanken uns bekannt waren, stand uns als entschiedener Feind gegenüber, von Bayern und dem Bunde hatten wir nicht die allergeringste Unterstützung zu erwarten; stimmten wir gegen die Mobilisierung des Bundesheeres, so beleidigten wir auch noch Oesterreich auf das Tiefste, verscherzten auch seine Unterstützung, waren ganz isoliert und verloren. Für den Antrag zu stimmen, war aber auch bedenklich, denn es war klar, daß Preußen dies als einen Bundesbruch ansehen und uns sofort den Krieg erklären werde; schon die geographische Lage Sachsens nötigte hierzu. Unter diesen Umständen hatte Beust einen eigenthümlichen Ausweg ergriffen, welcher umsomehr von der großen Verlegenheit zeugte, in der er sich befand, als er eigentlich gar nicht seinen Gewohnheiten entsprach. Obgleich er nämlich den neuen Antrag, welchen Herr von der Pfordten anstatt des österreichischen Antrags stellen wollte, nur seiner all-

gemeinen Richtung nach, aber weder seinen Wortlaut noch seine Motivirung kannte, so hatte er doch unseren Bundestagsgesandten angewiesen, ohne irgend welche spezielle Auslassung dem bayerischen Antrage einfach zuzustimmen. Als er mir dies — nach Abgang der bezüglichen Depesche — mitteilte und ich ihm meine Bedenken darüber aussprach, daß er in einer so überaus wichtigen Angelegenheit, wo es der größten Vorsicht nach allen Seiten hin bedurfte, sich einem seiner Fassung nach ihm noch unbekannten Antrage habe anschließen und uns daher im Voraus für einen ungewissen Erfolg habe binden können, suchte er mich durch die Bemerkung zu beruhigen, daß er dies für den einzig möglichen und jedenfalls für den am wenigsten bedenklichen Weg gehalten habe und noch halte. Herr von der Pfordten sei sehr vorsichtig, bekanntlich sehr verbittert gegen Oesterreich, und sehr geneigt, an Preußen alle möglichen Zugeständnisse zu machen, er werde daher seinen Antrag gewiß so formulieren und motivieren, daß er nicht verletzend für Preußen sei. Aber auch in einer solchen Form werde der Antrag auf Mobilisierung des ganzen Bundesheeres nach seiner, Beust's, Ueberzeugung, in Frankfurt gewiß nicht angenommen werden; es komme dabei hauptsächlich auf Hannover und Kurhessen an, die übrigen Stimmen für und wider ständen sich gleich, wenn Sachsen für den Antrag stimme. Hannover habe nun in der ganzen Angelegenheit sich mehr nach Preußen, als nach Oesterreich hin geneigt, erst in den letzten Tagen noch habe die hannoversche Regierung den Durchmarsch einer preußischen Division von Westfalen nach Holstein gestattet, die dort beim Hinauswerfen der Oester-

reicher mitwirken solle. Ueberdies sei in Hannover noch garnichts geschehen, um sich zu einem Kriege vorzubereiten; die Armee sei noch ganz auf dem Friedensfuße, nicht marschbereit und in einzelnen Garnisonen über das ganze Land zerstreut. Es sei daher ganz undenkbar, daß Hannover für die Mobilisierung stimmen könne, denn letztere müsse unbedingt zum Kriege mit Preußen führen und dieser sei jetzt und bei dem Mangel aller Vorbereitungen für Hannover gleichbedeutend mit dem gänzlichen Verluste seiner Armee.

Aehnlich verhalte es sich mit Kurhessen, dort fehle es vollständig an Geld, um zu mobilisieren, die dortige Regierung habe sich bereits nach Frankfurt gewendet und gebeten, die Garantie für eine Anleihe zu diesem Zweck zu übernehmen, da sie außerdem kein Darlehn erhalten könne. Auch Kurhessen könne daher unmöglich für die Mobilisierung stimmen. Nach Beust's Ansicht war es daher ganz zweifellos, daß der Antrag in Frankfurt verworfen werde und Preußen daher keinen Anlaß haben werde, dem Bunde den Krieg zu erklären.

Aber trotz alledem kam es doch anders. Das Unerwartete, von Beust für unmöglich Erklärte, geschah. Hannover und Kurhessen stimmten für den Antrag und die Mobilisierung des siebenten achten, neunten und zehnten Bundesarmeekorps wurde mit neun gegen sieben Stimmen beschlossen."

Die „Erinnerungen," die Graf Beust zu den „Erinnerungen" seines vormaligen Ministerkollegen Friesen im Frühjahr 1881 veröffentlicht hat, enthalten einen merkwürdigen und bemerkenswerten Beweis für den Mangel

an Folgerichtigkeit der Gedanken, der die Leiter der sächsischen Politik während der Krisis des Jahres 1866 in verhängnisvoller Weise irre führte.

Als Beilage III theilt nämlich Graf Beust auf Seite 77 und 78 seiner erwähnten Vertheidigungsschrift den Text eines Schreibens mit, welches er am 8. Juni jenes Jahres an den König Johann von Sachsen richtete, und in dem er ausführt, daß der Bund durch den Beschluß, der die Zurückziehung der Bundestruppen (im Dezember 1864) sanktionierte, Holstein beiden Mächten (Oesterreich und Preußen) überlassen habe. Das Gasteiner Abkommen (das die Ausübung des österreich-preußischen Kondominiums in den Herzogthümern seit dem 15. September 1865 bis auf Weiteres geographisch getheilt hatte) kenne der Bund nicht, derselbe vermöge also nicht in dem bloßen Einrücken preußischer Truppen in Holstein eine Besitzstörung zu sehen. „Ich habe daher," so fährt der damalige sächsische Minister des Auswärtigen fort, „der österreichischen Regierung dringend geraten, dieses Terrain nicht zu betreten, sondern die Ständeversammlung in Altona abzuhalten und es auf Gewaltmaßregeln Preußens erst ankommen zu lassen!" Zu dieser Deduktion bemerkt Herr von Beust ausdrücklich, daß seine Kollegen ihr beigestimmt hätten.

Nun hatte aber am 5. Juni Oesterreich allein (ohne Preußen) die holsteinische Ständeversammlung auf den 11. desselben Monats einberufen, um derselben „Gelegenheit" zu geben, ihre Ansichten über die Zukunft der Herzogthümer auszusprechen, und diese einseitige Berufung war, wie man in Dresden wußte, gegen den ausgesprochenen Willen Preußens erfolgt,

das sogar in Wien und am 5. im „Staats-Anzeiger" dagegen protestirt hatte. Daher war Preußen, zufolge Beust's eigener Prämisse, daß der Bund beiden Mächten Holstein überlassen habe, zur thätlichen Verhinderung des österreichischen Vorgehens, welches seine Mitsouveränität antastete, berechtigt. Von einer unerlaubten Selbsthülfe im Sinn des Artikels 19 der Wiener Schlußakte, welcher die Bundesversammlung Einhalt thun durfte, konnte im Falle einer solchen Abwehr, so lange es zu keinem bewaffneten Zusammenstoße kam, selbstverständlich keine Rede sein. Außerdem war als der verantwortliche Urheber etwaiger Gewaltmaßregeln nicht Preußen, sondern Oesterreich, welches die holsteinischen Stände eigenmächtig und zu einem vertragswidrigen Zwecke einberufen hatte, zu betrachten.

Dennoch haben die Kollegen des Ministers von Beust zu jener Zeit das Unlogische des von letzterem in Wien erteilten Rates, die Ständeversammlung abzuhalten, nicht eingesehen, wie der obige Zusatz bezeugt, der auf ihre „Beistimmung" Bezug nimmt. Freiherr von Friesen hat diesen Widersinn, auch in der zweiten aufs Neue durchgesehenen Auflage seiner Erinnerungen welche nach der Beust'schen Broschüre erschienen ist und die Stelle einer Entgegnung auf diese vertritt, nicht erkannt und wiederholt auf Seite 180 des zweiten Bandes, unbekümmert um die Enthüllung jenes Schreibens, die Versicherung, daß Sachsen nichts dazu beigetragen habe, den Krieg herbeizuführen, ja nach dem Maße seiner Kräfte nicht einmal im Stande gewesen sei, etwas dazu beizutragen.

In den oben erwähnten, 1887 veröffentlichten Erinnerungen und Aufzeichnungen des Grafen Beust („Aus drei Viertel-Jahrhunderten") befinden sich nach der Ansicht des Grafen Vitzthum über die Politik von 1864 — 1866 in gleicher Weise mancherlei Unrichtigkeiten, wie in den Erinnerungen des Herrn von Friesen. So hielt es denn Graf Vitzthum geboten, die Dinge darzustellen, wie sie sich ihm, der auf der Warte in London aufgestellt war, abspielten.

Der deutsche Bund hatte in der schleswig-holsteinschen Frage eine eigenartige Stellung eingenommen. Entgegen der Ansicht Oesterreichs und Preußens hatte er sich für den Herzog von Augustenburg in die Schanze geworfen. Beust war die Seele dazu gewesen. Es waren jene Tage, in denen der sonst bestgehaßte Herr von Beust sich in Deutschland einer vorübergehenden Popularität erfreut hatte. Aber der Friede in Wien in welchem Dänemark die Herzogtümer bedingungslos an Preußen und Oesterreich abtrat, hatte einen Strich durch diese Pläne gemacht und es war nunmehr die Frage, wie die Mittelstaaten dem gegenüber sich verhalten dürften. Wollte man die früher eingeschlagene Politik fortsetzen, so kam es vor allem darauf an, zu erforschen, welche Stellung in der Folge Hannover einzunehmen gedachte. Deshalb sandte Beust den Grafen Vitzthum zu König Georg mit der Frage: „Können wir, falls die beiden Großmächte mit Bundesorganisationsplänen von dualistischer Färbung und Tendenz hervortreten sollten, auf Hannovers energischen Widerstand zählen?" Graf Platen, welcher damals die äußere Politik Hannovers leitete, sprach sich betreffs der schleswig-holstein'schen Frage dahin aus: „Hannover

wünsche und müsse wünschen, daß der neu zu gründende Bundesstaat weder ein preußischer Vasallenstaat, noch ein zweites Großherzogthum Baden an der Nordsee werde, d. h. unheilbaren, anarchischen Zuständen anheimfalle." Die warme Parteinahme für den Augustenburger konnte Platen nicht begreifen, hielt aber auch die eventuelle Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg für nicht zweckmäßig. Auf jeden Fall wünschte er hier einer Machterweiterung Preußens entgegenzutreten. Bismarck's Plan, in den Herzogthümern die diplomatische Vertretung und militärische Führung zu erlangen, dürfe auf keinen Fall eintreten. Das sei eine verkappte Mediatisierung, die bald üble Folgen haben könnte. „Denn nicht zwei Jahre würde es dauern, bevor die hannoverschen Stände selbst die Initiative ergreifen würden, um die Nachahmung dieses Beispiels zu empfehlen und nach Befinden zu verlangen. Sei aber Hannover borussifiziert, wie lange werde Sachsen widerstehen?

Daß der Herzog von Augustenburg nicht sofort als Herrscher eingesetzt war, erachtete man hauptsächlich als eine Schuld Frankreichs, welches allzu offen erklärt hatte, daß das Schicksal der Herzogthümer ihm gleichgiltig sei, möge nun Preußen sich derselben bemächtigen oder der Prätendent eingesetzt werden. So mußte es denn Aufgabe der mittelstaatlichen Politik sein, hier klärend einzugreifen. Wiederum war es Vitzthum von Eckstädt, den Beust beauftragte, auf der Rückreise nach London in Paris vorzusprechen. Aber Drouyn de L'Huys, der hier die auswärtige Politik noch leitete, erklärte dem sächsischen Abgesandten kurzweg: Frankreich hat in dieser Sache nichts zu gewinnen. Ob die Ansichten der Mittelstaaten oder die der deutschen Groß-

mächte zur Geltung gelangen, was kümmert's uns? Wir haben kein Interesse dabei. Wir sind in der Lage, ich will nicht sagen, uns zu sammeln, aber die Ereignisse abzuwarten."

Von den europäischen Mächten kam nächstdem England in Frage. In Osborne, schreibt Vitzthum am 26. Januar 1865 nach Dresden, ist man entschieden augustenburgisch und ebenso entschieden antibismarckisch. Die Kronprinzessin von Preußen und ihr Gemahl teilen diese Gesinnung. Von einer Aussöhnung mit dem Machthaber sei nicht die Rede, dessen Herrschaft das Leben Wilhelms I. kaum überdauern werde. Als ein Beweis für diese Gesinnung des englischen Hofes wurde auch die Vermählung der Prinzessin Helene mit dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein aufgefaßt. Aber im Ganzen genommen war in den englischen Kreisen wenig Interesse vorhanden, um aggressiv einzugreifen. Auch die „Times" predigte in jenen Tagen immer wieder die Politik des laisser faire und gab damit ein Abbild der herrschenden Stimmung.

Unter diesen obwaltenden Verhältnissen glaubte denn Beust um die Mitte des Jahres 1865 in Wien persönlich eingreifen zu müssen. Gerade bezüglich dieser Episode bedürfen nach Vitzthums Meinung die Darstellungen Beust's und Friesen's der Verbesserung, da hier manche Ungenauigkeit untergelaufen sei. Vitzthum begleitete Beust auf der Reise nach Wien, welche Anfang August erfolgte. Durch eine eigens zu diesem Zweck abgefaßte Denkschrift sollte Franz Joseph für die Politik der Mittelstaaten gewonnen werden. Der Hauptinhalt derselben war folgender: Oesterreich trete

offen an dem Bundestage mit der Erklärung hervor, es sei in Schleswig-Holstein „als deutsche Bundesmacht aufgetreten, um das gute Recht des deutschen Bundes und der deutschen Nation fremden Uebergriffen gegenüber zu wahren und um die Oesterreich von Gottes- und Rechtswegen in Deutschland zukommende Stellung zu behaupten, sowie die Pflicht zu erfüllen, welche diese Stellung ihm auferlegt." Immer sei der Herzog von Augustenburg als der rechtmäßige Herr angesehen. Da aber das Condominium zu Verwickelungen geführt habe, so ist die k. k. Präsidialregierung nicht länger gewillt, die Verantwortung, welche aus dem Festhalten an ihrem bisherigen Programm erwachsen könnte, allein zu übernehmen; dieselbe wendet sich daher hiermit an den Bund mit der Aufforderung, durch Bundesbeschluß zu erklären, ob der Bund willens ist, das gedachte Programm zu dem seinigen zu machen und dafür einzustehen. In diesem Falle ist Oesterreich entschlossen, für dessen Behauptung einzutreten.

Während Beust in Wien unterhandelte, erachtete er es für das Beste, daß sogleich auch Bayern auf seine Geneigtheit zu einem derartigen Vorgehen geprüft würde. Er sandte deshalb Vitzthum nach München. Wie ein kalter Wasserstrahl traf in dies Getriebe der mittelstaatlichen Politik die Nachricht vom Abschluß des Gasteiner Vertrages. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge, wie sie Graf Vitzthum erzählt, vergleiche man: „Diplomaten-Klatsch" S. 199 ff.

Die Zeit zwischen 1866 und 1870 ist ausgefüllt mit Empfindlichkeiten, die zwischen Wien und Berlin bald offener, bald versteckter hervortraten. Den Grad der gegenseitigen Gereiztheit bezeugte ein preußisches

Aktenstück vom Jahre 1869, das wir hier mitteilen wollen. Am 20. Juni 1866 hatte Bismarck an den preußischen Botschafter in Paris die von den Oesterreichern aufgefangene, theilweise entzifferte und durch den österreichischen Generalstab 1869 veröffentlichte Depesche gerichtet. Die Veröffentlichung dieser Depesche in einer teilweise gefälschten Form in dem österreichischen Generalstabswerk gab zu der folgenden Auslassung in Berlin Anlaß:

„Als der Generalstab der preußischen Armee im vorigen Sommer sein wichtiges Werk über den Feldzug von 1866 beschloß, da fügte derselbe der ebenso schlichten, wie gediegenen Darstellung des preußischen Siegeslaufs einen kurzen Rückblick auf die Friedensverhandlungen hinzu.

Die Darstellung schloß mit der Andeutung, daß die dargebotenen Friedensbedingungen „die Möglichlichkeit künftiger Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den früheren Bundesgenossen nicht ausschlossen.

„Weder der Ehre, noch der Macht Oesterreichs war eine Wunde geschlagen, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten nothwendig im Gefolge hatte. Wenn man mehr forderte, wenn eine glückliche Fortsetzung des Krieges mehr zu erzwingen erlaubte, so mußte ein Stachel, zurückbleiben, den keine Zeit entfernt hätte. Den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Deutschlands und Preußens liegen."

So der preußische Generalstab, dessen Auffassung und Aeußerung in dieser Beziehung, wie Niemand be-

zweifeln konnte, zugleich der Ausdruck der Auffassung unserer Regierung war.

Wie ist jene hochherzige Aeußerung von österreichischer Seite erwidert worden?

Der österreichische Generalstab veröffentlicht seinerseits soeben den vierten Band seines amtlichen Werkes über den Krieg von 1866; noch ehe dieser ausgegeben worden, ist in einem Wiener Blatte der Inhalt desselben mitgeteilt und als das Interessanteste daraus eine bisher nicht veröffentlichte Depesche des Grafen Bismarck an den preußischen Gesandten in Paris vom 20. Juli 1866 im Voraus abgedruckt worden, um daran die schärfsten Angriffe und Verdächtigungen in Bezug auf das Verhalten unseres Königs und unserer Regierung bei den Friedensverhandlungen zu knüpfen.

Die Depesche, um die es sich handelt, war dazu bestimmt, dem preußischen Gesandten in Paris geheime Weisungen über die Absichten und Forderungen unseres Königs bei den Friedensverhandlungen zu geben, bei welchen bekanntlich der Kaiser Napoleon eine freundschaftliche Vermittelung übernommen hatte. Die Mitteilung war daher eine ganz vertrauliche, und es war zu derselben die geheimste Form gewählt, die es für solche Depeschen giebt; sie war in geheimer Chiffreschrift abgefaßt, in welcher die Zeichen nicht die allgemein hergebrachte, sondern eine vorher vertraulich vereinbarte Bedeutung haben. Um diese Bedeutung entziffern zu können, muß man den „Schlüssel" dazu, der stets nur das Geheimnis weniger Personen ist, besitzen.

Es ist nun wohl in allen Ländern vorgekommen,

zumal in Kriegszeiten, daß eine Regierung sich auf Nebenwegen (durch Bestechung von Beamten, durch Verrat bei der Post- und Telegraphenverwaltung, durch Entwendung oder Kauf des Schlüssels zur Chiffreschrift und dergleichen) in den Besitz wichtiger Schriftstücke anderer Regierungen zu setzen, gesucht hat. Wenn man solche Mittel während des Kriegszustandes nicht entbehren zu können meint, so wird doch eine Regierung, welche auf die öffentliche Achtung Wert legt, ein solches Verfahren unter keinen Umständen offen zur Schau tragen. Daß aber vollends eine Regierung in tiefem Frieden in einem amtlich herausgegebenem Werke fremde Staatsschriften, auf deren Besitz und Gebrauch sie kein Recht hat, zu welchen sie vielmehr nur auf dunkelen und nicht offen einzugestehenden Wegen gelangt sein kann, veröffentlichen läßt — und daß dies benutzt wird, um eine Regierung, mit welcher man, nach sonstigen amtlichen Versicherungen, in Frieden und Freundschaft leben will, öffentlich zu verunglimpfen und zu schädigen — ein solches Verfahren ist wohl schwerlich schon vorgekommen.

Um jedoch diesen Zweck erreichen zu können, genügte es nicht, die unrechtmäßig erlangte Depesche einfach abzudrucken — sie mußte zuvor in wichtigen Beziehungen verstümmelt und entstellt werden.

Die Depesche an und für sich enthält Nichts, was nicht in Bezug auf die Stellung unserer Regierung bei den Friedensverhandlungen aus den bereits veröffentlichten Aktenstücken, namentlich aus dem französischen Gelbbuche bekannt wäre: nur durch Verdunkelung und Entstellung konnte bei unerfahrenen Lesern vorüber-

gehend der Schein erweckt werden, als ob durch die jetzige Veröffentlichung des vertraulichen Schriftstücks eine „neue Enthüllung" über die preußische Politik gegeben werde. Ein aufmerksamer Vergleich der wirklichen Depesche mit den früher in Berlin amtlich veröffentlichten Mitteilungen über den Verlauf der Friedensverhandlungen läßt erkennen, daß unserer Regierung über die Gesichtspunkte und Ziele, welche sie damals festhielt, und welche damals in der Depesche vom 20. Juli 1866 angedeutet sind, seither niemals ein Hehl gemacht hat, hierzu auch durchaus keinen Anlaß hatte, da sie sich dabei der vollen Zustimmung des preußischen Volkes versichert halten durfte. Was die übrigen deutschen Staaten betrifft, so werden dieselben in der preußischen Politik, wie sie in jener Depesche enthalten ist, nur den natürlichen Ausdruck der damaligen gegenseitigen Stellungen und Stimmungen wiederfinden, zugleich aber mit uns die erfreuliche Wandelung gern erkennen, welche gleich damals durch die unverweilte Wiederanknüpfung und seitdem durch die thatsächliche Befestigung des nationalen Bandes gesichert worden ist.

Nur eine Entstellung der preußischen Depesche, wie sie bei der österreichischen Veröffentlichung zu Tage liegt, konnte dazu benutzt werden, die Politik unserer Regierung vor dem deutschen Volke und ebenso gegenüber dem uns damals verbündeten Italien zu verdächtigen. Durch die sofortige Mitteilung des wirklichen Wortlauts jenes Schriftstücks ist diese Absicht alsbald vereitelt worden.

Das seltsame Vorgehen von österreichischer Seite wird daher in Wahrheit nicht für Preußen, sondern

nur für die österreichische Regierung selbst von Wirkung sein.

Die doppelt befremdliche Thatsache des Mißbrauchs und der Entstellung einer fremden Depesche in einem amtlichen Werke kann nicht verfehlen, bei allen Regierungen, mit welchen Oesterreich in Beziehung steht, ein peinliches Aufsehen zu machen.

Für uns aber ist dieser Vorgang ein neues Anzeichen, daß die Gesinnung, welcher der preußische Generalstab in Uebereinstimmung mit unserer Regierung und mit dem Sinne unseres Volkes Ausdruck gab, von Seiten der österreichischen Regierung auch jetzt noch keine entsprechende Würdigung und Erwiderung findet."

Ein recht heftiges Zankduett zwischen Bismarck und Beust brachten die Monate Juli und August. Das österreichische „Rotbuch", das im Anfang des Monats Juli veröffentlicht wurde, enthielt eine sonderbare Note des Herrn v. Beust an den österreichischen Gesandten von Werner in Dresden vom 8. Juli. Der Reichskanzler rechtfertigte sich darin gegen die Mißdeutung, die das Verhalten der österreichischen Regierung in der Angelegenheit Frankreichs mit Belgien wegen Ankaufs belgischer Eisenbahn an die französische Ostbahngesellschaft angeblich in Berlin gefunden habe. Es hatte sich bei dieser Angelegenheit weniger um die französische Ostbahn gehandelt, als um die dahinter stehende französische Regierung, welche durch die Besitznahme belgischer Eisenbahnen eine feste Stellung nehmen wollte, um dann allmälig zu Zoll- und Allianzverträgen überzugehen und so die heißersehnte Annexion vorzubereiten. Die Haltung Frankreichs in

dieser Angelegenheit läßt es nicht unglaublich erscheinen, daß es selbst damals noch nicht auf die Hoffnung verzichtet hatte, für sein Lieblingsproject die Zustimmung Norddeutschlands zu gewinnen.

In diese Angelegenheit hatte sich auch Herr von Beust durch eine Depesche vom 1. Mai gemischt, die an die Höfe von Paris, Brüssel, London gerichtet war. Die Depesche des Herrn von Beust vom 8. Juli an Herrn von Werner in Dresden erhielt noch einen Commentar durch die Besprechungen des österreichischen Reichskanzlers mit dem norddeutschen Gesandten in Wien, Herrn v. Werther, die den Unterstaatssecretär v. Thile in Berlin zu der folgenden Depesche an Herrn v. Werther vom 18. Juli veranlaßten:

„Aus Ew. Excellenz gefälligem vertraulichen Berichte vom 6. d. M. habe ich ersehen, daß dem Herrn Grafen v. Beust die Nachricht zugekommen und von demselben Ihnen gegenüber erwähnt worden ist, wir hätten in einer Depesche des Herrn Reichskanzlers über die französisch-belgische Eisenbahnangelegenheit ein unfreundliches procédé gegen Preußen erblickt.

Bei der absoluten Zurückhaltung, welche die Regierung Sr. Majestät des Königs der gedachten Angelegenheit gegenüber während ihres ganzen Verlaufes beobachtet und ihren Vertretern im Auslande ebenmäßig vorgeschrieben hat, — einer Zurückhaltung, über die uns von mehr als einer Seite warme Anerkennung ausgesprochen worden ist, — konnte mich jene von dem Herrn Reichskanzler Ihnen mitgeteilte Notiz nur überraschen. Ew. Excellenz haben selbst dem Grafen Beust bereits gesagt, daß Ihnen von der uns zugeschriebenen Beschwerde nichts bekannt wäre,

und ich kann bestätigend hinzufügen, daß die erwähnte Nachschrift aus einem Mißverständnis herzurühren scheint, da wir über jene, in der Presse vielfach besprochene, uns aber von österreichischer Seite nicht mitgeteilte Depesche uns in irgend welchem Sinne zu äußern keine Veranlassung gefunden haben.

Inzwischen hat der Frhr. v. Münch-Bellinghausen mir am 11. d. Mts. einen anderweiten Erlaß des Grafen Beust vorgelesen, worin meine Aufmerksamkeit darauf hingelenkt wird, daß in zwei Fällen die königliche Regierung, resp. ihre Vertreter, Depeschen eines anderen Cabinetes am dritten Ort mitgeteilt hätten, was angeblich dem diplomatischen Usus zuwider laufe; der eine Fall betreffe eine nicht näher zu bezeichnende Depesche des Fürsten Gortschakoff, der andere die österreichische Depesche vom 1. Mai über die französisch-belgischen Eisenbahnverhandlungen.

Ich habe über diese Mitteilung des Baron Münch und meine ihm vorläufig erteilte Antwort ein Promemoria aufgesetzt, von dem Ew. Excellenz hierbei Abschrift erhalten, und will dem Inhalte desselben nur wenige Bemerkungen hinzufügen.

Das kaiserliche Cabinet kann sich versichert halten, daß wir uns höchstens berufen finden könnten, den Gebrauch zu kritisieren, den dasselbe von unsern Mitteilungen macht, dagegen über die Benutzung solcher Mitteilungen, welche dasselbe von dritten Regierungen erhält, uns nie ein Urteil erlauben würden. Wir können daher auch unsererseits dem Grafen Beust nicht die Befugnis einräumen, unsere Behandlung der Mitteilungen dritter Regierungen zum Gegenstande amtlicher Bemerkungen zu machen. Wir sind außer

Stande, zu erkennen, was den Herrn Reichskanzler bestimmen mochte, in dieser Angelegenheit als Anwalt des Fürsten Gortschakoff aufzutreten, welcher nicht den Weg über Wien zu wählen pflegt, um eine vertrauliche Anfrage an uns gelangen zu lassen, und sehen daher keinen Anlaß, uns über diesen Gegenstand irgendwie zu äußern.

Was die österreichische Depesche vom 1. Mai d. J. betrifft, so wird der Herr Reichskanzler sich erinnern, daß er dieselbe uns weder durch Vorlesen noch schriftlich hat mitteilen lassen, und uns daher nicht in die Lage versetzt hat, rücksichtlich derselben eine Indiscretion zu begehen. Im Gebrauche der Mitteilungen fremder Regierungen sind wir uns stets absoluter Discretion bewußt gewesen; von einer Verletzung dieses Grundsatzes aber kann doch unmöglich die Rede sein in einem Falle, wo solche Mitteilungen nicht existieren. Ob die uns von anderen Seiten über den Inhalt der bezeichneten Depesche gemachten Angaben genau sind oder nicht, vermögen wir bis zum heutigen Tage nicht zu constatieren; über unsere Verwendung dieser Angaben glauben wir nur denjenigen Rechenschaft schuldig zu sein, von welchen sie herrühren.

Wenn die uns durch manche Umstände nahe gelegte Annahme begründet wäre, daß der Herr Reichskanzler seine Kritik gegen unsere angeblichen Mitteilungen an den königl. sächsischen Minister Freiherrn v. Friesen habe richten wollen, so würden wir darin die Aufforderung erblicken, auszusprechen, daß wir, auch abgesehen von dem Mangel angreifbarer Specialfälle, die Berechtigung einer solchen Kritik schon aus allgemeinen national-politischen Gründen abweisen. Unsere

Mitteilungen an deutsche Regierungen entziehen sich jeder Controle auswärtiger Cabinette, und in noch höherem Grade, vermöge der Solidarität der norddeutschen Bundesdiplomatie, die wir nach Dresden richten.

Ew. Excellenz ersuche ich ganz ergebenst, sich in diesem Sinne gegen den Herrn Reichskanzler auszusprechen und ihm, wenn Sie es angemessen finden, diesen Erlaß und seine Anlage vorzulesen, jedoch nicht zu überlassen."

Inzwischen hatte bereits Herr v. Friesen gegen die Annahme des Herrn v. Beust über angebliche Mitteilungen der preußischen Regierung in Dresden energisch protestiert und der in die Enge gebrachte Herr v. Beust darauf in einer Note vom 21. Juli einlenkend geantwortet. Von Interesse ist eine Unterredung, die Graf Bismarck mit einem Publicisten über den Zwischenfall hatte. Er sagte diesem:

„Die Frage, ob Königreich Sachsen zum Norddeutschen Bunde gehört oder nicht, scheint nicht allein dem britischen Unterstaatssekretair für auswärtige Angelegenheiten Schwierigkeiten zu bereiten; Mr. Otway kann zu seiner Entschuldigung anführen, daß selbst in Wien, wo man doch dem Streitobjekte so viel näher ist, unklare Vorstellungen in dieser Beziehung obwalten. Herr von Beust hat offenbar einen Augenblick den wahren Sachverwalt vergessen; er hat Herrn Otway's Irrtum geteilt und Sachsen für eine unabhängige europäische Macht gehalten, deren Politik mit derjenigen des Norddeutschen Bundes nichts gemein habe. Wie wäre er sonst dazu gekommen, in Dresden eine Erklärung abgeben zu lassen, welche gegen niemanden

anders als gegen den auswärtigen Minister des Norddeutschen Bundes gerichtet sein konnte? Wenn der englische Staatssekretair des Auswärtigen dem Gouverneur von New York oder Massachusets officielle Warnungen vor den beirrenden Einflüssen oder Eindrücken, welche das Washingtoner Cabinet verschuldet habe, zukommen ließe, so würde man in Amerika einen solchen Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes vielleicht als einen genügenden Anlaß zu diplomatischem Bruche ansehen; Herrn von Beust's Bemühungen, das sächsische Ministerium über angebliche Berliner Perfidien aufzuklären, stehen im Grunde mit jenem hypothetischen Falle auf einer Linie; sie stellen sich dar als ein Versuch, ein Mitglied des von Oesterreich anerkannten Bundes gegen das Präsidium dieses Bundes aufzuhetzen. Es ist dies, beiläufig bemerkt, eins von den Beispielen der entgegenkommenden Haltung, welche der Reichskanzler — leider ohne Gegenliebe zu finden — Preußen gegenüber stets bethätigt haben will. Weßhalb Preußen in seiner Sprödigkrit beharrt, wird nach solchen Zärtlichkeitsbeweisen einigermaßen erklärlich.

Der richtigen Auffassung, welche die Wiener Kanzlei einen Augenblick verloren hatte, erinnerte man sich übrigens sofort, als es sich zeigte, daß die Insinuation in betreff der „beirrenden Eindrücke" in Dresden auf unempfänglichen Boden gefallen war. Mit einem Male wurde es den Herren an der Donau klar, daß ja die sächsische Regierung, die man gestern de puissance à puissance behandelt hatte, gar nicht mehr in der Reihe der Staaten mitzähle. Die offiziöse Presse rächt sich an Herrn von Friesen mit urbanen

Scherzen über die Wirkungen des Marienbader Brunnens, welcher diesmal allerdings einen ganz unerwarteten „abführenden" Effekt gehabt hat und sucht die Sachsen durch den Hinweis auf eine politische Degradation zu ärgern, welche sie, wenn denn einmal von Degradation die Rede sein soll, niemandem so sehr, wie dem gegenwärtigen kaiserlich königlichen Reichskanzler zu verdanken haben. Es ist unseres Erachtens nicht hübsch, daß gerade Wiener Blätter dem getreuen Alliierten von 1866 die Folgen seiner Treue vorrücken; es ist vielleicht etwas übereilt, daß gerade die Organe des ehemaligen sächsischen Ministers Herrn von Beust diesen Ton anschlagen. Jedenfalls wäre zu wünschen gewesen, man hätte in Wien etwas früher dasjenige, was man heute der Welt sagt, sich selbst vergegenwärtigt, daß nämlich „Sachsen Mitglied des Nordbundes und folglich in seiner auswärtigen Politik so gut wie mediatisiert sei", daß man in Dresden nur noch „par ordre du Mufti" Depeschen schreibe, und „nur das Lied singe, welches in Berlin vorgepfiffen werde." Wenn man das alles im Anfange des Juli überlegt hätte, so würde man nicht am Ende Juli sich in der Lage sehen, eine Blamage durch Ungezogenheiten zu maskieren.

Herr von Beust selbst wird natürlich nicht ungezogen in seiner amtlichen Erwiderung; auf die Abfertigung des Herrn von Friesen lesen wir nichts als gekränkte Unschuld. Der Reichskanzler kann gar nicht begreifen, weßhalb sein ehemaliger College so ausfallend gegen ihn wird. Was hat er denn Böses gethan? Er hat ja nur eine Depesche mit grundlosen oder doch unerwiesenen Insinuationen geschrieben und

veröffentlicht, welche den „beirrenden Eindruck" machen mußte, als ob das arme Sachsen, umstrickt von preußischen Perfidien, Trost und Leitung in Wien suche, welche daher sehr geeignet (natürlich nicht im mindesten darauf berechnet) war, Mißtrauen zwischen Dresden und Berlin zu säen und Herr von Friesen ist ein solcher Spielverderber, daß er nicht allein gegen die Insinuationen protestiert, sondern seinen Protest auch noch gar in die Zeitungen rückt. Wenn der Reichskanzler einige Verstimmung durchblicken läßt und derselben in verschiedenen kleinen Malicen gegen seinen alten Collegen Luft macht, so ist das nur menschlich; man bedenke, wie hart und betrübend es ist, wenn man andere eine Grube gräbt und selber hineinfällt.

Dieser interessante Depeschenkampf dürfte übrigens allem Anschein nach noch etwas weiter sich fortspinnen, Herr von Beust begnügt sich nämlich nicht mit Malicen, sondern er beharrt bei seiner Behauptung, daß „man" die kaiserliche Regierung in Dresden verleumdet habe. Er spricht von einer in Dresden gemachten Mitteilung, „welche nicht geeignet war, diesen Schritt der k. k. Regierung (nämlich ihre Ratschläge für Belgien) nach ihren wahren Motiven und Zwecken würdigen zu lassen." Wenn eine solche Mitteilung gemacht worden ist, so muß Herr v. Friesen Kenntnis von ihr haben und Herr von Friesen beteuert, eine solche Kenntnis nicht zu besitzen. Daß unter der Mitteilung nur eine preußische verstanden werden kann, ergiebt sich von selbst, Man darf erwarten, daß auch diese erneute Insination zu weiteren Erörterungen führt; der Reichskanzler versichert ja auf offiziellen Meldungen zu fußen, in welche er dem

sächsischen Geschäftsträger Einblick verstattet habe. Dergleichen spricht man doch nicht öffentlich aus, wenn man nicht bereit ist, seine Quellen gleichfalls dem Urtheile des Publikums bloß zu legen.

Dies scheint um so notwendiger, als die ganze „leidige Angelegenheit" durch den Schlußsatz der neuesten Beust'schen Depesche recht rätselhaft wird. Der Reichskanzler sagt, er habe die Sache auch mit dem preußischen Gesandten freundschaftlich besprochen und er hoffe, die dadurch gewonnenen Aufklärungen würden auch in Berlin die gewünschte Würdigung finden. Was soll das nun heißen? Oesterreich sagt: „Preußen hat uns in Dresden verleumdet." Sachsen antwortet: „Preußen hat mit uns gar nicht über Euch geredet." Oesterreich repliciert: „Preußen hat eine uns ungünstige Mitteilung in Dresden gemacht; übrigens haben wir aber ihm, Preußen, freundschaftliche Aufklärungen gegeben, welche u. s. w." Dieser Schluß erinnert ein wenig an die Wolke, in welcher die homerischen Götter zu verschwinden pflegten, wenn sie merkten, daß auch sie verwundbar seien."

Am 4. August richtete Herr v. Thile die folgende Depesche an Herrn v. Werther:

„Ueber die Mitteilungen, welche der Herr Reichskanzler dem Budgetausschusse der cisleithanischen Delegation am 23. und der Section der ungarischen Delegation für Aeußeres am 26. v. M. gemacht hat, sind Berichte in die europäische Presse gelangt, die mehr oder weniger umständlich, aber darin übereinstimmend sind, daß der Herr Reichskanzler sich über das Verhalten der preußischen Regierung gegenüber Österreich und über ihre Stellung zu Süddeutschland ausgesprochen

habe. Gegen Ew. etc. hat derselbe, wie ich aus Ihrem gefälligen Berichte vom 27. v. M. ersehe, in einer vertraulichen Unterredung sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Delegierten den Beschluß gefaßt hätten, seine Mitteilungen unveröffentlicht zu lassen, was die Folge haben werde, daß dieselben entstellt und stückweise in das Publikum gelangten. Auch wir, wenn schon unbekannt mit dem Geschäftsgange der Delegationen und mit der Entstehungsart dieses Beschlusses, können nicht umhin, ein ungewöhnliches Verfahren darin zu erkennen, daß amtliche Aeußerungen über eine fremde Regierung, welche die Orientierung der Volksvertretung und eine Wirkung auf die öffentliche Meinung zum Zweck haben, in Formen kundbar gemacht werden, welche den Herrn Reichskanzler selbst eine Entstellung des Gesagten voraussehen lassen.

In betreff des einen Punktes, nämlich unserer Stellung zu Süddeutschland, dürfen wir die Zeitungen als gut unterrichtet über die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers ansehen, da derselbe ihre Angaben gegen Ew. etc. bestätigt und motiviert hat. Ich meine die Aeußerung des Herrn Kanzlers, daß er die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen den Delegationen um deshalb unbefriedigend bezeichnet habe, weil Preußen durch Schließung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten den Prager Frieden Oesterreich gegenüber von Anbeginn alteriert habe; diese Wirkung der bezeichneten Bündnisse sei ihrer Zeit von uns nicht bestritten, ja man könne fast sagen, stillschweigend zugegeben worden.

Ich ersuche Ew. etc. ganz ergebenst, den Herrn Reichskanzler darauf aufmerksam machen zu wollen,

daß wir bisher niemals Veranlassung gehabt haben, dieser seiner Auffassung zu begegnen, und daß der Prager Friede absolut nichts enthält, was auch nur einen Vorwand dazu bieten könnte, den souveränen Staaten Süddeutschlands oder uns die volle Freiheit, einen jeden Vertrag, welcher beiden Teilen zusagen möchte, einzugehen, im mindesten zu beschränken. Im Gegenteil, der Prager Friede enthält sogar am Schlusse des 4. Artikels die Aufforderung, eine nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland zum Gegenstande näherer Verständigung zu machen. Irgend welche Beschränkungen des souveränen Rechtes, beliebige Verträge mit einander zu schließen, hat der Prager Friede weder für uns, noch für die deutschen Südstaaten geschaffen. Die Angabe des Herrn Reichskanzlers, daß die Bündnisse mit dem Friedensvertrage im Widerspruche ständen, als eine unbegründete ausdrücklich zu bezeichnen, lag bisher für uns bei dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages ein Anlaß vor; nachdem aber der Herr Graf v. Beust keinen Anstand genommen, Ihnen selbst gegenüber jene Behauptung aufzustellen, der Ew. etc., wie ich voraussetze, sofort persönlich entgegengetreten sind, so wird es notwendig, der Zurückweisung derselben eine amtliche Form zu geben.

Den Delegationen gegenüber hat der Herr Reichskanzler, nach den Berichten der Zeitungen, einen zweiten Grund für das von ihm als unbefriedigend betrachtete Verhältnis zu Preußen angeführt. Die „Debatte" z. B. resumiert seine Aeußerung in folgender, mit den uns sonst gerüchtweise zugekommenen Nachrichten übereinstimmender Fassung:

„Er habe sich stets redlich bemüht, mit diesem Nachbarstaate nicht bloß dem Wesen nach Frieden und Freundschaft zu bewahren, sondern auch in den äußeren Formen innigere Beziehungen herbeizuführen. Dies sei jedoch bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht gelungen, da man diesen seinen Bestrebungen von seiten Preußens nicht entgegenkomme."

Nach einer andern Version ist die Lage Oesterreichs als die eines Mannes bezeichnet worden, dessen zur Freundschaft dargereichte Hand keine Entgegnung finde."

Ich muß bekennen, daß diese Angaben mich mit Erstaunen erfüllt haben. Es ist mir nicht bekannt, daß uns von dem kaiserlichen Kabinet auch nur die leiseste Andeutung, welche auf eine Absicht, uns entgegen zu kommen, schließen ließe, geschweige denn ein Entgegenkommen wirklich bekundet worden ist. Wir haben nicht den Beruf, nach den Gründen der Zurückhaltung zu forschen, welche die Politik Oesterreichs unter Leitung des Herrn Grafen von Beust Norddeutschland gegenüber beobachtet, und welche sich durch die Thatsache charakterisiert, daß Graf Wimpffen seit dem Frühjahr 1868 niemals den Wunsch nach einer Unterredung mit dem Grafen Bismarck geäußert, also auch eine solche in dieser ganzen Zeit nicht gehabt hat. Es läßt sich nicht annehmen, daß ein so absoluter Verzicht auf jeden geschäftlichen Verkehr mit dem Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten, während Ew. u. s. w. Ihrerseits die Beziehungen regelmäßig mit dem Grafen Beust unterhielten, nicht auf unsdrücklicher Weisung des letzteren beruhen sollte. Auch aus seinen diplomatischen Veröffentlichungen erinnere ich

mich keiner für Preußen entgegenkommenden oder auch nur wohlwollenden Aeußerung des k. Herrn Reichskanzlers. Sollte derselbe Mitteilungen beabsichtigt haben, die uns nicht zugegangen sind, oder sollte der Ausdruck seines Willens uns nicht unverfälscht erreicht haben, so denke ich, daß er gern einen Anlaß ergreifen würde, um entweder den bisher nicht an uns gelangten Ausdruck seines wohlwollenden Entgegenkommens uns nachträglich durch Ew. u. s. w. zu übermitteln, oder um zu konstatieren, daß die Veröffentlichungen über seine Aeußerungen in den Delegationen unrichtig sind.

Ich glaube, der Herr Reichskanzler wird Ew. etc. dankbar sein, die Gelegenheit zu einer Aussprache in diesem Sinne zu finden und ich ersuche Ew. etc. daher ganz ergebenst, ihm diesen Erlaß vorlesen und eine Abschrift desselben behändigen zu wollen. Ueber seine Erwiderung sehe ich Ihrem gefälligen Berichte entgegen."

Die „Nordd. Allg. Ztg." gab einige Erläuterungen zu dieser Depesche. Sie wies aus einer Depesche des Grafen Beust an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 28. März 1867 nach, daß der Reichskanzler über das Verhältnis der Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den süddeutschen Staaten zum Prager Frieden damals anders gedacht hat als seine neuesten Auslassungen verrieten. Damals ließ sich der österreichische Reichskanzler folgendermaßen vernehmen: „Die Veröffentlichung der seither geheim gehaltenen preußisch-süddeutschen Allianzverträge vom August 1866 hat nicht geschehen können, ohne in der gesamten politischen Welt einen tiefen Eindruck zurückzulassen. Was jedoch uns betrifft, so war diese Empfindung weder

die der Ueberraschung, noch eine Verstärkung jenes natürlichen Bedauerns, welches der Verlust unserer früheren vertragsmäßigen Stellung in Deutschland nach den Katastrophen des vergangenen Sommers uns einflößen mußte. Wir kennen und acceptieren die politische Lage, deren Folge sich vor unsern Augen entwickeln. Es ändert sich an derselben nichts, seitdem es offenkundig geworden ist, daß Preußen sich der Bundesgenossen, welche ehemals diejenigen der beiden Mächte waren, förmlich für sich allein versichert hat, noch ehe es seine Aussöhnung mit uns besiegelte. Eben so wenig ändert sich unser Wunsch, uns in den neuen Verhältnissen unter Wahrung unserer Interessen friedlich und in vollem Einverständnis mit Preußen zurechtzufinden." „Damals also war Graf Beust, so schrieb die „Nordd. Allg. Ztg.", durch die Veröffentlichung jener Verträge nicht einmal „überrascht"; das Bedauern, aus Deutschland ausgetreten zu sein, wurde durch jene Verträge „nicht verstärkt"; dieselben „änderten an der durch den Prager Frieden geschaffenen politischen Lage nichts" und eben so wenig änderte sich infolge jener Verträge der Wunsch Oesterreichs, mit Preußen in Frieden und Freundschaft zu leben. So sprach Graf Beust im März 1867; wenn er daher im Sommer 1869 erklärte, das gute Einvernehmen zwischen Preußen und Oesterreich werde durch die Existenz der Schutz- und Trutzbündnisse gestört, so sehen wir, daß der Herr Reichskanzler auch in dieser Frage einem ähnlichen Umschwung unterworfen gewesen ist, wie wir ihn bei Graf Beust, seinen eigenen Erklärungen zufolge, in seinen politischen Grundsätzen sich haben vollziehen sehen, seit er vom königl. sächsischen Minister

zum liberalen Reichskanzler Oesterreichs geworden ist. Der neuere Wechsel der Anschauungen wird um so klarer, wenn man bedenkt, daß Graf Beust schon damals mit der Behauptung auftrat, er sei auf Grund des Prager Friedens zu einer Einsprache gegen die Schutz- und Trutzbündnisse berechtigt. Hierauf zu entgegnen, lag nach dem oben mitgeteilten Inhalte der Depesche um so weniger Grund vor, als außerdem noch expreß gesagt war, daß man eine „eigentliche Einsprache" durchaus nicht beabsichtigt und unfruchtbare Discussionen, die den guten Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich Eintrag thun könnten, nicht veranlassen wolle. Da der Herr Reichskanzler gegenwärtig anderer Ansicht geworden zu sein scheint, so wird man es nur berechtigt finden, wenn preußischerseits mit aller Entschiedenheit erklärt wird, daß der Prager Frieden dem Grafen Beust auch nicht einmal den Schein des Rechts zu einer Einsprache giebt, um so weniger, als die Schutz- und Trutzbündnisse früher abgeschlossen sind als der Prager Frieden: nämlich mit Bayern am 22., mit Baden am 17. und mit Württemberg am 13. August, während der Prager Frieden bekanntlich vom 23. August 1866 datiert."

Die „Kreuzzeitung fand, daß die österreichische Diplomatie ihr früheres Aplomb verloren habe. „Die Habsburgische Politik" mochte oft sehr zweideutige Wege wandeln — ihre Diplomatie kleidete sich in die vornehmsten Formen; sie wußte aufzutreten mit dem Aplomb eines starken Selbstbewußtseins, das Respekt einflößte. „In omnibus sicut Austria" — lautete gewöhnlich die Instruction, welche die Reichsfürsten ihren Gesandten am Reichstage mitgaben; während

jetzt Graf Beust dem österreichischen Generalconsul in Bukarest die Weisung giebt: „In omnibus sicut Gallia!“ Die Zeiten sind freilich andere geworden. Die parlamentarischen Formen, in welche das neue Oesterreich getreten ist, verlangen ihr Recht, die Regierung darf nicht versäumen, ihre Stärke dort zu suchen, wo sie nach der Auffassung, zu welcher sich der Minister des Innern Dr. Giskra auf dem Journalistentage bekannte, liegt — in der öffentlichen Meinung. Gleichwohl sehen wir nicht ein, weshalb gerade darum die österreichische Diplomatie sich ihrer Traditionen entschlagen sollte. Es scheint uns im Gegenteil, als ob die Oeffentlichkeit des parlamentarischen Lebens, in deren vollem Licht die parlamentarische Regierung Oesterreichs zu wandeln liebt, auch erhöhte Anforderungen an ihre Noblesse stellen müßte. Wir finden aber das Charakteristische der Beust'schen Depeschen hauptsächlich in ihren versteckten Wendungen, welche viel mehr die Virtuosität eines gewandten Journalisten verraten, der seinen Stil im Kampfe mit dem Strafgesetz gebildet hat, als das bewußte Auftreten des Staatsmannes, der auf ein bestimmtes Ziel mit entschlossenem Nachdruck lossteuert.... „Welchen Eindruck,“ schloß die „Kreuzztg.“, „muß es der Welt machen, wenn eine in der Delegation von dem Reichskanzler abgegebene Versicherung, eine Thatsache offiziell bestritten wird und wenn der Aufforderung, sie unter Beweis zu stellen, nicht genügt werden kann? Einem solchen Affront würden sich die früheren Staatsmänner Oesterreichs nicht ausgesetzt haben; solch eine saloppe Behandlung der öffentlichen Geschäfte kann keinem Staate zum Vorteil gereichen.“

Graf Bismarck äußerte sich privatim wie folgt:

„Man würde dem Grafen Beust, glaube ich, doch Unrecht thun, wenn man die Provocationen, die er bald in wohl stilisierten Depeschen, bald in parlamentarischen Reden gegen Preußen und gegen die neue, in Deutschland eingetretene Ordnung der Dinge zu Markt bringt, lediglich auf Rechnung einer unruhigen Vielgeschäftigkeit oder der bei dem sächsisch-österreichischen Staatsmann sattsam bekannten Passion, von sich reden zu machen, setzen wollte. Für so unschuldig halte ich sie nicht. Alte Gewohnheit mag dazu beitragen, daß Herr v. Beust die agitatorische Thätigkeit noch in Wien fortsetzt, durch welche er auf seinem sächsischen Posten eine so bedeutende Rolle spielte, so daß er als Erster unter seines Gleichen, als der eigentliche spiritus familaris der unfruchtbaren Bemühungen die Mittelstaaten ins Schaukelsystem zwischen Oesterreich und Preußen, zur entscheidenden Macht zu machen, gelten konnte. Indeß wie schwer es auch ist, einen neuen Menschen anzuziehen, was Graf Beust bekanntlich versprach, als er im Herbste 1866 vom Kaiser zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs gemacht wurde, man sollte meinen, daß die neue Aufgabe, die er vor sich hatte, mit ihren unendlich verschiedenen und mannigfaltigen Ansprüchen an seine Thätigkeit mächtig genug noch auf einen Mann, selbst in den Jahren des Herrn von Beust, einwirken mußte, um ihn aus der Uebung alter Gewohnheiten und Neigungen herauszureißen. Es muß sich vielmehr immermehr der Argwohn befestigen, daß Herr von Beust mit gutem Bewußtsein und bestimmtem Ziele das alte Geschäft des Hetzens und Haderns mit

Preußen fortsetzt. Schwerlich könnte Kaiser Franz Joseph irgend eine Persönlichkeit in Deutschland auffinden, deren Berufung auf den Posten eines kaiserlich österreichischen leitenden Staatsmannes größeren und gegründeteren Vorurteilen bei Preußen begegnen mußte, als eben der ehemalige sächsische Premier und wenn es die Absicht war, von einer Politik der Wiedervergeltung abzustehen, lediglich eine Politik der Interessen zu verfolgen und alle persönlichen Rachegedanken zu unterdrücken, so hat der österreichische Kaiser die Aufgabe durch die Wahl jenes Staatsmannes nicht eben erleichtert. Vieles, was ein Anderer unbefangen thun konnte, mußte bei Herrn v. Beust ein verfängliches Aussehen gewinnen. Und man kann nicht gerade behaupten, daß er sich sonderliche Mühe gegeben hat, den bösen Schein zu meiden; er hat im Gegenteil eine meisterliche Virtuosität darin bewiesen, seinen Gegner wenn nicht gerade vor den Kopf zu stoßen, doch ihm stets in Erinnerung zu bringen, daß Herr v. Beust noch da ist, um mit Preußen gelegentlich anzubinden. Es ist System in diesem Treiben. Er insinuiert hier oder da eine Bosheit gegen Preußen und sorgt dafür, daß die Welt davon hört. Darauf natürlich Replik von Berlin, Entrüstung in Wien über das Uebelwollen der preußischen ministeriellen Organe und Empfindlichkeit über das anmaßliche Wesen Preußens; endlich Beteuerung der eigenen Unschuld und Harmlosigkeit. Das Spiel wiederholt sich alle Jahre einige Male und thut somit große Dienste, um die Verbitterung gegen Preußen zu nähren, den Gedanken wach zu erhalten, daß dereinst der Tag doch kommen muß, wo mit Preußen für das

Unglück von 1866 Abrechnung gehalten werden soll. Und das ist auch eben der Zweck. Herr von Beust hat es sich selbst zu danken, wenn auch die, welche seine guten Freunde waren und wie die englische Presse sich von seinen liberalen Allüren blenden ließen und ihn lange mit Bewunderung angestaunt haben, allmählich das Vertrauen verloren und in dem Regimente Oesterreichs ein gutes Stück von einem Intriganten gegen Deutschland erblicken. Die Grundlage der Stellung des Herrn v. Beust in Oesterreich — gewissermaßen sein raison d'être dort, — ist und bleibt der Kampf, den die Habsburgische Hauspolitik auch nach dem Ausscheiden aus Deutschland um ihren Einfluß in Deutschland fortzuführen entschlossen ist. Zu ihren Hauptschlägen behält sie sich Zeit und Ort vor, aber die Einleitung zum Gefechte muß unterhalten werden und Herr v. Beust versteht sich darauf. Ob es ihm tiefer Ernst ist mit diesem Kampfe, muß dahingestellt bleiben; wenn nicht, so sollte er wenigstens gelernt haben, daß es ein gefährliches Ding ist mit dem Feuer zu spielen."

Herr v. Beust antwortete auf die Depesche vom 4. August durch ein Schreiben an Herrn v. Münch in Berlin, mit Bezug auf welche Graf Bismarck in einer Privatunterredung bemerkte:

„Herr v. Beust hat mit keinem Thiere mehr Aehnlichkeit als mit einem Aal. Die soeben in die Oeffentlichkeit gelangte Depesche des Reichskanzlers erinnert mit ihren hastigen Windungen und glatten Bewegungen lebhaft an die Geschwindigkeit, mit welcher jener schlüpfrige Fisch jedem festen Griffe sich zu entwinden weiß. Wenn man diesen weitläufigen Erlaß

lieſt, hat man Mühe, ſich zu vergegenwärtigen, wovon denn eigentlich in dem Wortwechſel zwiſchen Wien und Berlin die Rede geweſen iſt."

Herr v. Thile hatte in ſeinen beiden Erlaſſen vom 18. Juli und vom 4. Auguſt, wie wir geſehen, drei Punkte dem Reichskanzler zu Gemüt führen wollen. Erſtlich, daß eine Einmengung ſeinerſeits in die Beziehungen, welche zwiſchen Preußen und anderen deutſchen Regierungen ſtattfinden, unſtatthaft ſei, weil Oeſterreich nicht mehr zu Deutſchland gehöre und weil die deutſchen Angehörigen keinen Gegenſtand für auswärtige Einwirkungen bilden. Zu dieſer Belehrung hatte Herr v. Beuſt den Anlaß gegeben durch ſeinen verunglückten Verſuch, in Dresden Neſſeln zu ſäen. Zweitens ſodann, daß namentlich was die nationalen Beziehungen zwiſchen Süd- und Norddeutſchland angeht, der Prager Friede dem kaiſerlichen Cabinet keinerlei Rechtsbaſis zu Einmiſchungen irgend welcher Art gewähre, und daß insbeſondere die Schutz- und Trutzbündniſſe zwiſchen Preußen, Bayern und Würtemberg und Baden ganz unabhängig von der Billigung oder Mißbilligung irgend einer dritten Macht zu Rechte beſtehen. Drittens endlich, daß von entgegenkommenden Schritten Oeſterreichs, welche Preußen zurückgewieſen haben ſollte, in Berlin nichts bekannt ſei, und daß man begierig ſei zu erfahren, worin dieſelben beſtanden hätten. Zu den Aeußerungen ad 2 und 3 erklärte Herr v. Thile ſich provociert durch Bemerkungen, welche der Reichskanzler glaubhaften Zeitungsberichten zu Folge in Ausſchüſſen der ungariſchen und der cisleithaniſchen Delegation über ſeine Politik gemacht haben ſollte. Ad 2 wünſchte er nur klar zu

machen, daß Preußen dem kaiserlichen Cabinet ein Recht der fraglichen Art nicht zugestehe und nicht zugestanden habe. Ad 3 erbat er sich Auskunft darüber, wo, wann und wie Preußen die dargebotene Hand Oesterreichs zurückgewiesen habe.

Was den Dresdener Vorfall betraf, so ließ der österreichische Reichskanzler den eigentlichen Kern der Sache, nämlich die Einmischung in norddeutsche Bundesangelegenheiten, gänzlich auf sich beruhen, und beschränkte sich darauf, auf einige äußerliche Nebenfragen internationaler Etiquette den Nachdruck zu legen. Man durfte daraus schließen, daß in der Hauptsache die preußische Abwehr ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. Sie stellte nämlich den Reichskanzler vor die Alternative, entweder gegen den Satz des Herrn v. Thile, daß fremde Mächte über allgemeine Politik mit den Regierungen des Norddeutschen Bundes überhaupt nicht mehr zu verhandeln hätten, daß Berlin der einzige Ort sei, an welchem Norddeutschland dem Auslande gegenüber repräsentiert wäre, Verwahrung einzulegen und damit die Constituierung des Norddeutschen Bundes selbst anzufechten oder die Richtigkeit dieses Satzes, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend, anzuerkennen. Es war klar, daß in dem Schweigen die Anerkennung lag, wenn auch eine widerwillige. Und es war gewiß nützlich, daß dieser Punkt einmal zur Sprache gebracht und dadurch Jedermann deutlich gemacht wurde, daß die Constituierung Norddeutschlands nicht blos auf dem Papiere stand und daß Oesterreichs Ausscheiden aus Deutschland keine bloße Redensart war. Daran sich zu gewöhnen, daß Oesterreich-Ungarn Norddeutschland gegenüber gerade so wie Frankreich

und Rußland eine fremde Macht war, fiel vielen Leuten noch immer sehr schwer, und es war deshalb gut und selbst notwendig, dem ersten Falle entgegenzutreten, wo die kaiserliche Regierung selbst diese Thatsache zu vergessen schien.

Hinsichtlich der süddeutschen Verträge desavouierte Herr v. Beust zwar nicht geradezu, aber doch indirect seine aggressiven, mündlichen Aeußerungen. Er weigerte sich, die Authenticität der Zeitungsberichte anzuerkennen und er bestritt Herrn v. Thile das Recht, von den Verhandlungen im Schooße der Delegationsausschüsse Notiz zu nehmen. Diese formellen Einwendungen waren natürlich nichts anderes als ein Auskunftsmittel, um sich der Wahl zwischen Widerruf oder ausdrücklicher Bestätigung der gerügten Aeußerungen zu entziehen; denn daß dieselben wirklich geschehen waren, unterlag nicht dem geringsten Zweifel. In der Sache aber hatte der Reichskanzler sich zu einem vollständigen Rückzuge entschlossen. Er erklärte nunmehr, daß die kaiserliche Regierung die süddeutsche Frage noch immer so auffasse, wie sie es am 28. März 1867 durch offiziellen Erlaß dem Berliner Cabinet dargelegt habe. Dieser Erlaß war seiner Zeit, wie Herr von Beust mitteilte, vom Grafen Bismarck „in der verbindlichsten Weise und ohne irgend einen Einwand" entgegengenommen worden. Dabei konnte man sich beruhigen. Die Frage, was denn nun aus den mündlichen Aeußerungen werde, die im Delegationsausschusse fielen, durfte man als ein Internum Oesterreich-Ungarns der Erwägung der dortigen Volksvertreter überlassen.

Auf die Herausforderung endlich, die von ihm

behauptete unversöhnliche Haltung Preußens durch Angabe irgend einer Thatsache nachzuweisen, antwortete Herr v. Beust mit der sonderbaren Erklärung, daß er bereit sei, über die Frage, ob von der einen oder der anderen Seite „ein vielleicht verkanntes Entgegenkommen" stattgefunden habe, einen Schriftwechsel mit versöhnlichster Tendenz zu eröffnen! Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn man über diesen dunkelen Punkt Aufklärung gesucht hätte, ehe man die Anschuldigung gegen die Nachbarregierung formulierte, und den Vertretern des Reichs gegenüber aussprach. Augenscheinlich wußte man keine einzige Thatsache zur Begründung anzuführen, man hätte sonst sicherlich Capital daraus geschlagen.

Seltsam war auch, daß der Reichskanzler sich einzubilden schien, seine Aeußerungen, wenn im Kreise eines parlamentarischen Komitee gethan, entzögen sich unter allen Umständen einer fremdländischen Reclamation. Er berief sich auf ein „geflügeltes Wort" des Grafen Bismarck, welches aus einem Landtagsausschusse in die Oeffentlichkeit gedrungen sei und trotz seines beunruhigenden Charakters keiner Regierung zu Vorstellungen Anlaß gegeben habe. Er meinte wahrscheinlich die Sentenz, daß Oesterreich seinen Schwerpunkt nach Pest verlegen müsse, oder daß Deutschlands Einheit nur durch Blut und Eisen begründet werden könne, oder irgend etwas ähnliches. Es lag auf der Hand, daß gegen solche Apophthegmata, die eine bloße Ansicht des Sprechenden enthalten, kein fremder Staat in diplomatischer Form protestieren kann. Wenn Herr v. Beust derartige politische Meinungen im Reichstage selbst proklamierte, konnte man

offiziell gewiß von keiner Seite dagegen Schritte thun. Etwas ganz anderes aber war er, wenn es von einer fremden Regierung Thatsachen behauptete, die unwahr waren. Wenn Graf Bismarck im Landtagsausschuß gesagt hätte, Oesterreich beabsichtige seine Staatsschuld zu repudiieren, so würde alle Welt dem Wiener Cabinet das Recht zugesprochen haben, gegen eine solche faktische Unwahrheit in feierlichster Form zu reklamieren.

Der Beweis, daß thatsächlich im Jahre 1870 ein Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossen war, ist, wie wir oben gesehen, längst geschichtlich erbracht, auch wenn Graf Beust in seinen Denkwürdigkeiten den Thatbestand nach Möglichkeit zu verschleiern sucht, wie er diesen Versuch schon in dem Rotbuch von 1870 aufgestellt hat. Man erinnert sich der bekannten Sendung des französischen Generals Lebrun nach Wien. Der General war beauftragt, die militärische Seite des Bündnisses beider Staaten mit dem Erzherzog Albrecht zu vereinbaren. Da die Mobilisierung in Oesterreich und Italien viel schwieriger von statten gehen mußte, als in Frankreich, so war Napoleon die Bedingung gestellt, daß er eine große Schlacht vermeide, bis seine Verbündeten in der Lage seien, ihm ihre Mitwirkung zu leihen. Der General Lebrun kehrte am 21. Juni 1870 nach Paris zurück und übergab Napoleon eine Denkschrift, in welcher sich die Klausel fand, daß Oesterreich in Erwägung, daß es 42 Tage gebrauchte, um seine Armee vollständig zu mobilisieren, für diese 42 Tage eine neutrale Haltung zu beobachten verlangte, um erst mit Ende dieses Zeitraumes die Feindseligkeiten gegen Preußen zu erklären und seine Armee mit der

französischen zu vereinigen. Dem Kaiser war diese Klausel sehr unbequem, und es entstanden einige Mißverständnisse zwischen den Höfen. Dieselben wurden durch eine Sendung des Grafen von Vitzthum nach Paris beseitigt, und Graf Beust erklärte in der oben mitgeteilten, am 20. Juli 1870 an den Fürsten Metternich gerichteten Depesche: „Die kaiserlichen Worte, sowie die Erläuterungen, welche der Herr Herzog von Gramont hinzuzufügen beliebt hat, haben jede Möglichkeit eines Mißverständnisses beseitigt, das durch das Unvorhergesehene dieses plötzlichen Krieges entstehen könnte. Wollen Sie daher Seiner Majestät und ihren Ministern wiederholen, daß wir getreu unseren Abmachungen, wie sie in den zwischen den Herrschern gewechselten Briefen bezeichnet sind, die Sache Frankreichs als die unsrige betrachten und daß wir zum Erfolge seiner Waffen in den Grenzen der Möglichkeit beitragen werden." Ueber die gemeinsame Kriegsführung wurde dann vom 20. Juli bis zum 4. August zwischen Florenz, Wien und Paris verhandelt. Der von dem Erzherzog Albrecht und dem General Lebrun gemeinschaftlich im Monat Juni festgestellte Feldzugsplan wurde wieder aufgenommen, die französische Armee sollte den Rhein überschreiten und bei München den österreichischen und italienischen Truppen die Hand reichen; Oesterreich verpflichtete sich, Italien in einer vortheilhaften Regelung der römischen Frage zu unterstützen und das Eingreifen beider Mächte in die militärischen Vorgänge sollte am 15. September erfolgen. Bis dahin sollte anläßlich einer bestimmten Frage, beispielsweise der nordschleswigschen Klausel des Prager Friedensvertrages an Deutschland

ein Ultimatum gestellt werden. Alle diese Pläne wurden vernichtet durch die doppelte Niederlage der französischen Armee bei Forbach und Wörth, am 6. August, und an dem Tage, an welchem Oesterreich an Deutschland den Krieg erklären sollte, war Napoleon bereits auf Wilhelmshöhe.

Der Herzog von Gramont erwähnt in seinen „Enthüllungen" die Unterredungen, die er zur Zeit seiner Wiener Botschaft mit Herrn v. Beust gehabt habe, und in denen er darüber einig gewesen wäre, daß der gemeinsame Krieg gegen Preußen unvermeidlich gewesen sei, wobei Herr von Beust es nur als „wünschenswert" (nicht gerade notwendig) hinstellte, wenn der Krieg aus einer „nichtdeutschen" Ursache entstehe; er (Beust) könne eher losschlagen oder den Deutschen Oesterreichs den Mund stopfen, wenn beispielsweise der Krieg aus Anlaß irgend einer orientalischen Frage ausbräche.

Während des Krieges fuhr Herr v. Beust fort, für französische Interessen sich diplomatisch zu verwenden. Bekannt ist sein Verzweiflungsruf: „Es giebt kein Europa mehr!" Auch auf die Verhandlungen der Süddeutschen mit dem Norddeutschen Bunde in Versailles über die deutsche Verfassungsfrage suchte Herr v. Beust einzuwirken. Er war am 11. November — wie die offiziöse Presse versicherte, ohne alle politischen Zw ecke und nur zur Begleitung seiner Familie — in München eingetroffen. Was war natürlicher, als daß er dort auch seinen alten Freund, den früheren Minister, Freiherrn v. d. Pfordten und andere Bekannte aufsuchte? „Zögern wir, so gewinnt der böse Feind Zeit, Unkraut dazwischen zu säen," sagte Herr v. Bis-

marck in Versailles. Er sprach von den „Geschäften der Oesterreicher in München."

Am 5. Dezember 1870, als das Deutsche Hauptquartier noch in Versailles war, die Verträge mit den süddeutschen Staaten aber bereits abgeschlossen waren, ließ Bismarck durch den preußischen Gesandten in Wien, Herrn v. Schweinitz, den Grafen Beust darauf vorbereiten, daß das neugestaltete Deutschland in ein aufrichtiges Freundschaftsverhältnis zu Oesterreich-Ungarn zu treten wünsche. Auf die zustimmende Antwort des österreichischen Ministers hin zeigte Bismarck in seiner Depesche vom 14. Dezember der österreichischen Regierung die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse förmlich an und drückte die Ueberzeugung aus, daß Deutschland, dessen nationale Bestrebungen und Bedürfnisse nun befriedigt seien, in die freundschaftlichsten Beziehungen zu Oesterreich treten werde. Das Schreiben des Grafen Beust vom 26. Dezember erblickte „in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen Akt von historischer Bedeutung, eine Thatsache ersten Ranges in der modernen Entwickelung Europas" und erwiderte die Wünsche und Hoffnungen auf ein freundschaftliches Zusammengehen.

Bismarck und Beust sahen und sprachen sich im Monat August 1871 in Gastein, beide an der Seite ihrer Monarchen. Herr v. Beust berichtete über seine Audienz beim Kaiser Wilhelm an Kaiser Franz Joseph. Der Deutsche Monarch hatte sich über die Beziehungen Oesterreichs und Preußens, vom siebenjährigen Kriege an, des Breiteren ausgelassen. Herr v. Beust schrieb darüber: „Ich glaube daraus nur einzelne Momente hervorheben zu sollen, denn die preußische

Auffassung dieses Themas, welche in gleicher Weise bei Sybel und Ranke zu finden ist und welche ich nur zu oft von preußischen Diplomaten der neuen Schule, den Usedoms und Brassiers, wie den Savigny's, Bernstorff's und Goltz's vernommen habe, dürfte auch für Ew. Majestät nichts neues sein!" Herr v. Beust berichtet ferner: „Dasjenige was nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart angehört und deshalb nur mehr Beachtung zu verdienen schien, war folgendes: Der Kaiser sagte, er habe Euer Majestät in Ischl die Versicherung gegeben, niemand denke daran, die österreichisch-deutschen Provinzen zu gewinnen." „Freilich," setzte er aber hinzu, „habe ich Ihrem Kaiser dasselbe gesagt, was ich dem Kaiser Alexander gesagt habe, nämlich, daß ich nichts sehnlicher wünsche und wünschen muß, als daß die Deutschen in Oesterreich sowohl als in Rußland sich zufrieden fühlen, und nicht in die Lage gebracht werden, die Köpfe nach uns zu wenden und uns damit Verlegenheit zu bereiten." Ich habe nun nicht unterlassen, dem Kaiser zu entgegnen, daß zu dieser Beruhigung der Deutschen in Oesterreich von deutscher Seite sehr beigetragen werden könne. Wenn nämlich offiziöse Federn in Deutschland den Deutschen begreiflich machten, daß sie in einem vielsprachigen Reich wohnen und sich mit anderen Nationalitäten vertragen müssen, wenn das von Deutscher Seite als Notwendigkeit bezeichnete Oesterreich bestehen soll."

In den Conferenzen mit Bismarck durfte Herr v. Beust sich weniger zurückhaltend aussprechen, als gegen Kaiser Wilhelm. Es kam zu lebhaften Erörterungen über alle jene Themata. Beust berichtete an Kaiser Franz Joseph: „Ich habe dem Fürsten Bismarck nicht

erspart, meine Ansichten darüber auszusprechen, was ich seitens seines Kaisers mit ehrerbietigem Schweigen anhören zu müssen glaubte."

Der Aufrichtigkeit der österreichischen Sympathien konnte Fürst Bismarck erst dann versichert sein, als Graf Beust seines Ministerpostens enthoben und Graf Andrassy zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde.

An dem Tage, an dem im Oktober 1886 der neue französische Botschafter Herbette in Berlin vom Kaiser empfangen wurde, starb Graf Beust. Dieses Zusammentreffen wäre sicherlich nichts Bemerkenswertes, wenn nicht mit den Antrittsaudienzen der früheren Botschafter Frankreichs in Berlin seit dem Kriege regelmäßig ein wichtiger Vorgang im Leben des Grafen Beust zusammengefallen wäre. An dem Tage, an dem im Januar 1872 der Vicomte Gontaut-Biron seine Accreditive dem Kaiser Wilhelm überreichte, erhielt Graf Beust in Wien seine Entlassung als Reichskanzler. Zwar nicht ebenso gleichzeitig, aber nicht lange nachdem im Januar 1878 Graf St. Vallier, der zweite französische Botschafter am Berliner Hofe seit dem Kriege, empfangen worden war, demissionierte Graf Beust als österreichischer Botschafter in London. Dann fiel im Februar 1882 der Antritt des Baron de Courcel als Vertreter der französischen Regierung in der deutschen Hauptstadt wieder genau zusammen mit der Abberufung des österreichischen Botschafters in Paris Grafen Beust und in dem Jahre 1886 war der Tag des Austausches der Ansprachen zwischen Kaiser Wilhelm und Herrn Herbette zugleich der Todestag des Grafen Beust. Das ist ein Spiel des Zufalls, nichts weiter. Immerhin bietet der genaue Parallelismus einer Reihe

von Vorgängen in den letzten Lebensjahren des österreichischen Staatsmannes mit dem Wechsel der französischen Botschafter in Berlin, und sogar mit den Tagen ihres Antritts und den dabei erfolgten Kundgebungen interessante Seiten.

Als Vicomte Gontaut-Biron am 8. Januar 1872 von Sr. Majestät unserem Kaiser und König in Gegenwart des Reichskanzlers von Bismarck in feierlicher Antrittsaudienz empfangen wurde, bemerkte die „Provinzial-Korrespondenz“ „Die Wiederherstellung des früheren diplomatischen Verkehrs zwischen Deutschland und Frankreich darf als ein neuer Beweis dafür gelten, daß die beiderseitigen Regierungen nicht blos den Wunsch, sondern auch die Hoffnung hegen, daß es mehr und mehr gelingen werde, auch die Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarstaaten wieder zu befestigen“. War es nicht eine eigentümliche Disposition des Schicksals, oder lag nicht eine Idee der Weltgeschichte darin, daß an demselben Tage der Diplomat aus der rheinbündischen Schule, der bei aller Versabilität seines Charakters sich doch stets in der Neigung zu einem französisch-österreichischen Bündnis gegen Deutschland treu geblieben war, als Reichskanzler von Oesterreich-Ungarn seine Entlassung erhielt? Als Botschafter in London wurde er so zu sagen unschädlich gemacht. Zwar suchte er sich im Jahre 1878 einen größeern Wirkungskreis auf, er rückte wieder in eine für Deutschland bedenkliche Nähe, nach Paris. Man begreift den Lärm, der sich nicht nur in Deutschland erhob, als es hieß: Graf Beust, der alte Gegner des deutschen Reiches, der persönlichste aller Gegner Bismarcks sei in das Land der Revanche versetzt.

In Wien selbst gab es Unruhe. Es wurden Stimmen laut, welche die Versetzung des Grafen Beust für einen politischen Fehler hielten, weil sie in Berlin Verstimmung errege, ohne Oesterreich in Paris etwas zu nützen. Konnte Graf Beust aus irgend einem Grunde in London — er hatte auch dort intriguiert — nicht länger bleiben, dann hätte man — so wurde gesagt — ihn in Rom oder Petersburg unterbringen können, nur nicht auf dem gefährlichsten Terrain des antideutschen Chauvinismus. Die Beziehungen zwischen Wien und Berlin waren damals nach dem Berliner Kongreß — sehr intim, um so mehr bedauerte man in Wien selber den Schritt der Regierung, da die Anwesenheit eines so „prononcierten Diplomaten" wie Graf Beust in Paris für Oesterreich eine positive Unannehmlichkeit und Gefahr werden könne. Überall in Deutschland, wo der Name „Beust" seinen hergebrachten sensationellen Klang nicht verloren hatte, kam man bei der Pariser Sendung auf den Gedanken, daß „etwas vorgehe". In Berlin sagte man, diese Angelegenheit sei als Kraftprobe aufzufassen, was wohl das Verhältnis zwischen Wien und Berlin etwa aushalten könne. Am wenigsten war man in den leitenden Kreisen in Paris befriedigt. Denn selbst, wenn man nach Wien hinüber etwas zu zetteln hatte, so würde man es sicher am wenigsten unter der von vornherein kompromittierten und kompromittierenden Firma Beust gethan haben. Unnützer Lärm! Jede verderbliche Agitation des Grafen Beust in Paris war im voraus unterbunden durch die damaligen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, denen Graf St. Vallier, der Nachfolger des Vicomte Gontaut-Biron soeben in der

Antritts-Audienz beim Kaiser Wilhelm einen Ausdruck gegeben hatte, indem er nicht nur entschieden, sondern auch mit einer gewissen Wärme die freundschaftlichen Gesinnungen des Nachbarlandes und seiner Regierung betonte, während der deutsche Kaiser mit ganzer Herzlichkeit die Gesinnung unserer Regierung bestätigte, von welcher Frankreich bei mehr als einem Anlaß der letzten Jahre den thatsächlichen Beweis erfahren hatte. Dieser Austausch der Ansprachen bildete damals das Thema ebenso lebhafter Zeitungsartikel hüben und drüben, wie das später mit den sofort bekannt gewordenen Kundgebungen des neuen Botschafters und des Kaisers der Fall war. Die Ansprache des Grafen St. Vallier enthielt einen merkwürdigen Passus. Er sagte, indem er seine Kreditive überreichte, er sei der Repräsentant

„de la France, dotée d' une constitution républicaine parlamentaire conservatrie et libérale,“

welche wünsche, mit allen Mächten und Völkern in Freundschaft zu leben.

Was sollte die Versicherung, daß Frankreich eine parlamentarische, konservativ-liberale Regierung habe? Derselben Verfassung erfreute sich doch Frankreich, als Herr von Gontaut Botschafter war. Graf St. Vallier wollte aber Sr. Majestät sagen, daß er sein Amt in einem Augenblicke anträte, wo in Frankreich eine neue Aera begonnen habe. Dadurch unterschied sich die Regierung des Marschalls Mac Mahon, welche durch den Vicomte Gontaut-Biron vertreten wurde, von derjenigen des Präsidenten Grevy, welchen Graf St. Vallier vertrat, daß die erstere reaktionär-klerikal-chauvinistisch war, die letztere konservativ-liberal-friedlich (nämlich seit dem Eintritt Waddingtons in die

Regierung). An dieser Politik, die nach dem Rücktritt Mac Mahons erst recht zur Geltung kam, gingen die Versuche des Grafen Beust, im Geiste der alten „reaktionär-klerikal-chauvinistischen Partei" zu agitieren, zu Grunde. Graf Beust verließ Paris wieder und verzichtete auf alle politische Thätigkeit, nachdem Gambettas Sturz (Januar 1882) erfolgt war. Er verzweifelte seitdem an jedem Erfolge. Graf St. Vallier hatte umgekehrt an der Aufrechterhaltnng friedlicher Beziehungen unter einer Regierung Gambetta verzweifelt und war zurückgetreten, ohne Ahnung des sobald eintretenden Zusammenbruches derselben. Sein Nachfolger Baron de Courcel, noch unter Gambetta erkoren, inaugurierte seinen Posten mit derjenigen Reserve, auch in seiner Ansprache, die den Umständen entsprechen mochte, und welche von dem Debut seines Vorgängers Grafen St. Vallier fühlbar abstach. In den Zeitungen wurde das Ceremoniell des Empfanges ausführlich beschrieben, aber nicht eine Bemerkung politischer Natur daran geknüpft. Man weiß, daß dieses Debut den Botschafter, Baron de Courcel, nicht gehindert hat, gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nach besten Kräften zu pflegen. Die Reserve vom 13. Februar 1882 war wieder fallen gelassen, und die Wärme des Ausdrucks vom 31. Januar 1878 wieder in der Ansprache des neuen Botschafters Herbette empfunden. Die Zeitungsstimmen waren abermals so lebhaft, als acht Jahre zuvor, was nach dem Revanchelärm der letzten Monate erklärlich genug war. Graf Beust aber starb an demselben Tage.

Um Scepter und Krone.

Graf Münster, der heutige deutsche Botschafter in Paris, hat in einer nur für seine Freunde als Manuscript gedruckten Denkschrift: „Mein Antheil an den Ereignissen des Jahres 1866 in Hannover," Rechenschaft über sein Verhalten in jener kritischen Zeit abgelegt. Er stand nach seiner Angabe der Politik seiner Regierung im Frühjahr 1866 ganz fern. Mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte er aus persönlichen Gründen allen Verkehr abgebrochen, und hatte mit denen, die wirklich die Politik machten, keinen persönlichen Umgang. — Im März war es ihm völlig klar, daß der Krieg nicht zu vermeiden, und ebenso stand seine Ueberzeugung fest, daß Hannover auch eine beschränkte Unabhängigkeit nur dann retten könne, wenn mit Preußen ein Neutralitäts-Bündnis abgeschlossen würde. — Als er wußte, welcher Umschwung am Hofe (Mitte Mai) stattgefunden hatte, wie Prinz Carl Solms den König, Graf Ingelheim den Grafen Platen völlig umgestimmt hatten, als er die Einberufung einer Anzahl Beurlaubter, die Wegschaffung eines Theils des Armeematerials nach Stade erfuhr,

hielt er schon damals Hannover als solches für verloren und sprach seinen Bekannten gegenüber sich offen darüber aus. Der König hatte sich vollständig in Herrenhausen isoliert und sah selbst die Minister nicht, wie denn das Ministerium als solches eigentlich gar nicht existierte. Daß von der Umgebung und denen, die den König in das österreichische Lager, in sein Verderben, trieben, Alles geschah, um Leute, die wie Graf Münster unabhängig ihre Meinung sagten, entfernt zu halten, läßt sich leicht denken. Graf Münster stand also ganz von fern und sah das Werk seines Vaters (das, was Hannover in seiner damaligen Gestalt ihm allein verdankte, die Dynastie, den Königstitel und die reichsten Provinzen) untergehen, ohne helfen, ohne retten zu können. Ihm war zu Mute, wie einem Seemanne, der sein Schiff durch einen unerfahrenen Capitain auf einen ihm bekannten Felsen, den einzigen gefährlichen Punkt auf dem zwar unruhigen, aber sonst sicheren Meere, fahren und dem gewissen Untergang zuführen sieht. Als er am 13. Juni aus der Kammer ging, sagte ein Bekannter mit einem gewissen freudigen Selbstgefühl: „Hannover stimmt morgen für den österreichischen Antrag." „Dann ist das Königreich als solches verloren, und ich freue mich, es nicht verantworten zu müssen," war des Grafen Antwort. „Der Kaiser von Oesterreich hat aber dem Könige sein Land garantiert und sogar für active Hülfe Vieles versprochen," entgegnete Jener. — In dem Augenblicke ging ein Mann im grauen Paletot vorüber. „Sehen Sie den Mann," antwortete Münster, „ich kenne ihn nicht, wenn der mir das Königreich garantierte, so wäre mir das lieber. Der Kaiser, der auf

diese Weise mit Preußen und Italien gleichzeitig Krieg beginnt, kann nicht wissen, ob er das, was er verspricht, wird halten können."

In dem altenburgischen Jagdschloß „fröhliche Wiederkehr" nahm König Georg nach dem Langensalza'schen Treffen Aufenthalt. Dort erfolgte die Unterredung zwischen ihm und dem Grafen Münster, der den König bewegen wollte, nicht wie dieser beabsichtigte, nach Oesterreich zu gehen, sondern in der Nähe zu bleiben, um die Verhandlungen mit Preußen weiter zu führen. Der König versprach das, und es wurde in Folge dessen Wohnung in Pyrmont bestellt. Graf Münster begab sich sofort nach Herrenhausen, um die Königin von dem Entschlusse des Königs, der in den Wünschen Aller lag, zu benachrichtigen. In derselben Nacht, da dies geschah und die Königin diese Nachricht, für sie eine Freudenbotschaft, empfing, war der König mit seiner Umgebung, derselben, die ihn dann ferner auch in Wien so unheilvoll beeinflußte, an der Spitze der Regierungsrat Meding, seines dem Grafen Münster gegebenen Versprechens ungeachtet, nach Wien abgereist. Graf Münster berichtet darüber:

„Nach der Schlacht von Langensalza, als der König auf einem Schlosse des Herzogs Joseph von Sachsen-Altenburg, „Zur fröhlichen Wiederkunft" genannt, war, fragte mich die Königin in Gegenwart mehrerer anderer Personen, ob ich es noch für möglich halte, das Königreich zu retten, und welchen Rat ich in dieser Beziehung geben würde. Ich erwiderte, daß es vor Allem darauf ankomme, mit dem Könige von Preußen Frieden zu schließen, und zwar vor der entscheidenden Schlacht,

vor den Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen, hätten die erst begonnen, so hielte ich Hannover für unrettbar verloren. Außerdem sei es aber vor Allem durchaus erforderlich, daß der König seine sämmtlichen Ratgeber entferne, mit ihnen könne von preußischer Seite nicht verhandelt werden, und dann sei die Stimmung im Lande mit Recht so sehr gegen sie aufgebracht, daß ein Weiterregieren, wenn davon überhaupt noch die Rede sein könne, mit den Leuten (die ich mit noch schärferen Ausdrücken bezeichnete) unmöglich sei. — Ihre Majestät teilte diese Ansicht vollkommen und fragte mich, ob ich bereit sein werde zum Könige zu gehen und ihm frei meine Ansicht zu sagen. Ich erwiderte darauf, daß ich gern und überall der Königin und ihrem Hause dienen würde, daß ich mir aber nur wenig Nutzen davon versprechen könne, da ich wisse, wie der König gegen mich eingenommen sei und wie seine Ratgeber Alles aufbieten würden, um sein Mißtrauen gegen mich auszubeuten. Ich versprach der Königin aber, daß ich trotzdem sowie sie es wünsche, die Reise nach Altenburg unternehmen werde. Ich begab mich darauf nach Derneburg. Zwei Tage darauf erhielt ich eine Einladung vom Herzoge Joseph von Altenburg und die Aufforderung der Königin, den König dort aufzusuchen, nebst der Bitte, die Prinzeß Mary, welche zum Besuche bei dem Könige war, zurück zu geleiten. Ich ging sofort nach Hannover nahm noch einmal mit der Königin Rücksprache, erfuhr, daß Graf Platen mit seinen Ratgebern in Wien sei, und reiste, trotzdem ich wenig Hoffnung auf Erfolg hatte, zum Könige. Am 8. Juli 6 Uhr Abends kam ich auf dem Schlosse „Zur fröhlichen Wiederkunft"

an, wurde von dem Hofmarschall von Goethe empfangen und sofort in Reisekleidern zur Tafel geführt. Hier fand ich den König, den Herzog Joseph von Altenburg, Prinzeß Thereſe, den Kronprinzen, Prinzeß Mary, den Prinzen Solms, zwei Flügeladjutanten des Königs, Cabinetsrat Lex und mehrere Damen. Der König empfing mich mit der allermarkiertesten Unfreundlichkeit, als ob ich ein unberufener fremder Mensch wäre, der Se. Majestät beim Essen störte. Die ganze Tischgesellschaft wurde sichtbar verlegen, und obgleich ich natürlicher Weise that, als merkte ich es gar nicht, versuchten die Mitglieder der Familie mich auf alle Weise zu beruhigen und baten mich dringend, nicht abzureisen, ohne ernstlich mit dem Könige gesprochen zu haben. Nach dem Essen wollte ich mich umziehen, als ich gerufen wurde, mit dem Könige spazieren zu gehen. Unten fand ich den König am Arm des Kronprinzen, den Prinzen Georg Solms und den Cabinetsrat Lex. Se. Majestät sprach über die Schlacht von Langensalza, war noch voller Freude über den Sieg seiner Truppen, und als ich die Bemerkung machte, daß man eigentlich nicht habe begreifen können, warum die Armee bei Eisenach Halt gemacht und zurück- statt vormarschiert sei, erzählte der König mit allen Details die verschiedenen Sendungen von Parlamentären und Offizieren, die bekannte Episode des Majors Jacobi, und die Rolle, die der Herzog von Coburg dabei gespielt. Ich konnte mir aber aus alledem kein klares Bild der Vorgänge machen und verhielt mich als ganz passiver Zuhörer, werde aber den Eindruck, den das alles auf mich machte, in meinem Leben nicht vergessen. Als wir in den Schloßhof

zurückkehrten, fragte mich der König ganz kurz und auf unangenehme Weise, was ich ihm denn zu sagen habe, worauf ich kurz antwortete: ich habe nichts zu sagen, Majestät. Ich verabschiedete mich, um mich nach der staubigen Reise umzuziehen. Es gehörte wirklich Selbstverleugnung von meiner Seite dazu, den unwillkommenen Ratgeber zu spielen und zwar mit der Ueberzeugung, daß gegen die vorgefaßten Meinungen des Königs nichts auszurichten sein würde. Ich that es, weil ich es für meine Pflicht hielt, alles aufzubieten, was in meinen Kräften stand, um Hannover zu retten und ich habe noch die Ueberzeugung, daß, hätte der König noch damals sich direct an den König von Preußen gewandt, die Annexion nicht stattgefunden haben würde. Daß die Umgebung, — ich nehme aber dabei das, was gewöhnlich als Umgebung bezeichnet wird, namentlich die Adjutanten, aus, — ich meine die politischen Ratgeber, aus Leuten bestand, die ohne Ansehen, ohne Charakter, ohne politisches Urteil nur dem Könige schmeichelten und sich wenig um sein oder Hannovers Wohl bekümmerten, darin und in der Blindheit des Königs lag das ganze Unglück Hannovers. Hätte bei dem bedeutenden Verstande und den in mancher Hinsicht brillanten Eigenschaften der arme Herr einen einzigen Blick auf die Leute, denen er vertraute, werfen können, er hätte sie gewiß eines zweiten Blickes nicht gewürdigt. Abends sprach ich in dem Zimmer des Hofmarschalls von Koethe mit den Adjutanten und den drei Prinzen Solms. Bis auf den Prinzen George Solms, der unbegreiflicher Weise auch einen gewissen Einfluß auf den König hatte, waren alle Anwesenden meiner Meinung, sahen

die beabsichtigte Reise nach Wien als den letzten Todesstoß, den der König seinem Königsthrone geben könne, an, und stimmten mir darin bei, daß es vor allem darauf ankomme, mit dem König von Preußen Frieden zu schließen. Am andern Morgen um 11 Uhr ließ mich der König zu sich rufen. Ich fand seine Majestät an einem langen Tische und an dem anderen Ende den Geheimen Cabinetsrath Dr. Lex. Der König war sehr freundlich und fing die Conversation (die ich nachher wörtlich aufschrieb, weil ich nach Notizen, die ich ihn machen sah, Aehnliches vom Herrn Cabinetsrat vermutete) damit an: ich habe mich am Abend auf das heftigste seinen Neffen und Adjutanten gegenüber gegen Oesterreich und besonders gegen des Königs Reise nach Wien ausgesprochen. Der Kaiser sei sein mächtigster und treuester Bundesgenosse, deshalb müsse er zu ihm halten. Ich erwiederte darauf daß es mit der Macht Oesterreichs nicht gut zu stehen scheine und in Beziehung auf die Treue Oesterreichs könne man versucht sein, an den alten Ausspruch Napoleons sich zu erinnern: L'Autriche triche. Se. Majestät meinte, ich solle so nicht von Oesterreich sprechen; der Kaiser werde getreulich zu Hannover stehen, wie er zu Oesterreich gehalten, es sei die Selbständigkeit Hannovers garantiert, so lange Oesterreich noch einen Soldaten auf den Beinen habe, könne Hannover nicht untergehen. Dadurch, daß Venedig an Frankreich abgetreten sei, werde die Südarmee frei, Preußen, dann von der frischen österreichischen und der französischen Armee bedroht, müsse Frieden schließen oder werde untergehen. Ich glaubte diesen Ansichten entschieden widersprechen zu müssen und sagte: „Die Abtretung

Venedigs kommt viel zu spät, täusche ich mich nicht, so werden die Italiener nicht so ohne Weiteres Frieden schließen und sich wieder Frankreich zum Danke verpflichtet fühlen wollen, sie werden, wenn sie klug sind, und das sind die Italiener gewöhnlich, sich nicht von Preußen trennen. Preußen wird sich nicht einschüchtern lassen, weiter gehen, vielleicht bei Olmütz, sonst bei Wien, noch eine Schlacht schlagen und dann werden die Friedensverhandlungen beginnen. Wollen Eure Majestät Ihre Krone retten, so müssen Sie mit dem Könige von Preußen Frieden geschlossen haben, ehe die Verhandlungen mit Oesterreich beginnen. Majestät müssen jetzt Bedingungen annehmen, die früher unannehmbar schienen, um wieder auf den Thron zu kommen." Der König wollte davon nichts wissen und äußerte sich sehr ungehalten über Preußen. Ich bat den König dringend, seine Lage zu nehmen wie sie sei; er sei nichts weiter als ein verbannter und entthronter König, und es komme vor allem darauf an, sich in den Besitz, selbst den beschränkten Besitz seiner Krone zu setzten; habe er seinen Thron erst verloren, sei das in dem Friedensvertrage von Oesterreich sanktioniert, so könne Oesterreich auch in der Folge ihm nicht wieder helfen. Ich fügte hinzu, daß, wenn er jetzt durch zu starres Auftreten die Gelegenheit verlöre, mit dem Könige von Preußen zu verhandeln, ich besorge, daß nichts die Annexion von Hannover verhindern werde, und daß, sei diese eine vollendete Thatsache, nicht Oesterreich, nicht Frankreich, nicht beide zusammen ihn jemals wieder auf den Thron bringen würden. Diese Argumente machten Eindruck auf den König, er meinte aber, ich sähe viel zu schwarz und

sei es unmöglich, daß er den ersten Schritt thun könne. Ich erwiederte, daß, wenn man die Sache nur wolle, die Form schon zu finden sei, und daß, wenn der König mir, oder wem er sonst wolle, nur sage, daß er wirklich verhandeln wolle, Anknüpfungspunkte sich schon finden ließen; ich selbst wisse schon mehrere Wege. Ich riet dem Könige, die Einladung des Herzogs von Braunschweig, der ihm sein Schloß in Blankenburg zur Disposition gestellt hatte, anzunehmen, es bringe, fügte ich hinzu, den König in die Nähe seines Landes und gebe die Möglichkeit, die wahre Stimmung im Lande, über die seine Ratgeber ihn absichtlich täuschten, kennen zu lernen. Der König wollte davon nichts wissen und sagte wieder, ich sähe zu schwarz, es werde aus Hannover täglich berichtet, die Stimmung sei vortrefflich. Ich erwiederte, daß Niemand sich mehr freuen werde als ich, wenn alle meine Befürchtungen unbegründet seien, ich bäte den König aber dringend, die Mißstimmung im eigenen Lande und die Gefahr, die seinem Throne von Preußen drohe, nicht zu unterschätzen, kam noch einmal auf die Reise nach Wien zurück und sagte, ich habe zu meinem Schrecken gehört, daß sie auf den Abend angesetzt sei. Der König sagte, er habe alles vorbereiten lassen und sei die Bahn bei Hof frei, so werde er abreisen; es könne ihm Niemand verdenken. daß er seinen Bundesgenossen in seiner Hauptstadt aufsuche. Ich erwiederte, daß, da die Bundesgenossen den König im Stich gelassen hätten, er sich selbst helfen möge; er habe bisher als Bundesfürst treu zum Bunde gehalten, er möge sich jetzt nicht zum Parteigänger Oesterreichs machen, er könne Oesterreich damit nichts nützen, sich

aber schaden. Ich brachte darauf das Gespräch auf die Beziehungen zu den anderen Höfen und riet, den Kronprinzen zum Könige von Preußen und, wenn dies nicht geschehen solle, nach St. Petersburg zu schicken. Hierauf wollte der König nicht eingehen. Se. Majestät fragte mich darauf, worauf ich meine Ansicht in Beziehung auf die Nicht-Intervention Frankreichs und die Stellung Italiens basiere, da mir doch alle Nachrichten fehlten. Ich erwiederte darauf, daß die ganze Lage Frankreichs und die Stellung des Kaisers in Frankreich so sei, daß er keinen Krieg wolle; es sei ihm Alles zu rasch gegangen; die Zündnadeln schössen auch zu rasch. Wir wurden durch das Frühstück unterbrochen. Während dessen waren Zeitungen gekommen, die schon Manches von dem, was ich vermutet hatte, bestätigten. Der König nahm mich wieder in sein Zimmer, war sehr freundlich und sagte mir, indem er mir die Hand gab, er werde vorläufig wenigstens seine Reise nach Wien aufgeben, und ließ in meiner Gegenwart dem Grafen Platen den telegraphischen Befehl zugehen, sofort zu ihm zu kommen. Ich blieb noch längere Zeit beim Könige, sah, daß, er viel nachdachte. Wäre auch von anderen Seiten im ähnlichen Sinne auf ihn gewirkt, wäre er von dem schädlichen Einflusse seiner Räte einige Zeit entfernt geblieben, er würde anderen Ansichten zugänglich geworden sein. Der König hatte wirklich die Absicht, die Wiener Reise aufzugeben. Denn wenn er auch nicht nach Blankenburg gehen wollte, so ließ er sich doch gleich nach dieser Unterredung eine Wohnung in Pyrmont mieten. Abends kehrte ich mit der Prinzessin Mary nach Hannover zurück. Ich fand die arme Königin

sehr niedergeschlagen, aber voller Hoffnung, daß es doch noch gelingen werde, den König von der Wiener Reise, die auch sie für ein Unglück hielt, abzuhalten."

Trotz des Eindruckes, den die Vorstellungen auf den König machten, ging dieser nach Wien. Graf Münster suchte nun die Ritterschaft in Bewegung zu setzen, um durch sie auf den irregeleiteten Monarchen einzuwirken, seine Bemühungen indes, eine Adresse an den König zu erlassen, scheiterten schließlich an dem Widerstande des Ministers a. D. v. d. Decken, der die gebilligte Adresse heftig angriff und deren Ueberreichung u. a. mit den Worten bekämpfte, daß ein solcher Schritt den König in die Hände der Liberalen bringen müsse. Für den Grafen Münster hatten diese Bestrebungen den Erfolg, daß der König seiner in Herrenhausen weilenden Gemahlin verbot, den Grafen zu empfangen! Graf Münster richtete darauf ein Schreiben an den König, in welchem er denselben beschwor, die Krone zu Gunsten seines Sohnes niederzulegen, welcher Schritt allein die Dynastie retten könne.

Im August 1866, als es bekannt wurde, daß Hannover annektiert werden würde, ging Graf Münster teils im Auftrage seiner Standesgenossen, teils der Königin Marie nach Berlin, um dort im Interesse des Welfenhauses zu wirken. Ueber seine Erfahrungen dort berichtet er folgendes:

„In Berlin erfuhr ich bald, daß die Annexion fest beschlossen sei. Nachdem Österreich und Frankreich eingewilligt hatten, andere politische Complicationen nicht zu befürchten waren, ist es ganz begreiflich, daß Preußens leitender Staatsmann es für seine Pflicht hielt, Preußen einen solchen Zuwachs an Größe und

Macht nicht entgehen zu lassen; denn Hannover war geographisch und commerciell von einer zu großen Wichtigkeit, es war der Schlußstein im Bogen für Preußens Neubau. Dem Könige von Preußen wurde der Entschluß schwer, und wäre die Schlacht von Langensalza nicht geschlagen, wäre nicht soviel Blut vergossen worden, es ist die Frage, ob er sich dazu entschlossen hätte. — Damals fürchteten manche Preußen, denen die Stimmung des Königs bekannt war, der König könne noch zu bewegen sein, die hannoversche Dynastie fortbestehen zu lassen; deshalb geschah alles, um Petitionen, Adressen, die von Hannover aus allen Klassen nach Berlin geschickt wurden, nicht an Se. Majestät gelangen zu lassen. Der Großherzog von Oldenburg war auch in Berlin; ich hatte die Ehre, ihn täglich zu sehen und mit ihm zu beraten, was geschehen könne, um die Selbständigkeit Hannovers zu erhalten. Er hatte den besten Willen, die regeste Theilnahme für das Könighaus und glaubte auf eine Zeit lang, es würde gelingen, die Dynastie zu retten, wenn der König von Hannover sich entschlösse, zu Gunsten des Kronprinzen zu abdicieren.

Ich hatte den Grafen Bismarck, den ich persönlich kannte, um eine Unterredung gebeten, die auch am 7. August stattfand. Am 9. August ließ Graf Bismarck mich um 1 Uhr zu sich bescheiden. Ich eröffnete unser Gespräch damit, daß ich dem Grafen erklärte, wie ich durchaus nicht im Auftrage des Königs komme, durchaus keine politische Mission habe und nur nach Berlin gekommen sei, um mir über die Zukunft Hannovers Gewißheit zu verschaffen und ihn, den Grafen Bismarck, über die richtige Stimmung und namentlich

über die Stimmung im Adel aufzuklären und für die Erhaltung einer der ältesten Dynastien zu wirken.

Graf Bismarck sagte mir darauf, er bedaure sehr, mir nicht viel Angenehmes sagen zu können, es gehe ihm selbst jetzt manches zu rasch, er könne versichern, daß er die Annexion nicht beabsichtigt habe, daß er von vornherein die Selbständigkeit Hannovers habe achten wollen. Anfangs Mai habe er Hannover noch ein Neutralitätsbündnis angeboten ohne Reformproject und mit Garantie des ganzen Territorialbestandes; er habe immer gehofft, Hannover würde, wie im siebenjährigen Kriege, zu Preußen halten und hätte nie glauben können, daß es solche vorteilhafte Anerbieten hätte ausschlagen können. Während über diese Anerbieten in Berlin unterhandelt wäre, seien gleichzeitig in Wien sehr lebhafte Verhandlungen wegen eines Bündnisses mit Österreich und der Anschließung der hannoverschen Armee an die Brigade Kalick geführt; Prinz Karl Solms sei dann nach Hannover gekommen und die feindselige Haltung des Königs und seiner Regierung sei offen hervorgetreten. Der König habe keine Gelegenheit versäumt, seinem Hasse gegen Preußen Luft zu machen und habe jede Verhandlung unmöglich gemacht. Ich unterbrach den Grafen mit der Bemerkung, er möge von der Person des Königs absehen, es handle sich hier um das Schicksal einer der ältesten Dynastien in Europa; er möge die Abdikation verlangen und erklären, er wolle nur mit dem Kronprinzen verhandeln. Graf Bismarck erwiderte: „Er habe diese Idee auch gehabt, habe auch den König darum in Wien sondieren lassen, habe aber wie immer die Antwort erhalten: Ein Welf könne sich unter

einen Hohenzoller nicht beugen. Ich müsse ihm doch Recht geben, daß es schwer sei, mit mir hier die Erhaltung der Dynastie zu besprechen, während deren Träger in Wien fortwährend gegen Preußen aufhetze und Intriguen anspinne. Darauf kam ich noch einmal auf die Abdikation des Königs zurück, stellte dem Grafen Bismarck vor, daß es auch im Interesse Preußens liege, einen 2,000,000 Einwohner starken Stamm sich durch kein Bündnis zum Freunde zu machen, statt ihn durch diesen plötzlichen Uebergang sich zu verfeinden, daß die Stimmung von jeher antipreußisch gewesen sei und daß dieselbe Stimmung auch jetzt noch existiere, önne ich versichern. Für einen engen Anschluß an Preußen seien, da die Bundesverhältnisse nicht mehr zu halten, auch diejenigen, die es früher nicht gewesen wären, jetzt entschieden; für die Annexion niemand, und wollte man die neue französische Staatslehre, die ich im allgemeinen nicht billige, das suffrage universel, in Hannover anwenden, so würde man sich über das Resultat verwundern. Graf Bismarck bemerkte darauf, daß er mir schon am Anfange der Unterredung die Gründe angegeben habe, aus denen man keine Rücksicht auf die Ansicht der Völker nehmen könne und die Preußen zwängen, die Annexion, die, er könne es mir fest versichern, vom Könige beschlossen sei, möglichst bald auszuführen. Ich fragte den Grafen Bismarck, ob der König mich empfangen würde, wenn ich mich bei ihm meldete. Graf Bismarck sagte, er würde mich selbst bei ihm melden, wenn ich es wünsche, da er jetzt wisse, daß ich keine offizielle Mission habe; er zweifle auch nicht daran, daß Se. Majestät mich empfangen würde, es könne aber längere Zeit dauern,

da er jetzt sehr beschäftigt sei, übrigens würde es dem Könige nur schmerzlich und unangenehm sein, und er bäte mich, davon abzustehen. Auf meine Anfrage, ob Se. Maj. und das Ministerium die Annexion schon und formell beschlossen hätten, sagte er ja. Es stehe auch die Publikation der Annexion mit den Friedensverhandlungen durchaus in keinem Zusammenhange und sie werde geschehen, sobald als hinreichende Truppen in Hannover verteilt wären.

Hierauf drückte Graf Bismarck nochmals seine Sympathie für den Adel und das Volk Hannovers aus und versicherte, daß alles geschehen werde, um die Anhänglichkeit an die Dynastie, die man in Preußen sehr zu achten wisse, zu respectieren; es sei schlimm, daß der König Georg so schwer zugänglich sei und sich voraussichtlich auf kein Arrangement hinsichtlich seines Vermögens sowohl, als auch hinsichtlich des Entbindens vom Huldigungseide einlassen würde. Er wolle, daß man hinsichtlich des Vermögens so „large“ (so drückte er sich aus) als möglich sein möge und auch hinsichtlich des Eides würde man so schonend als möglich verfahren. Letzteres legte ich ihm sehr warm ans Herz, sagte, wie es mir schwer werde, über diese Eventualität zu sprechen, da ich mir das wirkliche Aufhören Hannovers gar nicht denken könne, er möge aber gerade beim Eide der Angestellten und Offiziere bedenken, daß die Gewissenhaftesten die seien, auf deren Erhaltung im Dienste es auch Preußen am meisten ankommen müsse. Darauf meinte Graf Bismarck: daß das ganz richtig sei; er habe schon daran gedacht, ob man vielleicht, wenn der König in seinem Eigensinn sich auf nichts einlassen und nicht

vom Eide entbinden wolle, die Beamten abgehen lassen und wieder anstellen könne. Ich sagte ihm, daß damit keine Abhilfe geschafft werde. Darauf äußerte sich Graf Bismarck auf das Allerfreundlichste und ich empfahl mich, indem ich ihm noch einmal das Schicksal der hannoverschen Armee und der hannoverschen Beamten ans Herz legte. Aus dieser Unterredung hatte ich die feste Ueberzeugung gewonnen, daß die Annexion nicht mehr vermieden werden könne. Gespräche mit den verschiedenen Gesandten hatten mir schon Tags vorher die Gewißheit gegeben, daß auch die übrigen Mächte sich der entthronten Dynastie nicht annehmen würden. Alles, was nun etwa noch hätte geschehen können, konnte nicht mehr nützen und ich kehrte am 9. August mit dieser Ueberzeugung in trüber Stimmung nach Hannover zurück. Die Königin durfte mich, fast den alleinigen Anhänger, der wirklich etwas für sie that, noch nicht empfangen; ich ließ ihr Kenntnis geben von dem, was ich in Berlin gesehen und erfahren, und sie schickte auch einen Herrn zum Könige, um zu versuchen, ob durch Abdanken zu Gunsten des Kronprinzen noch etwas zu erlangen sei. — Der König schickte darauf den Minister v. Hodenberg nach Berlin, natürlicher Weise ohne Resultat. Inzwischen waren Petitionen mit Tausenden von Unterschriften aus allen Klassen der Bevölkerung, teils durch mich, teils durch andere nach Berlin geschickt. Sie wurden aber alle nicht angenommen, und es kamen die strengsten Befehle aus Berlin an den preußischen Civilkommissar, solche Demonstrationen zu unterdrücken. Herr v. Hardenberg erschien am Morgen nach meiner Rückkehr von Berlin bei mir und teilte mir mit, man

wisse, daß ich die oben schon mitgeteilte Erklärung an meine Standesgenossen geschickt habe und daß er von Berlin aus den bestimmten Befehl habe, mich zu verhindern, dieselbe abzusenden. Er müsse mir mit Landesverweisung drohen, falls ich ihm nicht das Versprechen gebe, nicht mehr für Hannover agitieren und die Petition nicht absenden zu wollen. Ich erwiderte Herrn v. Hardenberg, daß nach der Art und Weise, wie ich in Berlin vom Grafen Bismarck empfangen worden, mich der Auftrag, den er erfülle, in Erstaunen setze, und wie ich ihm eine bestimmte Antwort erst am Abend geben und ihn in seinem Hause aufsuchen würde. Herr v. Hardenberg war damit einverstanden. Ich teilte im Laufe dieses Tages meinen Standesgenossen mit, was mir begegnet, ließ auch Ihrer Majestät der Königin Mitteilung davon machen. Alle waren der Meinung, daß ich mich der Gewalt fügen müsse. Abends erklärte ich Herrn v. Hardenberg, dem die ganze Sache persönlich sehr unangenehm war, daß ich ein allgemeines Versprechen hinsichtlich Nichtagitierens nicht geben könne, dagegen versprechen wolle, die betreffende Adresse nicht absenden zu wollen, ich mir aber vorbehalten müsse, allen denen, die die fragliche Erklärung unterschrieben hätten, davon Kenntnis zu geben, daß ich sie nicht habe absenden können und durch Gewalt daran verhindert sei.

Ich erließ ein kurzes Circularschreiben, worin der obige Vorfall kurz mitgeteilt wurde, und ging nach Derneberg zurück."

So weit Graf Münster. Weiteres erfährt man aus den 1881 erschienenen „Memoiren zur Zeitgeschichte von Oscar Meding". Der Verfasser hat die

Spezialkenntnis, welche er von den Vorgängen am hannoverschen Hofe im Jahre 1866 besitzt, bereits in vielberufenen Romanen vernutzt; der Leser kann sich diesem mit historischen Ansprüchen auftretenden Werke gegenüber der Besorgnis nicht durchaus entschlagen, daß auch diesmal Wahrheit und Dichtung nicht überall streng geschieden sind. Nichtsdestoweniger wird man immer wieder zu den Publikationen gerade dieses Autors greifen müssen, wenn man den Zusammenbruch der hannoverschen Dynastie verstehen will. König Georg hatte sich in solche Begriffe von der Würde seiner Krone eingelebt, daß eine Einfügung in einen deutschen Bundesstaat ihm moralisch unmöglich war, die Hand, welche ihm Preußen vor der Besetzung Hannovers, nach der Schlacht von Langensalza und selbst noch nach der Schlacht von Königgrätz hinhielt, mußte er seiner ganzen Veranlagung nach zurückweisen. Er hat sich und dem deutschen Bundesstaat dadurch zweifellos eine Reihe von bitteren Konflikten erspart und wir können uns nicht darüber beklagen, daß König Georg, wenn auch zu seinem Schaden, seinem Charakter treu geblieben ist. Da Georg's Sohn und Erbe, der Herzog von Cumberland, den gleichen Starrsinn überkommen hat und selbst dem deutschen Reich und dessen Kaiser die Anerkennung versagt, so entscheidet sich das Schicksal Braunschweigs wie sich das Hannovers entschieden hat. Ueber die Anstrengungen, die Graf Münster in letzter Stunde machte, um König Georg von der verhängnisvollen Reise nach Wien abzuhalten und den Frieden mit Preußen zu vermitteln erfahren wir manches Interessante. Auch sonstige Stimmen aus Hannover widerrieten dringend die Wiener Reise

des Königs, der sich nach der Kapitulation auf Schloß Fröhliche Wiederkunft in Altenburg aufhielt. König Georg entschloß sich, seinem Minister Grafen Platen-Hallermund, der nach Wien vorausgegangen war, die Frage vorzulegen, ob er dorthin kommen oder bleiben solle. Auf diesen vom 10. Juli datierten Brief des Königs, der eine Antwort im Sinne des Kommens herausforderte, anwortete Graf Platen in einem Schreiben aus Wien vom 14. Juli 1866, das in politischer Borniertheit das Unglaubliche leistete; die Antwort riet dem König, sich schleunigst aus der preußischen Machtsphäre zu entfernen und sein Heil von Oesterreich und Frankreich zu erwarten. Sehr charakteristisch, wie Graf Platen den landlosen König vor den Plänen Preußens und namentlich vor einer Ministerveränderung warnt. Es heißt in jenem Schreiben:

„Ew. Majestät kennen und beurteilen den Grafen Münster wie ich und wissen wie ich, daß er in den Händen des Abgeordneten Rudolf v. Bennigsen ist. Sir Charles Wyke ist eng liiert mit dem Grafen Bennigsen und dieser ist wiederum von seinem Vetter vollständig abhängig. Alle Fäden führen hiernach auf Rudolf von Bennigsen und somit auf den Grafen Bismarck zurück. Die Absicht, welche Preußen hat, Ew. Majestät zu verhindern nach Wien zu gehen und zugleich Allerhöchst Ihnen ein konstitutionell preußisch gesinntes Ministerium zu geben, liegt für mich klar auf der Hand. Man will Ew. Majestät mit Männern umgeben, welche den Grundsätzen des Nationalvereins huldigen und dabei zugleich durch konstitutionelles Regiment Allerhöchst Ihre eigenen selbständigen Entschließungen verhindern

und unwirksam machen. Preußen will dies im Wege der Verhandlung und Intrigue erreichen, vor der Entscheidung über die Geschicke Deutschlands, um sozusagen Hannover für alle Fälle vorwegzunehmen. Denn man weiß in Berlin sehr wohl, daß Oesterreich noch lange nicht niedergeworfen ist und daß, selbst wenn das gelingen sollte, Frankreich und die Großmächte die Errichtung einer preußischen Suprematie in Deutschland schwerlich zulassen würden. Man will daher Ew. Majestät vom Kaiser und Ihrem bundestreuen Alliierten trennen, in konstitutionelle Fesseln legen und so bei dem späteren Arrangement mit einem fait accompli hervortreten. Ich kann Ew. Majestät vor dieser Intrigue nur aufs dringendste warnen und ehrfurchtsvoll bitten, keinen auf Ministerveränderungen gerichteten Vorschlägen Gehör zu geben."

Also keine Ministerveränderung! Das war der Schlüsselpunkt der Weltgeschichte für den ersten Berater des unglücklichen Königs. In den früher erwähnten Veröffentlichungen des sächsischen Ministers v. Friesen wird nachgewiesen, welche Mühe es den Kollegen des Herrn v. Beust damals in Wien und König Johann selbst kostete, Herrn v. Beust begreiflich zu machen, daß er gehen müsse. Als König Georg sich trotz der Mahnungen des österreichischen Hofes zur Abreise in Hietzing dauernd niederließ, war sein Arbeitskabinet, wie Herr Meding berichtet, das sogenannte schottische Zimmer, das mit Gemälden nach Walter Scott's Roman über den stuartischen Aufstand in den Hochlanden im Jahre 1742 geschmückt war. Ob der blinde König Georg von dieser Umgebung, in der er seine Restaurationspläne schmiedete, eine Vorstellung hatte? Das Schicksal

Stuarts hatte schließlich auch ihre Vertreiber, die hannoverschen Welfen, in ihrem Stammlande ereilt und in den Ursachen ihres Falles, wie in der leitenden Stimmung der Helden jener Katastrophe liegen unverkennbare Analogien.

Die „Deutsche Volkszeitung," das Welfenorgan geriet in sehr große Bewegung über diese Bemerkung, welche ein berliner Blatt an das schottische Kabinet in Hietzing als Arbeitsraum des Königs Georg geknüpft hatte. Herr Meding hat in seinem Buche mit Recht auf das eigentümliche Zusammentreffen aufmerksam gemacht, daß Bilder aus dem letzten Kampfe der Stuarts um ihren angestammten Thron das Zimmer schmückten, worin das Haupt der vertriebenen Linie seine Restaurationspläne schmiedete. Dem Welfenblatt freilich „zuckte die Hand und das Blut wallte ihm empört auf," da es die „Abscheulichkeit" dieser Gegenüberstellung las. Allein die historische Wahrheit bleibt doch bestehen, wie empfindlich sie diesen hannoverschen Legitimisten sein muß. Die „Deutsche Volkszeitung" belehrte uns: Die Stuarts wurden nicht von den hannoverschen Welfen vertrieben, sondern vom englischen Volke durch Aufruhr und Beschluß ihrer verfassungsmäßigen Vertreter. Das ist ja richtig; aber die Welfen haben doch die Früchte dieses Aufruhrs für sich geerntet und die Versuche der Stuarts, den englischen Thron wiederzuerringen, mit blutiger Hand niedergeschlagen. Auch aus ihrem Stammlande Schottland, das sich 1742 für den Prätendenten erhoben hatte, hat die hannoversche Dynastie schließlich die Stuarts ausgetrieben; aus den Vertreibern sind schließlich auch einmal Vertriebene geworden. Für das

Staatsrecht der Gegenwart ist das alles gleichgiltig. Die hannoverschen Welfen, welche sich in den Mantel der Legitimität zu hüllen suchen, stehen doch historisch den Orleanisten gleich; es ist ein Gemeinplatz der Geschichte, die französische und englische Revolution in Parallele zu setzen. Für die übrigen Deutschen hat der welfische Legitimismus ungefähr ähnliche Bedeutung, wie wenn in Frankreich ein Mann aufstände, der sich auf seine Abstammung von den Herzögen der Bretagne bezöge zur Begründung des Anspruches, jetzt in Nantes oder Reims als souveräner Fürst zu herrschen.

Der in Gmunden 1886 verstorbene Rat a. D. v. Stockhausen, war im diplomatischen Dienste des vormaligen Königsreichs Hannover tätig, früher als Geheimer Legationsrat am kaiserlich österreichischen Hofe in Wien, dann nach v. Reitzenstein's Tode als hannoverscher Gesandter in Berlin. Hier trafen ihn die Ereignisse des Jahres 1866, und er war auch bei den Verhandlungen beteiligt, die zwischen Preußen und Hannover über Zusammengehen mit Preußen oder Neutralität Hannovers geführt worden. So hatte er namentlich am 14. Juni 1866 in Berlin eine Depesche des Königs Georg zu überreichen, in welcher dieser erklärte, bei einem Kriege zwischen Oesterreich und Preußen neutral bleiben zu wollen und bereit zu sein, über diese Neutralität mit Preußen zu verhandeln. Diese Verhandlungen führten bekanntlich durch die doppelzüngige Politik des Ministers Graf Platen nicht zu einem Abschluß. Nach dem Eintritt des Krieges zwischen Preußen und Hannover verließ v. Stockhausen Berlin, war einige Zeit in Oesterreich und ging dann

nach der Marienburg, wo derzeit die Königin Marie verweilte, und wo er in seiner Hofcharge als Kammerherr fungierte. Hier, wo die welfischen Umtriebe gegen die preußische Herrschaft in der Provinz derzeit ihren Hauptsitz hatten, wurde von Stockhausen auf Befehl des Generalgouverneurs v. Voigts-Rhetz am 20. Mai 1867 verhaftet und fortgeführt, später wurde er jedoch wieder freigelassen.

Die Annexion von Hannover, wie die von Kurhessen u. s. w. war ein Verlangen des gesamten über das feindselige Verhalten der Regierungen dieser Staaten empörten deutschen Volkes, in welchem über diesen Punkt alle Parteien, einige Querköpfe abgerechnet, einig waren. König Wilhelms Absichten gingen ursprünglich nicht so weit. Am 5. Juli 1866, zwei Tage nach Königgrätz, als im großen Hauptquartier die französische Friedensvermittlung sich anmeldete, entwarf der König die folgenden Bedingungen: Annexion von Schleswig-Holstein, deutsche Bundesreform unter preußischer Leitung, oder, wie er es jetzt ausdrückte, Suprematie über ganz Deutschland. Dazu denn als einzige Folge der beispiellosen Triumphe: Ersatz der Kriegskosten; Abdication der feindlichen Souveräne von Hannover, Kurhessen, Meiningen, Nassau, zu Gunsten ihrer Thronfolger; Abtretung etwa eines böhmischen Grenzstrichs, Ostfrieslands, der Erbansprüche auf Braunschweig. Kein Gedanke an weitere Eroberungen, an Beseitigung eines deutschen Fürstenhauses. Seitdem der König aber nach Bismarck's Vorschlag auf die Hegemonie über das ganze Deutschland verzichtete, hatten sich seine Wünsche auf preußischen Landerwerb erweitert, wenn auch noch nicht im Einzelnen festgestellt. Die große

Zahl der besiegten Widersacher bot eine reiche Auswahl wünschenswerter Abtretungen. Bisher hatte er nicht an völlige Entfernung eines deutschen Fürstenhauses gedacht: aber der Hauptgegner, Oesterreich, könnte einige Stücke Böhmens, der eigentliche Schürer des Krieges, Sachsen, die Kreise Leipzig und Bautzen hergeben; von Bayern dürfte man die althohenzoller'schen Lande, Ansbach und Bayreuth, von Hannover Ostfriesland und die dereinstige Thronfolge in Braunschweig fordern; Hessen hätte abzutreten, was zur Verbindung der beiden Hälften des preußischen Staates nötig wäre; auch kam er gerne auf die Abdankung der feindlichen Souveräne zu Gunsten ihrer Thronfolger zurück. Bismarck bemerkte, diese Erben würden ebenso feindselig wie ihre Vorgänger, Ansbach und Bayreuth aber unzuverlässige Provinzen sein, die Preußen bei ihrer Entlegenheit nicht immer würde schützen können; er mahnte überhaupt, Europa gegenüber den Bogen nicht zu stark spannen.

In einer Depesche vom 17. Juli sprach sich Bismarck näher über die Annexion aus: „Frankreichs Bedürfnis ist, daß in dem neu zu stiftenden Bunde Süddeutschland von der Herrschaft, welche Preußen in Norddeutschland erstrebt, frei bleibe. Dies zuzusichern, sind wir bereit; wir können das Verhältnis zu Süddeutschland ganz lösen, oder das alte, erfahrungsmäßig haltlose Bundesverhältnis mit Süddeutschland ohne Oesterreich herstellen. Die Hauptsache für uns ist im gegenwärtigen Augenblick die Annexion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner."

Bismarck telegraphierte am 20. an Goltz in Paris: „Der König hat sich nur sehr schwer und aus Rücksicht auf

den Kaiser Napoleon hin zu dem Waffenstillstand entschlossen, und zwar in der bestimmten Voraussetzung, daß für den Frieden bedeutender Territorialerwerb im Norden Deutschland gesichert sei; der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaats geringer an, als ich, und legt demgemäß vor Allem Wert auf Annexionen, die ich allerdings neben der Reform auch als Bedürfnis ansehe . . . ."

In der Konferenz vom 23. Juli legte Bismarck den österreichischen Gesandten einen einfachen Artikel vor: Sr. M. der Kaiser von Oesterreich verspricht die von Sr. Majestät den König von Preußen in Norddeutschland herzustellenden Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen anzuerkennen. Aber Karolyi, obwohl im Grundsatz einverstanden, begehrte zwei Einschränkungen. Die eine betraf das Königreich Sachsen. Da sei es eine Ehrensache für Oesterreich, diesem einzigen unter den deutschen Staaten, welcher sich ihm als thätiger und opferbereiter Bundesgenosse erwiesen habe, die volle Unverletzlichkeit seines Gebietes und seiner Selbständigkeit zu verbürgen. Dies stieß nun so scharf wie möglich mit den im preußischen Hauptquartier herrschenden Stimmungen zusammen. Der König, erzürnt über Beust's lanjährige Wühlerei gegen Preußen, forderte die Abtretung wenigstens zweier Kreise; andere, sehr einflußreiche Männer sahen auf der Welt keinen Grund, warum die sächsische Regierung eine andere Behandlung als die hannover'sche verdient hätte.

Vom 24. Juli erzählt Herzog Ernst in seinen Denkwürdigkeiten: „Ich war mit dem Kronprinzen nach Nikolsburg zum Könige gefahren. Der Tag

sollte, ohne daß wir es vorher geahnt oder beabsichtigt hatten, einer der wichtigsten für die Entwicklung und Neugestaltung der Dinge in Deutschland werden. Denn die Friedensverhandlungen waren jetzt in ein Stadium getreten, wo sowohl über das Schicksal der deutschen Gegner Preußens entschieden, als auch über die Stellung Frankreichs zu den vorliegenden Fragen Gewißheit erlangt werden mußte.

Der König war etwas leidend; er hatte am Abend vorher einen leichten Anfall der in unsern Reihen immer stärker auftretenden Krankheit gehabt, ließ sich aber dadurch nicht abhalten, seinen Geschäften und Gewohnheiten ohne Unterbrechung nachzugehen.

Im Schlosse traf ich den Grafen Bismarck, der mich sofort in ein eingreifendes Gespräch zog. Er befand sich in sehr ernster Stimmung und beklagte die unendlichen Schwierigkeiten, die sich auftürmten. Es war der Moment gekommen, wo endlich in betreff der von Preußen besetzten Gebiete Entschlüsse gefaßt werden mußten, die frühere Aeußerung des Ministerpräsidenten von dem schmalen Leib Preußens war jetzt eine acute politische Frage geworden, und er war davon durchdrungen, daß in diesem Augenblicke nur ein entschlossenes Wort des Königs Klarheit und Lösung bringen könne. Der Minister durfte unter diesen Umständen wohl einem deutschen Souverän, der im Kampfe treu zu Preußen gestanden, ein überzeugungsvolles Wort gestatten und bei den vorliegenden wichtigen Entscheidungen die Meinung eines Mannes hören, der eben seiner moralischen Ueberzeugung Ausdruck gab, so unbedeutend auch vom Standpunkt der materiellen Machtverhältnisse seine Stellung sein mochte.

Ich hatte nicht den mindesten Zweifel in meinem Gewissen, daß es nach diesen gewaltigen kriegerischen Leistungen von der Nachwelt nur als eine Schwäche würde bezeichnet werden, wenn Konsequenzen der ungeheuren Thatsachen, die sich ereignet hatten, nicht wirklich gezogen würden. Aber auch politisch war die Idee eines einigen Deutschlands nicht zu verwirklichen, wenn diejenigen Dynastien, die ein unüberwindliches Hindernis jeder fortschreitenden Entwicklung des Reiches waren, von der Bildfläche des neu zu gründenden Bundesstaates nicht verschwanden. Wenn der bedeutendste Staatsmann des Jahrhunderts in jenem kritischen Momente verhindert zu sein schien, über die Schwelle einer, so zu sagen, geöffneten Pforte zu schreiten, so durfte er sicher sein, meine ganze Teilnahme zu besitzen.

Ich empfahl dem Grafen Bismarck, uns mit dem Kronprinzen zu verständigen und diesen zu vermögen, von seinem Rechte als Thronfolger Gebrauch zu machen und den König zu den demselben so schwer fallenden Entschlüssen zu bewegen. Es gelang uns, den Kronprinzen zu bestimmen, die Annexionsfragen mit dem Könige rückhaltlos zu erörtern.

Ich sehe noch heute den Kronprinzen zögernd und ängstlich in die Gemächer des Königs schreiten. Graf Bismarck und ich harrten inzwischen in den Vorzimmern der Entscheidung, und ich erinnere mich recht deutlich, wie die schwerwiegenden Augenblicke träge zu verlaufen schienen.

Endlich erschien der Kronprinz wieder; er war wie erschöpft zurückgekommen, aber er konnte versichern, in der Hauptsache habe der König nachgegeben. Bei den

Friedensverhandlungen war jetzt bekanntlich Graf Bismarck in der Lage, wenigstens einen Zuwachs von drei Millionen Einwohnern innerhalb der preußischen Machtsphäre für seinen siegreichen König in Anspruch zu nehmen. Die hierbei ins Auge gefaßten Länder wurden nicht ausdrücklich bezeichnet, verstanden sich aber wohl von selbst."

Diese Darstellung des Herzogs Ernst reimt sich schwer mit den historischen Thatsachen. Grade umgekehrt hatte Bismarck seine liebe Not, den König von zu weit gehenden Forderungen abzubringen. Er bemerkte in einer Denkschrift an denselben: „Der Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde, in Verbindung mit der Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Oberhessen und Nassau, und mit einem solchen Verhältnis Sachsens (als Bundesstaat) zu Preußen, darf als ein Ziel angesehen werden, so groß, wie es bei dem Ausbruch des Krieges niemals gesteckt werden konnte."

In jenen entscheidenden Tagen von Nikolsburg erhielt König Wilhelm ein Schreiben der Kaiserin von Rußland, die bekanntlich eine Darmstädter Prinzessin war, mit dem ergreifenden Inhalt: „Ich flehe zu den Füßen Ew. Majestät und unter Thränen — erhalten Sie das Großherzogtum Hessen!" Diese Bitte, in dieser Form, war für den ritterlichen Herrn entscheidend. Sie machte damals selbst auf die Umgebung des Königs einen mächtigen Eindruck.

Den Wünschen des Kaisers Alexander zu Gunsten des Großherzogtums Hessen wurde durch den Verzicht auf die Einverleibung von Oberhessen, anstatt deren sein Beitritt zum Norddeutschen Bund acceptiert wurde,

Rechnung getragen. In einem Briefe König Wilhelms vom 20. August an den Kaiser Alexander rechtfertigte er die Annexionen und beschwichtigte die Besorgnisse des Kaisers wegen der Einführung eines norddeutschen Parlaments.

Der König schrieb, ihm sei es sehr peinlich gewesen, gegen die Dynastien von Hannover, Kurhessen und Nassau nicht ebenso schonend wie gegen Darmstadt verfahren zu können. „Aber ich habe meine persönlichen Gefühle dem Staatswohl zum Opfer bringen müssen. Ich mußte die Stimmung meines Volkes und meines Heeres berücksichtigen und die Mittel ergreifen, das Land gegen die Wiederkehr einer Situation zu sichern, wie wir sie durchgemacht haben. Jenen Fürsten einen Teil ihrer Staaten zu lassen, hätte die Zerstückelung der letzteren bedeutet, was mehr als alles andere den dortigen Bevölkerungen widerstreben würde. Ihr fürchtet deutsches Parlament und Revolution. Glaubt mir, nichts hat dem monarchischen Prinzip in Deutschland mehr geschadet, als die Existenz dieser kleinen und unmächtigen Dynastien, die ihr Dasein auf Kosten der nationalen Interessen fristen, ihre souveränen Pflichten sehr ungenügend erfüllen, und das Ansehen des monarchischen Prinzips ebenso kompromittieren, wie ein zahlreicher und armer Adel das Ansehen der Aristokratie. Die öffentliche Meinung ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß diese kleinen Monarchien in natürlichem und notwendigem Gegensatze zu den nationalen Interessen stehen. Bei einer neuen Krisis hätte der Verfall der nationalen Institutionen die schwersten Gefahren erzeugt; meine Regierung mußte dieselben auf dem Wege der Re-

formen abwenden. Die Revolution werde ich nach wie vor in Deutschland bekämpfen, und mich übertriebenen Prätentionen des deutschen Parlaments nicht mehr als denen des preußischen Landtags unterwerfen."

Was wird aus Braunschweig?

Das Jahr 1878 war für die Welfenpartei ein ereignisreiches: König Georg starb im Juni. Er wurde in Windsor begraben. Prinz Ernst August verließ England gleich darauf. Die dortigen Ratschläge sagten ihm nicht zu. Er begab sich nach Gmunden in Oesterreich, wo er sich der Leitung des Herrn Windthorst überließ und durch ein Schreiben an Kaiser Wilhelm, wie an alle anderen deutschen Souveräne und Regierungen offenbarte, daß er vollständig in die politische Stellung des Vaters eingerückt war. Im welfischen Lager herschte große Aufregung, hoffnungsvolle Spannung. An einem Oktobertage ging plötzlich von Kopenhagen durch ganz Europa die telegraphische Depesche: „Die Ankunft des Herzogs von Cumberland wird für Anfang November erwartet und erfolgt sodann die Deklaration der Verlobung desselben mit der Prinzessin Thyra.“ Es war nicht richtig, daß der Plan dieser Verbindung des Herzogs ein ganz neuer war, ebensowenig richtig, daß die Intimität zwischen dem welfischen Kronprätendenten und der dänischen Königsfamilie erst ihre Entstehung einem kurz zuvor

in England stattgefundenen Zusammentreffen verdankte. Zwischen den Jahren 1866 und 1870 war zu verschiedenen Malen von einer solchen Verbindung die Rede und zwar immer zugleich mit Aufstellung von politischen Konstellationen, die dem preußischen Staat gegenüber nicht gerade freundlicher Natur waren. Wir gehören nicht zu denen, welche dynastischen Verbindungen einen allzugroßen Einfluß auf die Entwickelung der Politik zu schreiben, ganz fortleugnen aber möchten wir diesen Einfluß nicht. Vielleicht hielt man in Dänemark, gerade jetzt, wo Beust als österreichischer Gesandter nach Paris ging, wo sich ein Hinüberneigen Italiens zu Frankreich konstatieren ließ, wo mit großer Emphase die Nachricht einer Entente cordiale zwischen Frankreich und England in die Welt gesandt wurde, den Zeitpunkt für geeignet, um eine Familienverbindung mit dem Welfenhause einzugehen, das ja wegen 1866, wie Dänemark wegen 1864 gewisse trübe Reminiszenzen aufweisen kann. Möglicherweise spielte die auswärtige Diplomatie auch eine andre Rolle dabei. Einige meinten: Die Nachricht sieht sehr wie ein englischer Gegencoup gegen die von Deutschland und Rußland wohl nicht gerade inspirierte, aber sicher begünstigte Verlobung mit dem Sohn Napoleons III. aus; am dänischen Hofe haben sich die durch die beiden ältesten Töchter des Königs demselben gleichmäßig verwandten Höfe von St. James und St. Petersburg mit ihren politischen Bestrebungen beständig gekreuzt. Diese Verlobung würde natürlich das seit dem kronprinzlichen Besuche von 1873 sehr gute Verhältnis zwischen Berlin und Kopenhagen gänzlich ruinieren, sie wäre eine große politische Thor-

heit des dänischen Hofes. Wertvoller als die Anwartschaft auf Hannover ist die Anwartschaft auf Frankreich immerhin und auch wohl aussichtsreicher; abgesehen von den im Gefolge der Welfenverbindung natürlich ganz unvermeidlichen politischen Verfeindungen.

Kurz, man erschöpfte sich in Konjecturen. Sie sind durch die Geschichte mehr oder weniger widerlegt worden. Nur das eine Faktum hat sich bestätigt: die welfische Partei in Deutschland sammelte sich nun um das junge Paar, sie war mehr als je überzeugt, daß das Welfenhaus dauern werde bis zum Ende der Tage; sie knüpfte an die Vermählung die frohesten Hoffnungen für ihre Sache. Gleich der Reichstag spürte diese neue Belebung ihrer Aussichten. Die Welfen im Parlament scheuten sich nicht, mitten in der Residenz des Kaisers der Deutschen, welcher Hannover zu seinen Provinzen zählt, die Erwartung auszusprechen, das die Nachkommen Georgs V. wieder den Thron ihres alten Landes einnehmen würden. Zunächst faßten sie die Erbfolge in Braunschweig in's Auge. Der Herzog von Cumberland, der nach dem Tode seines Vaters auch den Titel eines Herzogs von Braunschweig und Lüneburg führte, sollte schon vor dem Tode des kinderlosen Herzogs Wilhelm von Braunschweig seine Ansprüche als Nachfolger geltend machen. Wer weiß, ob ohne das Drängen der Partei, ohne ihr offenes Zurschautragen hochverräterischer Pläne in Bezug auf Hannover, der Herzog von Cumberland nicht bessern Erfolg in Bezug auf Braunschweig gehabt hätte. Wer weiß, ob nicht ohne seine falschen Ratgeber der Herzog von Cumberland sich entschlossen hätte, sich mit der politischen Notwendig-

keit auszusöhnen, um in Berlin und Potsdam wie an anderen Höfen das legitime Prinzip eher zur Geltung zu bringen. Dieselbe Partei, die in ihrem blinden Fanatismus den König Georg um seinen Thron, das Land um seine Selbstständigkeit gebracht hat, vernichtete auch die Pläne des Erben in Bezug auf Braunschweig. Sie hat den Prätendenten zu jener im Jahre 1886 konstatierten Doppelzüngigkeit verführt, welche demselben auch in denjenigen Kreisen, welche seiner Sache außerhalb der welfischen Partei geneigt waren, den Rest der Teilnahme raubten. Sie hat schließlich durch die Erregung politischer Leidenschaft in einem weiblichen Gemüt, durch Täuschungen und Enttäuschungen, noch das häusliche Unglück zum politischen gefügt. Gleichzeitig welcher Partei angehörig, niemand wird dem Geschicke der Herzogin Thyra die Teilnahme versagen. Die fanatischen Agitatoren können es noch weit mit dem Ruin einer Dynastie bringen.

— — — — — — — — Es schmiedete
Der Gott um ihre Stirn ein ehern Band,
Rat, Mäßigung und Weisheit und Geduld
Verbarg er ihrem scheuen, düstern Blick.

Nach dem Tode des Herzogs Wilhelm von Braunschweig 1884 war in dem Herzogtum nach dem Gesetz vom 16. Februar 1879 ein Regentschaftsrat eingesetzt, an dessen Spitze Graf v. Görtz-Wrisberg stand, während Herzog Ernst August von Cumberland durch das Patent vom 18. Okt. 1884 dem Lande eröffnete, daß er hiermit das Herzogtum Braunschweig in Besitz nehme und die Regierung anträte. In der geheimen Sitzung des Regentenschaftsrates vom 30. Juni 1885

machte der Statsminister Graf Görtz-Wrisberg die Mitteilung, der Herzog von Cumberland habe am 14. Januar 1879 einen Brief an den Herzog Wilhelm abgesandt, worin er im Falle seiner Berufung zur Regierung des Herzogtums es für seine Pflicht erklärte, „diese Regierung in derjenigen Rechtslage anzutreten, in welcher sich dieselbe zur Zeit des Anfalls befindet, also unter Anerkennung aller von Dir für das Herzogtum erlassenen Gesetze und abgeschlossenen Verträge, und demgemäß auch unter Anerkennung des Herzogtums als eines Gliedes des deutschen Reiches," und am gleichen Tage habe er in dem nämlichen Briefumschlag ein Schreiben an letzteren gerichtet, welchem die Abschrift eines Briefes des Herzogs von Cumberland an die Königin von England vom 18. Sept. 1878 zu vertraulichem Gebrauche beigelegt gewesen sei. In diesem Briefe habe der Herzog von Cumberland die Ansprüche auf Hannover auch für den Fall der Thronfolge in Braunschweig voll und unumwunden aufrecht erhalten.

Dieses Schreiben lautete:

Gmunden, 18. September 1878.

Theuerste Tante!

Aus meinem Schreiben vom 1. September wirst Du gütigst ersehen haben, welche Gründe es mir unmöglich machten, schon damals über die durch Sir Charles Wyke mir überbrachten Vorschläge eingehender mich auszusprechen. Heute erlaube ich mir, dieses nachzuholen.

Bevor ich jedoch auf die Erörterung der Sachfragen eingehe, muß ich Dir meinen allerherzlichsten und innigsten Dank erneuert aussprechen und für Deine verwandtschaftliche Gesinnung, die sich in der

fortdauernden liebevollen Bemühung zu meinem und der Meinigen Gunsten bethätigt. Auch war es mir nicht wenig angenehm, von Sir Charles Wyke bestätigt zu hören, daß der deutsche Kronprinz und meine Cousine die Kronprinzessin einer friedlichen Ordnung der bestehenden Mißverhältnisse besonders geneigt sind. Der Kronprinz und die Kronprinzessin vermögen in ihrer Stellung zu dem ihnen angestammten Throne vollständig das Maß der Rechte und Pflichten zu ermessen, die derjenige hat, welcher von Gottes Gnaden zu einem Throne berufen ist, und können gerade sie deßhalb den Ernst, die Schwierigkeiten und das Schmerzliche meiner Lage vorzugsweise verstehen und würdigen.

Sei versichert, theuerste Tante, daß auch ich eine friedliche Ordnung der bestehenden Mißverhältnisse dringend wünsche und zur Erreichung dieses Zieles das Mögliche zu thun bereit bin.

Wenn Schwierigkeiten, zu einem friedlichen Ausgleiche zu gelangen, zur Zeit noch bestehen, so beruhen dieselben wahrlich nicht in meinem Willen sondern in der Natur der Verhältnisse, in welche ich ohne mein Verschulden versetzt worden bin.

Unter diesen Umständen bedaure ich aufrichtig, daß das Notifikationsschreiben, wodurch ich den Tod meines theuren in Gott ruhenden Vaters anzeigte, zu Verstimmungen Anlaß gegeben hat. Es hat nicht entfernt in meiner Absicht gelegen, etwas Feindseliges gegen das deutsche Reich damit unternehmen zu wollen. Das Notifikationsschreiben hatte lediglich den Zweck, dem für solche Fälle in allen fürstlichen Häusern beachteten Herkommen entsprechend

das für mich so betrübende Ableben meines Vaters und die dadurch für mich und mein Haus sich von selbst ergebende Rechtsstellung anzuzeigen. Die Darlegung dieser Rechtsstellung aber schien in diesem Falle um so mehr geboten, als die öffentliche Erklärung wegen des von mir zu führenden Titels ohne gleichzeitige Darlegung der dafür maßgebenden Motive unverständlich gewesen wäre und als Verzicht auf die mir überkommenen Rechte hätte gedeutet werden können.

Die bloße Darlegung oder Aufrechterhaltung der von meinem hochseligen Vater auf mich überkommenen Rechte aber wirst du, theuerste Tante, um so weniger verletzend nach irgend welcher Richtung finden, als Du zu meiner Freude stets darin mit einverstanden gewesen bist, daß ein Verzicht darauf mir nicht zugemutet werden könne.

Was meine Stellung zum deutschen Reiche betrifft, so bin ich, wie man fälschlich hier und da scheint annehmen zu wollen, demselben in keiner Weise feindlich gesinnt. Als deutscher Fürst liebe ich mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig; empfinde es schmerzlich, daß ich fern von meiner Heimat zu leben gezwungen bin und beklage es tief, daß ich, ohne alles Verschulden von meiner Seite, an der Ausübung der von den Vorfahren mir überkommenen Rechte gehindert, zur Zeit nicht im Stande bin, in Vertretung Hannovers, innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung, in Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Fürsten, für die Wohlfahrt und weitere gedeihliche Entwickelung des Reiches zu wirken.

Aber ich bin der Meinung, daß die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des deutschen Reiches nur gewinnen könnte, wenn Hannover in demselben eine Stelle einnähme, wie sie Bayern, Sachsen und Württemberg eingeräumt ist.

Du wirst, liebe Tante, diese Gesinnungen als im Gegensatz zum deutschen Reiche befindlich sicher um so weniger ansehen, als Du selbst darauf hingewiesen hast, daß die Ereignisse des Jahres 1866 von der Schaffung des deutschen Reiches getrennt gedacht werden müssen.

Von diesen Anschauungen würde ich mich auch leiten lassen, wenn durch Gottes Ratschluß die Succession in das Herzogtum Braunschweig eröffnet werden sollte. Als regierender Fürst von Braunschweig muß ich alle Gesetze und Verträge halten, resp. erfüllen, welche der regierende Herzog erlassen und abgeschlossen hat, somit auch diejenigen vom Herzoge abgeschlossenen Verträge, durch welche das Herzogtum ein Teil des deutschen Reiches geworden ist, und bin ich überzeugt, daß die Erfüllung der mir als Herzog von Braunschweig obliegenden Pflichten nicht beeinträchtigt werden wird durch den Vorbehalt der Rechte, welche mir von unsern Vorfahren in Beziehung auf Hannover überkommen sind. Ich kann mir nicht denken, daß von irgend einer Seite meiner eventuellen Succession in Braunschweig Hindernisse durch Anforderungen bereitet werden könnten, von welchen die Succession nicht abhängig ist. Ich kann mir das um so weniger denken in einer Zeit, wo es allen Regenten ganz besonders darauf ankommen muß, das Legitimitätsprinzip vollauf zur Geltung zu bringen.

Auf alle Fälle aber glaube ich auf Deinen kräftigen Schutz rechnen zu dürfen, und kann es mir selbstverständlich nur angenehm sein, wenn es gelingt, die Verwirklichung der an sich ohne weiteres im Rechte begründeten Succession im Voraus noch durch besondere Garantien sicher zu stellen.

Uebrigens hoffst Du gewiß mit mir, daß Gott das für das gesammte Braunschweig-Lüneburg'sche Haus, wie insbesondere für das Herzogtum Braunschweig gegenwärtig doppelt kostbare Leben des Herzogs Wilhelm noch lange und bis zum fernsten Lebensziele erhalten werde, und daß die Frage der Braunschweigischen Succession noch recht lange ohne praktische Bedeutung sein wird. Auf alle Fälle wirst Du, liebe Tante, darin mit mir einverstanden sein, daß alle Abmachungen in dieser Hinsicht nur geschehen könnten unter Vorwissen und Genehmigung des Herzogs Wilhelm.

Das, was ich Dir hier in Bezug auf meine Stellung zur braunschweigischen Frage sage, habe ich auch dem Herzog Wilhelm ausdrücklich erklärt, und hat derselbe über diese meine Erklärung seine vollste Befriedigung ausgesprochen.

(Hier folgen Ausführungen über vermögensrechtliche Fragen, die hier nicht in Betracht kommen und daher weggelassen werden.)

Zum Schluß kann ich nicht umhin, Dir nochmals meine besondere Befriedigung darüber zu bezeugen, daß Du mit der mich so sehr zum Danke verpflichtenden Mission Sir Charles Wyke betraut hast. Sir Charles Wyke hat diese Mission mit eben so

viel Verständnis meiner schwierigen Lage als mit rücksichtsvollem Takte ausgeführt.

Uebrigens, hochverehrte Tante, verharre ich in größter Verehrung und in den Gefühlen der für immer dauernden Dankbarkeit.

(gez.) Ernst August.

Daß die Cumberland'schen Aktenstücke von Windthorst, wenn auch nicht verfaßt, so doch inspiriert und korrigiert waren, darüber werden wenige im Zweifel sein. Paßte ja dieses Vorgehen vollständig zu dem, was die „Germania" als die Hauptaufgabe seiner Politik bezeichnete, „Preußen an der Verdauung zu hindern," das heißt, der inneren Festigung und Einheit des Reiches entgegenzuarbeiten. Aber selbst dem streng ultramontanen „Westfälischen Merkur" war die in den Briefen an den Herzog Wilhelm und an die Königin Victoria sich äußernde welfische Doppelzüngigkeit und Hinterhaltigkeit zu stark, daher dieses Blatt in einem gegen die „Germania" gerichteten Artikel schrieb: „Wir haben unsere Meinung dahin ausgesprochen, daß uns das Operieren mit dem Doppelbrief nicht gefalle, und haben bisher aus der über Nebendinge handelnden Polemik nichts erfahren, was uns in dieser Ansicht erschüttern könnte."

Was wird aus Braunschweig? Im Januar 1889 wurde von da geschrieben:

„Von Zeit zu Zeit, fast mit einer gewissen Regelmäßigkeit taucht in der deutschen oder der ausländischen Presse das Gerücht auf, daß zwischen den beiden Höfen von Berlin und Gmunden in der braunschweigischen Thronfolge-Angelegenheit ein Ausgleich herbeigeführt sei. Die Nachricht verursacht jedesmal eine

gewisse Bewegung, aber jedesmal erhebt sich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung," um sie energisch zu dementieren. Als die Königin Victoria bei ihrem Besuche des totkranken Kaiser Friedrichs in Charlottenburg auch den Fürsten Bismarck empfing, war die erste Mitteilung, welche über den Inhalt jener Unterredung durch die Zeitungen ging, ein Hinweis auf die Cumberland'sche Angelegenheit. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, und es fehlt auch heute nicht an ihnen, die behaupten, Kaiser Friedrich sei einer Versöhnung mit dem Sohne des Königs von Hannover geneigt gewesen. Wie damals so lag auch später wieder ein Dementi des Kanzlerblattes vor, aber seine Sprache ist schroffer geworden, wenn es von „welfischen Intriguen und Schwindeleien" sprach. Die geheimen Mappen des Auswärtigen Amtes in Berlin stehen freilich nicht Vielen zu Gebote, aber wenn der Kanzler wirklich wiederum die Fäden einer „Verschwörung gegen ihn" entdeckt hätte, würde er keinen Augenblick zögern, der im Sterben liegenden welfischen Sache den Todesstoß zu versetzen.

Die neuen Gerüchte sind in welfischen Kreisen entstanden, entweder weil gewisse immer noch zwischen Braunschweig und Gmunden schwebende Verhandlungen vermögensrechtlicher Natur hierzu den Anlaß gaben oder aber, weil der Wunsch der Vater des Gedankens war. Es ist nicht zu leugnen, in welfischen Kreisen besteht eine lebhafte Sehnsucht nach einer gütlichen Einigung zwischen Berlin und Gmunden, und das so oft widerrufene Gerücht wird immer wieder auftauchen, sobald nur irgendwie die Gelegenheit, wo auf ein Entgegenkommen zu hoffen ist, geboten wird. Auch

bei den starrsinnigsten Welfen ist jetzt die Ueberzeugung zum Durchbruch gekommen, daß weder die Ordnung des deutschen Reiches noch die des preußischen Staates zu erschüttern ist, und daß es Wahnsinn wäre, auf absehbare Zeit eine Wiederherstellung des Königreiches Hannover zu erhoffen. Sie möchten für ihren welfischen Herrscherstamm retten, was noch zu retten ist, und das Einzige, was sich ihnen in dieser Hinsicht bietet, ist der kleine Staat Braunschweig, dessen Thron durch Succession-Vertrag mit dem Herzog Wilhelm einst der jüngeren welfischen Linie gesichert werden sollte. Man beruft sich darauf, daß der Herzog von Cumberland bereits in einem Schreiben vom 14. Januar 1879 an den Herzog von Braunschweig mit der Anerkennung der neuen Ordnung auch den Verzicht auf das Königreich Hannover ausgesprochen habe. Allein diesem selben Schreiben lag der Brief des Herzogs vom 18. September 1878 an die Königin Victoria bei, in welchem er erklärte, niemals seine Ansprüche aufgeben zu können — ein zweideutiges Spiel, das bei der Erörterung der Regentschaftsfrage in den Jahren 1884 und 1885 wesentlich dazu beigetragen hat, die Sympatie für den Erben des braunschweig'schen Thrones selbst in den Kreisen seiner Anhänger zu vermindern. Auf Antrag Preußens hat der Bundesrat am 2. Juli 1885 erklärt, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, da der Herzog von Cumberland sich „in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu Preußen befinde." Das gilt auch heute noch, ja auch

der feierliche, persönliche Verzicht des Herzogs auf die von ihm erhobenen Ansprüche auf Hannover wird darin niemals einen Wandel schaffen. Er würde dem Reichskanzler nie die genügende Bürgschaft bieten, daß der Hof von Braunschweig nicht der Sammelpunkt welfischer Elemente innerhalb und außerhalb des Reiches würde, und ein Welfe ist und bleibt für den Reichskanzler ein unversöhnlicher Feind Preußens. Man muß es dem Kanzler lassen, daß er es verstanden hat, in dieser Frage die Interessen des preußischen Staates zu Interessen des deutschen Reiches zu machen. Der Herzog von Cumberland mag die Hand dem Fürsten Bismarck entgegenstrecken, so oft er will, er kann versichert sein, daß sie, so lange es seine Person angeht, niemals genommen werden wird.

Anders scheint die Angelegenheit zu liegen, wenn der Herzog zu Gunsten seines Sohnes überhaupt verzichten würde, und diesen Fall hat jetzt die welfische Partei in den Landen Braunschweig und Hannover hauptsächlich im Auge, da sie sich über die Sachlage nicht mehr zu täuschen vermag. Es läßt sich hier wohl der Vorschlag machen, daß der junge Prinz in Deutschland eine militärische Erziehung empfangen, daß ihm ein deutscher reichsgesinnter Fürst zum Vormund gesetzt würde, kurz, daß alle möglichen Bürgschaften geboten würden, um ihn zu einem reichstreuen Fürsten von Braunschweig zu machen. Aber, wie bereits bemerkt, in der braunschweigischen Frage ist nicht der deutsche, sondern der preußische Standpunkt für den Reichskanzler maßgebend, und hierin ist seine Politik nicht auf Persönlichkeiten, sondern auf die Dinge allein zugeschnitten. So lange noch in Hannover ein

Welfe in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt wird, ist die Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen, daß Fürst Bismarck seine Zustimmung zu einem Ausgleich, er sei beschaffen, wie er wolle, mit der jüngeren welfischen Linie geben wird, und ob die Dinge sich ändern werden, wenn der mächtige Kanzler nicht mehr am Ruder steht, darf billig bezweifelt werden. Das kleine Ländchen Braunschweig selbst empfindet keine Sehnsucht nach dem Welfenstamme; aus finanziellen Gründen jedoch ist ihm seine Selbstständigkeit lieb, und es wird sich stets weigern, freilich nur aus jenen Gründen, in dem großen Preußen aufzugehen. Um die Frage der Thronfolger macht es sich wenig Schmerzen, nicht zuletzt darum, weil es weiß, daß es in der entscheidenden Stunde den Weg vorgezeichnet findet, den es zu wandeln hat. Die Hoffnung, welche die Welfen aus der im Lande gegen den Regenten, den Prinzen Albrecht von Preußen, herrschenden Mißstimmung schöpfen, ist nutzlos, denn die Stimmung der Bevölkerung ist kein Moment in der Frage, und immer noch, selbst wenn sie es sein sollte, ist dem Braunschweiger die kirchliche hochkonservative Richtung des hohenzollern'schen Prinzen lieber als die welfische Adelswirthschaft, in deren Gefolge auch die Orthodoxie nicht ausbleiben würde. Wie die Frage des braunschweigischen Thrones einst ihre Erledigung finden wird, läßt sich nicht im Voraus sagen; sicherlich wird der kleine Staat dem großen deutschen Reiche noch manche Sorge bereiten, wenn auch die Stunde, welche sie bringt, sehr fern ist. In der alten Stadt Heinrichs des Löwen ist die Burg Dankwarderobe, welche der Sachsenherzog einst baute, unter der Welfenherrschaft

zur Ruine geworden, und kein Stein bestände mehr von ihr, wenn nicht der Prinz Albrecht jetzt nach dem alten Plane sie neu und frisch wieder aufgerichtet hätte. Der Hohenzollern-Aar hat sich kühn auf ihr dem Denkmal des Löwen gegenüber niedergelassen, und so bald wird der Adler dem Löwen nicht weichen."

Dies war wie bemerkt, im Jahre 1889 geschrieben. Man wird nicht sagen wollen, daß fortan in der preußischen und in der Reichs-Regierung ein Wandel eingetreten ist, aber die antipreußische Stimmung in Hannover und Braunschweig ist in stetiger Zunahme begriffen.

„Regentschaftsfrüchte in Braunschweig." Unter diesem, schon eine gewisse Voreingenommenheit a priori andeutenden Titel veröffentlichte die „Neue freie Presse" im November 1889 eine Correspondenz aus Braunschweig, welche die Zustände unter der Regentschaft einer sehr scharfen polemischen Kritik unterzog. Dieselbe lautete:

„Wohl in keinem Lande hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ein so gewaltiger Umschwung der öffentlichen Gesinnung vollzogen, wie innerhalb der noch nicht vierjährigen Regierung des Prinzen Albrecht von Preußen im Herzogtum Braunschweig. Im Herbste des Jahres 1885 einstimmig zum Regenten an Stelle des „behinderten" Landesherrn gewählt, hielt Prinz Albrecht bald darauf unter dem Jubel des Volkes seinen Einzug in das festlich geschmückte Braunschweig. Man jubelte dem mit irdischen Glücksgütern reich gesegneten Hohenzollernprinzen entgegen, weil man glaubte, daß an Stelle der zwar freudlosen, geschäftsmäßigen (aber toleranten, streng konstitutionellen) Herrschaft des jedem Prunke abholden Herzogs Wil-

helm nun frisches Leben in das verödete Residenzschloß und in die Landesverwaltung kommen werde. Der Prinz zeigte sich auch von der liebenswürdigsten Seite; auf Einladungen besuchte er größere Konzerte u. dgl. — etwas ganz neues für die Braunschweiger, welche sich in der fürstlichen Huld sonnten. Aber es kam bald anders; nach kaum einjähriger Dauer der Regentschaft zeigte es sich nach und nach, daß am Hofe weder Kunst noch Wissenschaft gepflegt wurden, daß man dagegen dort die Orthdoxie und das Muckerthum groß zog. Die hohen Hofbeamtenstellen wurden mit Personen von waschecht schwarzer Gesinnung besetzt; ja auch bei Besetzung der untersten Bedientenstellen wurde und wird auf „streng christliche" Gesinnung gesehen. Heißt es doch im Dienstreglement des Oberhofmarschall-Amtes, daß jeder Angestellte seinen christlichen Lebenswandel durch regelmäßigen Kirchenbesuch zu bethätigen und daß alle Verwaltumsgszweige darauf zu achten haben, daß ihre Angehörigen wenigstens alle vierzehn Tage die Kirche regelmäßig besuchen. Was für Scheinheilige durch solche Bestimmungen groß gezogen werden, kann man sich denken und was die letzteren oft für komische Konsequenzen nach sich ziehen, kann man daraus entnehmen, daß einem mit besten Schulzeugnissen versehenen braven Jungen die nachgesuchte Lehrstelle in der Hofgärtnerei verweigert wurde, weil der Aermste in der Religion eine „Drei" aufzuweisen hatte! Das sind interne Angelegenheiten, die allein den Hof angehen, wird man sagen und das mit Recht. Aber derselbe finstere Geist, dem diese Zustände ihr Dasein verdanken, macht sich leider Gottes auch in unserer Staatsverwaltung breit. Nach dem

Tode des Staatsministers Grafen Görtz-Wrisberg wurde das Ministerium des Innern mit einem Orthodoxen besetzt; der Regent entsendet in die von ihm zu besetzenden Stellen im Kirchen-Consistorium nur Orthodoxe; er besetzt mit solchen auch die zu seiner Verfügung stehenden Predigerstellen und verweigert plötzlich Gemeinden das früher frei geübte Predigerwahlrecht. Dieser Geist ist es auch, der unsere Polizei die reaktionärsten Maßregeln ergreifen läßt, in der Sonn- und Festtagsheiligung zum Nachtheile weiter Kreise von Gewerbetreibenden und in der scharfen Maßregelung der harmlosesten Arbeiter-Vereinigungen zur Erbitterung der Massen führt, die natürlich sich nun willig in die Arme der Sozialdemokraten werfen. Allem Anscheine nach fühlt sich der Regent in Braunschweig auch nicht recht behaglich, denn er bringt in seiner Residenz nur einen minimalen Bruchteil des Jahres zu; auch die zeitweilige Sommer-Residenz Blankenburg scheint sich nicht der fürstlichen Huld zu erfreuen, denn als bei dem letzten Kaiserbesuche der Bürgermeister des Städtchens den Prinzen um eine Aenderung im Programm bat, um den Kaiser wirkungsvoller begrüßen zu können, erhielt er die folgende Abfertigung: „Se. Majestät kommt doch nicht Ihret-, sondern meinetwegen!“ Alle diese Thatsachen, dazu erneute Geldforderungen vom Lande für den Hofstaat, Erhöhung der Civillisten, haben die Mißstimmung mehr und mehr anschwellen lassen, bis dieselbe jetzt zur Explosion gekommen ist.

Zwischen Braunschweig und Preußen bestehen nämlich gegenwärtig Verhandlungen wegen Anlegung einer Eisenbahn zwischen Braunschweig und Gifhorn.

Daß dieselben bisher nicht im Interesse der Stadt Braunschweig zu Ende geführt werden konnten, lag an der Stimmung des Regenten, welcher seine Spazierwege nicht durch eine Bahntrace verunziert haben will.(?) Nachdem für die Stadt die Gefahr, die Bahnfrage gegen ihr Lebens-Interesse entschieden zu sehen, auf's Höchste gestiegen war, wendete sich die Handelskammer mit einer ehrfurchtsvollen Immediat-Eingabe an den Regenten, erhielt aber eine abschlägige Antwort, deren unfreundlicher Ton allgemein Befremden, ja Entrüstung erregt. Jetzt nun, da wir mitten in den Landtagswahlen stehen, traten die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden zusammen und faßten fast einstimmig den Beschluß, der verletzten Handelskammer eine eklatante Genugthuung zu geben. Nachdem der Referent, ein national-liberaler Kaufmann Hauswaldt, eingehend dargelegt hatte, daß man zu der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauen mehr haben könne, kam er, — wie das freisinnige „Braunschweiger Blatt" berichtet (dasselbe ist übrigens hier das einzige Blatt, welches sich nicht scheut, eine rückhaltslose Sprache zu führen) — auf das von höchster Stelle der hiesigen Handelskammer ertheilte, bekannte Antwortschreiben in Sachen der Gifhorner Bahn zu sprechen, welches die auf das bescheidenste zum Ausdruck gebrachten Wünsche leider gänzlich zurückgewiesen habe. Er schlage vor, der Handelskammer dadurch eine Genugthuung zu geben, daß man die drei bewährten, seitherigen Abgeordneten nur mit einem imperativen Mandate in Bezug auf etwa an den neuen Landtag herantretende Geldforderungen der Hofstaatsklasse, d. h. des Regenten, wiederwählen möge. Nachdem noch einige Redner ge-

sprochen hatten, klärte sich die Meinung der Versammlung endlich dahin, daß man den Motiven des Hauswaldt'schen Vorschlages zwar allseitig zustimmte, die praktische Durchführbarkeit desselben aber bezweifelte, daß sich schwerlich Abgeordnete finden möchten, die nach einer gebundenen Marschroute marschieren würden. Daß man aber durch das Verhalten bei der Wahl einen Protest zum Ausdruck bringen und somit der Handelskammer eine eklatante Genugthuung geben müsse, darin waren alle weiteren Redner einer Meinung. Ein Vorschlag des Herrn Pinkepauk, ebenfalls eines National-Liberalen, den Protest dadurch zu einem besonders kräftigen zu machen, daß man unter den obwaltenden Umständen von der Wiederwahl der drei seitherigen Abgeordneten absehen möge und die Mandate nur Mitgliedern der Handelskammer, am besten dem derzeitigen Vorstande übertragen möge, fand allseitige Zustimmung. Von Herrn Hegermann (einem streng Konservativen!) als Antrag aufgenommen, wurde derselbe mit großer Majorität von der Versammlung acceptiert. Diese mehr denn deutliche Antwort der intelligenten Großkaufmannschaft, welche ihre bisherigen bewährten Verträge im Landtage fallen läßt, nur um gegen den Regenten einen kräftigen Protest zu schleudern, erregt im Lande großes Aufsehen. Die Folgen, welche dieser übrigens allseitig mit Freude begrüßter, muthiger Schritt haben kann, sind natürlich garnicht abzusehen, umsomehr, wenn man sich die Thatsache in die Erinnerung ruft, daß der Regent vor einem Jahre als eine seiner Geldforderungen in Gefahr stand, vom Landtage abgelehnt zu werden, durch das Ministerium ziemlich unverholen

eine Andeutung von der Niederlegung der Regentschaft machen ließ."

Die dreiste Sprache dieser Auslassung beweist den Grad der Verstimmung im Lande Braunschweig, die natürlich von den Welfen für ihre Zwecke ausgebeutet wird, und ihren ohnehin wüsten Agitationen willkommenen Vorschub leistet.

Die welfische Partei tritt in der letzten Zeit zuversichtlicher und üppiger auf, als seit langen Jahren, namentlich ihre Presse. Jede Gelegenheit, Haß und Verachtung gegen die national Gesinnten zu erregen, wird in der ausgiebigsten und hämischsten Weise geübt, wobei natürlich der welfische Patriot im weißen Mantel der Rechtlichkeit, der Frömmigkeit, Ehrenhaftigkeit und — obwohl er gar nichts zu fürchten hat, eines bis zum Tode treuen Mannesmutes auftritt. Letztere Renommage der Welfen ist geradezu — lächerlich. Abgesehen von einzelnen ehrenwerten hannoverschen Offizieren kennen wir kein Opfer der Katastrophe von 1866 und den folgenden Jahren.

Das große hannoversche Parteifest am 1. März 1889 war die Einleitung zur Wahl-Kompagnie von 1890. Das Fest hob an mit dem Hoch auf den Horzog von Cumberland und dem hannoverschen „Heil unserm König, heil" und machte nach den Referaten in der „Hannov. Volkszeitung" den Eindruck eines wahren Triumphfestes. Der Geist, der das Fest durchwehte, charakterisierte am besten eine mit Jubel begrüßte Vision eines Kammerherrn v. Münchhausen, der ausrief: „Meine Damen und Herren! verlassen Sie sich darauf, umgiebt uns auch anscheinend frostige Eisesnacht, es dämmert und auf den fernen Bergen, da

erglüht uns das Morgenrot, von daher erfrischt und belebt uns Alle der rosige Hauch unserer Zukunft." In diesem Tone ging es trotz des herrlichen Kaiserfestes in Hannover im Monat September 1889 flott weiter und man durfte behaupten: Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl von 1890 ritt keine Partei so hoch zu Roß, als die welfische mit ihren Blättern, der „Deutschen Volkszeitung" und der „Niedersächsischen Zeitung und Wochenblatt", voran der größte Teil des hannoverschen Adels. Sie schritten voran unter Führung des hannoverschen Staatsministers a. D. Dr. Windthorst und des Geheimen Regierungsrates Dr. Brüel, welche im ruhigen Besitze hoher preußischer Pensionen oder Wartegelder den preußischen Staat vom Morgen bis zum Abend bekämpfen.

Man fragt nun, wie ist es denn möglich, daß fünfundzwanzig Jahre nach 1866 das Welfentum so floriert, daß der welfische Geist nicht mit seiner Generation — was man erwartete — ausgestorben ist?

Möglich ist diese traurige Thatsache geworden aus verschiedenen Gründen, wir betonen besonders nur den einen.

Die Welfenpartei, insbesondere der welfische Teil des Adels, ist nach der Annexion viel zu rücksichtsvoll, viel zu nobel behandelt. Eine solche Behandlung hatte der gerade jetzt im Vordergrunde stehende, quantitativ größere Teil des hannoverschen Adels weder verdient, noch war er daran in der gesegneten hannoverschen Zeit gewöhnt. Diese vielen Umstände brauchte man nicht zu machen. Das Borries-Wermuth-Zimmermann'sche Regime von 1855 bis 1862 unter-

schied sich wenig von der in der ganzen Welt berüchtigten Hassenflug'schen Wirtschaft im braven Hessenlande. Der hannoversche Adel war keineswegs einverstanden mit dieser Mißregierung; aber nachdem einige Opponenten vom gegraften Borries rücksichtslos gemaßregelt waren, zog sich das Gros des hannoverschen Adels, abgesehen von einigen Ausnahmen, auf seine Güter zurück und ward sieben Jahre lang nicht mehr gesehen! Das heißt, der hannoversche Adel übernahm damit einen großen Teil der Mitschuld an dieser Mißwirtschaft in Hannover, welch- wesentlich dem Königreiche seine Selbstständigkeit kostete. In einer kleinen populären Flugschrift aus damaliger Zeit, „Gegen den Grafen Borries" aus dem Jahre 1862 heißt es:

„Aufrechthaltung und Kräftigung der fürstlichen Souveränität! Das war Ihr (Borries) Losungswort nach außen hin. Und wann war seit dem März 1848 die Souveränität der kleinen deutschen Fürsten je so gefährdet, als eben jetzt, wo Sie den Kampfplatz verlassen? Mit einer Unterwerfung des Volkes und seiner Fürsten unter den Bundestag haben Sie Ihren Lauf begonnen; und wenn jetzt der preußische Minister v. Bismarck ein deutscher Cavour zu werden trachtet und die Hand ausstreckt nach Ihres Königs Krone, so ist das zum Teil Ihr Werk, denn wie schlechte Regierungen in Toskana, Parma und Neapel Victor Emanuel die Wege bahnten, so thaten Sie wahrhaftig dem hannoverschen Volk es so an, daß ich den Mann kennen lernen möchte, der sein Blut zu vergießen Lust hätte für ein solches engeres Heimatland."

Diese Prophezeihung von 1862 ist in der Haupt-

sache 1866 eingetroffen, wenn auch die braven Hannoveraner tapfer für ihr Land gefochten haben. Die Hauptmitschuld an dem Geschicke Hannovers trug, abgesehen von der schlechten Regierung, die Schwäche des hannoverschen Adels. Der hatte also eine so peinlich rücksichtsvolle, delikate Behandlung weder verdient, noch war er daran gewöhnt. Die welfischen Parteigänger mußten von Anfang an etwas fester angefaßt werden, wenn auch nicht in der hannoverschen brutalen Art und Weise von 1854 und den folgenden Jahren. Nach dieser Weise wäre z. B. solchen Pensionären, wie Windthorst und Brüel, der Eintritt in die Landesvertretung verboten, es wären ihnen ihre Pensionen entzogen, sie hätten auf ihren Reisen Gendarmenbegleitung gehabt; ihre Zeitungen, wenn sie so schrieben, wie die „Hannoversche Volkszeitung", waren in acht Tagen nach dreimaliger Verwarnung durch den Polizeidirektor Wermuth aus der Welt geblasen u. s. w.

Der jetzige Uebermut der Welfen ist der Dank für die noble preußische Behandlung.

Der letzte Kurfürst.

Man hat oft hervorgehoben, wie glücklich Fürst Bismarck gegenüber seinen Feinden gewesen ist. Der selige Kurfürst von Hessen kann seinen vollen Anteil an diesem Urteilsspruche fordern. Die Abrundung der preußischen Monarchie würde ohne sein unwillkürliches Mitwirken ausnehmend erschwert worden sein. In dieser Beziehung darf er sich kühnlich dem Könige von Hannover an die Seite stellen. Aber in einem Punkte steht er dem blinden Welfenkönige noch voran. Die Mission, das kleine Monarchentum in Deutschland moralisch zu ruinieren, ist von ihm, und nicht allein von ihm, sondern von einer ganzen Reihe seiner in Gott ruhenden Landgräflichen und Kurfürstlichen Vorfahren mit einer Consequenz und einem Erfolge erfüllt worden, mit welchen zu wetteifern es am hannoverschen Hofe, wenn nicht an Talent und Willen, jedenfalls an Zeit fehlte. In Kurhessen gedieh der Sultanismus bereits während des vorigen Jahrhunderts zu einer Höhe der Entwickelung, welche die dortigen Zustände typisch gemacht hat für eine ganze Classe entsetzlicher Erscheinungen unserer Geschichte. Alle ihre charakte-

ristischen Merkmale, die Nachahmung des Bourbonischen Despotismus, des Versailler Hofes, in engen Verhältnissen aber mit kolossalen Ansprüchen, die Vergeudung der Landeskräfte einzig für die Verherrlichung und die Laune des Hofes, die Schamlosigkeit der Maitressenwirthschaft, endlich — specifisch deutsch zu unserer untilgbaren Schmach — der Schacher mit dem Leben der Landeskinder — alle diese Merkmale, manche darunter von grotesker Komik, wenn sie nicht so empörend wären, finden sich beisammen forterbend vom Vater auf den Sohn an dem Hofe eines Ländchens, welches von einem der besten, treuesten, tapfersten Volksstämme bewohnt wird, und wenn sie auch durch den mächtigen Einfluß der Zeit ihre ärgsten Auswüchse abwerfen mußten, in ihrem Wesen und Wirken dauerten sie fort bis in die neueste Zeit, bis zu dem großen Strafgerichte, welches in einer einzigen Nacht das ganze Unwesen mit einem Schlage hinwegfegte. So geschah es, daß eine politische Aktion, welche zunächst und für den oberflächlichen Blick die Interessen der preußischen Monarchie verfolgte, gleichzeitig, ja in erster Linie den Zeitgenossen als eine That geschichtlicher Gerechtigkeit, als eine Art der Sühne, eine Genugthuung für mißhandelte Unterthanen erschien.

Es hat freilich nicht an Versuchen gefehlt, zu Gunsten des Kurfürsten die Grundsätze eines göttlichen Rechtes anzurufen. Aber niemand hat solche Verschrobenheit ernst nehmen können. Ein Fürstenhaus, dessen rühmliche Zeiten durch Jahrhunderte von uns getrennt sind, das dagegen seit Generationen alles Recht systematisch unter die Füße getreten, das die rührendste Treue und Anhänglichkeit des Volkes mit

stumpfsinnigem, schmutzigem Egoismus vergolten hat, könnte selbst durch die größten Meister gleißender Rhetorik nicht vor dem Verdammungsurteil der Mitwelt gerettet werden. „Ihnen ist Recht geschehen." Und wenn der letzte Sprosse der Familie, gehemmt durch die bessere Sitte seines Zeitalters, nicht alle Frevel der Vergangenheit wiederholt hat, so ist er gleichwohl der Tradition seines Hauses treu genug geblieben, um jeden Anspruch auf unser Mitleid in seinem Unglück zu verwirken. Er war ohne Zweifel in der schlechtesten Periode dieses Jahrhunderts der schlechteste unter den deutschen Herrschern. Man könnte vielleicht daran zweifeln, wenn man an den Herzog Karl von Braunschweig denkt, aber diesen wird man doch wohl als wahnsinnig ansehen müssen. Betrachtet man die mehr als dreißigjährige Regierung des letzten Kurfürsten, so findet man das Facit, daß er es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, sein Volk zu quälen. Dies war seine noble Passion, sein fürstliches Amüsement, abstoßender, häßlicher als das Laster der sittenlosesten, als das Blutvergießen der ehrgeizigsten Tyrannen. Rechtschikanen, Treulosigkeiten, Gewaltstreiche bilden eine ununterbrochene Reihenfolge in der Chronik Hessens, während eines ganzen Menschenalters, und daneben geht eine Würdelosigkeit, eine Kleinlichkeit, ein Mangel an aller und jeder fürstlichen Huld, die sonst auch widerwärtige Fürsten zuweilen anwandelt, daß der ermüdete Blick vor diesem Bilde im tiefsten Grau sich förmlich erquickt fühlt durch die eingeflochtenen Züge von kleinstädtischer Absurdität, mit welcher der hohe Herr seine nächsten Umgebungen und überhaupt Alles, was in seinen persönlichen Ge-

sichtskreis fiel, zu einigen liebte. Freilich hält auch diese Erquickung bei näherem Zusehen nicht Stand. Rachsucht, Bosheit und Schadenfreude sind immer die leitenden Motive, und so klein das Reich des Herrschers war, zu groß ist doch die Zahl derer, die er unglücklich gemacht hat.

Wir würden dem traurigen Gegenstande kein Wort der Erinnerung gewidmet haben, wenn wir es nicht für nützlich hielten, denjenigen, welche die Umwälzung von 1866 verurteilen und beklagen, ins Gedächtnis zu rufen, wie die Welt aussah vor der großen Flut. Der deutsche Bund machte einen Kurfürsten von Hessen möglich, damit ist genug gesagt. Ueber das Interesse des Rücktritts reichte, gottlob, die Bedeutung des Trauerfalls von 1875 nicht hinaus. Von politischer Wichtigkeit war der im Jahre 1875 erfolgte Tod des letzten Kurfürsten nicht mehr. Ein Erbschaftsprozeß, nicht im staatlichen, sondern im bürgerlichen Sinne des Wortes, war alles, was er zur Folge hatte. Das Kurfürstentum befand sich „in festen Händen;" nur die kurfürstlichen Schätze bildeten noch den Gegenstand streitiger Ansprüche. Allerdings waren sie nicht verächtlicher Natur. Abgesehen von dem für uns nicht weiter in Betracht kommenden Privatvermögen des Kurfürsten existierte noch das sogenannte „kurfürstliche Hausfideikommis," dessen reine Jahreseinkünfte nach Abzug aller darauf lastenden Ausgaben für Schlösser und sonstige Objekte auf 350,000 Thaler angegeben wurden, und das Apellationsgericht zu Kassel hatte demnächst darüber zu entscheiden, ob dieses Vermögen als Familiengut den Agnaten des hessischen Hauses zufiel, oder als Krongut zur Verfügung des

Staates verblieb. Das wertvollste Inventarstück, den Kurhut, hatte der Tote mit sich ins Grab genommen und ein Prozeß dieserhalb stand nicht mehr in Aussicht. Theoretische Erbfolgeansprüche machten noch einige Zeit fortvegetieren, aber sie beschäftigten die Welt nicht mehr. Der nächste Erbberechtigte hatte sich mit Preußen abgefunden; die hinter ihm Stehenden hätten sich wahrscheinlich sehr geschmeichelt gefühlt, wenn man es der Mühe wert gefunden hätte, ihnen ein Linsengericht zu bieten.

Die wichtigsten Personen, die nächst dem Kurfürsten und dem eventuellen Thronfolger desselben, dem Prinzen Friedrich von Hessen, an dem Untergang des alten hessischen Staates die meiste Schuld haben und geschichtlich dafür die Verantwortung zu tragen haben, sind die Fürstin von Hanau und der Minister Hassenpflug. In ihnen sind wenigstens die Kreise am besten personifiziert, welche das wahre Totengräberamt an diesem Staate vollzogen haben. Ueberflüssig ist es noch, von Hassenpflug zu reden. Die Welt kennt seine Verdienste. War er auch 1866 schon tot, als die Ereignisse über das von ihm mißhandelte Land hereinbrachen, so war doch sein begabtester Schüler Vilmar noch thätig, den Kurfürsten bis zum letzten Augenblicke seiner Regierung durch seine Ratschläge in den Geleisen der einmal von Hassenpflug inaugurierten antipreußischen Politik festzuhalten und die Minister desselben in gleicher Richtung zu bearbeiten. Doch fast noch verderblicher als Hassenpflug und Genossen hat die Gemahlin des Kurfürsten, die Fürstin von Hanau, auf die Geschicke des Landes eingewirkt. Dieselbe war bekanntlich geschiedene Frau

eines ehemaligen preußischen Offiziers Lehmann, eine geborene X. X., die Tochter eines unehelichen Sohnes eines Domkapitulars von X. X. und wurde dem Kurfürsten, man weiß nicht wo, angetraut, nachdem er sie in Bonn kennen gelernt hatte. Diese Frau übte auf den Kurfürsten, der sie freilich in Regierungsgeschäften direkt niemals zum Worte kommen ließ, den übelsten Einfluß aus. Sie war vor Allem darauf bedacht, für ihre nicht successionsfähigen Kinder zweiter Ehe, sowie für die stets geldbedürftigen Söhne erster Ehe so viel Vermögen als nur möglich, zusammenzubringen. In bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, hatte sie nicht das geringste Gefühl von dem, was ihrer Stellung zukam; sie unterhielt sich gelegentlich über die vielen Strümpfe, die sie ihren Söhnen zu stopfen habe, und beschränkte ihren Gemahl in der Leibwäsche, die er nicht täglich wechseln dürfe. Schlimmer aber als diese Nichtigkeiten waren die Konsequenzen, die sich aus dem Prinzip für das Land ergaben, von dem die Fürstin von Hanau ausging. Alles, was dem Lande abgenommen werden konnte, sei es durch Steigerung der Einnahmen oder Beschränkung der notwendigsten Ausgaben, geschah, um nur das kolossale Vermögen für die successionsunfähigen Kinder zu steigern. Dadurch entstanden manche Konflikte zwischen den Ehegatten, da sich der Kurfürst doch ein Gefühl von seiner Stellung und deren Pflichten bewahrt hatte, von den mancherlei anderen Veranlassungen zu Familienzwistigkeiten abgesehen, die eine solche unstandesgemäße Ehe mit sich bringt. Als nun die neun Kinder, die dieser Verbindung entsprangen, heranwuchsen, war das Leben und Thun derselben

nichts weniger als geeignet, dieses Verhältnis zu bessern. Vielmehr verschlimmerten sie dasselbe. Bei den ungeheueren Geldsummen, die die nobelen Passionen, Verheiratungen u. s. w. der Prinzen von Hanau verschlangen, wurde die Mutter immer sparsamer, der Vater immer unglücklicher. Eine Hiobspost drängte die andere, der Menschenhaß und die Menschenverachtung wurde bei dem Kurfürsten immer prononcierter. Die einzige Freude, die das Herz dieses unglücklichen Mannes durchzuckte, war Schadenfreude. Der Starrsinn, der ihn von früher Jugend her ausgezeichnet hatte, wie man sagt, ein Erbteil seiner Mutter, wurde immer stärker und war nur zu vergleichen mit der Unentschlossenheit, der er sich hingab, so lange, als er noch zu keinem Entschluß gekommen war. Ueber die einfachsten und geringfügigsten Dinge, ob z. B. ein Haus in Kassel so oder so zu bauen sei, konnte er sich nicht entscheiden, und doch wollte er bei den hohen Vorstellungen, die er von seinen Regierungsbefugnissen hatte, Alles selbst entscheiden. Man kann sich leicht denken, daß bei solchen Eigenschaften des Fürsten die Regierungsmaschine nur höchst ungleichmäßig arbeitete und 1866 schließlich fast ganz ins Stocken geriet, daß aber auch bei solch unglücklichen geistigen Dispositionen für Intriguen groben und feinen Schlags Thür und Thor am Hofe geöffnet waren. Das herrschsüchtige Muckertum, das namentlich von 1850 an fast ausschließlich die höchsten Staatsstellen innehatte, ließ sich von seinem Fürsten mißhandeln, wie er wollte, um nur dann die Fußtritte weiter nach unten geben zu können. Die Thatsache, daß die Minister Kurhessens schließlich sich wie Bediente des Kurfürsten mißhandelu ließen,

erhöhte nicht die Achtung des fürstlichen Misanthropen vor den Menschen, und so war auch die Hassenpflug-Vilmar'sche Partei seiner Gunst nie sicher. Er spottete über die „Mucker" und trat ihnen schroff entgegen, wo sie seinen Rechten, wie er meinte, zu nahe träten. Und dazu kam noch die Einwirkung der Prinzen von Hanau auf ihren Vater. Nicht, als ob sie direkten Einfluß gehabt hätten! Aber wie man allgemein wußte, daß, wenn ein dem Kurfürsten beliebter Mann etwas erreichen wolle, er genau das Gegenteil von dem, was erwünscht war, begehen müsse, daß nichts leichter zu erlangen sei, als wenn man seinen Widerspruch nach der entgegengesetzten Seite des beabsichtigten Erfolges reize, behandelten ihn seine Söhne nach diesen Grundsätzen. Da er dann sich wiederholt getäuscht und hinters Licht geführt sah, so wuchs das Mißtrauen immer mehr und der Kurfürst stand schließlich allein. Sein einsames Zurückbleibeiben in Wilhelmshöhe, als die preußischen Truppen Hessen schon besetzt hatten und Weib und Kinder daoon geflohen waren, war nur die Konsequenz seiner bisherigen Stellung und das Offenbarwerden eines schon längst bestehenden Verhältnisses.

Ebenso politisch vereinsamt stand auch der ganze Staat da. Hessen war von jeher der Politik Preußens in Deutschlaud gefolgt und der Kurfürst, ein rechter Vetter Friedrich Wilhelms IV. und König Wilhelms, war ein großer Verehrer des preußischen Militärwesens. Sahen doch die hessischen Truppen den preußischen zum Verwechseln ähnlich! Allmählich aber wendete sich die Neigung des Kurfürsten von Preußen zu Oesterreich hinüber. Hassenpflug that sein Mög-

liches hierzu. Aber selbst nachdem er den Kurfürsten zur Flucht nach Wilhelmsbad (1850) veranlaßt hatte, wäre ihm derselbe fast wieder untreu geworden und hätte auf die Stimme seiner Militairs gehört, wenn nicht damals der österreichische Gesandte am zu reactivierenden Bundestage der Frau des Kurfürsten versprochen hätte, ihre Kinder sollten von Oesterreich nach Gründung eines Fideikommisses in Böhmen als dem Fürstenstande angehörig anerkannt werden. Jetzt wirkten die Fürstin, Hassenpflug, Vilmar und der spätere Generalsuperintendent Martin einmütig auf den Kurfürsten, und die Politik Hessens war für Lebzeiten des Kurfürsten entschieden. Die österreichischen Gesandten in Kassel wußten auch den Kurfürsten viel besser zu nehmen als die preußischen. 1859 während des italienischen Krieges kamen große Bestellungen Kriegsmaterial in Kassel an, die die kurfürstlichen Eisenwerke in Böhmen zu liefern hatten, von billigeren Beeinflussungsmitteln auf die Umgebung des Fürsten zu schweigen. In Wien kannte man die Zustände am Kasseler Hofe so gut, daß nicht einmal Graf Grünne seine Tochter einem Sohne des Kurfürsten zur Frau geben wollte und man schließlich auch nicht den moralischen Mut hatte, der Wiederherstellung der 1850 umgeworfenen Landesverfassung von 1831 in den Weg zu treten. Herr von Biegeleben behandelte damals diese Angelegenheit in Wien. Wie Jedermann weiß, brachte der Kurfürst, um Preußen ein Paroli zu bieten, es dahin, daß trotz der wiederhergestellten Verfassung sich seine alten Minister, die so lange gegen diese Verfassnng gearbeitet hatten, doch bereit finden ließen, nun auch mit dieser Verfassung

zu regieren. Die Folge war, daß der antipreußische Geist im Ministerium herrschend blieb und man den Consequenzen, die sich aus der Wiederherstellung der Verfassung ergaben, so viel als möglich aus dem Wege zu gehen suchte. Daraus entsprangen dann unaufhörliche Reibungen mit der Kammer; der Kurfürst, der seine Minister verachten mußte, ging auf deren vermittelnde Ratschläge nicht ein, entschloß sich zu nichts und die Staatsmaschine verlor fast ganz alle Bewegung. Hatte man Preußen, weil es gar nicht anders möglich war, in der Zollvereinsfrage nachgegeben und hatte Graf Bismarck sogar trotz des Feldjägers den Löwenorden erhalten und ging man, weil der Haß gegen Volk und Stände doch noch größer war, als gegen Preußen in der schleswig-holsteinischen Frage anfänglich ganz mit diesem Staate, so veränderte sich die Stimmung vollständig, als der Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen immer stärker hervortrat und die Bundesreformpläne Preußens zum Vorschein kamen. Das Auftreten des preußischen Gesandten in Kassel war noch dazu ganz darnach angethan, den Kurfürsten völlig zu verstimmen. Während der österreichische die bekannten Pfade ging, verschmähte diese Herr v. Röder. Aber auch in all seinem Thun, in seiner Art, den Kurfürst persönlich zu nehmen, war er so unglücklich, daß Pessimisten behaupteten, Graf Bismarck habe absichtlich diesen Gesandten für Kassel ausgesucht.

Der Verlauf der Ereignisse, die sich an die bekannte Bundesabstimmung knüpften, war nun ein rapider. Am 15. Juni legte Herr v. Röder dem Kurfürsten eine Sommation vor, nach der derselbe

seine Truppen auf den Friedensfuß setzen und in die Berufung des deutschen Parlaments willigen solle. Dagegen garantiere Preußen dem Kürfürsten seine Souvernitätsrechte. Werde diese Sommation abgelehnt, so befänden sich beide Länder im Kriegszustande. Diese Sommation lehnte der Kurfürst ab. War er doch von seiner Umgebung, namentlich seiner ältesten Tochter, der Fürstin Wächtersbach, jetzt ganz ins österreichische Fahrwasser gebracht worden. Selbst als man ihm Aussicht auf Vergrößerung Hessens machte, und mit Einsetzung eines Regierungsnachfolgers in der Person des Erbprinzen Friedrich drohte, blieb er bei dem einmal gefaßten Beschlusse.

Auf die Haltung dieses letzteren kam nun allerdings viel an. In Hessen war derselbe persönlich so gut als unbekannt. Die Eifersucht des Kurfürsten hatte ihn nie lange in Kassel verweilen lassen. Er lebte in Kopenhagen oder in Rumpenheim bei Frankfurt a. M. Aber was man von den geistigen Fähigkeiten und dem Charakter dieses Mannes hörte, war durchaus nicht darnach angethan, den Hessen die zukünftige Regierung desselben in einem rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Die Erzählung von den Ruten und Skorpionen war in Vieler Munde. Aber bei den großen Ereignissen, die sich jetzt vorbereiteten, kam es auf diese Volksstimmung weniger an. Die Entscheidnng über die nächste Zunkunft lag lediglich in der Hand des Erbprinzen. Wohin wird sie sich neigen, wenn eine Anfrage an den Mann herantritt, fragte man sich allgemein in den diplomatischen Kreisen. Man wußte ja auch, daß die Gemahlin des Erbprinzen, die Tochter des Prinzen Karl von Preußen,

nur durch politische Rücksichten bestimmt worden war, dem zukünftigen Kurfürsten von Hessen ihre Hand zu reichen, nachdem der Prinz früher, als eventueller Thronerbe von Dänemark, Schwiegersohn des Kaisers Nicolaus von Rußland geworden war, und glaubte annehmen zu dürfen, daß der Einfluß der Prinzessin ihren Gemahl auf die Seite ihrer Familie ziehen werde. Hierin irrte man sich auch insofern nicht, als der Einfluß derselben der entscheidende war. Aber die Prinzessin war ein Feind der Politik des Grafen Bismarck. Als daher in Rumpenheim ein Telegramm von Berlin ankam, das den Erbprinzen nach Berlin rief, riet die Prinzessin, demselben sofort zu entsprechen, aber der Erbprinz solle in keinerlei Weise sich gegen das Haupt seiner Famile gebrauchen lassen. Statt eines Kammerherrn, der mit Graf Bismarck liiert war, sollte er einen Graf Scheel-Plessen, der sich in Baden-Baden aufhielt, als Ratgeber mit nach Berlin nehmen. Dieser aber lehnte telegraphisch die Uebernahme der Mentorsdienste ab und so trat der Erbprinz allein die entscheidende Reise an. Er wurde in Berlin von den Allerhöchsten Herrschaften empfangen und in Betreff der Geschäfte an Graf Bismarck gewiesen. Als dieser aber nach einigen Pourparlers auf die Frage: was er denn von ihm, dem Erbprinz, eigentlich verlange, antwortete, er solle sich bei der Weigerung des Kurfürsten, auf die preußischen Vorschläge einzugehen, an die Spitze der von Wetzlar ins Hessische einrückenden Truppen stellen, um in Kassel an die Spitze einer Regentschaft zu treten, schlug er dieses rund ab und fragte höhnisch: ob er, Bismarck, glaube, schon gesiegt zu haben. Die

Stimmung, die er gegen diesen Staatsmann in gewissen Kreisen verbreitet fand, ließ ihm dessen Stellung immer noch nicht als ganz gesichert erscheinen.

Statt daß nun der Erbprinz ruhig von Berlin nach Rumpenheim gereist wäre, begab er sich direkt nach Kassel, fuhr früh Morgens bei dem Minister des Auswärtigen, dem Herrn Abèe vor und mit diesem dann nach Wilhelmshöhe zum Kurfürsten.

Hier erzählte er, was er in Berlin ausgerichtet habe und stellte sich dem Kurfürsten als dessen ersten Unterthan zur Verfügung. Zum Dank wurde er sofort von seinem Landesherrn zum Oberbefehlshaber der hessischen Armee ernannt. Aber noch im Laufe dieses Tages trübte sich das Verhältnis der beiden hohen Vettern in einem solchen Grade, daß diese Ernennung wieder zurückgezogen wurde. Ein Toast an der Mittagstafel, ausgebracht auf die siegreiche Rückkehr des Kurfürsten, der das Land nicht verlassen wollte, ganz verkehrte Befehle des Erbprinzen und Streitigkeiten über den Punkt, bei dem namentlich die Gemütlichkeit des Kurfürsten aufhörte, sollen die Veranlassung dazu gewesen sein. In welcher Aufregung der Erbprinz damals war, mag man daraus entnehmen, daß er dem ständischen Ausschusse zu Kassel, der ihm nicht sogleich den Staatsschatz ausliefern wollte, mit den Soldaten seines Schwagers, des Kaisers von Rußland, drohte.

Nach diesen Thaten reiste der Erbprinz dann nach Rumpenheim ab. So lange als die Chancen der antipreußischen Koalition in und um Frankfurt noch nicht verzweifelt standen, beteiligte er sich an Truppenparaden, Verpflegungsvereinen u. s. w. In

Berlin nahm man dieses demonstrative Auftreten eines so nahen Verwandten natürlich sehr übel. Als daher die Gemahlin desselben vor der Erklärung der Einverleibung der neuen Provinzen nach Berlin reisen wollte, um zu retten, was zu retten war, erhielt sie schon in Magdeburg angekommen einen Avis, die Reise nicht weiter fortzusetzen. Sie war zu Fuß auf den Bahnhof in Frankfurt von Rumpenheim gegangen und ihre Zimmer in Berlin waren schon bereit!

Gleichzeitig mit dem Erbprinzen Friedrich von Hessen verließen die letzten Reste der hessischen Armee, soviel Mannschaften von ihr gerade unter den Fahnen waren, die Residenzstadt Kassel. Auch die Fürstin von Hanau machte sich mit der kurfürstlichen Silberkammer und anderen Wertgegenständen, die rasch zusammengerafft werden konnten, auf die Reise nach Frankfurt. Ebenso die Prinzen von Hanau, die gegen die Preußen Heldenthaten verrichten wollten und sich durch ihre ganze unnützen Renommistereien verächtlich machten. Doch waren sie nicht alle einig. Der zweite Sohn des Kurfürsten lebte schon lange mit seinem Vater in Hader und führte die schlimmsten Prozesse mit ihm. Jetzt war derselbe natürlich preußisch gesinnt, wie er dann auch später vorübergehend in preußische Militärdienste eintrat. Der stärkste Preußenfeind war der dritte Prinz, der erst vor wenigen Monaten unter wesentlicher Unterstützung seines Paten, des Königs Wilhelm von Preußen, sich mit der Prinzessin Elisabeth von Bückeburg verheiratet hatte, bald aber schon wieder von ihr geschieden wurde.

Nachdem den Kurfürsten seine ganze Familie verlassen hatte, blieb er nur noch wenige Tage in

Wilhelmshöhe vollständig freier Herr. Er wurde bald im Schlosse überwacht und dann nach Stettin abgeführt. Ehe dieses aber geschah, trug sich noch eine der Scenen zu, welche die Regierungsweise und Gesinnung dieses Fürsten so eigentümlich illustrierten. Die Vorstände des letzten Ministeriums des Kurfürsten hatten um eine Audienz gebeten. Sie wurde ihnen in Anwesenheit des kurfürstlichen Stallmeisters bewilligt. Aber statt nun von Gefühlen bewegt zu werden, die dem Ernst der ganzen Situation entsprachen, überließ sich der Kurfürst einem maßlosen Ausbruche seines leidenschaftlichen Zornes seinen ersten Beamten gegenüber, so daß sich der Stallmeister entfernen wollte. Aber er mußte bleiben und nun mit anhören, wie der Kurfürst die Männer, die im Wesentlichen nur gethan, was er befohlen hatte, mit den Namen von Thieren beehrte, die sich gerade nicht durch ihre Klugheit und Reinlichkeit auszeichnen. Als einer der Heren zu entgegnen wagte, er glaube nicht, daß sie solche Vorwürfe von seiner königlichen Hoheit verdient hätten, entbrannte der Zorn auf's Höchste und es ergoß sich ein Strom von Ausdrücken, der weniger dem Munde eines Völkerhirten als dem des „göttlichen" Freundes des Dulders Odysseus zu entquellen schien. So verlief die letzte Ministeraudienz in Wilhelmshöhe, vieler der vorausgegangen nicht ganz unwürdig.

Nachdem der Kurfürst nach Stettin abgeführt war, erbat sich seine älteste Tochter, die Fürstin Wächtersbach, die Erlaubnis aus, ihrem Vater in Stettin Gesellschaft leisten zu dürfen. Sie erhielt dieselbe sofort. Aber die Dienste, die diese Tochter ihrem Vater leistete, bestanden nur darin, ihn wo möglich noch mehr zu

verbittern und gegen die von ihm selbst geschaffene Situation noch mehr einzunehmen. Um das ratlos in Mainz stehende hessische Militär bekümmerte man sich wenig oder gar nicht. Wozu Soldaten da wären, als um sich tot schießen zu lassen, meinte man in Stettin; doch die Zeit erweichte allmählich den harten Sinn. Auf Verhandlungen mit Preußen wollte sich der Kurfürst nur einlassen, wenn dieselben durch den Kammerherrn v. Buttlar in Elberburg oder durch den Herrn Alexander v. Baumbach geführt werden würden. Der erstere wird als der entschiedenste Vertreter der alten Kreuzzeitungspartei in Hessen angesehen und war eine Stütze des hessischen Treubundes und des Hessenvereins. Der andere war unter Hassenpflug Minister des Auswärtigen gewesen, dann Gesandter Hessens in Paris und Wien und zuletzt fungierte er 1866 als Commissar des Rumpfbundestages für Hessen. Als solcher war er von der königlichen Administration in Kassel seiner Stelle als Gesandter in Wien und des mit ihr verbundenen Gehaltes für verlustig erklärt worden. Auf eine Anfrage bei dem Kammerherrn v. Buttlar lehnte dieser die Uebernahme und Vermittlung ab; der andere griff zu und reiste nach Berlin ab. Hier hatte er eine Konferenz mit dem Grafen Bismarck, mit dem er persönlich bekannt war. Zuerst regelte nun Baumbach seine eigenen Angelegenheiten Er wisse nicht, wie er hierher gerufen werden könne, da man ihn ja als Feind Preußens quasi geächtet und seines Gehaltes für verlustig erkärt habe, erklärte er zunächst. Bismarck entwarf hierauf sofort ein Telegramm an den Administrator von Hessen, durch das diesem aufgegeben wurde, Herrn von Baumbach

wieder in den Fortbezug seiner Competenzen zu setzen, las dasselbe Herrn v. Baumbach vor und dieser erklärte sich befriedigt. Schwieriger war es, die Geschäfte mit dem Kurfürsten zu regeln. Derselbe wollte sich anfänglich wieder auf gar Nichts einlassen. Alle Anerbietungen Preußens schlug er aus. Selbst auf das Verlangen Preußens, seine ehemaligen Unterthanen, Soldaten und Beamten von ihrem Eide zu entbinden, wollte er nicht eingehen. Da ließ man die Fürstin Hanau aus der Schweiz, wohin sie sich nach den Siegen Preußens begeben hatte, kommen. Diese, welche fürchtete, es könnten ihr und ihren Kindern Vermögensnachteile aus der Weigerung ihres Gemahls erwachsen, wußte nun denselben zu bestimmen, in so weit den vollendeten Thatsachen Rechnung zu tragen, daß er auf die Forderung Preußens einging und seine Unterthanen ihres Eides entband. Freilich war diese Eidesentbindung eine durchaus limitierte. Auf seine Rechte als Landesherr hat der Kurfürst nie verzichtet. Die einzige Andeutnng, die man in dieser Richtung auslegen könnte, war in der Proklamation an die Truppen enthalten. Doch ist auch diese nur hinein zu interpretieren und in Wahrheit nicht in dem Sinne vorhanden, als ob der Kurfürst seinen Ansprüchen an die Regierung Hessens, wenn dieselbe ihm möglich sei, je entsagt habe. Nur für die Eidesentbindung seiner Unterthanen wurde ihm der Genuß seiner Civilliste und der Revenuen des Hausschatzes belassen. Es lag nicht an Preußen, wenn der Kurfürst von den Summen, die ihm so zugesprochen worden waren, nichts annahm. Derselbe war nach Abschluß der Convention höchst ungehalten, daß er sie unterzeichnet hatte und redete nicht gerade

sehr freundlich über die „Weiber", die ihn beredet hätten. Nach wie vor hoffte der unglückliche Mann, nach Kassel zurückzukehren und er war nur nach Prag gezogen, weil dort sein Großvater auch sieben Jahre im Exile verbracht hatte. Doch war ihm nicht beschieden, sein Leben in Kassel zu beschließen. Auch wünschte es Niemand ihm und den Hessen.

Die am 18. Sept. 1887 Halle a. d. Saale nach monatelanger Krankheit gleich ihrer Mutter an Karzinom verstorbene Fürstin Auguste v. Ilsenburg-Wächtersbach hat in einem kritischen Moment der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt, welche ihr auch nach ihrem Tode nicht vergessen werden mag. Die verstorbene Fürstin war die älteste Tochter des letzten Kurfürsten von Hessen und von diesem vor allen seinen Kindern geliebt. Als der unglückliche Fürst sich im Jahre 1866 vor die große Entscheidung, ob er mit Oesterreich oder Preußen gehen sollte, gestellt sah, konnte er lange zu keinem Entschlusse kommen. Für Oesterreich sprach seine persönliche Neigung, nicht die Tradition seines Hauses. Das österreichische Ministerium hatte, um seinen Einfluß zu stärken, einen Sohn der Fürstin von Hanau aus erster Ehe, einen soeben zum Generalmajor ernannten Farhrn von Scholley im Mai nach Kassel geschickt, um die Gemahlin des Kurfürsten für sich zu gewinnen. Den Einwirkungen dieses Stiefsohnes trat aber ein Sohn des Kurfürsten, wenn auch nicht mit Kraft, entgegen. Er spottete wenigstens über die Ratlosigkeit, die am Hofe herrschte, und gab Hausmittel an, die den Kurfürsten auf die preußische Seite zu ziehen leicht im Stande sein könnten. Die Minister des Kurfürsten, gefügige Werkzeuge des allerhöchsten

Willens, wiegten sich in der abergläubischen Vorstellung, Gott werde das, was sie für Recht erkannt hätten, nicht unterliegen lassen, und brüsteten sich mit der baldigen Ankunft bayrischer und österreichischer Hilfsvölker. Das war es aber eben, was dem doch schärfer blickenden Fürsten schwere Sorge machte. Er sah die Preußen nahe und die Oesterreicher fern und konnte zu keinem Entschlusse kommen. Da ist es die jetzt verstorbene Fürstin Wächtersbach gewesen, welche ihren Vater bestimmte, sich in der entscheidenden Bundestagssitzung des 14. Juni für Oesterreich zu erklären. Erst am Morgen des 14. Juni soll dieser Sieg über den zaudernden Fürsten von seiner Tochter erfochten sein. Als der Kurfürst dann nach Stettin als Gefangener abgeführt war, wußte die Fürstin von Wächtersbach es möglich zu machen, ihrem Vater dorthin zu folgen.

An keinem Hofe wurde das Schicksal des Kurfürsten von Hessen so schmerzlich empfunden als an dem seines Schwagers und politischen Gesinungsgenossen Herzog Bernhard von Meiningen. Der König von Preußen hätte gern Meiningen in die Reihe der zu annektierenden norddeutschen Staaten einbezogen, daß Herzog Bernhard von der Regierung zurücktrat und sie seinem Sohne übergab, war das Mindeste, das er forderte. Herzog Bernhard that dies im September 1866 freiwillig. Seine Gemahlin Marie, die Schwester des Kurfürsten von Hessen, wurde am 6. September 1804 als das fünfte Kind und die dritte Tochter des damaligen Kronprinzen von Hessen und der Kronprinzessin Friederike Christine Auguste, Tochter des König Friedrich Wilhelm II. von Preußen im Bellevue-Schloß zu Kassel geboren. Sie war eben zwei Jahre

alt geworden, als die unglücklichen Folgen der Schlachten von Jena und von Auerstädt auch das Kurfürstentum erreichten. Am 1. November 1806 war Marschall Mortier ohne Kriegserklärung in Hessen eingezogen. Kurfürst Wilhelm I. verließ Kassel in Eile und wandte sich zunächst nach Dänemark, dann nach Prag. Der Kronprinz begleitete seinen Vater, während die Kronprinzessin mit ihren Kindern sich nach Berlin begab, wo sie im Königlichen Schlosse Wohnung nahm. Mit Ausnahme der Familie des Prinzen Ferdinand und der hochbetagten Witwe des Prinzen Heinrich hatten alle Mitglieder der königlichen Familie Berlin bereits verlassen. Der Schmerz der Kronprinzessin, die obwohl als preußische, wie als hessische Prinzessin in ihren Gefühlen schwer getroffen worden war, war unsäglich und wurde noch dadurch erhöht, daß sie wenige Tage nach ihrer Ankunft in Berlin ihr jüngstes, nur sechs Wochen altes Söhnchen am 21. November verlor. Die Zeit des dortigen Aufenthalts gehörte zu den traurigsten Erinnerungen der Herzogin Marie. Als kleines Kind lernte sie bereits die schwere Hand des Schicksals kennen, dessen Wechselfälle sich trotz ihres zarten Alters so in ihr Gedächtnis eingeprägt hatten, daß sie sich der damaligen Begebenheiten noch bis in die jüngste Zeit erinnerte. Sie wußte von dem Tode und der Beisetzung des Brüderchens zu erzählen, und von der Begegnung ihrer Mutter mit Napoleon I. Die Kronprinzessin hatte, um den Kaiser zu verhindern, die Wohnung Friedrichs des Großen zu beziehen, ihre seitherigen Gemächer mit den letzteren vertauscht. Schweren Herzens entschloß sie sich, bei dem übermütigen Sieger um eine Besprechung nachzusuchen, um

für ihr Hessenland zu bitten. Sie erschien bei derselben in tiefer Trauer für das vor Kurzem verlorne Söhnchen, umgeben von ihren Kindern. Als sie mit denselben kaum das Zimmer betreten hatte, in welchem sich Napoleon bereits befand, fiel Prinzeßchen Marie zur Erde und fing an zu weinen. Der Kaiser wollte Hülfe leisten, aber die Kronprinzessin wehrte ihn ab, weil sie nicht wollte, daß der Verderber ihres Vaterlandes ihr Kind berühre, nahm die Kleine auf ihre Arme, trug sie in das Vorgemach, übergab sie der dort harrenden Gouvernante und kehrte zum Kaiser zurück. Die Herzogin erzählte auch von der Königin Louise, die sie, fünf Jahre alt, nach ihrer Rückkehr von Königsberg zum ersten Mal sah. Das Bild der unvergeßlichen Königin stand noch so lebhaft vor ihr, daß sie es genau beschreiben konnte.

Mit der Befreiung Deutschlands vom Joche des korsischen Tyrannen, war auch Hessen seinem angestammten Fürsten wiedergegeben worden. Am 22. November 1815, nach siebenjähriger Abwesenheit, kehrte die Kronprinzessin nach Kassel zurück, wo sie mit dem Kronprinzen das Ständehaus, das nachherige Palais am Friedrichsplatz, bezog, während der Kurfürst seine Residenz im Bellevue-Schlosse nahm, weil das Kurfürstliche Schloß im Jahre 1811 abgebrannt war.

Die nächstfolgenden Jahre waren für die Kronprinzessin und ihre Kinder eine Zeit ernster Prüfung. Der Kronprinz hatte während der letzten Jahre seines Berliner Aufenthalts eine heftige Neigung zu einem jungen Mädchen Emilie Ortlepp, der nachherigen Gräfin Reichenbach, gefaßt und dieses Verhältnis wurde die Veranlassung ehelicher Störungen, die dahin führten,

daß nach dem Tode des Kurfürsten, im Jahre 1822, die Kurprinzessin mit ihren Töchtern in das Bellevue-Schloß übersiedelte, während ihr Gemahl, der nunmehrige Kurfürst Wilhelm II, seine Residenz im Palais behielt. Die Erfahrungen, welche die bereits zur anmutigen Jungfrau herangewachsene Prinzessin Marie während dieser Zeit gemacht hat, stählten ihren Charakter und verliehen ihr einen ernsten Sinn. Sie befestigten aber auch das innige Verhältnis zu ihrer Mutter und ihrer älteren Schwester, der Prinzessin Caroline, welches nur der Tod lösen sollte.

Als Prinzessin Marie das zwanzigste Jahr überschritten hatte, sollte ihr die erste große Freude ihres Lebens werden. Der nur um wenige Jahre ältere sehr liebenswürdige Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen, vielleicht der schönste junge Fürst seiner Zeit, warb um ihre Hand, die sie ihm zur großen Befriedigung ihrer Eltern gewährte. Am 15. März 1825 fand die offizielle Verlobung statt und acht Tage später, am 23. im neuen Saale des Bellevue-Schlosses die Vermählung. Diese war von großen Festlichkeiten begleitet, Spohr komponierte zu derselben seine berühmte Polonaise, die später in seinen „Faust" eingelegt wurde, und die Intrade, zum Fackeltanz. Am folgenden Abende wurde seine Oper „der Berggeist" aufgeführt. Am 27. März verließ das junge fürstliche Paar die hessische Hauptstadt, um sich vorerst nach Liebenstein, der damaligen Sommerresidenz der Herzogin Luise-Eleonore, des Herzogs Mutter, zu begeben, wo es am folgenden Abend eintraf.

Eine Zeitung schrieb kurz nach der Vermählung über den Eindruck, den diese zurückgelassen hatte:

„Von dem herzgewinnenden Liebreiz der fürstlichen Braut und der männlichen Schönheit des fürstlichen Bräutigams war noch lange, als von dem eigentlichen Glanzpunkt der Feierlichkeiten, die Rede. Den Kurfürst hatte man kaum je so strahlend vor Freude und Zufriedenheit gesehen. Bei der Abreise gab er den Neuvermählten bis zu dem drei Stunden entfernten Helsa das Geleit und trennte sich dort nur schwer von seinem Lieblingskind, mit dem ein guter Genius des Friedens aus dem Hessenland geschieden ist."

Nachdem die herzoglichen Herrschaften acht Tage ihr junges Glück in Liebenstein genossen hatten, fand deren feierlicher Einzug am 4. April in Meiningen statt, wo sie von der Herzogin Luise Eleonore und der Bevölkerung mit Freude und Jubel begrüßt wurden. Die kleine Residenz war im Vergleiche zu Kassel ein sehr bescheidenes Städtchen und machte damals einen dürftigen Eindruck, so daß es natürlich gewesen wäre, wenn die Tochter des reicheren Fürstenhauses den Wechsel empfunden hätte. Das war aber nicht der Fall. Vom ersten Tages ihres Hierseins machte die junge Herzogin ihr neues Heim zu ihrer Pflegestätte, zum Gegenstande ihrer Liebe und Sorgfalt. — An der Hand ihrer Schwiegermutter, der langjährigen und weisen Regentin, wurde sie bald mit allen Verhältnissen vertraut und lernte Thränen trocknen und Wunden heilen. Aber auch die Geselligkeit weckte sie zu neuem Leben. Sie und der Herzog bewegten sich damals gern in der Gesellschaft, wobei sie durch ihr eigenes Beispiel Sorge trugen, daß die Grenzen der Einfachheit nicht überschritten wurden.

Am 2. April 1826 schenkte die Herzogin ihrem

Gemahl einen Sproß, dem Lande einen Erben, den jetzt regierenden Herzog Georg. Die Freude über dieses Ereignis war groß, denn der Mannesstamm hatte seit dem frühen Tode des Herzogs Georg I. nur auf zwei Augen geruht und die Befürchtung lag nahe, daß mit dem Auslöschen derselben das Land auf eine andere Linie des Ernestinischen Hauses übergehen werde. Bald nach der Geburt des Sohnes fing die junge Herzogin zu kränkeln an, und viele Jahre hindurch war man um ihre Gesundheit in ernster Besorgnis. Dies war auch der Grund, warum der kleine Erbprinz nicht die Freude haben sollte, Geschwister an seiner Seite zu sehen. Erst nach siebzehn Jahren am 6. August 1843 genas die Herzogin einer Prinzessin, die zur stattlichen Jungfrau erblühte, und nach ihrer am 15. Oktober 1862 erfolgten Vermählung mit dem Prinzen Moritz von Sachsen-Altenburg, Mutter dreier eben so stattlichen als liebenswürdigen Prinzessinnen und des präsumtiven Erben der altenburgischen Herzogskrone werden sollte.

Während der langjährigen Regierungszeit des Herzogs Bernhard hatten bedeutende politische Ereignisse Europa erschüttert, die auch auf das kleine Herzogtum ihren Rückschlag übten. Trat schon das Jahr 1848 mahnend an die deutschen Fürsten heran, so wurde ihre Stellung in den folgenden Jahren durch die zunehmende gegenseitige Entfremdung der beiden deutschen Großmächte nicht wenig gefährdet. Herzog Bernhard, zwar bereit, einer deutschen Zentralgewalt Opfer zu bringen, aber nicht einem Einzelstaate, war überzeugt, daß der Unabhängigkeit derjenigen kleinen Staaten, welche in der preußischen Machtsphäre lagen,

von Preußen eine größere Gefahr drohe, als von Oesterreich und ließ sich dadurch verleiten, diesem seine Sympathie zuzuwenden. Nicht, daß er geglaubt hätte, den Gang der Begebenheiten ändern zu können, er hatte nur gehofft, ihn aufzuhalten, damit, so lange er lebe, die Dinge blieben, wie sie waren. Zunächst fand er im Frankfurter Fürstentage die Gelegenheit, seiner Anschauungsweise Ausdruck zu geben, und die holsteinische Frage, in welcher er durch Anerkennung des Herzogs Friedrich und seiner Unterstützung mit der preußischen Auffassung in directe Opposition geriet, mußte ihn schließlich in dem Entscheidungskampfe Oesterreichs und Preußens, der vorerst nur im Bundespalais zum Austrag kam, an die Seite des ersteren treiben. Die Folge dieser seiner Politik war des Herzogs Abdankung am 20 September 1866 und der Uebergang der Regierug auf seinen Sohn.

Schwer empfand die Herzogin diesen Schicksalsschlag, der sie um so härter traf, als ihr Bruder, der Kurfürst von Hessen, seine Krone aus gleicher Veranlassung verlor, und seine Dynastie gänzlich aus der Reihe der regierenden Häupter ausschied. Obgleich mit allen Fesseln der nahen Blutsverwandtschaft und der dankbaren Erinnerung dem preußischen Königshause zugethan, erwachte nun in ihr der verwundete Stolz der Hessenfürstin. Aber entsprechend ihrer Seelengröße, galt ihre Erbitterung nicht der Person, sondern der Sache. Sie wußte die zwingende Gewalt der Staatsraison von dem persönlichen Willen zu trennen und auf diese Weise war es ihr möglich, wenngleich anfangs nicht leicht, ihrem königlichen Vetter ihre alte Anhänglichkeit wieder zuzuwenden. In den darauf folgenden

gewaltigen Ereignissen, die Europa aus den Fugen zu zerreißen drohten, gingen ihre partikularistischen Rekriminationen unter und Patriotin vom Scheitel bis zur Sohle, jubelte sie einem jeden, vom Kaiser Wilhelm erfochtenen Siege zu. Auch Herzog Bernhard erkannte nun im deutschen Kaiser die Zentralgewalt, zu deren Gunsten er, falls er noch an der Regierung gewesen wäre, seine Souveränität zu beschränken bereit gewesen wäre.

Das Jahr 1876 sollte Seine Majestät auf der Reise nach Koburg zum Besuche der Königin von England durch Meiningen führen. Der Kaiser, anscheinend annehmend, daß seine Durchreise daselbst nicht bekannt geworden sei, las Zeitungen bei dem Einfahren in den Bahnhof, ohne auf das zu achten, was vorging. Wie groß war seine Ueberraschung, als der Zug vor dem Fürstenzimmer hielt und aus demselben die Herzogin Marie, der Herzog Bernhard, der regierende Herzog und die anderen anwesenden Mitglieder der herzoglichen Familie traten, um ihren kaiserlichen Vetter und Onkel zu begrüßen. Seine Majestät entstieg eiligst dem Wagen und umschloß seine Cousine, der Thränen entrollten, tief bewegt, in langdauernder Umarmung. Es war für alle Zeugen eine ergreifende Begebenheit — ein jeder fühlte, daß es für die Herzogin Marie kein 1866 mehr gab.

Am selben Tage schrieb sie einer ihr nahestehenden Dame: „Als ich den Kaiser sah, fiel mir mein Bruder ein und ich mußte bitterlich weinen. Ob ich recht gethan, ihn zu begrüßen, weiß ich nicht, — wir hielten aber immer so viel von unserm Vetter Wilhelm — namentlich Karoline hing so an allen preußischen Verwandten. . . . ."

Am Jahre 1878 wurden die verwandtschaftlichen Beziehungen der Häuser Hohenzollern und Wettin durch die Vermählung des Erbprinzen Bernhard mit Ihrer K. H, der Prinzessin Charlotte von Preußen neu befestigt. Diesem freudigen Ereignisse folgte am 16. April 1882 die Vermählung der ältesten altenburgischen Enkelin, Prinzessin Marie, mit dem Erbprinzen von Schaumburg-Lippe, und am 27. April 1884 die Vermählung der Prinzessin Elisabeth von Altenburg mit dem Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch von Rußland. Das letztere war dadurch beeinträchtigt worden, daß der Gemahl der nun mehr gleichfalls Verewigten es nicht mehr erlebte. Herzog Bernhard war am 3. Dezember 1882 sanft entschlafen. Mit Ergebenheit, Mut und Demut beugte seine erlauchte Wittwe, die von nun an den Titel Herzogin-Mutter führte, sich vor dem unerforschlichen Willen Gottes. Der Pietät, der ihr so teueren Erinnerung an den Gefährten ihrer fast achtundfünfzigjährigen glücklichen Ehe sollte die hohe Frau leider zum Opfer fallen. Soweit es nachweislich ist, hat sie sich den Todeskeim dadurch gelegt, daß sie am 3. und am 17. Dezember 1887, dem Todestage und dem Geburtstage des Herzogs Bernhard, in die eisige Gruft, in welcher sie nun an seiner Seite ruht, hinabstieg, um Kränze auf seinen Sarg niederzulegen und bei diesem Liebesdienst länger verweilte, als ihr zuträglich war. Seit diesen Tagen war ihr Gesundheitszustand nicht befriedigend. Fröstеln und Hitze wechselten ab. Dabei war sie vielgeschäftig, um ihre zahlreichen Weihnachtsgeschenke zu ordnen. Von ihrer Umgebung darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Zustand Schonung verdiene,

meinte sie, daß vor Weihnachten von Schonung nicht die Rede sein könne, weil sie noch zu viel zu thun habe, um fertig zu werden. Täglich brachte die hohe Frau mehrere Stunden in den Räumen zu, wo hunderte von Paketen aufgestapelt lagen für eben so viel zu Bescheerende. Mit gleicher Sorgsamkeit berücksichtigte sie die Bedürfnisse, die Wünsche und Neigungen der Geringsten, wie diejenigen ihrer eigenen Familienmitglieder.

Ihre Wittwenjahre waren ihr durch die Liebe ihrer Kinder und Enkel versüßt und erheitert worden. Herzog Georg, stets von der rührendsten Aufmerksamkeit für seine Mutter, widmete ihr seine freie Stunden, denen sie mit Ungeduld entgegensah. Es waren vielleicht die gemütlichsten ihres Lebens.

Die Herzogin Mutter oder, wie das Volk sie aus langjähriger Gewohnheit lieber nannte: die Herzogin Marie, war die geborene Hoheit und hatte daher eine hohe Auffassung von ihrer fürstlichen Stellung, von der sie aber mehr die Pflichten, als die Vorrechte für sich in Anspruch nahm. Ganz Fürstin und ganz Frau, vereinigte sie die Tugenden beider der Art, daß man von ihr wohl sagen kann, daß sie nie Fürstin war, ohne Frau zu sein, und nie Frau war, ohne Fürstin zu sein. Sie war eine treue und bewährte Freundin denen, die sie ihrer Freundschaft wert hielt — sie war die wahre Mutter ihres Volkes, das sie heute noch betrauert und beweint. Wenn es schon ihre unbegrenzte Wohltätigkeit und ihre jederzeit offene, mildtätige Hand schwer entbehret, so noch vielmehr das stets tröstende Wort, das sie für jedermann hatte und

das rege, persönliche Interesse, das sie an jedermann nahm, vermissen. Ihr Andenken wird gesegnet werden noch von den zukünftigen Geschlechtern; denn ihre Güte wird in der Tradition fortleben.

Ein kleinstaatlicher Diplomat.

Hier folgt der Bericht, den der Frankfurter Senator Dr. Müller über seine Mission in das Hauptquartier des Königs Wilhelm in Brünn Ende Juli 1866 an den Senat in Frankfurt gerichtet hat. Dr. Müller war auf Einladung des Königs als Unterhändler, am 30. Juli von Frankfurt abgereist, hatte sich den nächsten Tag in Berlin aufgehalten und dort den Ministern von Mühler, Graf Eulenburg, von der Heydt, dem Unterstaatssekretair v. Thile, sowie Herrn v. Savigny, seinen Besuch abgestattet. „Ich habe, so lautete der Bericht wörtlich, bei diesen Besuchen, da ich annehmen durfte, daß die Entscheidung der Sache zur Zeit nicht in Berlin, sondern im Hauptquartier zu suchen war, nicht geklagt und supplicirt, ich habe einfach meine Person und deren Eigenschaft als berufener Abgesandter zur Vorstellung gebracht, habe auf vielfach gestellte Fragen mit möglichster Vorsicht geantwortet und ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Erfolg dieses, unter Beirat kundiger Persönlichkeiten, beschlossenen und streng beobachteten Verhaltens ein nicht ungünstiger gewesen ist. Bei meiner Ankunft in

Brünn, — wo er am 3. August Nachmittags eintraf — stellte ich mich sofort Sr. Majestät dem Könige vor und wurde von demselben, bei äußerst gnädiger Aufnahme, die jedoch rücksichtlich unserer Stadt aus allgemeinen Aeußerungen sich nicht heraus bewegen ließ, an den Grafen Bismarck verwiesen. Aus der Unterredung mit Graf Bismarck, welche sofort der Vorstellung bei dem Könige sich anschloß und wohl eine Stunde währte, muß Folgendes besonders hergehoben werden. Graf Bismarck erging sich zunächst in Klagen über Frankfurt und seine Presse. Ich habe mich dagegen bemüht, aus dem Verhältnisse von Frankfurt als Sitz der Bundesversammlung, und aus den historischen Beziehungen der alten Reichs- und Krönungsstadt zu Oesterreich ein anderes Bild zu entwickeln, ich fand und nahm dabei Gelegenheit, manche Erdichtungen und Uebertreibungen in das rechte Licht zu stellen und es fand damit dieser Gegenstand, der ja ohnehin nur einleiten sollte, seine Erledigung. Graf Bismarck teilte mir sodann mit, daß Oesterreich und Frankreich ihr Einverständnis damit erklärt hätten, daß Preußen eine Vergrößerung in und bis zu der Zahl von 4 Millionen Seelen sich aneigne. Graf Bismarck bemerkte dabei nicht, daß Hannover und Königreich Sachsen dabei in Betracht gezogen werden würden, wohl aber, daß die Einwohnerzahl der beiden Hessen, von Nassau und von Frankfurt nicht zu 4 Millionen hinaufsteigen. Frankfurt werde nicht an sich selbst herausgegeben, vielmehr von Preußen behalten werden. Frankfurt werde wohlthun, auf diesen Plan von Preußen entgegenkommend einzugehen. Es werde und solle in diesem Falle die privi-

legierteste Stadt in Preußen, weit priviligierter als Berlin werden und eine entsprechende Municipal-Verfassung erhalten. Es verstehe sich von selbst, daß Preußen eine Stadt, die es zu behalten gemeint sei, nicht werde ruinieren wollen. Die Contribution von 25 Millionen, resp. 19 Millionen sollte daher nur vorerst und nur theoretisch aufrecht erhalten, nicht aber beigetrieben werden. In hohem Grade überrascht, obgleich nach den Wahrnehmungen in Berlin auf Aehnliches vorbereitet, nahm ich nicht Anstand, sofort das Folgende zu erklären: das Wort „Mainlinie" und die scharfe Betonung, welche dasselbe seit längerer Zeit erhalte, habe in mir die Ansicht hervorgerufen, daß Preußen die dermalige Aktion nur als den ersten Schritt, als eine Vorbereitung zu künftigen, weiteren Actionen und Annektierungen betrachte. Es sei dies eine persönliche Auffassung, auf welche ich eine bestimmte Erklärung nicht erwarten könne. Sei diese meine Auffassung aber richtig, so scheine das eigne Interesse zu gebieten, die großen und bedeutenden Beziehungen, in welchen Frankfurt zu dem Süden von Deutschland stehe, die Einwirkungen, welche ersteres auf letzteres seiner Lage und Bedeutung als Handelsstadt nach, ausübe, in Betracht zu ziehen und wohl zu bemessen. Frankfurt, wenn selbstständig erhalten, aber auch nur in diesem Falle könne im Interesse weiterer Pläne als Krystallisationspunkt mit besonderem Erfolge benutzt werden. Graf Bismarck war durch diese Erklärung sichtlich betroffen und ich habe es daher gewagt, ihr auch in späteren Unterredungen mit dem Könige sowohl, als auch insbesondere mit dem Kronprinzen Ausdruck zu geben. Ich habe

namentlich bei dem Kronprinzen, bei welchem ich die Beziehungen von Frankfurt vorzugsweise zu Baden betonte, offenes Ohr und viel Verständnis und Neigung gefunden. Hat Graf Bismarck in der Erklärung, welche ich von ihm empfangen und nachher möglichst treu niederzuschreiben mich bemüht habe, den eigentlichen Gedanken der preußischen Regierung ausgesprochen — was wahr sein kann, aber auch Zweifel zuläßt, so dürfte in der von mir sofort gemachten Entgegnung ein Mittel zur Abwehr gefunden sein, wenn damit noch andere hier selbst nicht anzudeutende weitere Mittel verbunden werden. Einer weiteren Erörterung und Besprechung des Bismarck'schen Planes bin ich, aus wohlbedachten Gründen, aus dem Wege gegangen. Ich war der Ansicht, daß dem Manne gegenüber, mit welchem ich verhandelte, es vergeblich sein würde, Gründe der Pietät und des historischen Rechts geltend zu machen, daß es gerathener sein würde, sich gerade auf den Standpunkt zu stellen, von welchem der Gegner muthmaßlich ausging und ich bin heute noch der Ansicht, daß der im ersten Moment betretene Weg der richtige gewesen ist. Da Graf Bismarck zum Schlusse die Erwartung aussprach, daß die in Brünn begonnenen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden würden, so mußte ich meine Bereitschaft hierzu um so mehr zu erkennen geben, als die zugestandene, nur theoretische Aufrechterhaltung der Contribution immerhin als ein nicht unbedeutender Gewinn erachtet werden muß, machte jedoch dabei die ausdrückliche Voraussetzung geltend, daß ich über das bis jetzt Vernommene in der Heimat vorerst Bericht erstatten und Instruktion einholen

müsse, was als selbstverständlich zugestanden wurde. Weniger glücklich war ich mit einer zweiten Forderung, die ich zum Schluß gestellt und mehrfach wiederholte. Ich ersuchte nämlich um eine schriftliche Aufzeichnung darüber, wie bei Ausführung des Planes von Preußen die Verhältnisse in Frankfurt im Innern und nach außen gestaltet werden sollen. Wenn ich sage, daß ich mit dieser Forderung weniger glücklich gewesen sei, so muß dies so verstanden werden, daß ich weder eine Zusage, noch eine Ablehnung erhalten habe. Vielleicht dürfte gerade hieraus geschlossen werden, daß das Gegenprojekt durch Schaffung eines kleinen selbstständigen Staates einen Kristallisationspunkt für weitere Pläne zu bilden, auch bei dem Grafen Bismarck einen gewissen Eindruck, den ich auch sonsten verspürt, gemacht habe, oder, was vielleicht näher liegt, daß es mit der angedrohten Annektierung doch nicht voller Ernst sei. Für die in Berlin festzusetzenden Verhandlungen werden feste Instruktionen zur erteilen sein und dürfte es sich empfehlen, hierzu eine Commission von etwa 3 Mitgliedern niederzusetzen, welchen der gehorsamst Unterzeichnete, soweit es erforderlich, mit Aufklärungen und Beirat an Händen zu gehen, anzuweisen wäre. Es liegt übrigens in der Natur der Verhältnisse und bedarf wohl einer weiteren Rechtfertigung nicht, daß nämlich der gegenwärtige Bericht als das tiefste Geheimnis wird betrachtet werden müssen. Geschrieben zu Dresden am 6. u. 7. August 1866. Eines hohen Senates gehorsamer (gez.) Müller."

Wir finden den Einfall des Senators Müller, durch den er die Selbstständigkeit Frankfurts zu retten

hoffte, äußerst naiv. Unser Diplomat ist von dem Tiefsinn seines Einfalls so überzeugt, daß er ihm ein „Gegenprojekt" gegen den Vorsatz der Annexion nennt, ja, daß er meint, der Eindruck auf den Grafen Bismarck sei groß genug gewesen, um diesen zum vorläufigen Verzicht auf die schriftliche Aufzeichnung seiner Anerbietungen zu bewegen. Er hofft in seiner Entgegnung „ein Mittel zur Abwehr" gefunden zu haben, das Erfolg haben müsse, zumal, „wenn damit noch andere hier selbst nicht anzudeutende weitere Mittel verbunden werden." Ob er bei diesem dunklen Satz an eine französische Intervention zu Gunsten Frankfurts dachte oder ob er den Fonds für „erogationes ad exteros" (sic!), mit dem der Frankfurter Senat seine Unterhandlungen zur Zeit des Wiener Congresses unterstützte, auch für Berlin einige Wirksamkeit zutraute, vermögen wir nicht zu entscheiden.

Graf Bismarck, berichtet Herr Müller, war durch das Gegenprojekt „sichtlich betroffen." Ja wohl, betroffen über einen so unglaublichen Mangel an politischer Logik, denn eben, weil Frankfurt durch seine Bedeutung als Handelsstadt einen mächtigen Einfluß auf Süddeutschland ausübte, darum wollte er es ja aus dem Verbande der süddeutschen Staaten auslösen, in welchem es sich bisher als Mittelpunkt feindseliger Gesinnungen hervorgethan hatte. Graf Bismark forderte, daß die in Brünn begonnenen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt würden. Warum nun Herr Müller 5 Tage gebrauchte, um von Brünn nach Dres-Dresden zu gelangen, warum er nicht so schnell als möglich nach Frankfurt zur mündlichen Berichterstattung zurückkehrte, warum der Senat nicht unvorzüglich in

Berlin eine genaue Formulierung der der Stadt in Aussicht gestellten Vorteile zu erreichen suchte und hierauf die Proposition der Bürgerschaft zur Entscheidung vorlegte, warum statt dessen die Vertreter der Stadt die ganze Sache gerade vor denen in „tiefstes Geheimnis" hüllten, deren Wahl und Weh es betraf, warum sie wochenlang nichts thaten, so daß die endlich ernannte Comission erst an dem Tage in Berlin eintraf, an welchem das Annexionsgesetz dem Landtage vorgelegt wurde — das alles sind Fragen, die wir nicht zu beantworten vermögen. Wir haben aus dem Aktenstück nur den Eindruck gewonnen, daß selten eine Stadt in so entscheidungsvoller Zeit so übel geführt und beraten war.

Monarch und Minister.

Es war bei den Friedensverhandlungen mit Oesterreich und den Südstaaten im Juli 1866 ein volles Einverständnis zwischen dem Monarchen und dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten nur mühsam erreicht worden. Die Indemnitätsfrage hatte nicht minder Schwierigkeiten gemacht. Ein neuerer Historiker sagt über den schließlichen Ausgleich der Gegensätze: „Schwerlich wird die Nachwelt anders urteilen, als daß ein solches Verhältnis zwischen Monarch und Minister, eine solche Verbindung von Siegesbewußtsein und Mäßigung, ein solches Hand in Hand gehen von Selbstbeherrschung und Genialität, in aller menschlichen Geschichte sehr selten erschienen ist."

Die Harmonie beider blieb seitdem lange eine ungetrübte und zeichnete insbesondere die Zeit zwischen den beiden Kriegen von 1866 und 1870 aus. Dieser Zeitabschnitt ist so mit Zeugnissen des Königs Wilhelm, die sein Vertrauen zu Bismarck ausdrückten, ausgefüllt, daß nur böswillige Mythenbildung in diese Epoche allerlei Eifersüchteleien des Königs und Selbstüberhebungen Bismarcks verlegen konnte.

Insbesondere diente der Konflikt, in den die Konservativen mit Bismarck wegen des hannöverschen Provinzialfonds gerieten, dazu, die Beziehungen des Monarchen, der entschlossen und persönlich, wie wir sehen werden, der frondierenden Partei gegenübertrat, zu dem Minister-Präsidenten zu einem unzertrennbaren Bande auszugestalten. Wir verdanken diesem Zeitabschnitte mehrere Briefe des Königs an konservative Abgeordnete, in denen diese strenge Vorwürfe zu hören bekamen und gefragt wurden, ob denn die Wirren von 1862 bis 1866 sich wiederholen sollten, nur mit dem Unterschiede, daß die Konservativen die Rolle der Fortschrittspartie spielten. Die Briefe sind wichtig als Zeugnisse für die Stellung des Monarchen zu Bismarck, wie für seine konstitutionelle Anschauungen. Er schrieb z. B. an Herrn v. Bodelschwingh (den früheren Finanzminister):

„Wie wenig es in Meiner Auffassung der einmal angenommenen konstitutionellen Form liegt, aus Abgeordneten pure Ja-Herren zu machen, wissen Sie aus hundert Meiner Aeußerungen in vorgekommenen Fällen während Ihrer Sie ehrenden Laufbahn. Daher mache Ich Ihnen und denjenigen, welche Ihrem Beispiele olgten und in der hannoverschen Provinzialfondsfrage gegen das Gouvernement stimmten, dieserhalb keinen Vorwurf. Wohl aber trifft Mein Vorwurf die Tendenz, welche in der ganzen Debatte bei den Hochkonservativen und Forschschrittlern gemeinsam zu Tage trat, der Provinz Hannover bitter und unangenehm entgegentreten zu wollen, weil die Haltung ihrer Vertreter, wie die der Provinz noch nicht enragiert preußisch sich zeigt."

Am Schlusse des Briefes fügte er hinzu: „Noch ist Preußen nicht daran gewöhnt, seinen König von den Maßregeln seiner Regierung zu trennen, und Gott gebe, daß es nie anders werde. Daher muß der König zu Zeiten in die Bresche treten, wenn er Fehler bei dem umgeschaffenen Staatskörper sieht."

Der König war aufs höchste unwillig über die Fehler, die nach seiner Ansicht die Minister bei Einfügung der neuen Provinzen in die preußische Monarchie gemacht hatten. „Die Menge von Gesetzen und Verordnungen, vom Juni 1867," sagte er, „haben die Stimmung in den neuen Provinzen nur verschlimmert." Graf Lippe kam darüber zu Falle. Er hatte durch seine in Kurhessen getroffene Maßregeln sein Verbleiben im Amte unmöglich gemacht. Der König ging persönlich nach Kassel, wo er dem Oberbürgermeister Nebelthau beim Empfange sagte: „Es sind Irrungen vorgefallen, sie werden ausgeglichen."

In Bezug auf Hannover äußerte sich der König in einem Briefe dahin, er habe die Verhältnisse dort selber geprüft und deswegen Maßregeln ergriffen, um die begangenen Fehler wieder gut zu machen. Er hätte Vertrauensmänner einberufen, Provinzallandtage freiert und diese sofort in Wirksamkeit treten lassen, um so die wahren Wünsche Hannovers kennen zu lernen.

Nun gehörte zu diesen Wünschen auch die Bewilligung eines hannoverschen Provinzialfonds von 15 Millionen, dessen Zinsen der Provinz Hannover für Wegebauten u. dgl. zu gute kommen sollte. Ein Teil der Conservativen widerstrebte einer solchen Bevorzugung der Provinz Hannover aus Leibeskräften.

Der über diese Angelegenheit entbrennende Kon-

flikt der Hochkonservativen mit dem Ministerpräsidenten und dem Könige leitete eine Periode in unserer parlamentarischen Geschichte ein, die als eine neue Wendung derselben bezeichnet werden muß. Bis dahin hatte es in Preußen noch keine konservative Opposition gegeben, sie hatte sich in der neuen Ära zurückgehalten, war in der Konfliktzeit gegenstandslos geworden und schwieg im Reichstage. Kein Wunder, daß der Monarch persönlich in die Schranken trat, um den Zusammenstoß abzuwenden.

Der Zwischenfall verlief in der folgenden Weise. Am 19. Januar 1868 lud Graf Bismarck zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses (das eine keiner, das andere, Herr von Dieſt-Daber, der konservativen Fraktion angehörig) schriftlich zu einer Besprechung dieser Provinzialfonds-Frage zu sich ein.

Nach eingehender und über eine Stunde dauernder Erörterung aller Gesichtspunkte, gab Graf Bismarck diesen beiden Mitgliedern zunächst das Versprechen, keine Kabinetsfrage aus dieser Angelegenheit machen zu wollen und erklärte sich dann hinsichts des ihm seitens eines dieser beiden Abgeordneten unterbreiteten Vorschlages, welcher dahin ging:

„Der Königlichen Staatsregierung im Staatshaushaltsetat für 1868 den Betrag von 500,000 Thalern zu den im vorliegenden Gesetzentwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen, und dieselbe aufzufordern, spätestens bei Vorlegung des Staatshaushaltetats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämmtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen", etwa folgendermaßen:

„Bei der bestimmten Position, die das Staats-

ministerium in der Sache einmal gewählt, könnte man nicht von ihm verlangen, daß er für diesen Vorschlag im Abgeordnetenhause eintreten solle, im übrigen ließe derselbe sich hören, und sei in mancher Beziehung ein Auskunftsmittel, welches seinen Wünschen sogar entgegen komme, denn er habe eigentlich die Absicht gehabt, Hannover nicht in einem Provinzial-Verband zu belassen, insbesondere Teile von Ostfriesland wieder mit Westfalen zu vereinigen. An der Ausführung dieses Planes sei er durch die Kürze der Zeit bisher behindert worden. Werde nun ein Jahr Frist gewonnen, so ließe sich derselbe vielleicht noch realisieren."

Auf die zunächst von einem der beiden Abgeordneten mit einer gewissen Feierlichkeit noch an ihn gestellten Frage: Ob in irgend einer Weise Seine Majestät der König durch eine Zusage oder ein Versprechrn engagiert sei, antwortete Graf Bismarck:

„Nein, meine Herren, darüber kann ich Sie beruhigen, Seine Majestät haben vielmehr der ihm nachgereisten Deputation auf der Insel Mainau die Antwort gegeben: Er könne kein Versprechen geben, müsse vielmehr erst seinen Landtag fragen."

Nachdem nun der in obiger Weise vorgetragene Vermittelungs-Vorschlag eingebracht worden war, wurde in der etwa dreiwöchentlichen Zwischenzeit, bis der Gesetzentwurf auf die Tagesordnung kam, jener deutlichen Antwort und ihrer durch die beiden Abgeordneten geschehenen weiteren Mitteilung ungeachtet, eine angebliche Königliche Zusage von den Offiziösen unter den Abgeordneten andauernd und mit Erfolg ins Gefecht geführt, so daß schon damals eine förmliche Spaltung in der konservativen Fraktion eintrat.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar 1868 sprach sich Graf Bismarck am Schlusse seiner Rede folgendermaßen aus:

„Nur dazu habe ich hauptsächlich das Wort ergriffen, um faktisch zu konstatieren, wie es sich mit den Zusagen verhält, die gegeben sind. Der Hannoversche Provinzial-Landtag hat den Ihnen bekannten Antrag einstimmig gestellt. Seine Majestät der König befand sich nicht hier anwesend. Das Ministerium hatte deshalb diesen Antrag zur Kenntnis Seiner Majestät, damals auf der Insel Mainau im Bodensee gebracht und um die Erlaubnis gebeten, diejenige Antwort zu geben, die der Oberpräsident Graf Stolberg, nachher gegeben hat, und die ich als bekannt voraussetzen darf. Es ist also eine Zusage mit Ermächtigung des Königs gegeben.

Der Herr Vorredner (Hr. v. Vincke) hat mich an parlamentarische Gewohnheiten erinnert, nach denen ich Namen, die nicht hergehören, nicht hineinziehen möchte. Es ist vielleicht mehr ein Ueberrest von dem alten Sauerteig, daß es mir noch nicht gelingt, die Königliche Regierung von Seiner Majestät in dem Maße, wie der Herr Vorredner, zu trennen.“ (Bravo!).

Herr v. Dieſt und Genossen beabsichtigten in jener Sitzung in Form einer persönlichen Bemerkung, da sie durch die wiederholte gegenteilige Versicherung sich für persönlich kompromittiert ansahen — sofort eine öffentliche Berichtigung eintreten zu lassen, unterließen es aber, durch den zweiten, oben erwähnten Abgeordneten, welcher vor ihnen saß, zurückgehalten.

Der allgemeine Eindruck im Abgeordnetenhause mußte hiernach der sein, daß eine königliche Zusage

gegeben worden sei und der Antrag von Kardorff: der Provinz Hannover zu eigener Verwaltung den Betrag von jährlich 500,000 Thlr. aus den Staatshaushalts-Einnahmen eigentümlich zu überweisen und diese Summe fortan auf das Ordinarium des Etats zu setzen — ging infolge dessen mit 199 gegen 192 Stimmen durch. Eine fernere Abstimmung über den oben erwähnten, dem Grafen Bismarck vorher unterbreiteten Antrag stand noch bevor.

Inzwischen fand am Abend des 6. Februar ein Hoffest bei dem Könige statt. Bismarck war zugegen, wie die anderen Minister und viele Abgeordnete, auch konservative Frondeurs aus dem Abgeordnetenhause. Der König sagte zu Bismarck: Führen Sie doch mal Herrn von N. zu mir, ich habe ein Wort mit ihm zu sprechen. Es war das einer der Abgeordneten, welche auf eine schriftliche Einladung bei dem Grafen Bismarck am 19. Januar erschienen waren und dem letzterer auf Anfrage das Nichtvorhandensein einer königlichen Zusage versichert hatte. Es folgte eine lebhafte Diskussion, die den hannoverschen Provinzialfonds betraf. Der König hielt mit seinem Urteil über das Gebahren der Konservativen nicht zurück und erklärte es für ein Mißverständnis, wenn dieselben dem Ministerpräsidenten ein Doppelspiel zuschrieben. Allerdings habe er, der König, seine Zusage an die hannoverschen Stände nicht direkt erteilt, aber, die Minister durften sie in seinem Namen in seiner Abwesenheit erteilen, da sie seine Ansicht aus der hessischen Schatzfrage her kannten, auch habe er die Zusage bestätigt, was offenkundig ward, indem er die betreffende Gesetzesvorlage dem Landtage machte.

Diese Unterhaltung des Königs auf dem Hofballe hatte die Wirkung, daß am Tage darauf der erwähnte Antrag verworfen wurde. „Es sind zu viel Streber in unserer Partei", sagte Herr von Diest-Daber.

Am 10. wandte sich der König in einem Schreiben an Herrn von Bodelschwingh, um noch einmal den Grafen Bismarck gegen die Verdächtigung der Konservativen zu vertreten. Wenn er auch nicht persönlich wie Bismarck richtig bemerkt hätte, engagiert gewesen wäre, so ging doch — schrieb er — aus dem ganzen procédé bis zur quäftionierten Gesetzesvorlage hervor, in welchem Grade Ich persönlich thätig in der ganzen Angelegenheit gewesen war, da man allgemein durchfühlte, daß Ich persönlich eingetreten war, wo Meine Regierung Mißgriffe gemacht hatte.

„Diese Meine Stellung konnte und durfte Ihnen und niemandem, der den Verhältnissen folgt, unbekannt sein.

Nun tritt aber die Partei, auf welche Ich und Meine Regierung sich allein stützen konnten, scharf gegen diese Vorlage auf und hält in Verbindung mit Mitgliedern der extremen Linken Reden, welche den neuen Unterthanen auf das empfindlichste geradezu ins Gesicht schlagen und die guten Eindrücke, welche endlich langsam erreicht waren, vollkommen vernichten müssen.

Auf diese Art sah Ich also Meine Bemühungen im Begriff, zu scheitern, wenn Ich Mich nicht in einer Art aussprach, aus der jenes Land annehmen konnte, daß weder Ich, noch Meine Regierung solche Schmähungen teilten oder gut hießen.

Dies unbedachte Benehmen des Abgeordnetenhauses ist es also, was Mich persönlich verletzte, indem Meiner persönlichen Thätigkeit in der vorliegenden Frage keine Rechnung getragen ward und ebensowenig Meine Minister berücksichtigt wurden, vielmehr Angriffen sich ausgesetzt sahen, wie in den schlimmsten Tagen der sogenannten Wirren, — Männer, die zu Mir standen und so Großes vollbringen halfen! Und dies Verfahren ging großenteils von Männern aus, die der Partei angehören, auf welche — wie schon gesagt — Meine Regierung sich stützte. Solches Benehmen haben Meine Minister nicht verdient, ja, Ich muß es sagen, das habe Ich nicht verdient!

Wenn Graf Bismarck nach den ersten Debatten Sie alle aufmerksam machte, was auf dem Spiele stehe, so war das die Folge des Eindrucks, den Ich von der Sachlage hatte und den er wiedergab.

Ich frage Sie alle, wenn es möglich ist, daß nach dem Jahre 1866 solche Dinge im Abgeordnetenhause schon 1868 vorgehen, auf wen soll Ich Mich künftig stützen? Sie treiben Mich ja geradezu der entgegengesetzten Partei in die Arme, wenn Ich bei Ihnen keine Stütze mehr finde!

Somit haben Sie die Aufklärung über Meinen Tadel auf dem Hoffeste, den Ich unter den gegebenen Umständen laut werden lassen mußte."

Herr von Dieſt-Daber sagte über diesen Brief: „Seine Majestät der König kann uns tadeln, so scharf er will, das schadet uns nichts und unsere Treue wird deshalb auch nicht um eines Haares Breite wanken."

Nachher hatten Herr von Dieſt-Daber und die

gesamte Fronde noch den Verdruß, in der amtlichen „Provinzialkorrespondenz" sich verleumdet zu finden. Dieselbe brachte am 12. Februar die folgenden Sätze: „Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche Königliche Zusage an die hannoverschen Stände erteilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde." Und ferner:

„Die Regierung mutet, wie der Ministerpräsident wiederholt versichert hat, der konservativen Partei so wenig wie einer anderen Partei zu, in irgend einer Frage ihre Grundsätze zu opfern und gegen ihr politisches Gewissen zu handeln. Gerade weil grundsätzliche und Gewissensfragen für die Partei eingestandener Maßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlbegründeten und klar ausgesprochenen Ansicht nicht blos wichtige politische Verpflichtungen, sondern geradezu die Einlösung einer im Namen des Königs gegebenen Zusage in Frage standen, — deshalb konnte und mußte die Regierung erwarten, daß die konservative Partei alle Bedenken von blos praktischer Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig den von der Regierung entschieden in den Vordergrund gestellten höheren Rücksichten opfern würde. Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten so gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer Täuschungen über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitei worden wären."

Infolge dieses, der Wahrheit allerdings nicht entsprechenden amtlichen Artikels richtete einer der beiden oben erwähnten auf schriftliche Einladung bei dem Grafen Bismarck gewesenen Abgeordneten am

14. Februar einen Privatbrief an den Ministerpräsidenten. Derselbe hatte eine schleunige Wirkung. Es wurde eine Revokation in der Provinzial-Korrespondenz zugesagt. Dieselbe erschien wöchentlich nur ein Mal alle Mittwoch und enthielt am 19. Februar die durch Umschreibung allerdings etwas abgeschwächte Revokation. Die auf den 20. Februar anberaumt gewesene Herrenhaussitzung über den Gesetzentwurf wurde inzwischen auf den 18. (also einen Tag vor Erscheinen obiger Revokation) verlegt. Der Grund dieser Verlegung dürfte nicht schwer zu finden sein. Die Zersetzung der konservativen Partei begann bereits im Februar 1868. Die Ultras unterlagen. Die Stellung des Bundeskanzlers erwies sich durch den Halt des Monarchen als ein so fester, daß die Fronde damals noch nicht daran denken konnte, an ihm zu rütteln. Man versuchte das erst nach dem Kriege von 1870/71. Aber von anderer Seite wurde daran schon nach dem Kriege von 1866 gedacht.

Am kronprinzlichen Hofe herrschte Verstimmung. Der Kronprinz, der während des Krieges wiederholt in die Lage gekommen war, an der Seite Bismarcks der Militärpartei samt dem Könige gegenüberzutreten, war doch mit den Resultaten des Krieges nicht überall einverstanden. Er fand sie auf einer Seite dürftig, auf der anderen brutal. Während der Friedensverhandlungen war er, wie Sybel erzählt, mit dem Gedanken hervorgetreten: sein Vater müsse die Würde eines Königs von Deutschland erhalten. Bismarck erinnerte dagegen, es gäbe noch andere Könige von Deutschland, von Hannover, von Sachsen u. s. w. Diese würden dann, war die Antwort, wieder den

Herzogstitel annehmen. „Aber Sie werden das nicht wollen," — „Sie werden müssen!" rief der hohe Herr. Nach dem weiteren Verlaufe der Ereignisse gab er dies System freilich auf, äußerte dann aber Anfang 1867, der König möge sich den deutschen Kaisertitel beilegen. Denn dem Volke gäbe der Titel eines Bundespräsidenten kein ergreifendes Bild, die Erneuerung der Kaiserwürde aber werde ihm die erlangte Einheit anschaulich verkörpert zeigen und die Erinnerung an des Reiches alte Macht und Größe alle Herzen entflammen. Der König und Bismarck dachten anders.

Was die Annexionen betrifft, so hätte der Kronprinz Schleswig-Holstein gern dem Herzog Friedrich, dessen Sache er schon in den Verwicklungen vor dem Kriege zu der seinen gemacht hatte, ausgeliefert gesehen. Das Schicksal Hannovers, das am englischen Hofe den tiefsten Eindruck machte, wurde auch in Potsdam schmerzlich empfunden, namentlich von der Kronprinzessin. So lange der Kronprinz lebte, haben die Welfen auf seine Unterstützung gerechnet, wie das auch jener Brief bezeugt, den der Herzog von Cumberland an die Königin Victoria im Jahre 1878 richtete und worin es hieß: „Es war mir recht angenehm, von Sir Charles Wyke bestätigt zu hören, daß der deutsche Kronprinz und meine Cousine, die Kronprinzessin, einer friedlichen Ordnung der bestehenden Mißverhältnisse besonders geneigt sind. Der Kronprinz und die Kronprinzessin vermögen in ihrer Stellung zu dem ihnen angestammten Throne vollständig das Maß der Rechte und Pflichten zu ermessen, die derjenige hat, welcher von Gottes Gnaden

zu einem Throne berufen ist, und können gerade sie deshalb den Ernst, die Schwierigkeiten und das Schmerzliche meiner Lage vorzugsweise verstehen und würdigen."

Hatte der Kronprinz bereits in der Konfliktszeit für das, was er das „System Bismarck" nannte, die spöttische Bezeichnung „Bismarckerei" in Umlauf gebracht, so kam jetzt, nach dem siegreichen Kriege, noch der quälende Gedanke hinzu, daß durch des Kanzlers persönliche Bedeutung der Glanz des regierenden Herrscherhauses viel verlieren könne. Es zirkulierten deshalb in Berlin auch längere Zeit fertige Ministerlisten, welche für den Fall, daß der Kronprinz zur Regierung käme, verwirklicht werden sollten; es standen darauf Männer, deren „Ergebenheit" ebenso inkonstabel war, als ihr „Liberalismus", z. B. v. Bennigsen: Reichskanzler, Gneist: Kultusminister ꝛc. Allgemein war die Vorstellung, daß, wenn der Kronprinz zur Regierung komme, der „Liberalismus" in Kirche und Staat zur Herrschaft gelangen würde. Man schloß dies schon aus dem „freisinnigen" Verkehr, den der Kronprinz und mehr noch seine Gemahlin an ihren Hof zu ziehen wußten. Da sah man auf ihrem Parquet Vertreter „liberaler" Kammerfraktionen, „liberale" Professoren und Künstler und selbst „liberale" Prediger sich bewegen. Auch die freiere Richtung in der Loge fand hier ein Asyl. Der Sturz Bismarcks war ein Gedanke, den die liberalen Hofpolitiker, wie Herr v. Schleinitz, Herr v. Gruner, die auch beim Könige Wilhelm, der ihre persönlichen Dienste aus früherer Zeit schätzte, Zutritt fanden, schon während der Konfliktszeit verfolgten. K. Biedermann erzählt

uns davon in seinem Buche „Aus meinem Leben". „Von einflußreicher Seite", schreibt er, „wird an dem Sturze des Grafen Bismarck gearbeitet". „Wer wird, fragte ich, sein Nachfolger sein? Sollte man etwa zu einem liberalen Ministerium greifen wollen, um das vom Grafen Bismarck in der auswärtigen Politik verfolgte Ziel, dessen Erreichung auf dem von ihm eingeschlagenen Wege sich anscheinend als unmöglich erwiesen hat, mit anderen Mitteln, etwa mit Zuhilferufung der Vollkraft der deutschen Nation, zu erreichen?" Und ich antwortete darauf: „Aber wo sind die Männer, die in echt liberalem und nationalem Geist, zugleich doch mit derselben Energie, wie Graf Bismarck, die Zügel der auswärtigen und namentlich der deutschen Politik Preußens zu ergreifen befähigt sein möchten? Und so kommen wir zu dem sonderbaren Schluß: so entschieden wir den Fall des Systems Bismarck wünschen müssen, so sehr ist doch zu beklagen, daß sich dieses System nicht von diesem Manne trennen läßt, oder daß dieser Mann sich nicht von diesem Systeme hat trennen mögen; so sehr bleibt zu fürchten, daß mit dem Verfehlten des Systems auch dasjenige verloren gehen werde, was, wenn es sich aus der Verstrickung mit jenem Verfehlten hätte herauslösen lassen, für Preußen und Deutschland fruchtbringend hätte werden können."

Wir wollen hinzufügen, daß u. A. der Graf Adolf Heinrich von Arnim Boitzenburg, der schon in den vierziger Jahren als Staatsminister des Innern fungiert hatte, als Nachfolger Bismarcks in's Auge gefaßt wurde. Ein Ministerium im Beginn der „neuen Aera" hatte er ausgeschlagen. Daß seine

Candidatur im Jahre 1865 ihm nicht gerade die Freundschaft Bismarcks zuzog, wird man natürlich finden, sogut wie dessen Abneigung gegen Herrn von Gruner, den der Kronprinz nach dem Kriege poussierte, um ihn entweder selbst zum Nachfolger Bismarcks zu machen, oder doch seine Mitwirkung bei der Bildung eines neuen Cabinets in Anspruch zu nehmen.

Der Unterstaatssekretär a. D. v. Gruner gehörte in den funfziger Jahren zu den Männern, welche sich durch die Verteidigung der Verfassung verdient machten und auf die sich, weil sie sich des persönlichen Vertrauens des Prinz-Regenten erfreuten, der besondere Haß der Kreuzzeitungspartei konzentrierte. Herr v. Schleinitz hatte als der Vertrauensmann des Prinzen und der Prinzessin von Preußen schon seit der Thronbesteigung König Friedrich Wilhelms IV. zu den Mitbegründern des „Preußischen Wochenblattes" gehört und an diesem arbeitete auch Herr von Gruner (wie Mathis u. A.) fleißig. Derselbe ließ sich, als Graf Bernstorff, der Nachfolger des Herrn v. Schleinitz, Minister des Äußern war, im Laufe des Sommers 1862 zur Disposition stellen. An seiner Stelle wurde am 26. August des genannten Jahres Herr v. Sydow mit der Führung der Geschäfte als Unterstaatssekretär des Äußern kommissarisch beauftragt. Herr v. Gruner war mit der Politik Bismarcks ganz und gar nicht einverstanden. Die Differenzen wirkten noch lange nach. Es war ein Kuriosum, daß Herr von Gruner vom liberalen Standpunkte aus die herrschende Kirchenpolitik bekämpfte und vollständig sich mit den Ultramontanen und nicht bloß im Kulturkampfe identifizierte. Seit 1862 durch Allerhöchstes Vertrauen in das Herren-

haus berufen, war es die parlamentarische Arena, wo er den Kampf mit Falk, Bismarck und den Liberalen beider Häuser lebhaft aufnahm.

Der König war mit den feindlichen Bestrebungen gegen Bismarck so wenig einverstanden, daß er seinen Verdruß darüber mehr als einmal aussprach. Wir wissen, daß König Wilhelm schon in der ersten Begegnung mit Bismarck bei dessen Berufung an die Spitze des Ministeriums sich über seinen Sohn beklagte: „Ich habe alles versucht, sagte er, und sehe nirgends einen Ausweg. Meine Minister sind gegen mich, mein Sohn hat sich auf ihre Seite gestellt. Auch Sie sind ja bereits bei ihm gewesen. Komme ich mit Ihnen zu keiner Verständigung, so lasse ich dies hier in den Staatsanzeiger setzen und dann mag mein Sohn zusehen, wie er fertig wird. Die Preisgebung der Armee-Reorganisation ist gegen meine Ueberzeugung und gegen diese zu handeln, würde mir als eine Pflichtwidrigkeit erscheinen."

Wir wissen ferner, wie wenig die Klagen des Königs über den kronprinzlichen Hof, auch die gegen den Kronprinzen (in der Danziger Affaire) notwendig gewordenen Schritte verborgen geblieben sind. Jetzt, nach dem glorreichen Kriege von 1866, hatte sich der Monarch auch noch gegen die verstärkten Versuche, ihn von Bismarck zu trennen, zu verwahren. Wir wissen nicht, ob der Kronprinz so weit gegangen ist, dem Könige offen zu sagen: „Dieser Mann wird uns zu groß, wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen." Es ist aber bekannt geworden, daß er nach einem Nachfolger Bismarcks forschte, gerade im Jahre 1867, das die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages, die

Beratung der Bundesverfassung, die Luxemburger Frage, den Abschluß des Zollbundes, den Besuch des Kaisers Alexander, die Pariser Reise, die schwierigen Verhältnisse in Hannover u. s. w. brachte, Momente, in denen bei König Wilhelm I. unmöglich die Absicht bestanden haben kann, sich von seinem Minister-Präsidenten zu trennen, an welchen ihn damals schon so große gemeinsame Erinnerungen und eine so bewegte politische Zeit doppelt fest knüpften. Ein Schatten mag vielleicht vorübergehend auf diese Beziehungen gefallen sein, als es sich um die Entlassung des Justizministers, Grafen zur Lippe, handelte. Der König fühlte sich seinen Ministern aus der Konflikts- und Kriegszeit dankbar verpflichtet. Aber Graf Lippe hatte durch seine in Kurhessen getroffenen Maßnahmen sein Verbleiben im Amt unmöglich gemacht und der König ging persönlich nach Kassel, wo er dem Oberbürgermeister Nebelthau beim Empfange sagte: „Es sind Irrungen vorgekommen, sie wieder auszugleichen bin ich hier."

Wer den Verhandlungen des konstituierenden Reichstags und der Herbst-Session des Parlaments im Jahre 1867 beigewohnt hat, weiß aus dem Foyer, wie alle diese Dinge damals als offenes Geheimnis besprochen wurden. Was vor Kurzem — im Jahre 1890, nach dem Rücktritt Bismarcks — eine Zeitung über König Wilhelm I. und Bismarck im Jahre 1867 berichtete, widerspricht in Allem den klaren Thatsachen jener Zeit. Jene Zeitung meldete:

„Mit den Erfolgen des Kanzlers wuchs in überraschender Schnelligkeit seine herrische Eigenart. Und beides zusammen erhob seine Stellung frühzeitig zu

einer so ungewöhnlichen Höhe, daß sie den Thron zu überschatten begann. Mit Sorge blickte König Wilhelm auf diese Entwickelung, und schon im Jahre 1867 sann er, wie wir verbürgen können, auf Abhülfe. In einem Gespräch, das er damals mit dem Kronprinzen über den Kanzler führte, erklärte er: „Dieser Mann wird uns zu groß. Wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen und ich beanspruche dazu Deine Mitwirkung." Der Kronprinz wandte sich an eine Persönlichkeit, die in gleich hohem Grade sein Vertrauen wie das seines erlauchten Vaters genoß: an Herrn v. Gruner, der als Unterstaatssekretär des Innern im altliberalen Ministerium fungiert hatte, und beauftragte ihn, geeignete Männer für das Amt des Kanzlers vorzuschlagen.

„Wir wissen nicht, woran die Mission des Herrn von Gruner scheiterte. Wir wissen nur, daß Fürst Bismarck seitdem einen heftigen Groll gegen ihn hegte. Und als der verdiente Mann zu seinem sechzigsten Geburtstage von Kaiser Wilhelm zum wirklichen Geheimen Rat erhoben wurde, da verhinderte der Kanzler — wohl ein beispielloser Vorgang — daß diese Ernennung im „Reichsanzeiger" publiziert wurde. Die „Excellenz" des Herrn von Gruner galt deshalb nur für den Hof. Wir wissen auch, daß seitdem der Kanzler sich nicht mehr im Besitz seiner Würde sicher glaubte, und jeden begabten und beim Monarchen beliebten hohen Beamten mit argwöhnischen Augen als Nebenbuhler betrachtete.

„Lange Jahre nicht mit Unrecht, denn das Gefühl, das den König im Jahre 1867 durchdrang, wurde in den nächsten anderthalb Jahren nicht schwächer. Vielmehr trug manches dazu bei, es zu verstärken. Die

Stellung des Kanzlers wurde immer dominierender, seine Reizbarkeit immer größer, seine Anwesenheit in Berlin immer seltener, und seine Entlassungsgesuche immer häufiger. Man könnte fragen, warum unter solchen Umständen der Monarch nicht eines dieser Entlassungsgesuche genehmigte. Die Antwort darauf ist nicht schwer zu geben. Es war einmal die Verlegenheit um einen Nachfolger, der mitten in der schwierigen innern und äußeren Lage die Erbschaft Bismarcks übernehmen wollte und noch mehr das zunehmende Alter des Kaisers. Im Jahre 1867 mochte dieser noch in sich die Kraft fühlen, mit einem neuen leitenden Minister die Regierung zu führen. Zehn Jahre später, als er das 80 Lebensjahr erreichte und als obendrein seine körperliche Rüstigkeit durch das Nobilingsche Attentat stark erschüttert wurde, da war dieser Gedanke für ihn so gut wie ausgeschlossen. Damit verband sich, daß die eminenten Erfolge des Kanzlers, so wie seine erstaunliche Findigkeit in den verworrensten Situationen es dem Kaiser allmählich als ein geringeres Uebel erscheinen ließen, die Ausnahmestellung des Kanzlers zu ertragen, als sich seiner langbewährten Dienste zu berauben. Aus diesen Erwägungen heraus mag das bekannte „Niemals", wenn es historisch ist, seiner Feder entflossen sein. Aber es mag doch daran erinnert werden, daß dieses „Niemals" unter dem vorletzten Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck stand, das letzte wurde dagegen vom Kaiser so kühl abgelehnt, daß der Kanzler es für geraten fand, kein neues mehr einzureichen. Es wurde die Parole ausgegeben, der Kanzler habe sich entschlossen, Meinungsverschiedenheiten nicht mehr zu verfolgen, sondern seinem kaiserlichen Herrn bis zum letzten Athemzuge zu dienen.

Das ist die Wahrheit über das Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler, und daran ändert auch nichts, daß der Kaiser in der tiefen Dankbarkeit, die ihn auszeichnete, bei gegebener Gelegenheit den Fürsten in großartigster und hochherzigster Weise ehrte."

Alles ist in diesem Phantasiestück auf den Kopf gestellt, alles umgekehrt und verkehrt. Nur das ist richtig, Bismarck war seinem Gegner v. Gruner nicht so freundlich zugethan, wie vielen anderen Leuten. Als der Kaiser dem oppositionellen Herrn v. Gruner im Jahre 1874 oder ungefähr den Titel eines Wirklichen Geheimen Rates verlieh, entstanden allerdings Schwierigkeiten wegen der Gegenzeichnung dieser Verfügung. Fürst Bismarck lehnte sie ab und sie erfolgte sodann durch den Hausminister von Schleinitz. Es übernahm also ein Hofbeamter, wie der Minister des königlichen Hauses es ist, eine Gegenzeichnung. Herr v. Gruner war also verfassungsrechtlich nicht Wirklicher Geheimer Rat, da der Verfassung gemäß ein Staatsminister, nicht ein Hofbeamter gegenzeichnen muß. Auch hat der Staatsanzeiger, als im Oktober 1885 Herr v. Gruner starb, diese Ernennung ignoriert und bei Erwähnung des Todesfalls nur von einem Wirklichen Geheimen Legationsrat a. D. gesprochen.

Dem Könige und späteren Kaiser Wilhelm I. hat jede Eifersüchtelei auf die Verdienste und das Ansehen Bismarcks in irgend einer Periode seiner Regierung so fern gelegen, als er je die Geltendmachung eines niederdrückenden Uebergewichts seitens des Ministerpräsidenten und Kanzlers abzuwehren Veranlassung fand. Gelegentliche politische Gegensätze haben stets eine freie Aussöhnung gefunden in dem gemeinsamen

Streben beider nach demselben Ziele. Grade die Zeit zwischen den beiden Kriegen von 1866 und 1870 zeigt uns den Monarchen in den inneren schweren Kämpfen, welche die Befestigung und Ausgestaltung des neu geschaffenen Norddeutschen Bundes mit sich führte, wie in der äußeren Politik, deren Handhabung damals das größte diplomatische Geschick erforderte, unentwegt auf der Seite Bismarcks. Dafür liegt eine Reihe von schriftlichen und mündlichen Zeugnissen des Königs aus jener Zeit vor. Er hat seine Zustimmung zu den wirtschaftlichen Reformen, die damals den liberalen Kitt des neuen deutschen Staatswesens bildeten, gelegentlich geäußert, hat Privatbriefe an konservative Parlamentarier gerichtet, worin er ihren Widerstand gegen die Selbstverwaltungsreform, gegen preußische partikularistische Gelüste, u. dergl. rügt und Hingabe an die nationale Sache ans Herz legt. Er hat Hoffestlichkeiten und die daselbst stattfindenden Begegnungen mit dem einen oder anderen Gaste zu einer politischen Diskussion benutzt. Alle solche Kundgebungen lassen erkennen, daß vor allem die Persönlichkeit des Fürsten selbst, daß sein eigenstes Wesen und Streben der lebendige Mittelpunkt der wunderbaren Entwickelung ist, welche seiner Regierung eine so gewaltige Bedeutung gegeben hat. Unter den glücklichen Fügungen, die dem Könige zu statten kamen, steht in erster Reihe, daß ihm auf den verschiedenen Gebieten staatlichen Wirkens und Schaffens Männer von seltener Größe und in merkwürdigster sich gegenseitig ergänzender Vereinigung zur Seite standen. Je größer und bedeutender aber diese politischen und militärischen Heldengestalten waren, desto mehr wird die Geschichte es

anerkennen, daß Kaiser Wilhelm, während er den Räten, welche sein scharfer Blick sicher erkoren hatte, willig ein reiches Maß hingebenden Vertrauens erwies und ein tief ergreifendes Wirken gestattete, doch die oberste Leitung und die höchsten Entscheidungen der Gesamtregierung jeder Zeit in seiner Hand und unter der Erwägung seines fürstlichen Gewissens behielt. Es ist vielleicht einzig in der Geschichte der Völker, daß ein Staatsmann von so genialer und phänomenaler Bedeutung und von so durchgreifender schöpferischer Wirksamkeit, wie es der erste Kanzler des deutschen Reiches war, seine großartige Thätigkeit unter einem Fürsten ausübte, der es selber mit seiner Regentenpflicht, mit der gewissenhaften eigenen Erfüllung seines hohen Berufes jeder Zeit so vollkommen ernst gehalten hat, wie Kaiser Wilhelm. Es ist nicht minder bezeichnend, daß der große „Denker der Schlachten", der die Feldzugspläne in Böhmen und in Frankreich genial entwarf und glänzend ausführte, dabei Schritt vor Schritt im Einvernehmen und nach eingehendster Verständigung mit einem Fürsten handelte, der selbst der wirkliche, jeder Zeit vollbewußte, entscheidende Feldherr war und als solcher anerkannt und verehrt wurde.

Weit entfernt, daß das Verdienst und der Ruhm des einen durch den Anteil des andern irgendwie geschmälert würde, gereicht vielmehr das wunderbar-harmonische Zusammenwirken in williger gegenseitiger Anerkennung dem Fürsten und seinen großen Werkmeistern zu erhöhtem Ruhme.

Durch die gesamte Regierungsthätigkeit des Kaisers und Königs geht ungeachtet der mannigfachen Bewe-

gung und großartigen Entwicklung ein unverkennbar einheitliches Gepräge, das ohne die volle Selbständigkeit seines Thuns und Lassens und ohne die Abwesenheit jeder Beeinträchtigung seines eigenen Willens nicht gedacht werden könnte. (L. Hahn.)

Der Zeitraum 1866—1870 war reich an Konflikten und Friktionen des leitenden Staatsmannes mit den parlamentarischen Parteien, auch mit denen, die seine Stütze bildeten, sowie mit seinen Collegen, namentlich Graf zur Lippe und Herrn v. Mühler. Insbesondere traten bereits die Anfänger jenes Kampfes hervor, der von den Hochkonservativen gegen Bismarck unternommen, erst nach dem Kriege von 1870 zum vollen Ausbruch kam und auf den Sturz desselben zielte. Es gab noch andere Reibungen. Die Friedenspolitik des Bundeskanzlers trat wiederholt in jenen Gegensatz zu dem Drängen der Kriegspartei, der fast die gesamte Wirksamkeit des leitenden Staatsmannes bis zu seinem Rücktritt ausfüllte. Es gab nach allen diesen Richtungen hin heftige Krisen, die König Wilhelms Vertrauen zu seinem ersten Ratgeber auf harte Proben stellten. Es gab Gegensätze zwischen beiden auszugleichen, wie der Monarch die Konflikte des Kanzlers nach anderen Seiten hin auszugleichen hatte.

Noch heute muß Fürst Bismarck von den Hochkonservativen sich daran erinnern lassen, daß unmittelbar nach dem Krieg und Sieg von 1866 verhängnisvolle Spuren einer Schwenkung in der inneren Politik sich bemerkbar machten. Die Nachsuchung der „Indemnität wäre die allererste gewesen, ein Ereignis von unheilvoller Bedeutung." Und seitdem habe Bismarck die Linie des Liberalismus nie wieder ganz verlassen.

„In Preußen hatte, so wird gesagt, die konservative Richtung Kraft genug, um in dem Landtag maßgebend zu sein. Im deutschen Reich war der Liberalismus viel stärker, gegen die partikularistischen und ultramontanen Bestrebungen wirksam zu gebrauchen und deshalb willkommen.“ Hier liege die Wurzel dessen, was in der Bismarck'schen Politik oft so unbegreiflich erschienen sei. Der Blick auf das Zusammenwachsen Deutschlands hätte den ursprünglich konservativen Staatsmann zu einem halb liberalen gemacht. „Damals begann die sogenannte Realpolitik, welche schließlich zu der Niederlage des Jahres 1890 geführt hat.“

„Fürst Bismarck glaubte nicht, daß die bürgerlichen Kreise für eine wahrhaft konservative Ueberzeugung zu gewinnen seien und rechnete mit ihrem Liberalismus in den politischen, religiösen und wirtschaftlichen Dingen. Daher die Ära Lasker, Bleichröder, Falk. Die Ueberschüttung des Volkes mit unverstandenen und unbrauchbaren Freiheiten, die Auslieferung des Erwerbes an die Börse, der Kulturkampf mit seinen für einen konservativ-christlichen Staatsmann unbegreiflichen Fehlern, das alles entsprang daraus, daß sich Fürst Bismarck gewiß nicht grundsätzlich, aber thatsächlich dem Liberalismus beugte, dem er innerlich bis auf den heutigen Tag fern steht.“ Es sei sehr wohl möglich gewesen, in den beiden letzten Jahrzehnten ein politisch und kirchlich-konservatives Deutschland zu schaffen. Daß dies nicht geschehen, nicht gewollt, ja sogar hintertrieben und nun für lange unmöglich ist, müsse als der durchdringendste Fehler der Bismarck'schen Politik angesehen werden. „Darin hatte der Kanzler ganz recht, daß er bei seinen poli-

tischen Kombinationen das gebildete, besitzende Bürgertum nicht entbehren wollte. In der That ist ohne diese Kreise weder auf dem staatlichen, noch auf dem kirchlichen Gebiete vorwärts zu kommen. Aber es war nicht einmal schwer, unter dem Eindruck der großen Erfolge des Königtums einerseits, unter der sozialistischen und ultramontanen Bedrohung des deutschen Volkes andererseits, jenes Bürgertum zu staats- und kirchenerhaltender Gesinnung zu erziehen. Statt dessen wurde es dem oberflächlichen und widerchristlichen Denken eines Lasker in die Arme geworfen. Daß dieser Jude ein volles Jahrzehnt hindurch den Reichstag und Landtag beherrschen und damit das Judentum in seiner ganzen unermeßlichen Gefahr zum mitregierenden Faktor deutschen Lebens machen durfte, ist die schwerste Anklage gegen die Bismarck'sche Epoche."

„Dies Hinneigen zu einem falschen Liberalismus, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Berechnung, sei der eigentliche Grundfehler der hinter uns liegenden Zeit gewesen. Daß der Kanzler ihn fortdauernd begangen habe, und zwar so, daß ein christlich-konservativer Geist nicht recht zur Geltung kommen konnte, ja sogar, wo er zum Durchbruch kam, geschwächt wurde, erkläre sich nicht allein aus seiner politischen Mission, welche ihm gebot, alle vorhandenen Kräfte zur Schaffung der deutschen Reichseinheit zusammenzufassen, sondern aus Einseitigkeit seiner Anschauung. Das Verständnis für die kirchliche, soziale Welt habe sich ihm je länger, je mehr verschlossen."

Diesem Raisonnement ist nur das eine entgegenzusetzen: Wenn Bismarck nicht „alle vorhandenen

Kräfte zur Schaffung der deutschen Reichseinheit" zusammengefaßt hätte, so hätten wir diese Einheit nicht. Ein konservatives Preußen im Sinne jener tadelnden Stimme wäre wohl in dem alten deutschen Bunde möglich gewesen, weiter aber auch nichts. Wir sehen davon ab, daß Bismarck den alten Liberalismus auf eine ganz andere Stelle als diejenige, auf der er ihn vorfand, gebracht hat, und daß er ihm weniger hätten entgegenzukommen gebraucht, wenn ihn nicht der ausschlaggebende Teil der konservativen Partei an der Schwelle seines Werkes im Stiche gelassen hätte, und wiederholen nur: mit der konservativen Partei war die nationale Aufgabe Bismarcks nicht zu erreichen. Diese hat eben Parteiopfer gekostet. Nun aber die Hauptsache: War denn Kaiser Wilhelm für die konservative Sache so, wie sie damals beschaffen war, zu haben? Er gerade hat die Bahn vorgezeichnet, auf der allein der nationalen Idee zum Siege zu verhelfen war, nämlich durch die Zusammenfassung aller dieser der den Hochkonservativen seiner Zeit abhanden gekommenen Idee dienstbar enkräfte. Wir finden ihn in fortwährendem Widerstreit mit den konservativen Extremen, die noch heute jene Sprache führen, die wir oben citiert haben. Wie er persönlich in das Aufbäumen derselben gegen das neue Deutschland eingriff, ist bei den verschiedensten Gelegenheiten hervorgetreten.

Der Nuntius kömmt!

Vom Jahre 1850 bis zum Jahre 1866 war in kirchlicher Beziehung tiefer Friede in Preußen; es schien zugleich, als habe sich auch die extrem katholische Partei mit den politischen Zuständen ausgesöhnt und sei aufrichtig Preußen zugethan, wenigstens trat bis in's Jahr 1861 keine offene Antipathie zu Tage. Die preußische Verfassung hatte die „volle Freiheit" der Kirche gegeben. Während die Regierung nicht entfernt daran dachte, durch Gesetze und Verordnungen Sorge zu tragen, daß der Staat in der Lage bleibe, seine eigenen Rechte zu behaupten und den Mißbrauch zu verhüten, griff die „Kirche" rüstig zu. Was den Bischöfen nicht mehr convenierte, darüber setzten sie sich sofort seit 1848 hinweg, sie schafften z. B. die Vorlegungen der Kirchen-Rechnungen an die Staatsregierung ab, errichteten Pfarreien auf eigne Faust ꝛc. Sie dachten nicht daran, den Anforderungen der Zeit entsprechend, dem Klerus und den Gemeinden Rechte einzuräumen. Es wurde im Gegenteil von Jahr zu Jahr das hierarchische Regiment schroffer angezogen. Die Besetzung der Seminar-Dirigentenstellen mit römisch-je-

suitisch geschulten Personen wurde zur Regel, die männlichen und weiblichen Orden wuchsen alljährlich in arithmetischer Progression; es gelang nach und nach in einer großen Zahl von Städten und Dörfern die Mädchenschulen, einzeln auch die Knabenschulen in die Hände von geistlichen Kongregationen zu bringen, die städtischen Kranken-, Weisen-, Siechenhäuser 2c. Orden anzuvertrauen, die Abhaltung von Volksmissionen wurde zur stehenden Einrichtung der Art, daß, wo in einer Pfarrei sich die geringste Spur von Selbständigkeit oder sogenannter „Unkirchlichkeit" und dgl. zeigte, sofort zur Besserung drei Jesuiten für 8 bis 14 Tage dorthin entsandt wurden; an den Volksschulen begannen die Vereine, Brüderschaften und Congregationen und wurden fortgesetzt an den höhern Schulen und Universitäten, die Gesellenvereine, Sodalitäten und marianischen Kongregationen bildeten ein förmliches Netz. Die Geistlichkeit wurde eine Macht, wie sie nie gewesen war. Der Handwerker, der vorher im Gesellenvereine thätig gewesen, war der Unterstützung sicher; der Arzt 2c., der als Student einer marianischen Kongregation als thätiges Mitglied angehört, war der besten Empfehlung wert. Durch den Borromäusverein, der sich der Portofreiheit erfreute, wurde der Buchhandel auf dem Lande ausschließlich geistlich, die Lektüre kontrolliert und ausgewählt. So war die Klerisei zu einer Macht geworden, der an Kontrolsorganen, an Raschheit und Verbreitung der Befehle, an unbedingter Botmäßigkeit der Organe, kurz an effektiver sozialer Stärke die Regierung nicht gewachsen war. Weil die Regierung dies alles geduldet und sogar unterstützt hatte, darum ließ man sie in Ruhe,

belobte sie gelegentlich und freute sich der Objektivität, mit der die protestantische Regierung der katholischen Kirche mehr gegeben habe, als irgend eine katholische Regierung. Selbst im Vatikan wurden derartige Lobsprüche laut.

Und dennoch war die klerikale Partei nichts weniger als im Herzen preußisch oder auch nur preußenfreundlich gesinnt. Das trat insbesondere nach dem Regierungsantritt Wilhelms I. hervor.

Der italienische Krieg 1859 hatte zur Abtretung der Lombardei an Italien im Frieden von Zürich (10. November 1859) geführt; ein Teil des Kirchenstaates war dem Papste entzogen, Modena, Parma Toscana dem Königreich Sardinien einverleibt, die Gewalt des Königs von Neapel im Erlöschen begriffen. Die Schuld dieses Erfolges wälzte man auf Preußen, welches das kriegerische Einschreiten des deutschen Bundes gegen Frankreich verhindert habe. Thatsache ist, daß von dieser Zeit an die gesammte klerikale Partei in Deutschland Preußen feindlich gesinnt war und nur einen Preis kannte, um den es Preußen seine Gunst wieder zuwenden würde, nämlich den: dem Papste den Kirchenstaat erobern zu helfen und zu garantieren. Das maßgebende Motiv für die ultramontane Partei, die wie ein Mann dem Großdeutschtum anhing, war der Haß gegen Preußen, die Antipathie, einen protestantischen Fürsten an der Spitze von Deutschland zu sehen. Da sie einsah, daß der Kaiser von Österreich, der katholische, nicht deutscher Kaiser werden konnte, weil Österreich weder nach seinen nationalen noch inneren Zuständen sich dazu eigne, wollte sie lieber gar keinen, sondern den Föderativ-

staat, in welchem Oesterreich den Ton angab. Für Österreich, so hieß es, paßt nur das Föderdativsystem; die Unterschiede der Stämme und Länder sind zu groß; Deutschland mit der preußischen Spitze wird dem Militarismus, dem preußischen Bureaukratismus verfallen; jede partikuläre Selbständigkeit in ihm würde verschwinden u. s. w. Den kleineren und größeren Fürsten flößte man die Angst vor einer Mediatisierung ein. So gelang es den Ultramontanen im Bunde mit den Partikularisten das Volk zu zerreißen. Mittlerweile hatte man einen Bundesgenossen an Oesterreich gewonnen, der jetzt ein ganz anderes Gewicht in die Wagschale warf. Oesterreich war mit dem 26. Februar 1861 in die Reihe der konstitutionellen Staaten getreten, an der Spitze seiner Regierung stand der von Frankfurt her bekannte Herr von Schmerling. Für die Ultramontanen genügte das ihnen bekannte Faktum, daß Schmerling sich durch einen Revers verpflichtet hatte, nicht am Concordate zu rütteln. Man hatte in Oesterreich offen ausgesprochen, sich auf das deutsche Element zu stützen.

So standen die Sachen, als man vorgehen zu können glaubte. Man plante und beriet, vor allem thätig waren Moufang, Molitor, Ruland, Freytag, Jörg u. s. w. Eines Tags fand man sich zusammen dort, wo der Inn aus Tyrol nach Bayern tritt, in Rosenheim, aus Wien der ehrlich großdeutsche nichts weniger als ultramontane und nicht politische Brinz mit Rechbauer und Kaisersfeld, aus München Jörg und Freytag nebst Anhang, aus Stuttgart Herr v. Varnbüler. Zu ihnen gesellte sich mit einer Legitimation von Graf Rechberg und Herrn v. Beust

bereits zur späten Abendzeit ein kleines Männlein, unbedeutend aber dazu bestimmt, eine wichtige Botenrolle zu spielen, Franz von Gruben, Sohn eines Kölner Justizbeamten, Schwestersohn des bekannten Obertribunalsrats von Daniels und Schwiegersohn des früheren hessen-darmstädtischen Geh. Staatsrats und damaligen Bundestagsgesandten Liechtensteins und einiger anderen Großmächte der 16 Kurie für österreichisches Konto, v. Linde. Bereits als königlich preußischer Referendar mit Fräulein von Linde verlobt, erhielt er nach glücklich absolviertem Assessor-Examen beim Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg, dessen Interessen der Bundestagsgesandte gleichzeitig vertrat, eine Anstellung als Postrat. Aus der preußischen Unterthanenschaft entlassen und in den Unterthanenverband von Vaduz aufgenommen, ja in den Freiherrnstand dieses Reiches von zwei und neun Zehntel Quadratmeilen erhoben, wurde er bald der unentbehrliche Amanuensis des taxisschen Verwaltungschefs von Dörnberg, Bruders der ersten Gemahlin des Fürsten, in dessen Stelle er dann auch nach dem Austreten desselben eingerückt war. Der am 26. Juni 1867 verstorbene Erbprinz Taxis war als Gemahl der Schwester der Kaiserin von Oesterreich und Neffe Dörnbergs, der entfernt mit Herrn v. Beust vervettert war, der rechte Mann, seinem kaiserlichen Schwager, mit dem er auf dem intimsten Fuße stand, unmittelbar ohne Dazwischenkunft von Ministern Projekte zugänglich zu machen. Was der Herr v. Linde, dessen Preußenhaß gleichen Schritt hielt, mit dem seit 1848 gradatim sich entwickelnden Ultramontanismus zur Wiedergeburt Deutschlands erfand, ließ sich durch den richtigen Kanal in Fluß bringen.

Die Ereignisse drängten sich. Am 28. und 29. September 1862 traten zu Weimar Abgeordnete verschiedener deutscher Staaten zusammen und gründeten die „ständige Commission" eines deutschen Abgeordnetenhauses. Gerade einen Monat später, am 28. Oktober, wurde zu Frankfurt a. M. auf einer Versammlung der großdeutschen Partei der großdeutsche Reformverein gegründet. Am 23. September war an die Spitze des preußischen Ministeriums jener Mann getreten, dessen Name für immer mit Deutschlands Neugestaltung verbunden bleibt — Otto von Bismarck-Schönhausen; der Beust und andere, Rechberg, Linde u. s. w. von Frankfurt her kannte. Baden (Freiherr von Roggenbach) forderte am 7. Januar 1863 zur Bundesreform auf, das zu Wien entworfene Delegierten-Projekt wurde in der Bundesversammlung am 22. Januar mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen, Bismarck erließ die Cirkularnote vom 4. Januar an die preußischen Gesandten, welche sich über die Bundesreform und die Stellung zu Oesterreich aussprach. Man sah in Wien, Dresden und Frankfurt ein, daß man seinen Meister gefunden, gegen den auf dem bisherigen Wege durch die alte Köderung der kleinen Stimmen nichts zu machen sei. Jetzt oder nie, so dachte man im großdeutsch-ultramontanen Lager, nachdem Oesterreich auf jene Note unterm 27. Februar geantwortet hatte. In aller Stille arbeitete man ein Bundesreformprojekt aus, die Ideen gehörten Linde, Beust und Rechberg, die Ausführung ersterem großenteils. Man gewann Schmerling, ließ es durch Herrn v. Biegeleben, Ministerialrat in Wien und durch seine Frau Verwandter der ganzen ultramontanen Adelspartei in

Tyrol, feilen und dann durch den Erbprinzen Taxis im Verein mit Rechberg und Schmerling dem Kaiser von Oesterreich plausibel machen. König Wilhelm von Preußen befand sich zur Kur in Gastein. Dort am 2. August überreichte der Kaiser von Oesterreich demselben zuerst das Projekt und lud ihn zu einem Kongresse sämmtlicher Bundesfürsten in der Kaiserstadt Frankfurt ein. Der Verlauf dieser Angelegenheit, die verschiedene Stellung des Königs Wilhelm und seines Ministers dazu, sind meinen Lesern bekannt und schufen große Verstimmung. Das Zetergeschrei der Ultramontanen und Partikularisten wurde bald übertönt durch den Klang der mit dem Tode Königs Friedrich VII. von Dänemark in Fluß gekommenen schleswig-holsteinschen Lösung. Es ist bekannt, wie jene eine Action des Bundes verlangten, Preußen und Oesterreich aber die Sache in die Hand nahmen und glänzend durchführten. Als es sich nun um die endliche Regelung handelte, stand wieder diese sogenannte großdeutsche Partei mit Oesterreich auf Seiten des Erbprinzen von Augustenburg. Je näher die Gefahr des Krieges zwischen beiden Mächten rückte, desto ungeberdiger zeigte sich die ultramontane Partei in ihren Organen und Leitern. Hatte man bereits 1863 auf Kommando für das Gelingen der Bundesreform die Lösung von Messen im großen Umfange vorgenommen, so wurde 1866 der Bruderkrieg, der Krieg gegen das katholische Oesterreich als eine Verletzung der katholischen Religion hingestellt. In ultramontanen Familien wurde für den Sieg der österreichischen Waffen gebetet, wie nach dem Kriege die ultramontane Presse die Todfeindschaft gegen Preußen auf ihre Fahne schrieb. Denn Preußens Siege über Oesterreich hatten dieses zur Ver-

zichtleistung auf Venedig und zur Anerkennung des Königreichs Italien geführt, hiermit aber endlich die Macht aus Italien entfernt, welche vom Tage der Rückkehr Pius VII. in seine Staaten bis zum Jahre 1848 und auch seitdem im Verein mit Frankreich bis 1859 den Papst als Souverän gehalten hatte. Mit der Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau waren enge Verbündete der Ultramontanen gefallen, mit dem Fortfalle des Bundestages ihr unmittelbarer Einfluß auf Deutschlands Geschicke noch mehr gesunken; es stand zu fürchten, daß die Verträge, welche die Südstaaten mit Preußen geschlossen hatten, zu größerer Einigung führten. Das Gespenst eines preußischen Kaisertums ließ die Ultramontanen nicht ruhen. Dagegen mußten alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Mit welchem Eifer seit 1866 von den ultramontanen Blättern aller Farben vom Wiener und Münchener Vaterland und Volksfreund bis zu den unbedeutendsten Lokalblättern herab gegen Preußen agiert wurde, ist schon angedeutet. Das Organ, welches seit der Kölner Affaire von 1837 eine solche Macht besaß, daß es für die Familie Görris, Philipps und Jarke viele Jahre hindurch ein höchst rentables Geschäft war, die „historisch-politischen Blätter" waren die Ablagerstätte alles Geifers, den der Welfe Onno Klopp, zwar selbst noch Protestant, aber eng befreundet mit den Jesuiten, die Herren in Mainz ꝛc. ausspien. Die Verpreußung, Protestantischmachung war die Parole, welche bei den Wahlen zum Zollparlament in gleicher Weise wie später ausgegeben wurde. Am thätigsten war der Adel. Nicht blos, daß der ultramontane und zugleich gegen die Verfassung und den deutschen Einfluß in

Oesterreich kämpfende Adel zum Teil aus deutschen Convertiten bestand, wie die Grafen Schönburg und Blome, Herr v. Stillfried ꝛc., die engste Verbrüderung war seit 1859 und noch mehr 1866 zwischen dem österreichischen und deutschen ultramontanen Adel eingetreten. Die Genannten, der Convertit Prinz Isenburg, Fürst Löwenstein, die bayerischen, westfälischen, rheinischen Herren spielten auf den „Katholikenversammlungen" eine Rolle, setzten die Demonstrationen für den Papst, die Deputationen zur Uebergabe der Peterspfennige, die Adressen an den Papst mit dem Klerus in Scene. Diese Kreise waren es, auf deren Berichte man in Rom alles Gewicht legte. Wie eng liiert diese Schar war, wird schon durch den Umstand bewiesen, daß bald kein Gräflein oder Barönlein zu finden war, ohne einen päpstlichen Orden u. drgl. Nachdem die Jesuiten, um mit einem Schlage die modernen Theorien aus der Welt zu schaffen, im Jahre 1864 den Syllabus hatten verkündigen lassen, war es der ultramontane Adel und der Klerus in seinen maßgebenden Persönlichkeiten, der allgemein für ihn eintrat. Man war in der Kurie jetzt in seiner Ansicht aufs neue bestärkt worden, daß die Regierungen Deutschlands den Mut nicht besäßen, gegen die katholische Hirarchie aufzutreten. Denn — so kalkulierte man — im gegenteiligen Falle hätte sich der Staat offenbar die Verkündigung von Grundsätzen nicht gefallen lassen, welche seine Existenz untergraben. Gewohnt, sich über jedes Gesetz hinwegzusetzen, legte man für Schwäche aus, was sich beim Mangel von gesetzlichen Repressivmitteln von selbst verstand, das strafbare Dulden der Syllabuspublikation. Und selbst,

wo man auf klerikaler Seite dieses Verhältnis kannte, schob man nichts destoweniger die Unthätigkeit auf Rechnung von Furcht, weil man sich mit Recht sagte, es sei unbegreiflich, wie die Regierungen nicht sofort gesetzliche Mittel herbeizuführen suchten, um die Folgen einer so offenen Unterwühlung der staatlichen Gesellschaft ruhig hinzunehmen. Gewiß hatte dieser Kalkul etwas für sich.

In der Thronrede von 1867, also schon nach der Schlacht von Königgrätz, erklärte König Wilhelm: „Den schwierigen Fragen gegenüber, welche in Italien noch einer Lösung harren, wird das Bestreben Meiner Regierung dahin gerichtet sein, den Ansprüchen Meiner katholischen Unterthanen auf Meine Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes ihrer Kirche gerecht zu werden." Noch im Winter 1870 und 71, als der Kaiser sein Hauptquartier in Versailles hatte, erklärte er dem Erzbischof Ledochowsky sowie einer Deputation katholischer Maltheserritter, welche gleich dem Posener Erzbischof nach Versailles gekommen waren, um Se. Majestät zu einer diplomtischen Intervention zu Gunsten des Papstes — dessen Stadt einige Monate vorher von den Italienern eingenommen war — zu bewegen, daß die Eroberung Roms durch Viktor Emanuel eine „Anmaßung", eine „Gewaltthat" sei und fügte noch hinzu, daß er, sobald der Krieg beendet sein werde, Schritte in Betracht ziehen wolle, durch welche den „Rechten seiner katholischen Unterthanen, die sie bezüglich der Unabhängigkeit ihres kirchlichen Oberhauptes zu fordern hätten," Genüge geleistet werden sollte.

Die Stimmung der preußischen Regierung für

den Papst war während des Krieges die beste. Die Nachricht von der Okkupation Roms durch die Italiener gelangte an das große Hauptquartier nach Ferrières am 26. September. Fürst Bismarck äußerte in einem Gespräch über den Papst im Vatikan: „Ja, Souverain muß er bleiben, nur fragt sich's wie? Man würde mehr für ihn thun können, wenn die Ultramontanen nicht überall gegen uns aufträten. Ich bin gewohnt, in der Münze wiederzuzahlen, in der man mich bezahlt."

Es wurde sogar vom Vatikan im Hauptquartier des Königs angefragt, ob Preußen ihm ein Asyl zu gewähren bereit sei. „Ich habe nichts dagegen einzuwenden, sagte Bismarck — Köln oder Fulda. — Er wäre eine unerhörte Wendung, aber doch nicht so unerklärlich und für uns wäre es recht nützlich, wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren könnte und wollte. Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf — Mallinkrodt träte auf die Seite der Regierung."

Wenn schließlich Bismarck im Gegensatz zum Könige das Prinzip der Nichtinterventions-Politik gewahrt wissen wollte, so war doch sein Streben bis dahin immer von dem Gedanken diktiert worden, den er in der Note an Herrn v. Usedom, Gesandten in Florenz, mit den Worten aussprach: „Die katholische Bevölkerung Deutschlands hat denselben Anspruch wie die evangelische auf Berücksichtigung ihrer religiösen Ueberzeugung. Diese Rücksicht verbietet einem Staate mit gemischter Bevölkerung, gegen das Oberhaupt der

katholischen Kirche in einer Weise vorzugehen, welche die Herzen der gläubigen Katholiken verletzen würde. Eine der Vorbedingungen, um uns zum Einnehmen einer festen Stellung zur Sache zu befähigen, würde daher die Vergewisserung über die Frage sein, ob dem Papsttum nach der italienischen oder der französischen, oder der beiden Regierungen gemeinsamer Auffassung seiner Zukunft, eine Stellung bleibt, welche auch von den Katholiken „Deutscher Nationalität" in ihrer Mehrheit als eine würdige anerkannt werden würde."

Als 1867 das die Unfehlbarkeit des Papstes proklamierende Konzil zusammentrat, waren der Monarch und seine Minister darüber einig, daß einem protestantischen Staate es nicht zukomme, sich in den Streit der Bischöfe einzumischen. „Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Interessen der Partikular- und Nationalkirchen, welche dort vertreten sein werden, oder die zentralisierende Richtung, welche von Rom zu erwarten ist, sich zur Geltung bringen werden. Gegen eine etwa überwiegende extreme oder hierarchische Tendenz glauben wir, daß das Heilmittel sich in der natürlichen Reaktion innerhalb der katholischen Welt finden werde. Wir sehen daher ohne alle Beunruhigung auf den Zusammentritt des Konzils, dessen Deliberationen unsere staatlichen Interessen wenig berühren. Die Teilnahme der preußischen Bischöfe wird eine freiwillige und von uns ungehinderte sein. Von einer Beteiligung der Regierung als solcher kann nicht die Rede sein. Wenn Ausschreitungen stattfinden sollten, welche in das staatliche Gebiet übergreifen, so werden wir die Rechte des Staates zu wahren wissen, aber wir sehen keine Veranlassung, im Voraus Fürsorge dagegen zu

treffen," sagte Bismarck in einem amtlichen Schreiben vom 23. März 1869. Ein Gedanke, der vielfach besprochen wurde, war der, das Konzil auch von Seiten der Fürsten durch besondere Gesandte, Oratoren, beschicken zu lassen, wie das früher üblich gewesen, unter anderen befürwortete Graf Harry v. Arnim, der norddeutsche Gesandte in Rom, diesen Plan. Bismarck meinte aber in seiner Antwort vom 25. Mai 1869, da jene Oratoren ja doch kein Vato besitzen würden, sei es vorteilhafter für den Staat, das Konzil ganz allein gewähren zu lassen. Ebenso dachte man an den übrigen Höfen und nur Portugal ernannte wirklich einen Orator, der jedoch starb, ohne seine Vollmacht übergeben zu haben. Von deutscher Seite verfiel man endlich noch auf die Idee, den greisen König Johann von Sachsen, den gelehrten Kenner der mittelalterlichen Theologie, nach Rom zu entsenden; doch ward auch dieser Vorschlag zum Bedauern des Königs nicht gebilligt.

An Fürst Hohenlohe, den bayrischen Minister des Innern, der in einem Rundschreiben auf die hochpolitische Natur der Unfehlbarkeitsfrage hingewiesen und den Vorschlag gemacht hatte, auf einer europäischen Konferenz sich über eine gleichartige Haltung zu verständigen und gemeinsam Verwahrung gegen die einseitige Beschlußfassung des Konzils in staatskirchlichen Fragen einzulegen, schrieb Bismarck:

„Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Uebergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben

Gebrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohlthat, die den geistlichen, wie den weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn der Konflikt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt. Auf unseren Episkopat hat das Kultusministerium sich bemüht in vertraulichem Wege vorbeugend einzuwirken."

Als Graf Arnim die Sache der Konzils-Opposition zu energisch betrieb, wurde ihm wiederholentlich von dem Auswärtigen Amte in Berlin eingeschärft, daß er in zweiter Linie bleibe und bei seinen Schritten sich stets des Einvernehmens mit den deutschen Bischöfen versichern solle. Graf Arnim hatte in Bezug auf das Konzil die Ansicht, daß die deutsche Regierung die Infallibilitätsfrage nicht ernst genug nehme. Wenn die Bischöfe zu schwach waren, die Uebergriffe in ihr Recht zurückzuweisen, so hätte die Regierung doch voraussehen müssen, daß sie um so häufiger innerhalb Preußens dem Papst begegnen würde, sie hätte sich sagen sollen, wie gefährlich es sei, wenn künftig Lehren vorgetragen würden, welche bis dahin von einem großen Teil der Geistlichkeit für Irrtum, vom katholischen Volk für gleichgültig, von fast allen deutschen und österreichischen Bischöfen als mindestens sehr gefährlich angesehen waren und von den Evangelischen als blasphematorische Erfindung betrachtet wurden.

Ein Dissens auf kirchlichem Gebiete, der mit einer Verzichtleistung Bismarcks gegenüber dem königlichen Willen endete, hatte im Jahre 1867 stattgefunden. Herr v. Bismarck hatte bei seinem Monarchen den Gedanken zur Sprache gebracht, ob es nicht nützlich wäre, einen päpstlichen Nuntius nach Berlin zu ziehen.

Er war der Meinung, daß eine solche Vertretung des päpstlichen Stuhles in der preußischen Hauptstadt den Frieden mit der katholischen Kirche sicherer befestigen könnte, als das ohne dieselbe möglich sei. In diesem Gedanken war ihm schon ein Anderer vorausgegangen, und zwar kein Geringerer, als der Cardinal Franchi in Rom, ein Faiseur im besten Sinne des Wortes, im Gegensatze zu Antonelli, der als „grande incapacité inconue“ (Worte des Grafen Arnim) bezeichnet wurde. Derselbe empfahl gleich nach den Ereignissen von 1866 dem Papste die Absendung eines Legaten an den Berliner Hof; wenn die Curie, die Trägerin der ewigen Prinzipien der Ordnung und des göttlichen Rechts, sich dem Könige offen nähere, um ihm ohne Rückhalt ihre Genugthuung über seine Erfolge auszudrücken, so werde das Geschrei über die Eroberungspolitik Preußens aufhören. Dafür werde man in Berlin dankbar sein und die Curie gegen die ihr drohenden Gefahren schützen, während dieselbe einen solchen Schutz weder an Frankreich noch Oesterreich finden werde. Die Idee Fanchi's aber fand keinen Anklang, auch war von Paris eine Abmahnung gekommen. Man wollte im Vatikan an entscheidender Stelle nichts thun, was als eine entschiedene und rückhaltlose Anerkennung der preußischen Suprematie hätte angesehen werden können. „Man schämte sich, mit uns über die Straße zu gehen.“ König Wilhelm wollte von einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin eben so wenig wissen. Es ist interessant, die Gesichtspunkte zu erfahren; welche damals beim Könige sich geltend machten und dem Gedanken Bismarcks das Widerspiel hielten. Zumal gab der Kultusminister sein Gutachten im ent-

gegengesetzten Sinne ab. Er berief sich darauf, daß selbst die „katholische Abteilung“ seines Ministeriums gegen die Zulassung eines Nuntius war, und führte dies als einen Beweis an, wie wenig diese Abteilung den Vorwurf verdiene, von Bismarck als eine Behörde zur Wahrnehmung der Interessen der Kirche gegenüber den Rechten des Königs bezeichnet zu werden. Darauf konnte allerdings Bismarck antworten, die „Warnung“ der katholischen Abtheilung sei nicht mißzuverstehen, dieselbe wolle nicht abdanken, denn sie wäre die päpstliche Nuntiatur in Berlin, Herr Krätzig der Nuntius, der obenein noch den Kultusminister in der Hand habe. Der Zulassung eines Nuntius in hergebrachten, diplomatischen Formen und mit den völkerrechtlichen Kautelen sei unfraglich der Vorzug einzuräumen vor dieser als Ministerialabteilung verkleideten und mit staatsamtlichen Befugnissen bekleideten Vertretung der Kurie innerhalb des preußischen Ministeriums, der die intime Kenntnis der nach außen geheim gehaltenen Geschäfte und der Kultusminister selbst für die Zwecke der vatikanischen Politik zur jederzeitigen Verfügung ständen.

Die Gründe, die gleichwohl beim Monarchen gegen die Nuntiatur durchschlugen, beruhten auf den folgenden in der Presse und vom Kultusminister vertretenen Gesichtspunkte:

„Die Nuntien sind dem Eroberungskriege entsprungen, der bald nach der Reformation gegen die junge evangelische Kirche mit öffentlichen und geheimen, mit gewaltsamen und friedlichen Mitteln, mit den Schrecken der Inquisition, mit Feuer und Schwert wütete und erst später das äußere Aussehen gewechselt

hat. Auf den neu gegründeten Orden der Jesuiten gestützt, gilt die Diplomatie der Nuntien der Wiedererwerbung des Verlorenen und der Aufrichtung des unbedingten päpstlichen Absolutismus, gegenüber den Fürsten sowohl, als den nationalen Bischöfen. Wenn nicht alle Nuntien gleich einem Caraffa ihren Namen mit Blut in der Geschichte eingetragen haben, so haben sie doch, wo auch immer eine Bevölkerung verschiedener Bekenntnisse sich ihnen bot, nie unterlassen, den Haß der Katholiken gegen die Evangelischen zu schüren. Sie haben es nicht immer öffentlich, nicht immer in unmittelbarer Wirksamkeit gethan, wenn die Politik ein gutes Vernehmen mit protestantischen Regierungen vorschrieb. Aber sie haben es nie vergessen, daß die Unterdrückung des Protestantismus ihr eigentliches Ziel sei. In Deutschland, in Frankreich, in der Schweiz, überall kann man diese Spuren ihres Wirkens verfolgen; ja zu verschiedenen Zeiten führen die Blutspuren gerade auf die Fährte ihres verborgenen Thuns. Die Grundsätze der preußischen Regierung haben es bisher niemals zugelassen, daß ein päpstlicher Nuntius seinen Sitz in diesem Reiche aufschlage. Zu der Zeit, als Niebuhr die Verhandlungen über die preußischen Bistümer mit der Kurie führte, würde Rom gern einen Nuntius in Berlin gesehen haben. Allein das Ministerium war weit davon entfernt. Nicht einmal ein Konkordat mit Rom abzuschließen, ließ man sich herbei, sondern teilte darin die Ideen Niebuhrs, welcher überzeugt war, daß ein solches bei der Stellung eines gegenwärtigen Staates, insbesondere einer protestantischen Regierung, zur römischen Kirchengewalt mit Redlichkeit nicht abgeschlossen werden könne. In dieser Voraus-

setzung begnügte man sich, eine sogenannte Circumskriptionsbulle (de salute animarum) zu vereinbaren, welche eine neue Ordnung der bischöflichen Sprengel, den Modus der Bischofswahlen und die Bestimmung über die Kapitel zur Aufgabe hatte. Man war so wenig gewillt, die Majestätsrechte in Frage kommen zu lassen, daß ausdrücklich in der Kabinetsordre vom 23. August 1821 die Sanktion der Bulle vermöge der Majestätsrechte erteilt ward und „unbeschadet diesen Rechten, wie auch allen Unterthanen evangelischer Religion und der evangelischen Kirche des Staates." Wenn aber die Beeinträchtigungen der königlichen Gewalt schon in den offenen oder verdeckten Prinzipien eines Vertrages liegen konnten, wie viel bedenklicher können sie in einem Nuntius wirksam werden, welcher eben dazu gesetzt ist, der römischen Kirche so weit als möglich zu dem Stande zu verhelfen, den sie Freiheit nennt! Die gleichen Erwägungen bewogen Preußen und die anderen protestantischen Höfe, auf die Versuche zur Akkreditierung von Nuntien, welche man von Rom aus im Anfange der fünfziger Jahre machte, nicht einzugehen.

Welche Gründe könnten nach dreihundertjährigen stets gleichen Erfahrungen stark genug sein, einen Nuntius in Berlin aufzunehmen? Sind die Grundsätze der päpstlichen Politik umgewandelt?

Der Nuntius in Berlin wird notwendig ein Geistlicher höchsten Ranges, ein Erzbischof, zuweilen ein Kardinal sein. Man wird römischerseits nicht verfehlen, eine gewinnende Persönlichkeit, mit blendendem Pomp ausgestattet, an diesen Ort zu stellen. Denn man lernt in Rom wenig, aber das Theatralische ver-

steht man. Um den vornehmen und interessanten Herrn wird sich bald ein glänzender Zirkel sammeln. Katholische und katholisierende Aristokratie wird mit ihm ein natürliches Bündnis eingehen, und die katholischen Tendenzen werden ein sicheres Fundament in einer geschlossenen Hofpartei gewinnen. Wenn diese, an der Spitze der katholischen Bevölkerung Preußens, ihre Forderungen stellt, wird es für die Staatsregierung nicht immer leicht sein, sie abzuweisen, zumal sich nicht voraussagen läßt, ob sie nicht unter gewinnenden Gesichtspunkten an höchster Stelle befürwortet werden. Es muß der Punkt kommen, wo für diese Partei der Weg der Kirche und des Patriotismus sich scheidet, und derjenige würde das Gewicht der kirchlichen Motive verkennen, welcher zweifelt, daß die Partei im Ganzen und Großen sich zu einer katholischen und unpreußischen Politik halten werde. Sie wird den geeigneten Boden für die geheimen Einflüsse der fremden katholischen Mächte, und wenn es den römischen Zwecken dient, auch der nichtkatholischen abgeben. So wird sie der Sammelplatz alles zugleich unprotestantischen und unpatriotischen Getriebes sein. Die Anfänge werden wahrscheinlich leise, die ersten Schritte vorsichtig sein; aber die Entwicklungen werden mit der Gewalt des Naturgesetzes zu der verderblichen Höhe getrieben werden, auf welcher uns die früheren Jahrhunderte ausnahmlos die Thätigkeit der Nuntien gezeigt haben. Dies Feuer anzuzünden dürfte nicht so schwer sein, aber auch die Geschicklichkeit unserer größten Staatsmänner möchte nicht hinreichen, die Flammen zu löschen.

Wie anders also, als mit gesteigertem Argwohn und Zorn sollte der Teil unserer Nation, welcher noch

treu am Protestantismus hängt, dem Wachsen dieser Partei und ihres Einflusses zusehen? Einmal von diesem Mißtrauen erfüllt, würde das Volk viele an sich unverfängliche Maßregeln zu denselben Zwecken und zu demselben Ursprung in Beziehung setzen. Unter allen den Gährungen wäre das eine Resultat das Gewisse, daß die religiöse Spannung zwischen Katholischen und Protestanten zu einer Höhe auflodern würde, wie sie seit dem 17. Jahrhundert nicht erreicht worden ist. Auf die gründlichste Abscheidung — Pius IX. sagte: wie zwischen Christus und Belial — auf die tiefste Vergiftung des Wechselverhältnisses zwischen katholischen und evangelischen Christen arbeitet heute, wie immer, die ultramontane Partei hin und giebt sich kaum noch die Mühe, dies Bestreben zu verbergen. Da sie schon den Krieg von 1866 zu einem Religionskriege zu stempeln suchte, so ist nicht zu bezweifeln, daß sie vor einem deutschen Bürgerkriege nicht zurückbeben würde, dafern sie nur die Macht und die Hoffnung hätte, den verhaßten Ketzerstaat zu vernichten. Wir sind sicher, daß es dahin nicht kommen wird, indes, wenn auch nur der Unwille des evangelischen Volkes über alle dahin zielenden Umtriebe eines Nuntius endlich die Staatsregierung nötigte, sich seiner wiederum zu entledigen, wie viel wäre dann verloren, mit welcher Verletzung der Protestanten, der Katholischen und des Staates würde es geschehen?"

In dieser äußerst scharfen Sprache urteilte man im Jahre 1868, und wenn auch dieser in abstracto gewiß dennoch richtige Gesichtspunkt extrem genannt werden muß — eins war unausbleiblich gewiß, durch die Zulassung eines päpstlichen Nuntius würde

die Regierung den höchsten Unwillen der gesamten protestantischen Bevölkerung hervorgerufen haben.

Bismarck ließ seitdem den Gedanken an eine päpstlichen Nuntiatur fallen. Im Jahre 1869 hatte der Monarch einen harten Stand gegenüber dem Gesamtministerium in Bezug auf die Klosterfrage, zu der ein Sturm des Berliner Pöbels auf das neuerrichtete Dominikaner-Kloster in Moabit (einem Außenteile Berlins) Anlaß gab. Daß ein „Kloster" auf dem „märkischen Sande" sich erheben konnte, war für die Nerven der Berliner eine zu starke Zumutung und die Einweihungsrede, mit welcher der geistliche Rat Müller im August 1869 die Pforten des „Klosters" eröffnete, gab das Signal zum Sturm.

Im Grunde genommen konnte von der Errichtung eines Klosters eigentlich nicht die Rede sein. Der Sachverhalt war folgender:

In Berlin bestand seit langer Zeit unter der Leitung des Fürstbischöflichen Delegaten und Papstes zu St. Hedwig ein Frauenverein zur Erziehung und Verpflegung katholischer Waisen, der bald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. (1841) mit Corporationsrechten ausgestattet worden war. Derselbe hatte im Jahre 1868 in Moabit zwei benachbarte Grundstücke angekauft, und in das eine derselben die bis dahin im Innern der Stadt belegene Waisenanstalt verlegt, auf dem andern aber eine Kapelle für die Waisen und die in Moabit wohnenden, von Jahr zu Jahr zunehmenden Katholiken errichtet. Die Pflege der die benachbarte städtische Elementarschule besuchenden Waisenknaben — die Mädchen-Waisenanstalt war nicht mitverlegt worden, sie war in den Händen der

Ursulinerinnen auf der Lindenstraße — wurde vier Brüdern aus der im Jahre 1857 in Aachen gegründeten Congregation der armen Brüder nach der dritten Regel des hl. Franciskus übertragen, während die Seelsorge und die Abhaltung des Gottesdienstes in der Kapelle von zwei Dominikanern übernommen wurde, von denen der eine, Dr. Graf Czeslaus de Robiano, schon seit dem Kriege von 1866 — beschäftigt mit der Militär-Seelsorge — unangefochten in Berlin gewirkt hatte; der andere — ein sehr gelehrter Italiener, der 1867 dahin gekommen war, um die Abhaltung eines regelmäßigen Gottesdienstes für die Moabiter Katholiken zu ermöglichen.

Am 4. August 1869 fand die Einweihung der Kapelle statt, an welche noch ein kleines, den Dominikanern zur Wohnung überwiesenes Häuschen stieß.

Bald nach der Einweihung fanden die berüchtigten mehrtägigen Pöbelexesse statt; die Umzäunung des Kapellengrundstücks wurde umgerissen, Thür und Fenster sowohl der Kapelle als des Wohngebäudes mit Steinen eingeworfen.

Der Moabiter Vorgang gab Anlaß zu einer Reihe von Volksversammlungen in Berlin. Eine solche fand am 28. August in der Tonhalle statt. Wir geben hier einen ausführlichen Bericht darüber, wie ihn die „Weserzeitung" brachte, wörtlich wieder, weil er die Beachtung des Königs fand und zu Erörterungen desselben mit dem Polizeipräsidenten v. Wurmb führte. Es hieß daselbst:

„Nachdem gegen das Moabiter Kloster in der Presse so viel Verständiges gesprochen und so gewuchtige Schläge gerichtet worden, haben die Berliner es sich

nicht nehmen lassen, den Jüngern des heiligen Dominicus – wie er heute genannt wurde — und den Verehrern des päpstlichen Syllâbus — wie er heute mit dem Tone auf der zweiten Sylbe genannt wurde — einen Triumph zu bereiten, an den sie wahrscheinlich lange denken werden. Denn es wohnten heute, wenn auch, wie es schien, nicht Mitglieder dieses Ordens, so doch Anhänger desselben der großen Volksversammlung bei, die in den weiten Räumen der Tonhalle in der Angelegenheit des Klosters heute von 11 Uhr an abgehalten wurde, und ein Verehrer nahm sogar auf der Tribüne das Wort, während andere mit Interjektionen sich begnügten. Sie sind also Augenzeugen der Art und Weise gewesen, wie in Berlin gewisse Schichten der Bevölkerung beraten, die parlamentarische Ordnung handhaben, über welchen Vorrat von Bildung sie disponieren und aus welchen Quellen sie die Kraft ihrer Argumentation ziehen. Sie werden nicht verfehlen, zu sagen: seht, das sind unsere Gegner, so diskutiert man unsere Sache, so macht sich die Indignation der Berliner Luft, nicht über unser Kloster, sondern über die inhibierten Steinwürfe. Man wird ihnen allerdings entgegnen: wir verbitten uns die Verwechslung mit den Elementen der Volksversammlung in der Tonhalle, aber eine Genugthuung ist doch den Dominikanern geworden, die sie zu verwerten wissen werden. Die Versammlung machte in der That nur den Eindruck, als sollte Revanche dafür genommen werden, daß die Mönche sich den Schutz der Polizei geholt und den Berlinern die Abendspäße verdorben hatten. Schon die Abwesenheit jeglicher distinguierten politischen Persönlichkeit charakterisierte die Zusammen-

setzung des Meeting. Außer einigen Klubfiguren zweiten Ranges schmückten die obskursten Namen die Redner und das Verhalten der Zuhörer entsprach dem Mangel an der Teilnahme der gebildeteren Klassen. Die Versammlung selbst kannte die Redner nicht, sondern erzwang sich jedes Mal erst mit Tumult die Namensnennung, wenn auf der Tribüne ein Wechsel stattfand. Es fehlte zwar nicht, um gerecht zu sein, an einzelnen Rednern, welche trotz des Radikalismus eine gewisse Klarheit ihren Worten bewahrten, auch zusammenhängend sprachen. Aber sie trafen eben dadurch den vorherrschenden Ton so wenig, daß sie ohne Sang und Klang die Tribüne hätten verlassen müssen, wenn nicht noch zu guterletzt ein den Beifallssturm herausforderndes Stichwort gefallen wäre.

Der große Saal der Tonhalle, an deren Eingange die große Rede des großen Emilio Castillar feil gehalten wurde, füllte sich sehr früh. Bald nach zehn Uhr waren schon die meisten Tische in der Haupthalle und in den Seitenhallen besetzt, d. h. die Stühle von Mitgliedern der Versammlung, und die Tischplatten mit Krügen, deren Inhalt im Laufe des Tages noch eine so hervorragende Rolle spielen sollte. Die Menge vermehrte sich von Minute zu Minute, bald füllten sich auch die beiden Bogen-Etagen, welche die Seitenwände des Saales einnehmen. Die Theaterbühne an der einen Schmalwand der Halle nahmen allmälig, wie es schien, die Veranstalter der Versammlung, die Kandidaten des Präsidiums und des Büreaus, sowie die Reporter ein. Es waren wirklich Reporters da, die unverdrossen bis zuletzt Gedanken aus den Reden herauszulesen und einen leitenden Faden zu entdecken

suchten. Kurz vor 11 Uhr erschien die Hermandad, aus einem Polizeihauptmann und einem Polizeileutenant bestehend. Sie nahmen ebenfalls auf der Bühne Platz, um sich ebenfalls der Aufgabe zu unterziehen, das Gesprochene so weit als möglich auf Papier zu bringen.

Bald nach 11 Uhr erscholl die Präsidentenglocke.

Ein Herr haranguierte von der Bühne die Versammlung, „Eine finstere Bande . . . .“ Lautes Bravo, eine einzelne Stimme: „Pfui!“ darauf: „Raus, Raus . . . .“ In dem Tumulte, der sofort entstand, war es schwer erkenntlich, ob der rasende See, der im Laufe der Sitzung noch öfters sein Opfer verlangte, schon jetzt seine Genugthuung erhielt. Es trat aber nach einer Weile wieder Ruhe ein, worauf die Wahl des Präsidenten u. s. w. vollzogen wurde. Der Präsident: „Herr X. hat das Wort.“ Eine sehr bewegliche, pfiffigthuende Figur erschien auf der Rampe der Bühne. „M. H., wir leben im Jahrhundert der Erfindungen, der Minister von Rochow hat den beschränkten Unterthanenverstand erfunden (stürmisches Bravo) . . . ja, meine Herren, beherzigen Sie das wohl, dann hat Herr Hansemann gesagt: In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf (lebhaftes Bravo) . . . behalten wir das wohl im Auge, ich erinnere Sie dann an das Niemals, Niemals des Grafen Brandenburg, an die Temperatur im Herrenhause, an das heidenmäßig viele Geld des Herrn von Manteuffel, an die Blut- und Eisenpolitik, da kann man sich über das Kloster in Moabit gar nicht wundern (lauter anhaltender Beifall) . . . das steht alles aktenmäßig fest . . . man spricht immer vom oesterreichischen Konkordat . . . wir

haben auch ein Konkordat mit Rom, das wird aber geheim gehalten (große Bewegung) . . . das steht alles aktenmäßig fest . . . zur Belohnung für das, was das Volk 1815 gethan, bekam es das Paßreglement und das Konkordat (donnernder Applaus) . . . der Syllabus gilt auch bei uns . . . (sehr richtig) . . . keine Toleranz . . . Das geht Ihnen nichts an . . ." Der Herr sprach noch sehr Vieles, unglaublich Vieles. Als er abtrat, war das Publikum schon beim dritten oder vierten Seidel und fand kein Ende mit seinem Applaus. Herr X. mußte wieder auf der Rampe erscheinen und den Tribut der Huldigung in stürmischen Zurufen in Empfang nehmen. Jetzt kam ein Herr, der wenigstens durch eine gewisse Ordnung seiner Gedanken wohlthuend wirkte, nämlich auf Ihren Referenten. „Wir sprechen immer von Heuchlern, wir alle sind aber Heuchler, Sie sammt und sonders. (Ueberraschung) Sie lassen sich in der Kirche trauen, lassen da taufen, sagen Ja und Amen, ist das nicht Heuchelei? Lautes Bravo, eine Stimme: Nein! „Raus, raus . . . schmeißt ihn raus . . ." Herr Y. hat das Wort, ein Herr mit gewaltigem Pathos, den man sofort für einen zornschnaubenden Dominikaner auf der Kanzel gehalten hätte, wenn er nicht gegen die Dominikaner gesprochen und sich Sozialdemokrat genannt hätte. Mit einer Stimme, welche die Tonhalle in ihren Grundmauern erzittern ließ, rief er aus: „Meine Lunge ist gesund, aber sie ist nicht gesund genug gegen diese Brut, das ganze Pfaffentum ist eine Lüge." (Donnernder Applaus, eine Stimme: Oho! „Raus, raus . . .") Der Redner fortfahrend: „Toleranz ist eine Schwachköpfigkeit, Intoleranz, das

ist die Losung ..." Der nächste Redner hub mit den Worten an: „Der große Friedrich hat gesagt, in seinem Staate soll Jeder nach seiner Façon selig werden ..." Das war ein Affront, der diesem Publikum nicht hätte ins Gesicht geschleudert werden sollen. Unsinn, brüllte es von allen Seiten: „Herunter, abtreten, Schluß, nicht weiter reden." Der Präsident: „Ich muß den Herrn Redner bitten, zur Sache zu sprechen." Das Publikum: „Herunter, Schluß!" Der Lärm wurde so groß, daß der Präsident immerzu und vergebens schellte. Das Publikum: „Mund halten." Präsident: „Wenn Sie nicht Ruhe halten können, muß ich die Sitzung schließen." Ein Herr von der Bühne: „Meine Herren, lassen wir durch Abstimmung entscheiden, ob Herr Z. weiter sprechen soll." Vizepräsident Dr. Langerhans: „Darüber ist keine Abstimmung zulässig, der Redner möge zur Sache sprechen." Der Redner kommt endlich wieder zu Worte. „Friedrich II. sagte ..." „Herunter, Mund halten." Der Redner überschreit die Versammlung. „Ich will ja bloß sagen, daß, wenn unsere Regierung die Dominikaner duldet, sie dann auch die freien Gemeinden (zu denen Redner gehört) gewähren lassen sollte; wir wollen auch nach unserer Façon selig worden so gut wie die Dominikaner." „Herunter, Raus ..." Der Redner mußte abtreten, und zwar weil er das Wort Friedrichs II. auch für die freien Gemeinden angewendet wissen wollte, ein Gedanke, den Niemand in der Versammlung zu fassen vermochte und der die tiefste Mißachtung fand, weil in der Diskussion der Klosterfrage die bloße Erinnerung an die Seligkeit eines Jeden à sa façon als geheime Parteinahme erschien, und

Dr. Langerhans nannte das Citat nicht „zur Sache“ gehörig. Der nächste Redner sprach ruhig, verständig, aber ohne Beifall und veranlaßte daher den Antrag eines Mitgliedes, daß kein Redner länger als 10 Minuten sprechen solle. Der Glossenreißer, der zuerst in der Sitzung das Wort gehabt und lauter rhetorische Purzelbäume geschlagen hatte, sprach gegen diesen Antrag mit voller Nachsicht für den letzten Redner, weil man auch den geduldig anhören müsse, der nicht „nach den Regeln der Rhetorik“ (wie er selber?) spräche. Dann kam ein Mann, der sich Ingenieur nannte. „Jeder nach seiner Façon? Das ist das Verkehrteste, was es geben kann.“ Ein Buchbinder tritt auf und will den Gedanken des Redners deutlich machen, der Friedrich II. citirte. Sofort wieder Präsident und Publikum: „Zur Sache.“ Der Redner spricht auch gegen den Lassallianismus, wobei Niemand ruft: „Zur Sache“, dagegen sehr viele Stimmen ihr „Oho“ erschallen lassen. Der Nachfolger auf der Tribüne geißelt scharf des Kultusministers Verfahren gegen das Kloster, indem er den Orden als bloßen Verein betrachte und unter das Vereinsgesetz stelle, da doch der Orden weder Statuten noch Mitgliederverzeichnis eingereicht habe. Er schließt mit den Worten: „Treten wir Alle aus der Kirche aus, dann ist Berlin wahrhaft die Stadt der Intelligenz und die Hauptstadt Deutschlands.“ Nächster Redner: „Die Ohrfeige in der französischen Kirche hat die Dominikaner angelockt . . . das Militär ist Schuld an dem Ordenswesen . . . was die Kinder in der Schule lernen, ist Lüge (sehr richtig) . . .“ Zum Schluße deklamiert er in sehr erhabenem Tone ein Gedicht gegen die Jesuiten,

denen nachgesagt wird, daß sie sogar ein Königsherz mit dem Dolche nicht schonen. Ein royalistisches Grauen überlief die Versammlung. Viel Bravo und Händeklatschen. Der Redner verbeugt sich wiederholentlich. Nun kam das Opfer des rasenden Sees an die Reihe. Ein katholischer Jüngling trat für den Orden auf. Der gleich nach den ersten Worten aus seinem Munde einbrechende Sturm entzieht sich jeder genauen Beschreibung. Das Präsidium bemühte sich ihn niederzuschlagen, um auch den Gegner zu Worte kommen zu lassen. Das Publikum spottete der Glocke und der heisern Stimme von der Bühne her. Der Jüngling, der den Orden vor dem Vorwurfe der Faulenzerei dadurch schützen wollte, daß er ihm die Pflege und Erziehung von Waisenkindern als schwere Pflichten zuschrieb, wurde von der Tribüne fast heruntergerissen, bahnte sich mühsam durch geballte Fäuste und unter schweren Bedrohungen den Weg durch die Versammlung und wurde von den Letzten am Kragen gepackt und aus der Thür geworfen. Darauf Herr Aaron: „Das Jahr 1866 hat uns die Klöster gebracht; bei Königgrätz hat das System Mühler gesiegt . . . .“ So ging es weiter bis zwei Uhr. Redner und Zuhörer von dem Genre dieser Versammlung mögen des Abends in Moabit an ihrem Platze sein und da eher was ausrichten, als mit ihren Resolutionen, die heute gefaßt sind. In den Händen solcher Gegner wird jede ernste Frage zur Karrikatur.“

Wir haben diese „Verhandlungen“ einer berliner Volksversammlung ausführlich wiedergegeben, weil sich daran, wie angedeutet, ein interessanter Vorgang knüpfte. Im literarischen Bureau in Berlin wurde zur Zeit

des Kaisers Wilhelm I. aus den gelesensten Zeitungen des Inlandes und des Auslandes durch Herausschneiden und Aufkleben von solchen Abschnitten, die den König besonders interessieren konnten, eine Zeitung für denselben übersichtlich zusammengestellt. Natürlich wurden in Tagen, wo eine brennende Frage die allgemeine Aufmerksamkeit fesselte, die darauf bezüglichen Notizen und Artikel vorzugsweise berücksichtigt. Auch kam gelegentlich eine Ordre von oben, gewissen Gegenständen bei der Zusammenstellung der Lektüre für den König besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sei es nun auf diesem Wege, sei es auf einem anderen — was wir nicht genau sagen können — der in der Weserzeitung enthaltene Bericht über jene Volksversammlung gelangte bis auf den Schreibtisch des Königs. Dieser war nicht wenig erstaunt über eine solche Haltung des Berliner „Volks" in einer so ernsten Frage. Mit der Lektüre gerade beschäftigt, empfing er den Polizeipräsidenten v. Wurmb in Audienz. Seine erste Frage war: „Hat eine solche Versammlung wirklich stattgefunden? Es muß doch ein Polizeibericht darüber existiren." Der Polizeipräsident übernahm es, das „Feuilleton" mit dem Bericht des Polizeileutnants, der die Versammlung überwacht hatte, zu vergleichen.

Er ließ den Verfasser, der ihm von Dresden her aus der Zeit der preußischen Occupation bekannt war, zu sich bescheiden und empfing ihn mit den Worten:

„Sie haben etwas Schönes angerichtet, Majestät ist außer sich über Ihr Feuilleton, er will die Genauigkeit desselben durch den amtlichen Bericht festgestellt wissen."

„Aber, Herr Präsident, ein Feuilleton und ein Polizeibericht sind incommensurable Größen."

„Schon gut, die Sache ist bereits in Ordnung. Ihr Styl ist allerdings ein anderer als der des Polizeilieutenants — aber in der Sache laufen beide Berichte auf eines hinaus, der König ist erstaunt über das, was „die Stadt der Intelligenz" an einem Sonntage unter Mittag in Politik leistet."

Solche Versammlungen, in denen Petitionen wider die Klöster an den Landtag beschlossen wurden, lieferten natürlich den Ultramontanen einen willkommenen Vorwand, um von da her bis auf die Intentionen der Regierung einen Schluß zu machen, d. h. auf die allgemeine Feindschaft des Protestantismus wider die Freiheit der katholischen Kirche. Selbst den Beginn des sogenannten Kulturkampfes verlegten sie in jene Zeit und in jene „Herausforderungen von protestantischer Seite." Insbesondere wurde der Gneist'sche Commissionsbericht, der sich den an das Abgeordnetenhaus wider das Klosterwesen gerichteten Petitionen, die auf die obige Weise zu Stande gebracht waren, anschloß, als der erste Schritt angesehen, der auf Seite des Staates in dem Kampfe gegen die Kirche gethan sei.

Das preußische Ministerium beschäftigte sich ebenfalls mit der Klosterangelegenheit. König Wilhelm verlangte einen Bericht darüber, indem er eine strenge Handhabung des Vereinsgesetzes und vorsichtigere Verleihung der Korporationsrechte für ausreichend hielt, um Gefahren für den Frieden der Konfessionen zu beschwören. Das Ministerium beantragte strengere Maßregeln gegen die geistlichen Genossenschaften, in-

dem es ausführte, daß eine wirksame Beaufsichtigung der Klöster auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zu erzielen sei. Der König lehnte dieses Immediatgesuch ab. Er wollte erst noch Bismarck hören, der, damals in Varzin weilend, sich an dem Gesuche nicht beteiligt hatte. Am 2. Februar 1870, nach der Rückkehr Bismarcks nach Berlin, wurde ein Ministerkonseil abgehalten. In demselben sprach sich der Ministerpräsident dahin aus, er könne aus politischen Gründen nicht wollen, über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinauszugehen, müsse vielmehr davor warnen, etwa in der Diskussion eine Stellung einzunehmen, welche — in Abweichung von dem Grundsatz Friedrichs des Großen, daß jedermann nach seiner Façon selig werden könne — das Vertrauen der Katholiken in die Freiheit und Sicherheit ihres Kultus erschüttern könne. Die Katholiken in Preußen hätten sich in den Jahren 1848 und 1866 als treue Unterthanen bewährt, eine Erschütterung des Vertrauens der acht Millionen Katholiken würde ein Nachteil für die Dynastie sein; die Mitglieder einer bedrückten oder Bedrückung besorgenden Kirche ließen sich leicht fanatisieren. Je weniger solche Beschwerden vorkommen, je klarer das Bewußtsein gleichmäßigen Rechts sich ausbilde, desto mehr schwinden die Klagen, welche früher die Bevölkerung in der Rheinprovinz bewegt hätten. Die Gefahren, welche von den katholischen geistlichen Gesellschaften drohen, seien nach seiner Ueberzeugung nicht so groß, als sie Se. Maj. dem König vielleicht vorschweben. Die Proselitenmacherei sei ein schlechtes Geschäft geworden, denn die Zahl der Evangelischen, welche katholisch werden, sei weit geringer, als die

Zahl der Katholiken, welche zur evangelischen Kirche übertreten. Eine Stärkung der nihilistischen Elemente, welche ein scharfes Einschreiten gegen die Katholiken fördere, sei an sich nicht rathsam, man würde aber auch dabei voraussichtlich die Erfahrung machen, daß die äußerste Linke selbst für die Jesuiten eintritt, wenn man die Vereinsfreiheit antasten wollte. Er schließe sich den Intentionen Se. Maj. des Königs dahin an, die Korporationsrechte an Vereine mit größter Vorsicht zu gewähren, und nur bei offenbarem Gewinn für Armen- und Krankenpflege und das Vereinsgesetz gegen geistliche Gesellschaften strenger als bisher, namentlich in Bezug auf Ausländer, zu handhaben.

So standen der König und sein erster Ratgeber auch in dieser Angelegenheit fest zusammen. Man würdige danach die Worte aus Majunkes Geschichte des Kulturkampfes S. 107: „Fürst Bismarck bewies auch in dieser Sache eine zweideutige Haltung. Während er nichts dawider hatte, daß Geh. Rat Linhoff in der Commission ihn als Anwalt selbst der Jesuiten (von Schrimm) hinstellte, ließ er zu, daß die „Nordd. Allg. Ztg." Arm in Arm mit der klosterstürmerischen Presse ging, ja dieser bisweilen sogar um ein Erhebliches voranschritt. Katholische Abgeordnete waren dazu auch aus anderen Gründen mehrfach der Meinung, daß dem Kanzler die Gneist'schen Anträge gar nicht so unwillkommen gewesen wären."

Eine Junker-Verschwörung.

Die konservative Opposition, die in der „Neuen Preußischen Zeitung" ihren Mittelpunkt fand, hatte, wie wir gesehen haben, schon bald nach 1866 Lebenszeichen von sich gegeben, in beiden Häusern des Landtags, wie außerhalb derselben. Sie loderte bald nach dem französischen Kriege in hellen Flammen auf, als die Wirthschaftspolitik einen Charakter annahm, der in nichts anderem bestand, als in dem Streben — wie man sich ausdrückte — „die großen jüdischen Geldprivilegien — (Aktien-, Börsen-, Banknoten-, Steuer-Privilegien) unter dem weiten Mantel der wirthschaftlichen Freiheit einzuschmuggeln." Der gleichzeitig ausgebrochene Kulturkampf führte gleich an seiner Schwelle, beim Schulaufsichtsgesetz, zu einem Bruche der Kreuzzeitungspartei mit dem Fürsten Bismarck. Dieser Kampf war nicht in allem ein offener, er setzte gleichzeitig eine Menge Einflüsse in Bewegung, die im Geheimen arbeiteten und den Monarchen umlagerten, um ihn von seinem ersten Rathgeber zu trennen. So nahm er den Charakter einer Verschwörung gegen Bismarck an. Auch hatte man

von Anfang an eine bestimmte Persönlichkeit als Nachfolger im Auge, die von ihrem auswärtigen Posten her die Stellung des Reichskanzlers zu interminieren suchte. Unter der Fahne dieser Fronde sammelten sich nicht blos die Gegner der „jüdischen" Wirtschaftspolitik und des Kulturkampfes, sondern alles, was gegen den Reichskanzler murrte, was einmal seine Ungnade erfahren hatte, verkannte politische Größen, unsanft bei Seite geschobene ehemalige Kollegen und Diplomaten. So fest und unerschütterlich der Monarch in diesem offenen und geheimen Kampfe, auch den nächsten Familienmitgliedern gegenüber, zu Bismarck hielt, so konnten die Konflikte nicht ausbleiben. Kaiser Wilhelm I. bewahrte alten treuen Dienern stets eine unverlöschliche Dankbarkeit, auch denen, die er selber um politischer Dissense willen entlassen hatte. Er lieh ihnen noch als Frondeurs willig das Ohr und hatte manchen schweren Kampf mit sich selbst, wenn es galt, zwischen solchen und Bismarck zu entscheiden. Es sei ihm nicht möglich, sagte er einmal zum Grafen Arnim, nachzutragen, aber die Rancüne Bismarcks habe schon viele Treue entfernt, Golz, Thile, Savigny, Usedom, Werther u. s. w. „Jetzt sind Sie an der Reihe."

Wilhelm I. schätzte seine Diener in allen ihren Stellungen nach ihrer Treue. Fürst Anton Radziwill, General und Flügeladjutant des Kaisers, war Mitglied des Herrenhauses, wo er stets an der Seite seiner engeren Landsleute, den Skorzewski, Slaski, Sulkowski, Koscialski, Zychlinski ꝛc. stimmte, ebenso wie der Graf Maximilian Nesselrode, Kammerherr und Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin. Man

konnte es eine eigentümliche Erscheinung nennen, daß ein Pole und ein Ultramontaner in der Hofgesellschaft von Berlin einen hervorragenden Platz einnahm. Er hielt ein überaus gastliches Haus und er war selber als Gast überall willkommen im Königlichen Hause, bei den Hofstaaten, bei den Botschaftern, bei der höchsten Aristokratie. Er war ein Verwandter des königlichen Hauses, demselben treu ergeben, wie durch seine persönlichen Eigenschaften mit der am Hofe vorherrschenden liberalen Gesellschaft befreundet. Er war das Muster eines loyalen Polen und Ultramontanen.

Erprobte Minister und andere Staatsmänner suchte Wilhelm I. in ihren Friktionen mit dem leitenden Staatsmann so lange festzuhalten, als es nur immer ging, ist aber demselben gegen das, was er, der Monarch selber, das „Junkertum" zu nennen pflegte, immer zur Seite gestanden.

Man hat den teils offen, teils geheimen Kampf gegen die Person des Fürsten Bismarck, der die Jahre 1872 bis 1876 ausfüllte, und in den Ära-Artikeln der Kreuzzeitung kulminierte, die Bezeichnung „Junkerverschwörung" gegeben. Allerdings war die Deklaranten-Liste, in der die Frondeurs offen ihre Namen nannten, meist dem Gothaer Freiherrn- und Grafen-Almanach entnommen. Der sogenannte Kleinadel sah durch die Wirtschaftspolitik die ländlichen Interessen preisgegeben, durch die Verwaltungsreform alte Rechte geschmälert, im Kulturkampf den religiösen Liberalismus triumphieren und bildete überhaupt im Gegensatz einesteils zu dem früher reichsunmittelbaren und Hof-Adel, andereteils zu dem Bürgerstand das herrschende Element der strengeren konservativen Partei. Ihm gehörte einst

auch der Junker Bismarck an. Jetzt unternahm er den heftigsten Sturm gegen den Abtrünnigen, den dieser je in seinem Leben erfahren und fand, sonst dem Hofe nicht gerade nahestehend, an diesem einige schätzenswerte Bundesgenossen, um das Ohr des Monarchen zu gewinnen. Die liberalen Blätter fanden damals eine besondere Genugthuung darin, sich als die Königstreuen in die Brust zu werfen und den Royalismus der Junker nach den Zeiten des Raubrittertums und der faulen Grete zu messen. Man erinnerte an die Zeiten der Kurfürsten Friedrich I. und Joachim I., als es galt, den Kleinadel erst der Landeshoheit zu unterwerfen, als das Thun der vormaligen Rochow, Waldow und wie sie hießen, das Wort in Schwung brachte: „Raufen und Rauben bringt keine Schande — Thun's doch selbst die Edelsten im Lande", oder als die Junker an die Thüre des Lagerhauses in Berlin in der jetzigen Klosterstraße schrieben: „Jojekim, Jojekim, hüte di, kriege wi di, so hänge wi di." Aber auch nachdem jene Gegner des ersten Joachim das Raubritterhandwerk eingestellt hatten und der moderne Staat und die deutsche Vormacht in dem Territorium Brandenburg-Preußen sich entwickelten — immer wäre es, sagte man, unser Kleinadel gewesen, der dieser Entwicklung in jedem Schritte entgegenarbeitete, der, wenn er nicht mit eiserner Hand gewaltsam niedergehalten worden wäre, nie und nimmer Preußen seine glorreiche Geschichte hätte erleben lassen, der Deutschland in ein Chaos gestürzt hätte, in welchem nur die Jesuiten, sei es durch Habsburg, sei es durch Frankreich, zur Herrschaft gelangt wären. „Als der große

Kurfürst, so wurde weiter gesagt, seine großartige Politik unternahm, Deutschland gegen seine drei damaligen Feinde, Polen, Schweden und Franzosen, zu verteidigen und er hierzu der stärksten Anspannung aller Kräfte, der Konzentration der ganzen Landesmacht unter einen Willen bedurfte, da waren es die privilegierten Stände, welche unter ausschließlicher Betonung ihrer Privilegien solcher Politik widerstrebten. Und als Friedrich Wilhelm I. daran war, den Landeshaushalt in der musterhaften Ordnung einzurichten, welche die spätere Leistungsfähigkeit des Landes allein ermöglichte, als er den Lehensnexus aufhob, den ritterlichen Besitz der Besteuerung unterwarf, das Generalsteuerdirektorium errichtete, da war es der Kleinadel in Cleve, dem Herzogtum Magdeburg und Pommern, der wegen der Verletzung seiner angeblichen Privilegien das „tout le pays sera ruiné" anstimmte, welches dann die denkwürdige Antwort von der zu „ruinierenden Autorität der Junker" und dem rocher de bronze des Staatskönigtums zur Folge hatte. Und als über Preußen durch die gemeinsame Schuld von Königtum, Junkertum und Bürgertum der Bankerott hereingebrochen war und namentlich durch die Hebung des Bauernstandes das staatliche Defizit ausgeglichen und das Land wieder hergestellt werden sollte, da war die Rede der Junker, der Finckenstein und der Marwitz, genau so wie des Herrn von Senfft-Pilsach, daß Preußen ein Judenstaat geworden sei, und da wurde das junkerliche Toben gegen die Wiederherstellung des Staates so arg, daß die schlimmste Tobsucht in Spandau unschädlich gemacht werden mußte."

Man muß sich wundern, daß in diese historisch weit zurückgehenden Anklage gegen das heutige Junkertum das Bürgertum nicht ganz unverschont blieb. Es waren das eben noch uncivilisierte Zeiten und später noch waren es engherzige Vorurteile, welche die Gesellschaft in mehr als einer Schicht beherrschten. In unserer, nach allen Richtungen hin feiner gebildeten Zeit sind die Sünden des mittelalterlichen Adels längst gerächt durch das moderne Raubrittertum, das mittelst des Wuchers die alten Ritter wieder von ihren Stammsitzen treibt und was das junkerliche Toben gegen den modernen Staat betrifft, so will eine Handvoll Hitzköpfe, die ihren Uebereifer in Spandau büßten, wenig besagen gegen die langen geschlossenen Reihen des liberalen Bürgertums, das die königliche Autorität in ganz anderer Weise zu durchbrechen droht, wie die ernstigen Junker und gegen welches einem Wilhelm I. und einem ritterlichen Helden, dessen Name für alle Jahrhunderte in die Geschichte eingetragen ist, erst nach heftigem, langjährigem Kampfe gelang, das moderne Königtum als einen rocher de bronze neu zu stabilieren, ein starkes Königtum, das uns die Einheit Deutschlands auf granitner Grundlage wiedergegeben, das soziale Staatskönigtum, das zu allererst und zumeist eine Stütze bei den Konservativen fand, auch bei den Nachkommen der Gefangenen von Spandau.

Die damalige Fehde gegen den Adel wurde besonders durch ein geflügeltes Wort belebt, das Herr von Waldow-Steinhöfel einmal gesprochen haben sollte, nämlich das Wort: „Die Waldow's waren eher in der Mark, als die Hohenzollern." Damit sollte ein echt junkerlicher, hochverräterischer Uebermut und Trotz

sich Luft gemacht haben und ein recht brennendes Stigma dem konservativen Adel aufgedrückt sein. Nun ist auch dieses geflügelte Wort eine bloße Erfindung, die nur gemacht ist, um von Zeit zu Zeit den „Junkern" den Royalismus zu bestreiten. Ein Mitglied der Familie Waldow-Steinhöfel hat später in der Kreuzzeitung die im Herrenhause gehaltene Rede aus dem März 1861, welche jene anrüchigen Worte enthalten sollte, wiedergegeben und wir ersehen daraus, daß dieselbe in jeder Silbe den opferwilligsten Royalisten atmet und lediglich gegen die Ueberhebung eines neueingetretenen Mitgliedes des Herrenhauses gerichtet war, des Grafen von Reventlow, welcher glaubte, die altpreußische Aristokratie zur Opferwilligkeit ermahnen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit sagte 1873 der der verstorbene Herr von Waldow-Steinhöfel:

„Hätte der Herr Graf von Reventlow bereits länger die Ehre, dem preußischen Unterthanen-Verbande anzugehören, so würde der Herr Graf wissen, daß unter den Männern, zu denen er gesprochen hat, die Träger vieler Namen sitzen, die in der Mark Brandenburg bereits einen guten Klang hatten, lange bevor der erste Hohenzoller sie in Besitz nahm. Er würde wissen, daß von diesem Zeitpunkte an die Träger dieser Namen, wie die ganze preußische Aristokratie stets bereit gewesen sind, ihr Blut und auch ihr Gut in bösen und in guten Zeiten zur Verfügung ihres Königs und zur Verfügung ihres Vaterlandes zu stellen."

Diese hochpatriotischen Werke sind zu dem hochverräterischen und geflügelten Wort verdreht worden, daß die „Junker sich rühmten, länger als die Hohen-

zollern in der Mark zu sein, um darauf ihre Haltung gegen die Krone zu stützen.“ Wessen der preußische Kleinadel gleichwohl, auch wenn er solche antidynastischen Reden nicht führt, fähig ist, hat auch Kaiser Wilhelm I. erfahren. Man weiß, daß, als während der Krankheit Friedrich Wilhelms IV. die Frage: „Regentschaft oder Stellvertretung“ zur Entscheidung kam, jene Partei einen Standpunkt annahm, welcher sie zu König Wilhelm I. in einen nicht zu überbrückenden Gegensatz brachte. König Wilhelm hat seit jener Zeit das Organ der sogenannten Feudalen, die Kreuzzeitung, nicht mehr in sein Haus kommen lassen. Bismarck war auf dieselbe Partei, der er einst angehörte, schon in Frankfurt oft schon recht böse. In dem badischen Kirchenstreit schrieb Herr von Bismarck an den Minister Manteuffel: „Alle Umstände weisen darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Zwistigkeit zwischen der badischen Regierung und dem Erzbischof von Freiburg handelt, sondern um die Sache aller protestantischen Obrigkeiten gegenüber dem streitbaren unersättlichen und in den Ländern evangelischer Fürsten unversöhnlichen Geiste, welcher seit dem letzten Jahrzehnt einen Teil des katholischen Klarus beseelt, ein Geist, für welchen erlangte Concessionen stets die Basis neuer Concessionen bilden, und dessen Forderungen zu berücksichtigen, jede Regierung Anstand nehmen muß.“ Die Kreuzzeitung dachte anders. Sie sprach von der badischen Regierung, welche mit dem hölzernen Schwerte der Bureaukratie dem gewaltigen Aufschwunge der römischen Kirche entgegentreten wolle, in einer Weise, daß sie zwei Tage hintereinander konfisziert wurde. Herr von Bismarck bemerkte dazu: „Ich ver-

stehe es nicht, wie Jemand, der unzweifelhaft von einer warmen Vaterlandsliebe beseelt ist, sich in diesem Grade von jeder preußischen Anschauungsweise frei machen kann, wenn ich auch zugebe, daß mich der Borussianismus in derartigen Fragen einseitig und befangen macht." Als Prinz Napoleon in Berlin war, schrieb Herr v. Bismarck nach Berlin: „Die Taktlosigkeiten der Kreuzzeitung verdienen eine ernste Zurückweisung," und im Jahre 1857 bemerkte er in einem Schreiben an den Minister: „Die Kreuzzeitung könnte auch etwas Klügeres thun, als in den Chorus der sittlichen Entrüstung österreichischer Blätter über angebliche Provokation französischer Einmischung in deutsche Fragen einzustimmen; sie sollte lieber Oesterreich in's Gewissen reden, daß es Frieden mit uns sucht und hält, anstatt uns überlaufen zu wollen. Diese Theoretiker reden, als ob Oesterreich gar kein Ausland mehr für Preußen wäre und als ob wir vollständig in Präsidial-Deutschland aufzugehen hätten. Nicht durch das Bücken vor österreichischer Anmaßung, sondern dadurch, daß wir die Zähne zeigen und auf die notwendigen Consequenzen einer schlechten Behandlung Preußens offen aufmerksam machen, werden wir zu besseren Verhältnissen in Deutschland kommen können."

Der Gegensatz zwischen Herrn von Bismarck und der Kreuzzeitung war also frühzeitig ein prinzipieller. Doch hielt ersterer immer noch den Fraktionsverband aufrecht. Er war im April 1852 vom Minister von Manteuffel aufgefordert worden, nach Berlin zu kommen; der König selbst wünschte, daß er in der zweiten Kammer sich an einer Abstimmung beteiligte und zwar gegen seine eigne Partei, welche damals die Fraktion

Gerlach war. Herr von Bismarck kam aber nicht, vielmehr lieferte er zu seiner Entschuldigung folgende Verteidigung der Fraktionspolitik:

„Wenn ich mich öffentlich durch ein Votum oder gar durch eine Rede gegen die Ritterschaft von dieser lossage, so würde das gerade in dem entschlossensten und innersten Wesen unserer Partei einen unheilbaren Spalt lassen und ich würde das verlorene Vertrauen einer politischen Stütze in der Kammer und im Lande so leicht nicht wiedergewinnen. Daß die Stellung, in welche unsere Ritterschaft in dieser Sache geraten ist, eine schiefe, und mehr durch Parteiumtriebe, als durch sachliche Gründe herbeigeführt ist, habe ich Sr. Majestät wiederholt erklärt; will man aber als Mitglied einer Partei Einfluß behalten, oder auch nur es bleiben, so darf man sich auch von den Thorheiten seiner Partei nicht feindselig lossagen, wenn man nicht sich unterwerfen kann."

Mit der allmäligen Lösung des Fraktionsverbandes steigerte sich die Feindschaft des Staatsmannes und des feudalen Organs. Mit ganz ungeteilter Genugthuung wurde im September 1862 Herr v. Bismarck als Minister in Berlin von niemand, auch von den Konservativen nicht, empfangen. Zwar jubelte die „Kreuzzeitung" bei der Nachricht von seiner Ernennung zum Minister und sagte mit Anspielung auf Herrn v. d. Heydt: „Das kaufmännische Intermezzo hat jetzt ein Ende." Aber in die Freude der Partei mischte sich doch der Gedanke an allerlei Absonderlichkeiten, die von dem neuen Minister bekannt waren. Man war nicht ohne Besorgnis, Herr v. Bismarck könnte das Werk der reorganisierten Armee, dessen

Zustandebringen von ihm bestimmt erwartet wurde, nicht so handhaben, wie man es wünschte, insbesondere vielleicht gegen Oesterreich und seine deutschen Bundesgenossen gebrauchen. Wie die liberale Partei darauf rechnete, daß das „lustige Intermezzo" des Ministeriums Bismarck nicht lange währen könne und, sobald man von sich von seiner Unfähigkeit überzeugt habe, notwendig ein liberales Regiment wieder an's Ruder gelangen müsse, so gab es auch auf der entgegengesetzten Seite Stimmen, welche nicht blos im Geheimen sich sagten, Herr v. Bismarck sei zwar trefflich geeignet, das Abgeordnetenhaus niederzutreten, sei aber nicht der Mann, darüber hinaus die Geschicke Preußens zu leiten. So traten Herr v. Bismarck und die Kreuzzeitungspartei eigentlich nur ad hoc zusammen, d. h. gegen das die Heeresreform abweisende Abgeordnetenhaus. Die Art, wie die Kreuzzeitung sich mit der Auseinandersetzung gegenüber Oesterreich, mit den Entthronungen deutscher Fürsten, einem auf allgemeinem gleichem Stimmrecht begründeten Parlament ohne Herrenhaus abzufinden wußte, ließ zwar die entschiedenste Wandlung wahrnehmen, weil alle jene Maßregeln von der höchsten Tragweite auf dem Gebiete des Staatswesens den Grundsätzen der „Kreuzzeitung" von heiliger Allianz, Legitimität, ständischem Staat so sehr als irgend denkbar widersprachen. Es gab aber bald Friktionen mit Herrn v. Bismarck. Die Kreuzzeitung wollte nichts von einer Majorisierung Preußens im Norddeutschen Bunde wissen, nichts von einer Preisgebung des alten preußischen Wesens. Auf sie und ihre Partei bezog sich der bekannte Brief Bismarcks, den er im Jahre 1869 an den Fürsten Putbus schrieb.

Solche kleine Rencontres störten immer noch nicht die Harmonie der beiden streitenden Teile. Erst um die Jahreswende von 1871—72, mit dem Wechsel der Redaktion in der Kreuzzeitung besann sich diese wieder auf sich selbst. Bismarck wurde beschuldigt, den „Kompaß des Ewigen" verloren zu haben. Die „Kreuzzeitung" nahm von dem Jahre 1871 mit den Worten Abschied:

„Heutzutage noch konservativ zu bleiben," meinte sie, im konservativen Sinne zu wirken, konservative Ziele zu verfolgen, oder diese gar erreichen zu wollen, sei es im Reichstage oder Landtage, sei es durch die Presse, sei es auf politischem, kirchlichem oder sozialem Gebiete, das ist das eine schwere Aufgabe, ein aussichts- und hoffnungsloses Beginnen und Bestreben, ein undankbares Geschäft." Schwer sei es, gegen den breiten Strom des Liberalismus zu schwimmen, wo man bereits gegen diejenigen ankämpfen müsse, „mit denen man nach Gottes Ordnung zusammen stehen müsste," und doppelt schwer, wenn man auch da kein Verständnis finde, wo man es erwarten durfte, vielmehr auch da mit Schmach und Spott überschüttet werde. Eine Position nach der anderen sei bereits aufgegeben, auf der abschüssigen Bahn sei kein Halten mehr. „Die konservativen Scharen im Lande haben sich zusehens gelichtet und die konservativen Vereine haben sich auflösen müssen, weil eine Hoffnung nach der anderen durch die liberale Gesetzgebung zerscheiterte und man vergebens noch festen Fuß zu fassen suchte. Die konservativen Männer im Reichstage und Abgeordnetenhause sind schon rar geworden. Die konservative Presse verschwindet unter der Flut der

liberalen Erzeugnisse. Und was das schlimmste ist, man merkt es den Kämpfen oft an, daß die Kämpfer bereits den Mut verloren haben, matt geworden sind — daß sie aussichtslos kämpfen. Zu verwundern ist das, menschlicherweise angesehen, nicht." Auch sei die Fortsetzung des Kampfes ein undankbares Geschäft. „Man braucht nicht gerade sehr empfindlich zu sein, um die Andeutung zu verstehen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen." Wer nicht alle Wege mitgeht, darf sich nicht wundern, wenn er mißliebig angesehen wird"

Ein Gebiet, wo die konservative Opposition nicht mit dem Fürsten Bismarck zusammenprallte, war das der Verwaltungsreform. Hier geriet sie mit Graf Eulenburg in heftigen Konflikt. Hier gingen auch die Wege Bismarcks und des Königs auseinander. Letzterer war mit dem Minister des Innern entschlossen, die Kreisordnung so, wie sie vom Abgeordnetenhause beschlossen worden war, oder doch annähernd durchzusetzen. Er richtete einen eigenhändigen acht Seiten langen Brief an Herrn von Frankenberg — Ludwigsdorf. Dieses älteste Mitglied des Herrenhauses wandte sich schriftlich an den Monarchen mit der Bitte, den verderblichen Kreisordnungsentwurf nicht zum Gesetze werden zu lassen. Von der Antwort, welche S. Majestät darauf erteilte, erfuhr man folgende Analyse. Er (der König) danke ihm für seine wohlgemeint offene Äußerung, sei aber nach reiflicher Ueberlegung von der Notwendigkeit der Kreisordnungsreform überzeugt. Er müsse ihn daran erinnern, daß zur Zeit der Stein-Hardenberg'schen Reformen auch nicht zwei Menschen am Hofe gewesen wären, die davon nicht den Unter-

gang des Grundbesitzes und des preußischen Staates vorhergesagt. Er selbst habe damals etwas Ähnliches geglaubt und sei jetzt auch davon überzeugt, daß auf jenen Reformen die heutige Größe Preußens beruht. Auch bei der Grundsteuer seien ähnliche Befürchtungen laut geworden, die sich doch nicht erfüllt haben. In Preußen seien jetzt, wenn er nicht irre, 62000 Beamte (zwei mobile Armeekorps). Alle seien schlecht besoldet und verlangten Erhöhung ihrer Einnahmen. Mit jedem Jahre würde die Anstellung von noch mehr Beamten nötig. Auch in dieser Beziehung erwarte er Abhülfe durch die Kreisordnung und bäte ihn, sich selbst, wie seine Freunde für deren Zustandekommen zu interessieren. Der Ministerpräsident trat seiner alten Partei, den „Junkers", in dieser Streitfrage wieder einmal näher. Er erklärte sich für den Kommissionsentwurf des Herrenhauses, den aber das Plenum wieder fallen ließ. Er verhielt sich auch dem Pairschub gegenüber, den Graf Eulenburg beim Könige durchsetzte, um sich ein gefügiges Herrenhaus zu schaffen, ablehnend, konnte ihn aber nicht hindern. Während die Kämpfe im Herrenhause noch tobten, sprach Bismarck in einem Briefe an den Kaiser von einer Krise.

„Ich bin sehr niedergeschlagen darüber, schrieb er aus Varzin unter dem 13. Nov. 1872, daß ich auf Eurer Majestät huldreiches Schreiben vom 9 cr. nicht sofort nach Berlin kommen und mich Euer Majestät in der schwebenden Krisis zur Verfügung stellen konnte, um so mehr, als ich gegen Ende des vorigen Monats glaubte, daß ich bald so weit hergestellt sein würde. Ich befand mich seit meiner Rückkehr von Berlin in fortschreitender Zunahme

der Kräfte und ließ mich dadurch und durch das Interesse zur Sache, im Widerspruche mit den dringenden Mahnungen des Arztes, verleiten, auf Graf Eulenburgs wiederholte Aufforderungen einzugehen, indem ich durch Eingaben an Eure Majestät, durch Correspondenzen mit den Ministern und mit Gliedern des Herrenhauses auf den Gang der Dinge zu wirken suchte. Es ist das auf diesem Wege und aus der Ferne gewiß sehr gewagt, da mir die aufklärende Diskussion und die Kenntnis der Gegengründe fehlt, und ebenso die ausreichende Arbeitshülfe. Ich hoffte aber, daß es nur wenige Tage dauern werde, bis die Geschäfte wieder in ruhigeres Fahrwasser gelangten. Dieser Versuch hat mich aber leider zu rasch überführt, wie mein Arzt Recht hat, und wie gering der Vorrat meiner neu gesammelten Kräfte war. Ich bin sehr entmutigt darüber, denn meine Einwirkung auf die Geschäfte wird eher eine störende gewesen sein, und die wenigen Tage der Arbeit und der Gemütsbewegung, welche nervenkranke Reizbarkeit damit verbindet, haben hingereicht, mir die Ermattung meiner geistigen Arbeitskraft wieder klar zu machen. Ich fürchte, daß ich verbrauchter bin, als ich mir selbst eingestehen mag, und diese Sorge, sowie das Gefühl der Beschämung darüber daß ich in so wichtigen Momenten nicht auf meinem Posten und zu Eurer Majestät Dienst bin, drücken mich nieder, wenn ich mir auch sage, daß ich mich in Demut dem Willen Gottes zu ergeben habe, der meiner Mitwirkung nicht bedarf und meinen Kräften ihre Schranken zieht. Meine Unruhe findet ihr Gegengewicht in dem Vertrauen,

welches Eure Majestät am Schlusse Ihres Schreibens aussprechen und welches ich von Herzen teile, daß Gottes Gnade, die Eurer Majestät Regierung bisher gesegnet hat, auch weiterhelfen werde. Der Weg, den Eure Majestät im Conseil gebilligt haben, kann eben so gut, wie der von mir vorgeschlagene, zu denselben Zielen führen, wenn nur kein Bruch mit dem jetzigen Abgeordnetenhause dazwischen kommt, und wenn meine Collegen unter sich einig bleiben. Das werden sie Eurer Majestät zu Liebe thun, wenn auch bisher manche Anzeichen der Differenzen bis hierher erkennbar wurden. Ich fürchte, daß meine Correspondenzen mit den einzelnen unter ihnen, je nachdem sie Fragen an mich richteten, die Elemente der Verstimmung gelegentlich vermehrt haben, und daß Mißverständnisse mir gegenüber dadurch entstanden sind, daß der Inhalt meiner Berichte nur denen, an die sie gerichtet waren, vollständig bekannt wurde. Ich habe daher Roon gebeten, mich nur dann zuzuziehen, wenn Euer Majestät es besonders befehlen, und ihn benachrichtigt, daß ich mit den einzelnen Collegen nicht mehr correspondieren würde.

Auf diese Weise wird meine Heranziehung, so lange mir Gott nicht zu besseren Kräften hilft, allein in Eurer Majestät gnädige und nachsichtige Hand gelegt sein. Meine Hoffnung und meine Bitte zu Gott ist, daß mir bald wieder vergönnt sein möge, unter Eurer Majestät Auge selbst wieder meine Pflicht zu thun und die Beruhigung wieder zu gewinnen, die in der Arbeit liegt."

Bald nach diesen Briefe kam die bishin niedergehaltene Krisis im Ministerium zum Ausbruch. Der

König entband den Fürsten Bismarck am 21. Dezember von dem Vorsitz im Staatsministerium und ermächtigte ihn, sich in demselben, wenn es sich um Interessen des Reiches handele, durch Delbrück vertreten zu lassen. Das Präsidium im Ministerrate wurde dem ältesten Minister von Roon übertragen und demselben zugleich durch Ernennung des Generals von Kameke zum stellvertretenden Kriegsminister eine geschäftliche Erleichterung verschafft.

Einen zuverlässigen Einblick in die Ursachen und den Verlauf der Krisis zu gewinnen war nicht möglich. Daraus daß in den königlichen Verfügungen vom 21. Dezember nicht Graf Roon namentlich, sondern der „älteste Minister" mit dem Vorsitze betraut und erst am 1. Januar 1873 durch eine neue Ordre Graf Roon persönlich ernannt wurde, durfte man schließen, daß derselbe anfangs gleichfalls auszuscheiden beabsichtigt hatte. Die Stimmung Bismarcks in jener Zeit giebt ein Schreiben wieder, das er in Erwiderung auf ein Weihnachtsgeschenk an den Kaiser unter dem 24. Dezember richtete und worin er sagte: „Ich habe jederzeit bedauert, daß es mir nach dem Willen meiner Eltern nicht erlaubt war, lieber vor der Front als hinter dem Schreibtisch meine Anhänglichkeit an das angestammte Könighaus und meine Begeisterung für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu bethätigen. Auch heut, nachdem Eure Majestät mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihen Ew. Majestät am Heiligen Abend einem Manne, der gewohnt ist, an christlichen Gedenk-

tagen auf seine Vergangenheit zu blicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eigenen Neigung hätte ich lieber Schlachten für Ew. Majestät gewonnen, wie die Generäle, die das Denkmal zieren, als diplomatische Campagnen. Nach Gottes Willen und nach Ew. Majestät Gnade habe ich die Aussicht, in Schrift und Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Ew. Majestät glorreiche Regierung verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, wie ich, unabhängig von der Treue jedes ehrlichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Eurer Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge, die ich darüber empfinde, daß ich Eurer Majestät nicht immer nach Wunsch und nicht mehr mit voller Kraft dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können; und doch ist es nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer auf Wegen, wie Friedrich II. und Eure Majestät nach Gottes Rathschluß gegangen sind, in aussichtsloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen, aber der Wille wird bis zum letzten Atem Eurer Majestät gehören." Der Kaiser schrieb am 1. Januar 1873 an Bismarck: „Sie wissen, mit wie schwerem Herzen Ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem Ich Sie von dem Vorsitz Meines Staatsministeriums entband. Aber Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten und will deshalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen. Zehn inhaltschwere Jahre liegen hinter uns,

seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten. Schritt für Schritt hat Ihr Rat und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet. und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten zu teil geworden. Wenn Ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer und fester Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der Deutschen Reichskanzler-Stellung in engstem Zusammenhange bleiben. Durch die Verleihung der brillantenen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will Ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis Meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben. Mögen die Ihnen gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie erhoffen und ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und Mir Ihre bewährten Dienste widmen können."

Die Pause, die Bismarck als Ministerpräsident machte, dauerte nur bis zum Herbst des Jahres 1873. Er sagte später über diese Zwischenzeit: „Ich habe einige Zeit aufgehört, preußischer Ministerpräsident zu sein und habe gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich darin aber vollständig getäuscht. Nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt: entweder will ich ganz abgehen oder ich will im preußischen Ministerium wieder das Präsidium haben.

Während der vollständigen Einmütigkeit, die zwischen dem Monarchen und dem Minister herrschte, schlug die Flamme des Aufrufes der Konservativen gegen den Minister immer höher.

Herr von Dieſt-Daber, der pommersche Gutsbesitzer und ehemalige Abgeordnete, den wir schon bei früheren Angelegenheiten kennen gelernt haben, hatte sich, als der eifrigste Gegner des Kulturkampfes, während der parlamentarischen Verhandlungen über das Civilehe-Gesetz an den Reichskanzler gewandt, worin er sagte:

„Eurer Durchlaucht meine Aufwartung nicht machen zu können, bedauere ich aufrichtig und erlaube mir daher gehorsamst, die nachstehenden ehrerbietigen Bemerkungen, die nur in meinem tiefsten Schmerze über die neue, wie es scheint, in der That bevorstehende, allgemeine Durchführung der obligatorischen Civilehe und insbesondere auch der Aufhebung des Taufzwanges ihre Entschuldigung finden mögen.

Die Gründe, welche Eure Durchlaucht in Ihrer letzten Rede für die nicht stattfindende Schädigung des Familienlebens aus der Rheinprovinz hergeleitet haben, glaube ich durch drei Thatsachen, — nachdem ich neun Jahre in jener Provinz gelebt — widerlegen zu können.

1. Die Bevölkerung dort ist überwiegend katholisch und die Organisation der katholischen Kirche eine so starke, daß ihr schon deßhalb fast kein Paar hinsichts der nachfolgenden kirchlichen Trauung entgeht. Die evangelische Kirche entbehrt dagegen leider einer solchen kräftigen Organisation noch gänzlich und die jetzt angebahnte wird jedenfalls lange Zeit brauchen,

ehe sie dies Ziel erreicht, falls überhaupt gesundes Leben dadurch entsteht.

2. In einer Mischbevölkerung, wie am Rhein, ist schon dadurch das Glaubensleben, auch des evangelischen Theiles ein lebendigeres. Wir haben in den alten Provinzen darauf in gleichem Maße nicht zu rechnen.

3. In der Rheinprovinz gilt der Code Napoléon und nach Vorschrift des letzteren ist es ein Scheidungsgrund (injure grave), wenn der eine Teil nach der Eintragung in die Zivilstands-Register die kirchliche Trauung verweigert. In der übrigen Monarchie existiert eine solche Vorschrift bisher nicht.

Nach einem Gespräche mit einem hervorragenden Juristen, welches ich hier hatte, wäre auch noch ein anderer Ausweg möglich gewesen, nämlich der, selbst bei Einführung der obligatorischen Civilehe dem Geistlichen die Register zu überlassen, sie zur Fertigung eines Duplicats zu verpflichten und letzterem publicam fidem beizulegen.

Nur für diejenigen Kreise, in denen augenblicklich nach dem Gesetze angestellte Geistliche nicht existieren oder für die Fälle, in denen der Geistliche Anstand nehmen zu müssen glaubt, die Eintragung vorzunehmen, hätten dann event. für einen größeren Bezirk Standes-Beamte zu fungiren gehabt. — — —

Die Antwort Bismarcks lautete:

Berlin, den 11. Februar 1874.

„Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 3. Februar, in welchem Sie Ihrem Bedenken bezüglich der Wirkungen der Civilstandsgesetze einen erneuerten Ausdruck geben, beehre ich mich, ergebenst zu erwidern,

daß in dem Stadium, in welchem sich die Angelegenheit befindet, eine mündliche Erörterung derselben mit mir zu einem praktischen Resultat nicht führen kann.

Auf einige, Ihrem Standpunkt entsprechende Modalitäten des Gesetzes einzugehen, wäre seiner Zeit gewiß thunlich, aber mit Erfolg doch nur für einen Minister möglich gewesen, der sich auf die Unterstützung einer starken conservativen Partei hätte berufen können. Ich glaubte bis zur Beratung des Schulaufsichtsgesetzes in diesem Falle zu sein, habe mich aber von meinem Irrtum überzeugt und meinen praktischen Wirkungskreis dieser Erfahrung entsprechend eingeschränkt."

Herr v. Dieſt-Daber antwortete darauf boshaft: „Folgt daraus, daß die Beseitigung der ganzen Partei nunmehr geboten war? Können Eure Durchlaucht vor einer Partei Respect haben, welche . . . . . zu allem, was die Regierung vorlegt, unbedingt ja sagt, oder nennen Sie es noch conservativ, wenn jetzt die Aufhebung des Patronats beantragt wird? Und wenn selbst der Abg. Lasker, wie mir bekannt, die Wahl eines alt-conservativen Abgeordneten statt eines nationalliberalen bei der letzten Reichstagswahl angeraten hat, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, mit Eurer Durchlaucht Wunsch und Hülfe bald eine unabhängige gesunde und daher lebensfähigere conservative Partei wieder entstehen zu sehen."

Zu dem Konflikte im Kulturkampfe kam noch der wirtschaftliche, der sich besonders in den sogenannten Ära-Artikeln der Kreuzzeitung Luft machte, mit Bezug auf welche Bismarck im Febr. 1876 im Reichstage von der Unart der Presse sprach, die inneren Streitig-

keiten von dem sachlichen Gebiet auf das persönliche Gebiet zu verlegen, mit persönlichen Verleumdungen um sich zu werfen, alles mit Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit, nichts mit Urbanität zu besprechen. Man verweise ihn zwar auf andere Länder, wo man jedem Minister straflos Beleidigungen in das Gesicht werfen könne, aber er müsse bekennen, abgehärtete dickfellige Minister seien nicht sein Ideal, und er glaube, man komme besser durch mit Ministern von feinerem Ehrgefühl. Auch gegen die Verleumdungen der Presse könnte man etwas thun. Wenn die „Kreuzzeitung" sich nicht entblöde, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in ihren Spalten zu bringen, in einer Form, daß sie juristisch nicht zu fassen sei, aber doch den Eindruck hinterlasse, daß die Minister unredlich gehandelt hätten, so sollte sich niemand mit einem Abonnement indirekt an diesen Verleumdungen beteiligen. „Ich glaube, wir können auch außerhalb des Strafgesetzes sehr viel thun. Wenn wir alle, die Sinn für Ehre und Anstand, für christliche Gesinnung und Sitte haben, zusammenhalten in einer Ligue gegen die Schlechtigkeiten, die ich eben bezeichnet habe, und sie verfolgen, jeder vor seiner Thür, und sie einmütig in Bann halten, so werden wir mehr erreichen als mit dem Strafrichter."

Als im Frühjahr 1873 der Abgeordnete Lasker, der durch die von ihm selbst herrührende Gesetzgebung das Gründerwesen gezüchtet hatte, einige Männer der Kreuzzeitungspartei, die in die Gründerei hineingepfuscht und den Liberalen Konkurrenz zu machen mit vielem Ungeschick versucht hatte, herausgriff, um sie an den Pranger zu stellen, während er und seine

Partei die Moralischen spielten, da eröffnete die angegriffene Partei einen Kampf, der auf nichts geringeres hinauslief, als auf den Sturz Bismarcks, als des Patrons Laskers. Am Hofe wurde ein Unternimierungs-Feldzug versucht. Herr v. Dieſt-Daber denunzierte die Korruption, die den preußischen Staat unterwühle, dank der jüdisch-kapitalistischen Herrschaft, der Bismarck durch seine innere Politik zum Triumphe verholfen habe. Herr v. Dieſt-Daber hatte ein langes Promemoria dem Kaiser überreicht, in welchem unter dem Motto „periculum in mora“ alle die Gefahren auseinandergesetzt waren, denen in Preußen Staat und Gesellschaft unrettbar preisgegeben seien, wenn dem System Lasker-Bismarck nicht sofort Einhalt gethan würde. Der Kaiser sandte die Denkschrift mit Randglossen dem Kanzler. Die „Reichsglocke“ gelangte bis auf den Tisch des Kaisers. In den erwähnten Ära-Artikeln in der Kreuzzeitung kulminierte dieser Kampf. Dieselben (aus dem Juni 1875) lauteten:

„Selten, vielleicht niemals vorher in der Weltgeschichte, ist eine Zeitperiode für eine großartig angelegte National-Wirtschaftspolitik günstiger gewesen, als die Zeit nach dem Kriege von 1870/71 es für Deutschland gewesen ist.

Vielleicht niemals vorher in der deutschen Geschichte war ein Zeitpunkt mehr darauf angelegt, für die bleibende Wohlfahrt der Nation großartig schöpferisches zu leisten, als seit den letzten vier Jahren; — und vielleicht niemals ist ein großer staatswirtschaftlicher Moment kläglicher frustriert, bedauerlicher verkümmert, vollständiger verpfuscht worden, als die Zeit der französischen Milliardenzahlungen an Deutschland.

Das unsterbliche Verdienst, diese allerdings äußerst hervorragenden Resultate unserer neuesten deutschen National-Wirtschaftspolitik erzielt zu haben, dürfte allerdings den Herren Delbrück und Camphausen beizumessen sein.

In der kürzlich stattgehabten 77. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses hat Herr Camphausen freilich dem Herrn v. Kardorff repliciert, daß er „seinem Freunde Delbrück gegenüber" darauf verzichte, für den „intellectuellen Urheber unserer ganzen Wirtschaftspolitik" angesehen zu werden. Wir sind jedoch noch nicht völlig gewiß, ob nicht auch für Herrn Delbrück der Zeitpunkt eintreten wird, wo er die Ehre dieser „intellectuellen Urheberschaft" gern von sich ablehnen möchte; und nach unserer Kenntnis der Verhältnisse dürfte die Ehre dieser „intellectuellen Urheberschaft" allerdings auch Herrn Delbrück kaum völlig, ja wohl nicht einmal in der Hauptsache zur Last gelegt werden können. — Diese Ehre wird doch wohl von dem großen finanziell-nationalwirtschaftlichen spiritus familiaris des neudeutschen Reiches, dem — Herrn v. Bleichröder in Anspruch genommen werden müssen. Es erscheint durchaus notwendig, das deutsche Publikum möglichst vollständig über die enormen Verdienste des Herrn G. v. Bleichröder aufzuklären, da er aus ungemein richtig berechneter Bescheidenheit äußerst sorgfältig vermeidet, seine außerordentliche Verdienste um die neudeutsche Nationalwirtschaft und die möglichst spurlose Verduftung der Milliarden an das Licht der Öffentlichkeit treten zu lassen. Und da die große sogenannte „nationalliberale" Presse sich vorzugsweise in Händen seiner Glaubensgenossen, oder von ihnen mehr oder minder direkt oder indirekt ab-

hängiger Leute befindet, so ist die Absicht seiner Bescheidenheit bisher durchaus von Erfolg gekrönt worden. Herr G. v. Bleichröder ist nämlich, wie wir in Parantheſe hinzufügen, mosaischen Glaubens und regierender Banquier, welches Erstere übrigens nahezu von selbst aus Letzterem folgt, da z. B. 1861 in Preußen von 642 Banquiers nur 92 Christen, die übrigen 550 dagegen Juden gewesen sind. Dies jedoch, wie gesagt, nur in Parantheſe.

Wenn die Finanz- und Wirtschafts-Politik des neuen deutschen Reiches und beziehungsweise auch schon des norddeutschen Bundes auf unbefangene Beurteiler beständig den Eindruck reiner Banquier-Politik, das heißt einer Politik von und für Banquiers machte, so konnte dies nach den Verhältnissen der in diesen Dingen leitenden Persönlichkeiten durchaus nicht Wunder nehmen; denn Herr G. v. Bleichröder ist selbst Banquier, Herr Delbrück ist Verwandter eines Bankhauses (Delbrück, Leo & Co.) und Herr Camphausen ist der Bruder eines Bankhauses (Camphausen & Co.).

Wenn zugleich die Geld- und Wirtschaftspolitik des deutschen Reiches immer den Eindruck von Judenpolitik (d. h. von und für Juden betriebener Politik und Gesetzgebung) machte, so ist dies ebenfalls sehr erklärlich, da der intellektuelle Urheber dieser Politik, Herr G. v. Bleichröder, selbst Jude ist, und die von christlichen Eigentümern betriebene Minorität der Bankgeschäfte überhaupt nur die Politik der Bank-Majorität treibt und treiben kann, wie denn in jeder Beziehung die Leitung und Führung auf diesem Gebiet vollkommen in den Händen unserer Mitbürger mosaischen Glaubens sich befindet. Dazu kommt, daß

unsere Mitbürger semitischer Race und mosaischen Glaubens zugleich die intellektuelle Führung der Gesetzgebung in unsern Vertretungskörpern — mit Ausnahme natürlich des Herrenhauses — übernommen haben. Die Herren Lasker, Bamberger und der beiden engbefreundete H. B. Oppenheim sind ja Juden und sind die eigentlichen Führer der sogenannten „national-liberalen" Majorität des Reichstages und der preußischen zweiten Kammer. Herr Miquel repräsentiert dabei die christliche Minorität des Banquier-Liberalismus, welcher mit der semitischen Führung durch dick und dünn geht.

Was auf diese Weise an neudeutscher Gesetzgebung zu Gunsten unserer deutschen Bankgeschäfte, welche, wie gesagt, ganz überwiegend in Händen von Juden sind, in den regierenden Banquierkreisen und mit Unterstützung der jüdischen Leiter unserer Parlamentspolitik gewünscht und geplant wird, das unterstützt, propagiert und fördert mit nie ermüdendem Eifer und vielfach großem Geschick die wenigstens in ihren meisten leitenden Organen von unsern Mitbürgern mosaischen Glaubens theils abhängige, theils beeinflußte sogenannte „national-liberale" Presse in tausendstimmigem Echo durch ganz Deutschland hin.

Der Ausdruck „Judenpolitik", welchen wir oben gebrauchten, ist dem deutschen Publikum nicht geläufig, erscheint demselben großenteils wahrscheinlich sogar als unstatthaft. Das hat seine sehr nahliegenden Gründe. Wir werden ja zur Zeit eigentlich von Juden regiert. In durchaus richtiger Würdigung der Umstände wünschen dieselben jedoch nicht, daß das von ihnen regierte deutsche Publikum christlicher Religion

die hinter den Couliſſen hergehenden goldenen Drahtſeile bemerke, mittels welcher der ſehr geſchickt angelegte Mechanismus der beſtehenden Geldregierung gehandhabt wird. Überhaupt ſoll auch das Publikum chriſtlicher Religion und deutſcher Nationalität jene Regierung als das, was ſie iſt, ſo lange als möglich gar nicht erkennen und kennen lernen. Denn in dem Momente, in welchem die chriſtlich deutſche Bevölkerung ſich darüber klar wird, daß die Juden in Deutſchland, wie allerwärts, ſyſtematiſch und planmäßig eine umfaſſend und höchſt geſchickt angelegte Politik betreiben, welche faſt ausſchließlich auf den Vorteil unſerer Mitbürger moſaiſchen Glaubens und jüdiſcher Nationalität angelegt iſt, — in demſelben Momente, ſagen wir, in welchem die chriſtliche deutſche Bevölkerung ſich hierüber klar wird, muß natürlich auch eine Reaction gegen die überaus fein und ſchlau kombinierte Börſenpolitik eintreten und es kann alsdann die Stellung der Juden in unſerem Staatsleben hiervon nicht unberührt bleiben. Da aber unſere ſogenante „nationalliberale," im Grunde jedoch durch und durch jüdiſch-börſenpolitiſche Preſſe jede derartige Aufklärung dem deutſchen Publikum chriſtlicher Religion durchaus nach aller Möglichkeit fern zu halten ſucht, ſo werden wir, um unſererſeits nicht als unverſtändige Zeloten oder unchriſtlich-intolerante Hepp-Hepp-Rufer angeſehen zu werden, an der Hand der Thatſachen wohl noch deutlicher werden müſſen, als wir bis dahin in dieſer kurzen Andeutung ſein konnten.

Wenn in einem Lande ſo bedeutende Wandlungen vor ſich gehen, wie 1866 und 1871 in Deutſchland, ſo pflegen die Kreiſe der hohen Finanz, welche, wie

wir sahen, zu mehr als fünf Sechsteln aus Juden bestehen, solchen Wandlungen nicht nur passiv mit dem gespanntesten Interesse zu folgen, sondern sie suchen auch activ ihren Einfluß so weit als möglich geltend zu machen, um in die entscheidenden Stellen solche Männer hinein zu bringen, welche eine dem jüdischen Bankgeschäfte und Börsenbetriebe möglichst günstige Haltung einzunehmen versprechen. Es ist den regierenden Bankgeschäften nicht gleichgültig, wer Präsident des Reichskanzleramts und wer preußisch-deutscher Finanzminister ist. Ja die Klugheit und Voraussicht der regierenden jüdischen Bankgeschäfte geht so weit, daß sie nicht nur die Staaten als solche durch Darlehen möglichst von sich abhängig zu machen suchen, sondern sie suchen auch grundsätzlich, — das heißt aus Gründen der bezeichneten Geld-Herrschafts-Politik, mit den leitenden Staatsmännern möglichst viele persönlich-finanzielle Berührungspunkte zu gewinnen.

So weiß man, daß die Schulden des Herrn von Beust seiner Zeit denselben stets in nächster Verbindung mit den hohen Finanzkreisen erhalten haben, und es ist fast selbstverständlich, daß Herr v. Beust seine Informationen über die in der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Oesterreich innezuhaltende Richtung ganz vorzugsweise bei den ihm so nahe stehenden hochfinanziellen Kreisen geschöpft hat. Es sind sogar Mitteilungen vorhanden, welche die seiner Zeit überraschende Thatsache, daß Herr v. Beust nach dem Kriege 1866 Lenker der österreichischen Staatsgeschicke wurde, mit den Schulden des Herrn v. Beust und dem Einflusse der hochfinanziellen Kreise in Wien in Verbindung bringen wollen. Aller Welt bekannt

Thatsache ist, daß mit der Aera Beust in Oesterreich gleichzeitig die großartige Aktien- und Börsenschwindel-Aera in Scene ging, welche angeblich einen „Aufschwung der Volkswirtschaft" herbeiführen sollte, dagegen in Wirklichkeit Oesterreich dem Rande des wirtschaftlichen Verderbens nahe gebracht hat, während allerdings die hochfinanziellen Gönner des Herrn v. Beust reiche Ernten gehabt haben.

Auch mit dem Fürsten Bismarck sollen, schon ehe er Minister in Preußen wurde, hochfinanzielle Kreise in nähere Berührung getreten sein. Die intimen Beziehungen des Herrn von Bleichröder zum Fürsten dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem preußischen Gesandtengehalte und ohne erhebliches Vermögen, seinen Souverän in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentieren zu können, allerdings guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte. Es ist nun eine sehr naheliegende Konjektur, daß damals, als es sich darum handelte, die so bedeutsame Stellung eines Präsidenten des Bundes-Kanzler-Amtes zu besetzen, der schon früher bewährt gefundene Rat gewiegter Freunde aus den Finanzkreisen sich unschwer insinuieren mußte, um die Wahl auf einen Mann zu lenken, welcher nicht nur die hervorragende Befähigung des Herrn Delbrück besitzt, sondern auch als Vetter des Bankhauses Delbrück, Leo & Co. mit voraussichtlich größerem Verständnis für die Interessen der Bank- und Börsenkreise ausgerüstet war, worüber an den gedachten Stellen jedenfalls die erforderliche Information nicht fehlte.

Die von Herrn Delbrück inaugurierte Wirtschafts-

politik unterstützt diese Konjektur mehr als genügend. Ein Minister und Reichskanzleramts-Präsident, welcher im Stande ist, von der Tribüne des Reichstages herunter zu proklamieren, das Geheimnis unserer Zeit bestehe darin, „keine Zinsen zu verlieren", dürfte, schon allein hiernach zu schließen, sich in Auffassungen bewegen, welche unseren Finanzkreisen nicht erwünschter sein können. Auch der Verkehr Sr. Excellenz mit diesen Kreisen im sogenannten „Millionärklub" in der Behrenstraße in Berlin deutet wohl nicht auf große Differenz der Anschauungen. Bekanntlich ist Herr Delbrück aber schon seit länger mit Herrn Camphausen nahe befreundet und diese Freundschaft der beiden Junggesellen, sowie die Gleichartigkeit der finanziellen und wirtschaftlichen Anschauungen dürfte seiner Zeit nicht unwirksam gewesen sein, um Herrn Camphausen für die Stellung als Finanzminister in Preußen und so gewissermaßen auch für Deutschland zu empfehlen.

Herrn Camphausen sagten wir, dürften seine intime Befreundung mit Herrn Delbrück und die Verwandschaft der beiderseitigen politisch-wirtschaftlichen Anschauungen hauptsächlich seine Erhebung zum Ministerposten eingetragen haben. Zugleich jedoch und fast selbstredend sind die Camphausen'schen Auffassungen der Finanz- und Wirtschaftsfragen den leitenden Finanzkreisen bekannt und angenehm gewesen. Daher geschah es denn auch, daß Herr Camphausen, welcher vorher Präsident der preußischen Seehandlung gewesen war, sofort von der gesammten sogenannten „nationalliberalen," hauptsächlich von unseren Mitbürgern mosaischen Glaubens dirigierten und inspirierten, von den Finanzkreisen in unglaublichem Grade abhängiger

Presse in allen Tonarten gefeiert und in den Himmel erhoben wurde. Nur die damals Herrn von Strousberg gehörige „Post" machte lebhafte Opposition. Man sagt, daß Herr Dr. Strousberg sich selbst zum Finanzminister berufen gefühlt habe. Vielleicht gönnte er auch seinen mächtigen Stammesgenossen den künftigen Minister nicht.

In eingeweihten Finanzkreisen war freilich Herr Camphausen schon als Chef der Seehandlung als ein ausnehmender Freund der Börse bekannt, und kurz nach dem Eintritt des Herrn Camphausen in das Finanzministerium waren wir in der Lage, aus bestinformiertem Munde den Ausspruch zu hören: „Erwarten Sie von Herrn Camphausen nichts, er ist einer unserer größten — sagen wir „Börsenfreunde." Das konnte natürlich in unseren Hoffinanzkreisen Herrn Camphausen nur zur äußersten Empfehlung gereichen. Ein solcher Minister mußte höchst befähigt sein, die deutschen Finanzen in ihrer größten Epoche völlig im Sinne jener Kreise zu dirigieren.

Die beiden Dioskuren Delbrück-Camphausen arbeiteten seitdem vereint an der finanziell-wirtschaftlichen Wiedergeburt erst des norddeutschen Bundes und dann des neuen deutschen Reiches. Wie weit aber beide Herren die „intellektuelle Urheberschaft" dieser Wiedergeburt zu verantworten haben, das bedarf noch einer näheren Beleuchtung. Wir haben bereits bemerkt, daß Herr Camphausen diese Urheberschaft rundweg von sich abgelehnt hat. Von Herrn Delbrück deuteten wir ebenfalls an, daß er wohl kaum die „intellekutelle Urheberschaft" der neudeutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik für sich in Anspruch zu nehmen geneigt und in

der Lage sein werde, wenn man von den mehr unschuldigen und minder bedeutenden Maßnahmen abstrahiert. Und so war unsere Aufmerksamkeit auf den den höchsten Regierungskreisen so nahestehenden Herrn von Bleichröder gelenkt worden.

Wie schon angedeutet, folgen, wie allenthalben, so auch im norddeutschen Bunde und deutschen Reiche, die meist aus Juden bestehenden Hochfinanzkreise mit wachsamem Auge dem Gange der Staatsfinanz- und Wirtschaftspolitik und unterlassen nichts, was auf den Gang dieser Politik irgend in ihrem Sinne vorteilhaft einwirken kann. So hat denn vor Allem der höchstregierende Banquier in jedem Lande, der natürlich erst recht stets ein Jude ist, ein außergewöhnliches Interesse daran, mit den leitenden Staatsmännern und denen, die es werden können, in intimsten Beziehungen zu stehen und sich ihnen gegenüber so zu situieren, daß sein Rat bezüglich der in Finanz- und Wirtschaftssachen zu befolgenden Politik stets gehört und möglichst befolgt werde. Daß auch Herr von Bleichröder, welcher in Berlin zugleich Vertreter der ebenfalls regierenden Familie Rothschild ist, sich so zu situieren sucht, und dabei des Erfolges nicht entbehrt, versteht sich im Grunde von selbst und liegt in der Natur der Verhältnisse. Es ist bekannt, daß Herr von Bleichröder mit dem Fürsten Reichskanzler vielfach verkehrt. Und mit wie vorsichtig kluger Berechnung Herr von Bleichröder jedes nicht durchaus unumgängliche persönliche Hervortreten in der Oeffentlichkeit auch vermeidet, so sind wir doch genügend darüber informiert, daß derselbe nicht nur in den persönlichen Finanzangelegenheiten des Fürsten Reichskanzlers

sondern auch bezüglich der Reichs-Finanz- und Wirtschaftspolitik mit Erfolg seinen Rat vernehmen läßt. Daß dabei mitunter auch Umwege benutzt, absichtlich zuweilen mit der erforderlichen Auswahl dritte Personen vorgeschoben werden, thut dabei nichts zur Sache. Herr von Bleichröder verhält sich überhaupt so vorsichtig, daß er eigentlich niemals öffentlich gesehen wird, daß nicht einmal seine Photographie in den Schaufenstern, noch sein Portrait nebst Biographie in den Blättern erscheint. Er wünscht durchaus nur hinter der Scene als großer Regisseur der Komödie zu agieren. Denn aus guter Quelle wissen wir, daß die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Gesetze des neuen deutschen Reiches der „intellektuellen Urheberschaft" des Herrn von Bleichröder zu verdanken sind.

Um den Einfluß des Herrn von Bleichröder auf die Herren Delbrück-Camphausen würdigen zu können, ist eine wichtige Thatsache nicht zu übersehen. Der Fürst-Reichskanzler hat nämlich, so weit unser Urteil und unsere Informationen irgend reichen, dem Consortium Delbrück-Camphausen-Bleichröder die intellektuelle Inspiration der norddeutschen Wirtschaftsgesetzgebung sozusagen vollständig in Entreprise gegeben. Der sonst so penetrante Verstand des Fürsten, sein praktischer Blick und seine so eminent selbstständige Urteilsgabe scheinen vor den Fragen der Wirtschaftsgesetzgebung absichtlich Halt zu machen, um dieselben Männern zu überlassen, deren Standpunkt wir hier klarzulegen bemüht sind.

Daß die neudeutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik auf wunderbaren Wegen wandle, zu großen Mißerfolgen führen, und unberechenbaren Schaden

anstiften müsse, war denen, welche nicht mit dem großen Strome schwammen, längst klar geworden.

Da war das Aktiengesetz von 1870, welches uns den ganzen Gründungs- und Agiotage-Schwindel der letzten Jahre auf den Hals gezogen, — ein Gesetz, welches Dr. Lasker schon 1873 für „Stückwerk" erklärte, nachdem er 1870 es machen geholfen und unbedenklich acceptiert hatte.

Da war die Maß- und Gewichtsreform, welche das französische System adoptierte, obgleich dasselbe weder ein „natürliches," noch in seinen meisten Beziehungen ein zweckmäßiges ist.

Da ist das wunderbare Vorgehen des Reiches in den Eisenbahnfragen, welches heute die größten und bittersten Verlegenheiten bereitet, obgleich die sogenannte „national-liberale," meist von unseren jüdischen Mitbürgern dirigierte Presse immer von Neuem wieder den Mantel der Liebe über die Mißerfolge des Reiches zu decken bemüht ist.

Da ist die „Münzreform", von welcher einst die Weser-Ztg. an der Spitze einer ihrer Leitartikel erklärte, daß die beiden leitenden Berliner Bankhäuser die intellektuellen Urheber ihrer Mache seien: — während diese Mache so unbegreiflich wie möglich war und nur die eine Erklärung übrig ließ, daß die Bankgeschäfte möglichst großen Gewinn aus den Münzreform-Vorgängen zu ziehen im Stande wären. Wir erinnern in dieser Beziehung nur an die berühmte Guldenhetze und daran, daß die Reichs-Goldmünzen von unsern Mitbürgern vom Bankgeschäft mit 3 — 4 Prozent Profit ins Ausland verkauft und dort eingeschmolzen werden, so daß die ganze Münzreform

heute in Frage gestellt ist und wahrscheinlich völlig scheitern wird.

Da ist die möglichst vollständige Verduftung der Milliarden, ohne daß damit irgend wesentlicher und bleibender Nutzen für die Nation geschaffen worden, eine Leistung ersten Ranges. Minister, welche dem Bankgeschäfte und den Börsenmächten weniger nahe gestanden hätten, wie die Herren Delbrück-Camphausen, hätten den Milliardensegen benutzt, um das Reich und die Bundesstaaten aus der Schuldunterthänigkeit der Bankgeschäfte unserer israelitischen Mitbürger zu befreien und ein Staatswirtschaftssystem zu inaugurieren, welches die dem allgemeinen Nutzen gewidmeten Anlagen herzustellen ermöglicht hätte, ohne dafür den Bankgeschäften tributär und von ihnen abhängig zu werden und zu bleiben. Die Gefahr, daß dergleichen wirklich geschehen könne, war eminent, und unsere jüdischen Mitbürger durften sich gratulieren, daß in Deutschland und Preußen zwei Minister am Ruder waren, wie die Herren Delbrück und Camphausen, und daß ein Banquier wie Herr v. Bleichröder das Ohr und Vertrauen des leitenden deutschen Staatsmannes und seiner Mitbürger besaß. Thatsache ist, daß die gewissen Kreisen drohende Gefahr einer gesunden und rationellen deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik, welche die Bankgeschäfte auf ein bescheidenes, dem wirklichen Bedürfnisse entsprechendes Maaß reduziert und dem Börsenschwindel einen starken Riegel vorgeschoben hätte, glücklich vermieden worden ist.

Aber nicht die Herren Bleichröder-Delbrück-Camphausen allein können dies Verdienst in Anspruch nehmen, sondern auch dem Reichs- und Landtage unter

Führung der Herren Lasker-Bamberger und unterstützt durch die Herren Oppenheim-Miquel- v. Kardorff, muß sein Anteil an diesem Dienste vindiziert werden.

Die Krone und das Hauptstück der Milliarden-Verduftung ist jedenfalls der berühmte „Invalidenfonds." Trotz der besten und feinsten Finanzpolitik im Sinne unserer Börsenherrschaft wäre nämlich am Ende aller Enden von den Milliarden immer noch ein Klumpen von p. p. 200 Millionen Thalern übrig geblieben, mit welchem man schlechterdings genötigt gewesen wäre, etwas nützliches zu leisten, ohne die jüdischen Bankgeschäfte in Anspruch zu nehmen. Da machte Herr von Bleichröder die seltene Entdeckung des sich selbst aufzehrenden Invalidenfonds! Daß der Reichstag dieser Krönung unseres Finanzgebäudes ohne irgend erheblichen Widerspruch seine Zustimmung erteilte, ist einer der unanfechtbarsten Beweise für den Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung.

Last not least heben wir unter den großen finanzwirtschaftlichen Gesetzen der Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen noch die Schöpfung jener großen privilegierten Central-Actienbank hervor, welche Reichsbank genannt werden soll, und deren Aufgabe es ist, die Beherrschung des Schuldenwesens noch mehr als bisher in den Händen der mächtigsten unserer Bankiers zu concentrieren. Unsere beiden israelitischen Mitbürger Bamberger und Lasker haben sich im Reichstage um das Zustandekommen dieses Instituts die hervorragendsten Verdienste erworben. Ihrer Führung hat sich die Nation in dieser enorm wichtigen Frage mit unbegrenztem Vertrauen hingegeben, nachdem die von ihnen und ihren Glaubensgenossen inspirierte und regierte sogenannte „national-liberale" Presse bereits

lange vorher beharrlich Alles todtgeschwiegen hatte, was im Publikum zu gesunder Aufklärung der betreffenden Verhältnisse hätte führen können.

Bank-Actien- und Börsenprivilegien sind, wie die Sachen faktisch liegen, Judenprivilegien. Sie werden daher von der jüdischen Presse, den jüdischen Gelehrten und den jüdischen Volksvertretern mit allen Kräften geschützt und gefördert.

Nachdem wir den Zusammenhang unserer neudeutschen Staatswirtschaftspolitik mit den Interessen der Bank- und Börsenherrschaft, wie sie von unseren israelitischen Mitbürgern geführt wird, dargelegt haben, wird bei denjenigen unserer Mitbürger, welche noch nicht vollständig von dem jüdisch-national-liberalen Phrasentum eingenommen sind, die Frage auftauchen, was nun geschehen werde, da die unabwendbaren Folgen der geschilderten Finanz- und Wirtschaftspolitik über Deutschland bereits hereinbrechen?

Unsere Mitbürger mosaischen Glaubens rüsten sich bereits, ähnlich wie bei früheren Gelegenheiten, einen Sündenbock zur Sühne für all das über Deutschland kommende Unheil hinzustellen. Und dieses Opfer ist in der That kein Geringerer als — Se. Exc. der Herr Finanzminister und Vice-Minister-Präsident Camphausen selbst.

Niemand darf natürlich auf den Gedanken kommen, daß unsere jüdischen Mitbürger v. Bleichröder-Lasker-Bamberger im Grunde für alle die schönen Dinge verantwortlich seien. Und damit dieser Gedanke nicht Platz greifen könne, ist die Abschlachtung eines großen Opfers nötig, welches diesmal in keiner anderen Gestalt genügen kann, als in der stattlichen Person

unseres einst so viel gefeierten Vice-Ministerpräsidenten. Dieselben jüdischen Börsenblätter, welche einst mit wohlüberlegter Berechnung das Hosianna über den auf Patronage ihres Herrn von Bleichröder berufenen Minister riefen, schreien jetzt schon seit einiger Zeit versorglich ab und zu das „Kreuzige."

So konnte man schon in der Nummer des Berliner „Börsen-Courier" am 23. November 1874 Folgendes lesen:

„Selten sind wohl optimistisch gefärbte Ausführungen eines Ministers von den Ereignissen so sehr ad absurdum geführt, wie im vorliegenden Falle diejenigen, welche Herr Camphausen in der Bankdebatte über die Lage unserer Währungs- und Münzverhältnisse zum besten gab. Selten ist einem „Fachminister" eine Blamage zu Teil geworden, ähnlich jener, welche das Faktum und die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung eben jener Verhältnisse wegen involviert, die Herr Camphausen als die rosigsten von der Welt schildert . . . . jene Unfähigkeit in finanziellen Angelegenheiten, jene eitele Selbstbespiegelung und das Sich-Aufblähen auf Kosten der Wahrheit sind selten so beschämend zu Tage getreten, wie in diesem Falle. Herr Camphausen liebt es, mit seiner künftigen Finanzlage zu prahlen, gleichgültig, ob seinen Worten höhnend die allgemeine Kalamität, das Darniederliegen von Handel und Wandel gegenübersteht; gleichgültig, ob auch diese scheinbar günstige Lage nicht durch, sondern trotz seiner Leitung der Geschäfte herbeigeführt ist . . Bei Herrn Camphausen mag sich die Nation mindestens eben so sehr, wie bei einer zügellosen Spekulation (soll heißen: nichtsnutzigen Aktien- und Agiotage-

Schwindelei) bedanken, wenn der goldene Segen der Milliarden ihr bis heute zum Fluche geworden ist und es immer mehr zu werden scheint." — Weiterhin sprach dann das genannte Blatt von einem „freventlichen Spiel mit den materiellen Interessen des Volkes, die man zu Gunsten impotenter Finanzkunststückchen aufs Spiel setzt."

Eine solche Sprache hat sich gegen einen preußisch-deutschen Finanzminister und Vice-Ministerpräsidenten bisher die ungenierteste und untergeordneteste Winkelpresse nicht herausgenommen und gegen Jemand, der diese Art von Presse nicht vorher, so zu sagen als den Ihren betrachtet hätte, wäre sie auch überhaupt nicht möglich. Gewiß ebenfalls ein hübscher Erfolg der besprochenen Zustände.

Aber doch ist Herr Camphausen nicht der Mann, welcher sich so leicht und ohne weiteres bei Seite drängen ließe. Der „Berliner Börsen-Courier" zog vorläufig seine Krallen auch wieder ein. Jetzt hat Herr von Kardorff, welcher bekanntlich mehrfacher Verwaltungsrat und bei der Gründung einiger Aktiengesellschaften beteiligt ist, kurz vor Schluß der Session des preußischen Landtages eine neue Attaque auf Herrn Camphausen versucht, um denselben wenigstens moralisch in den Augen des Publikums für alles kommende Finanz- und Wirtschafts-Unheil verantwortlich zu machen. Als Anlaß dazu diente die schöne Geschichte mit den Millionen, welche die Seehandlung der Diskonto-Gesellschaft aus Staatsmitteln ohne Sicherheit gegen $2^1/_2$ pCt. dargeliehen hat. Es soll beiläufig noch mehr derartiges vorgekommen sein und das jüdische Reichstagsmitglied Herr Frankenburger soll seiner Zeit

als Fragesteller in einer Reichstags-Commission über die verzinsliche Anlegung der disponiblen Reichsgelder eine genügende Auskunft nicht erhalten haben, wenigstens so meldeten die Finanzblätter.

Herr Camphausen ist jedoch nicht ungeschickt und ermangelt vor allen Dingen nicht der erforderlichen Contenance. Seine Aussage, daß die Gelder nicht anders verzinslicher anzulegen waren — ist offenbar nur auf nicht Eingeweihte berechnet. Wir sind sicher, wenn es sich um das Privatvermögen Sr. Excellenz gehandelt hätte, wären mehr als 2½ pCt. möglich gewesen. Im Uebrigen sind wir der Ansicht, daß der Staat überhaupt nicht derartige Prozentgeschäfte zu treiben habe. Er steckt das Geld dabei ja doch immer nur aus einer Tasche in die andere und es ist für ihn durchaus kein Verlust, wenn er die baar vorräthig zu haltenden Summen überhaupt gar nicht verzinslich anlegt.

Herr v. Kardorff pflegt bei solcher Gelegenheit aber mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Seehandlung, mag man sonst denken von ihr, was man will, ist unseren Mitbürgern von der hohen Finanz unbequem, weil sie der Alleinherrschaft in Geldsachen, welche die Hinterleute der sogenannten Reichsbank anstreben, immer noch etwas im Wege steht und den preußischen Staat unter Umständen der Alleinherrschaft der sogenannten Reichsbank entziehen könnte. Diese Seehandlung macht immerhin ein Quantum Geschäfte, deren Procente die Inhaber der Reichsbank-Aktien gern in Form von Dividenden und Tantièmen ebenfalls haben möchten. Es ist daher begreiflich, daß ein so talentvolles und brauchbares

Mitglied des Reichs- und Landtages, wie Herr von Kardorff, der Zukunft der sogenannten Reichsbank wesentliche Dienste zu leisten hoffte, wenn er die Seehandlung angriff. Ob er persönlich an dem Agio der Reichsbank-Aktien unbeteiligt geblieben ist, lassen wir dahingestellt. Herr v. Kardorff traf also mindestens zwei Fliegen mit einer Klappe, als er gegen die Seehandlung zu Felde zog und dabei Herrn Camphausen empfindlich beizukommen suchte.

Herr Camphausen gedenkt jedoch einen großartigen Rückzug zu nehmen. Er weiß, daß eine umfassende Schutz- oder vielmehr Prohibitivzollagitation im Anzuge ist, da unsere Groß-Industriellen das Geld, welches sie teilweise sogar an der Börse verspielt, jedenfas aber seit 1873 in Folge der für Börse und Groß-Industrie eigends inaugurierten Schwindel-Aera dann verkracht haben, durch einige Schutzzollprivilegien bald wieder einbringen möchten. Herr v. Kardorff ist ganz der Mann, um seinen finanziell-industriellen Freunden, die sich oratorisch als die „deutsche Industrie und Volkswirtschaft" darstellen, im Reichs- und Landtage Dienste zu leisten, welche seine Verwendung zu verwaltungsrätlichen Stellen und seine Mitwirkung bei mancherlei Finanzangelegenheiten höchst gerechtfertigt erscheinen lassen dürften.

Herr Camphausen sieht, wie gesagt, ganz richtig voraus, daß die mächtige Coalition der groß-industriellen Schutzzöllner mit der jüdischen hohen Finanz in nicht sehr ferner Zeit ihr Ziel erreichen dürfte. Und da zugleich Herr Camphausen seine Finanzpolitik nun doch in ihren Früchten sieht, so wird er Alles aufbieten, um sich zu halten, bis die Frage herantritt,

ob er in die neue Schutzzoll-Aera mit einwilligen wolle oder nicht. Alsdann, das hat Herr Camphausen schon erklärt, wird er als großer Freihändler zurücktreten und sein Scheiden gewissermaßen mit dem Glorienscheine der Treue für ein großes volkswirtschaftliches Princip umgeben!

So denkt Herr Camphausen, aber — vielleicht kommt es anders. Vielleicht wird dennoch alles Papier und Geschreibe der dem Herrn Wolff, einem Juden, gehörigen National-Zeitung, welche von Herrn Dernburg, der allerdings nicht mehr mosaischen Glaubens ist, redigiert wird, nicht ferner ausreichen, um die Blößen der Bleichröder-Delbrück-Camphausen'schen Politik stets von neuem wieder zu bedecken.

Wir unsererseits hielten es aber vorläufig als durchaus im Staatsinteresse liegend, diese Dinge einmal des Näheren darzulegen. Wir tappen sonst im Dunkeln und vielleicht in noch schlimmere Verhältnisse hinein."

Das ist der Wortlaut der heute oft noch citierten Ära-Artikel. Sie erhalten eine Ergänzung in dem folgenden Briefwechsel.

Am 21. Juli 1875 schrieb Herr von Diest an Herrn Lasker:

„Daber, den 21. Juli 1875.

Sehr geehrter Herr!

Der Bericht der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission ist auffallender Weise in der langen Session des Abgeordnetenhauses gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Man scheint die Sache tot schweigen zu wollen. Wären Sie im Hause gewesen, so wäre dies wohl nicht passiert.

Denn Sie erinnern sich wohl noch, daß Sie mir im Verlauf von zwei längeren Gesprächen, welche wir hatten, zusagten, bei Gelegenheit der Beratung jenes Berichts auch einige Gründer aus den freikonservativen und nationalliberalen Reihen, welche Sie mir namentlich nannten, näher beleuchten zu wollen. Die Ihnen gesandte schwere Krankheit hat Sie daran verhindert und trifft Sie daher keinerlei Schuld, während Sie Ihres Versprechens hoffentlich für spätere Zeit eingedenk bleiben.

Da nun aber die Sache über Gebühr verzögert, resp. totgeschwiegen wird, so wird in einiger Zeit von anderer Seite eine Aeußerung in der Oeffentlichkeit erfolgen . . . .

Mit Hochachtung ganz ergebenst

von Dieſt-Daber."

Die rekommandierte Antwort lautete:

„Freiburg (Baden), den 20. August 1875.

Sehr geehrter Herr!

Herzlichen Dank für die Teilnahme, welche Sie an meinem persönlichen Befinden ausdrücken, bei einem Mann, der jedes Wort redlich meint, weiß ich das warm ausgedrückte Interesse gebührend zu würdigen . . . . .

Ueber den Gegenstand selbst bezeichnen Sie meine Gesinnungen und Absichten ganz richtig, aus denen ich Ihnen früher schon bei gelegentlichen Besprechungen kein Hehl gemacht habe. Ich halte den Kampf gegen die mit unwürdiger Geschäftsweise zusammenhängende Sittenverderbnis für keine Angelegenheit einer Partei, sondern für die gemeinsame aller hierüber und für die öffentliche Moral be-

sorgten Männer. Von welcher Seite der Kampf aufgenommen wird, immer werde ich meine Unterstützung nach Kräften leihen und auch ich würde für jede Unterstützung von anderer Seite dankbar sein, während ich allerdings bedauere, bis jetzt nicht genügend unterstützt worden zu sein. Irgend Jemand aus Parteirücksicht zu schonen, würde ich für einen groben Verstoß gegen die sittliche Pflicht gehalten haben, in deren Namen allein ich bei diesem Teile meiner öffentlichen Thätigkeit habe handeln wollen. Meine neuliche Erkrankung hat mir gezeigt, daß ich Unrecht hatte, nicht schon in der vorletzten Session die Verhandlung über den Untersuchungsbericht zu betreiben, ich hatte Anstand genommen, damit ich nicht gewissermaßen für eine persönliche Sache dringende Staatsgeschäfte zurückzuhalten scheinen möchte. Ich habe nun gesehen, daß man mit den dringenden Aufgaben, wegen Ungewißheit des menschlichen Schicksals, nicht säumen dürfe.

In aufrichtiger Achtung

Ihr ergebener

Lasker."

Hält man diese Antwort mit obigem Briefe vom 21. Juli 1875 zusammen, so ergiebt sich, daß Herr Lasker das frühere Versprechen beständig wiederholt, ja er spricht sich gewissermaßen selber das Urteil, indem er es

„für einen groben Verstoß gegen die sittliche Pflicht erklärt, irgend Jemand aus Parteirücksicht zu schonen." —

In welchem Maße er dies auch mit anderen Gründern gethan hat, geht noch klarer aus der fol-

genden Correspondenz hervor, welche, da Herr Lasker wohl darauf nichts erwidern konnte, schließlich eine einseitige blieb.

Nachdem derselbe Herrn von Diest in seiner Erklärung vom 3. Februar 1876 öffentlich in den Angaben über die mündlichen Unterredungen (vom 6. März und 9. Oktober 1874) einer Unrichtigkeit geziehen hatte, richtete Herr von Diest folgendes Schreiben an ihn:

„Daber, den 16. Februar 1876.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben mich in Ihrer Veröffentlichung vom 3. d. Mts. einer Unrichtigkeit geziehen und auf meine fernere Erwiderung geschwiegen, so daß ich genötigt bin, mir auf privatem Wege eine Erklärung darüber zu erbitten, wobei ich ausdrücklich betone, daß ich Ihnen immer noch als Bundesgenosse und nicht als Gegner gegenüber zu stehen hoffe. Ich gedenke jetzt die Sache sine ira, aber ernst weiter zu führen, wozu Gott, in meiner Schwachheit und Ohnmacht der riesigen Aufgabe gegenüber, mir helfen wolle! —

Leider komme ich nun öfter in die Lage, in Folge öffentlicher Provokationen die Linie der Diskretion nicht immer ganz strenge inne halten zu können, wenn mir Thatsachen bekannt sind, welche aus authentischer Quelle stammend, mit jenen öffentlichen Aussprüchen im Widerspruch stehen.

Sie haben neulich dem Abg. v. Ludwig gegenüber, welchen ich gar nicht persönlich kenne und der seine Anführungen zwar nicht in sehr geschickter Weise, dennoch ehrlich und aus innerer Ueberzeugung machte, im Reichstage in leidenschaftlicher Weise

Ihren Collegen Miquel verteidigt. Darf ich Sie daran erinnern, daß Sie gerade diesen in unserem längeren Gespräche vom 6. März 1874 (über welches ich mir sofort Notizen machte, die ich nötigenfalls beeiden könnte), als Gründer und in eigentümlicher Weise bei der Förderung einiger Gesetze beteiligt, mir genannt?

Meine Notiz von damals lautet: 6. 3. 74. „Gespräch mit Lasker, mit dem ich mich in der Bekämpfung der Geldmacht gegenüber dem Gesetze völlig einig fand. Er erzählte mir, daß auch in die Parlamente hinein die „Hydra" immer mehr einzudringen suche, nannte Braun, Miquel, Kardorff ꝛc. die sich als in eigentümlicher Weise bei der Förderung einiger Gesetze (Prämien-Anleihe ꝛc.) beteiligt erwiesen hätten.

Lasker ist für Börsensteuer; findet auch, daß der Sozialismus durch die Geldmächte gefördert wird und Waffen in die Hand erhält."

. . . . . (Das Fernere gehört nicht hierher.)

Ich muß gestehen, daß die leidenschaftliche Art, wie viele aus Ihrer Partei und auch Herr Richter, den Herrn v. Ludwig in seiner Rede beständig unterbrochen haben, (Letzterer nennt es in seiner öffentlichen Erklärung einen „Höllenlärm") mich wenig angesprochen hat, denn wozu diese aufgeregte Unruhe, wenn die Ruhe des Gewissens da ist?

Die Macht der Verhältnisse, wie es Herr von Forckenbeck mir bezeichnete, der übrigens von den Affairen Miquel sich mir auch als unterrichtet nannte, wird dennoch durchschlagen, und wir werden durch Wahrheit zur Klarheit kommen.

Vergeblich habe ich bisher auf eine fernere Äußerung der Nationalzeitung gewartet, oder auf eine Vorladung durch den Staatsanwalt; — natürlich hat das Blatt alle meine Erklärungen wieder totgeschwiegen. Ist das loyal gehandelt? Ich verzichte darauf, weiteres Material, welches mir reichlich zu Gebote steht, gegen die Zeitung zu veröffentlichen, da es mir zunächst nur darauf ankam, einmal eine durchschlagende Thatsache zu konstatieren, was jetzt geschehen ist.

Will dieselbe aber ihre Ehre nicht retablieren und wollen die anständigen Leute Ihrer Partei bei dem Chefredakteur nicht darauf dringen, daß dies in der einen oder andern Weise geschehe?

Einer aufklärenden Antwort entgegensehen" zeichne ich

Hochachtungsvoll
ergebenst
v. Dieſt-Daber.

Als innerhalb 10 Tagen auf diesen Brief keine Antwort eingegangen war, erinnerte Herr v. D. an eine solche, mit dem besonderen Hinzufügen, daß er glaube, Herrn Lasker bisher immer rücksichtsvoll behandelt zu haben, also von seiner Seite wenigstens soviel Rücksicht voraussetze, daß ihm eine Antwort zu Teil würde.

Nachdem auch diese Erinnerung fruchtlos geblieben, schrieb Herr v. Dieſt an Herrn Lasker:

Daber, den 29. Februar 1876.

Sehr geehrter Herr!

Noch immer erhielt ich keine Antwort von Ihnen. Ich möchte so ungern eine Absicht oder

Mangel an Rücksicht voraussetzen, daher erbitte ich nochmals ergebenst eine Antwort und bitte anderenfalls es mir nicht zu verdenken, wenn ich handle und zwar nötigenfalls öffentlich handle. Woran zweifeln Sie bei mir? — Doch nicht an meiner Aufrichtigkeit?

Der Sache des Vaterlandes muß jede persönliche Rücksicht nachstehen! ebenso jede Partei-Rücksicht!

Ich habe die Ehre mich zu zeichnen

ganz ergebenst

v. Diest-Daber.

Auch hierauf erfolgte keine Antwort. Gelegentlich einer bald darauf, stattfindenden Anwesenheit in Berlin nahm Herr v. Diest Veranlassung, einem Fraktionsmann des Herrn Lasker von dem Inhalt dieser Briefe Mitteilung zu machen, mit dem Ersuchen, Herrn Lasker zu fragen, warum er nicht geantwortet habe. Derselbe teilte Herrn v. Diest darauf mit:

„Herr Lasker habe sich dahin geäußert, er könne nicht antworten, da er einen Drohbrief erhalten habe, übrigens erklärt, dem Inhalte des Briefes, was insbesondere Herrn Miquel betreffe, auch nicht widersprechen zu können, weil er niemals ein Hehl daraus gemacht habe, daß dessen Einwirkung auf einzelne Gesetze eine ganz eigentümliche gewesen sei und ihm nicht gefallen habe."

Herr P. fügte hinzu, daß er, wenn von Herr v. Diest nicht noch andere Briefe an Herrn Lasker geschrieben worden (was nicht geschehen), in dem mitgeteilten eine Drohung nicht finden könne.

Da Herr v. D. nach obigem Hergange an Herrn Lasker nicht mehr schreiben konnte, ersuchte er im

Juli Herrn von Forkenbeck, denselben davon zu avertieren, daß eine Veröffentlichung bevorstehe und zwar, daß dies Ende August geschehen werde.

In welchem Lichte mußte nun aber das Auftreten des Abg. Lasker erscheinen? Er war gewiß integer nnd sein Auftreten von vornherein, bis auf eine Beimischung von Partei-Taktik, ein ehrlich gemeintes gewesen, später ist er aber durch Parteirücksichten gefesselt und zu Stillstande gezwungen worden, weil er einsah, daß er bei formellem Durchgreifen seine eigene Partei ruinieren würde.

Mit Recht hielt ihm der Abg. von Wedell-Behlingsdorf schon in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Februar 1873 Seitens der altconservativen Partei die Worte entgegen:

„Wir haben vor allen Dingen die Worte bedauert, daß die Neuzeit in der Sucht des schnellen, mühelosen Erwerbes auf sehr bedenklichen Wegen ist. Wir, die wir uns auf dem Boden eines mühevollen, wenig lohnenden, aber reellen Erwerbes befinden, wir haben es lebhaft bedauert, daß in neuerer Zeit der mühevolle Erwerb durch den schwindelhaften Erwerb überflügelt worden ist . . . . . ."

„Wir verdammen dieses Streben, ohne Arbeit zu erwerben, auf das Entschiedenste! Wir verdammen dieses Streben in jeder Form, wir verdammen es wenn es gedeckt wird durch den einfachen schlichten Bürgerrock, wir verdammen es aber vielmehr, wenn es gedeckt wird durch die Fürstenkrone und besonders, wenn es gedeckt wird durch die Amtswürde . . . . ."

„Wir sind der Ansicht, daß die moderne Gesetzgebung einen sehr wesentlichen Anteil an den vor-

handenen Mißständen hat .... Das System ist die Folge des allgemeinen Drängens nach schrankenloser Freiheit ....."

„Wir haben den Wunsch, daß das Uebel nicht an der Oberfläche allein beseitigt, sondern daß man an die Wurzel des Uebels komme." —

Das war das Ende des Entrüstungssturmes Laskers gegen die zwei oder drei „Junker", die seinen Parteigenossen in das Gründertum gepfuscht hatten.

Ein Deutscher Botschafter.

Ein Botschafter wollte und sollte — nach dem Willen der Kreuzzeitungspartei — den Kanzler des Reiches stürzen und seinen Platz einnehmen, was er auf dem Platze unternommen haben würde, das steht dahin, er hatte über die Ultramontanen verschiedene Reden hin und her geführt und man hätte gerade nicht mit Seelenruhe das Steuerruder in seinen Händen erblickt. Freilich war man überzeugt, daß er niemals eine ernstliche Aussicht darauf hatte, das Ziel seines Streben zu erreichen, aber man sah doch, mit welchen Hindernissen, um nicht mehr zu sagen, der Kanzler zu kämpfen hatte. Anderthalb Jahre lang oder länger wirkte ihm ein feindseliger Botschafter mit allen seinen Kräften entgegen. Im Dezember 1872 legte Fürst Bismarck den Vorsitz im preußischen Staatsministerium nieder, weil ihn die Stellung, die ihm eingeräumt war, nicht befriedigen konnte, im November 1873 hatten sich die Verhältnisse so weit günstiger gestaltet, daß er sich dazu verstehen mochte, den Vorsitz von neuem zu übernehmen. Er hatte aber auch dann noch an der wichtigsten Stelle des diplomatischen Dienstes einen widerspenstigen Beamten zu ertragen.

Während Arnim von Paris aus in Deutschland den Widerstand gegen den Kulturkampf schürte, gab es sehr bald noch andere Reibungen zwischen ihm und dem Reichs-Kanzler, die zwei Jahre später zu einem vollständigem Bruch führten und die heftigsten Scenen zwischen Minister und Monarch in Berlin herbeiführten. Wie weit die Stimmung des Fürsten Bismarck gegen den deutschen Botschafter in Paris bereits im Jahre 1872 gediehen war, beweist ein Schreiben des Fürsten an den Kaiser vom 5. Dezember jenes Jahres, worin der Kaiser gebeten wird, den „durchweg tendenziösen und sachlich widerspruchsvollen Darstellungen des Grafen Arnim nicht das Gewicht beilegen zu wollen, welches objektive und gewissenhafte Darstellungen zu beanspruchen haben würden."

Der Botschafter in Paris äußerte in seinen Berichten die Ansicht, daß unsere rückständigen Kontributionsforderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert seien, und daß „die einstweilige Fortdauer republikanischer Institutionen in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei," daher er sich für eine baldige Rückkehr der französischen Monarchie aussprach. Beide Behauptungen bezeichnete Bismarck in seinem Erlaß vom 20. Dezember 1872 als „irrtümlich." Denn wenn vor der vollständigen Zahlung der Kriegskontributionsgelder einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte, würden wir in freundschaftlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in Bezug auf Zahlung und Räumung Konzessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. „Wenn man auch in London, Peters-

burg und Wien zu klug ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fraktionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erstrebung anderer Zwecke, als daß man nicht die Verstimmung über unsere Stellung und wegen der allerdings für alle außer uns unbequemen Uebertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland unter dieser Maske zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme europäische Gruppierung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Teil der errungenen Vorteile zu bestimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben; aber unsere Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen. Frankreichs Freundschaft zwingt uns zu wünschen, daß es schwach sei, und wir handeln sehr uneigennützig, wenn wir uns der Herstellung konsolidierter monarchischer Institutionen, so lange der Frankfurter Friede nicht vollständig ausgeführt ist, nicht mit Entschlossenheit und Gewalt widersetzen."

Nach dem Sturze Thiers berichtete Arnim in einer Eingabe an den Kaiser vom 8. Juni 1873 über seine Unterredung mit dem neuen Präsidenten Mac Mahon, sprach über das französische Parteiwesen, über die Aussichten der Fusion und der Bonapartisten und erklärte,

daß keine der dynastischen Lösungen, mit denen sich die Parteien beschäftigten, dem monarchischen Prinzip in Europa zu Gute kommen würde, und daß diejenige französische Regierung für Deutschland die beste sei, welche den größten Teil ihrer Kraft auf die Bekämpfung ihrer inneren Feinde verwenden müsse. Von dieser Eingabe in Kenntnis gesetzt, richtete Fürst Bismarck am 19. Juni 1873 ein Schreiben an Arnim, worin er diesen daran erinnerte, daß derselbe in einer achtmonatlichen Berichterstattung eine entgegengesetzte Auffassung festgehalten und bei dem Kaiser zur Geltung gebracht; daß er dadurch den für Deutschland nicht vorteilhaften Regierungswechsel, wenn nicht geradezu herbeiführt, so doch zum mindesten erleichtert, und daß er durch seine Berichterstattung im Widerspruch mit der Bismarck'schen Politik auf den Kaiser eine Einwirkung ausgeübt habe, welche nicht mehr den Charakter einer gesandtschaftlichen, sondern den einer ministeriellen Thätigkeit an sich trage. Dieselbe trete in Rivalität mit der legitimen Wirksamkeit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Nachdem er (Bismarck) durch ernste, verantwortliche und erfolgreiche Arbeit im Dienste des Kaisers seine Kräfte erschöpft habe, könne er die Anstrengung nicht mehr leisten, welche erforderlich sein würde, um neben seinen regelmäßigen Dienstgeschäften im Cabinet des Kaisers den Kampf gegen den Einfluß eines seiner Politik widerstrebenden Botschafters zu führen. Er halte es daher für notwendig, Anträge an den Kaiser zu richten, um die Einheit und Disciplin im auswärtigen Dienst zu erhalten und die Interessen des Kaisers und des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen.

Am 4. März 1873 erhielt der Botschafter von Berlin den von Sr. Majestät genehmigten Entwurf einer Konvention mit Frankreich, in welcher als Endtermin der Neutralisierung der vier Departements der 5. September 1873 bezeichnet war. Gleichzeitig erfolgten Instruktionen an ihn, in welchen es hieß:

„In Ew. Excellenz gefälligem Berichte vom 22. Februar wird unterstellt, daß diese Neutralisierung bis zum 1. März 1874 auszudehnen sei.

Daß eine entsprechende Verpflichtung Frankreichs erwünscht sein würde, ist unverkennbar und ich nehme keinen Anstand, Ew. Excellenz zu ermächtigen, dieselbe zu verlängern, wenn Sie dieses Zugeständnis für erreichbar halten."

Um dieses Ziel möglichst zu gewinnen, verfiel Graf Arnim auf ein sehr einfaches Mittel. Indem er den in deutscher Sprache abgefaßten Entwurf in's Französische übersetzte, änderte er den 5. September 1873, den in Berlin bestimmten Endtermin der Neutralisierung der 4 Departements — Vogesen, Ardennen, Meurthe und Maas — in den 1. März 1874 ab, woraus ihm kein großer Vorwurf zu machen war, denn verkürzen konnte er diesen Termin immer, schwerlich aber eine über die Stipulation der Convention hinausgehende Verlängerung erwirken. — Graf Arnim reiste am 5. März nach Versailles, fand den Präsidenten Thiers krank und ließ den französischen Entwurf auf dem Schreibtische dieses letzteren zurück.

Am 8. März (der Botschafter war am 6. und 7. März benachrichtigt, daß der Präsident ihn nicht empfangen könne) wiederholte Graf Arnim seinen Besuch bei Herrn Thiers. Dieser hatte inzwischen einen

Entwurf ausarbeiten lassen, der im Wesentlichen mit dem deutschen übereinstimmte, in welchem aber merkwürdiger Weise statt des 1. April 1874 der ursprünglich in Berlin bestimmte 5. September 1873 als Endtermin der Neutralisation angegeben war. Graf Arnim zerbrach sich den Kopf darüber, wie der Präsident Kenntnis von diesem Termin bekommen hatte. — Die Sache erklärte sich auf die einfachste Weise. — Der General von Manteuffel hatte als Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen von Berlin gleichfalls den Text des Konventionsartikels bekommen und ihn von Nancy aus dem Herrn Thiers zugesandt. In diesem war der 5. September 1873 stipuliert.

Die Broschüre „Pro nihilo“ thut sehr entrüstet, daß, während Graf Arnim beauftragt war, eine Konzession zu erlangen, seine Bemühungen hinter seinem Rücken im Voraus durchkreuzt wurden.

Ruhiges, vorurteilloses Ueberlegen führt zu einer anderen Beurteilung.

Es ist keineswegs in Abrede zu stellen, daß dieser auf purem Zufall beruhende Zwischenfall dem deutschen Botschafter nicht angenehm war und sein konnte. Darum brauchte dieser aber nicht an ein gegen ihn geschmiedetes Komplot zu denken, das unter den obwaltenden Umständen gar nicht denkbar war. Weder Fürst Bismarck noch General von Manteuffel konnten eine Ahnung davon haben, daß der Botschafter wenn auch im guten Glauben, um den Wünschen der deutschen Politik zu dienen, die Konventionsbedingungen insofern abgeändert dem Präsidenten Thiers überliefert hatte, daß darin der Passus betreffs Belfort ganz fehlte und statt des 5. September 1873

der 1. März 1874 als Endtermin der Neutralisierung bezeichnet war. Ob es gegen diplomatischen Usus streitet, daß General Manteuffel diesen Entwurf von Nancy nach Versailles schickte, wissen wir nicht; es lag indeß nichts Hinterlistiges darin, da der General bestimmt glauben mußte, daß der Botschafter den Original-Entwurf Herrn Thiers unterbreitet hätte oder unterbreiten würde. — Daß Fürst Bismarck aber dem Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungstruppen den Entwurf einsandte und ihn dadurch von dem, was betreffs der Evakuation verhandelt wurde, in Kenntnis setzte, war wohl sehr natürlich, denn es mußten doch Vorkehrungen getroffen werden, um, im Falle die Convention zu stande kam, einen Abmarsch in der bestimmten Zeit ermöglichen zu können. — Es war nichts, als ein für den Grafen Arnim allerdings unglücklicher Zufall, daß auf diese Weise zwei verschiedene Entwürfe in die Hände des Herrn Thiers kamen und paßt auf diesen Fall eine in einer Anmerkung der Brochüre erzählte Episode der venetianischen Geschichte aus dem Jahre 1540 durchaus nicht, ist vielmehr als eine grobe Unschicklichkeit zu betrachten.

Die Broschüre sagt, daß der Botschafter am 9. März ausführliche Berichte über seine Unterhandlungen nach Berlin sandte, aus welchen klar hervorging, daß er die Propositionen der deutschen Regierung Herrn Thiers mitgeteilt hatte; — sie erwähnt aber nicht, ob Graf Arnim den Fürsten Bismarck auch von den oben angegebenen Abänderungen in Kenntnis gesetzt hatte. Und doch kommt alles in der Reihe der Mißverständnisse gerade auf diesen einen Punkt an.

Wußte nämlich der Reichskanzler von diesen vom Botschafter vorgenommenen Veränderungen und hatte sie gebilligt, so hatte er kein Recht, nachdem er den Bericht des Grafen Arnim vom 9. März erhalten hatte, am 11. März ein Telegramm nach Paris zu dirigieren, des Inhalts:

Die Besetzung Belforts bis zum 5. September 1873 bleibe eine conditio sine qua non; — der Reichskanzler ersehe aus den bisher eingegangenen Telegrammen nicht, ob der Botschafter nicht die deutschen Propositionen officiell mitgeteilt habe und welche Aufnahme dieselben gefunden haben.

Dasselbe Telegramm schloß mit der Aufforderung, die deutschen Propositionen mitzuteilen und anzuzeigen, daß die Mitteilung erfolgt sei. — Am 13. März erhielt Graf Arnim telegraphischen Befehl des Kaisers, den deutschen Konventionsentwurf dem Präsidenten Thiers unverzüglich vorzulegen, da dieser erklärt habe, noch am 10. März die Existenz desselben nicht zu kennen.

Mit unbefangenster Miene versichert die Brochüre Pro nihilo, daß die deutschen Propositionen bereits am 5. März Herrn Thiers übergeben waren.

Wir haben oben gesehen, daß an diesem Tage der Botschafter nicht die Vorschläge, wie sie von Berlin gekommen waren, sondern seine eigenen Herrn Thiers zurückgelassen hatte. — Herr Thiers, der mittlerweile durch General Manteuffel die unveränderten deutschen Propositionen erhalten hatte, war demnach in Besitz zweier wesentlich von einander verschiedenen Entwürfe. Was war einfacher, als durch den französischen Botschafter in Berlin anfragen zu lassen, welcher von

beiden Entwürfen der richtige, deutsche, in Berlin verfaßte sei.

Dadurch erfuhr der Reichskanzler, daß der Botschafter nicht den deutschen, sondern einen von ihm willkürlich abgeänderten Entwurf vorgelegt habe und die Telegramme vom 11. und 13. März waren eine vollkommen gerechtfertigte Mahnung, endlich den Original-Entwurf vorzulegen — eine Aufforderung, die Graf Arnim leider nicht verstand, weil er seinen und den deutschen Entwurf trotz wesentlicher Abweichungen für identisch hielt. Dieses führte ferner dahin, daß nunmehr der Vertrag nicht zwischen dem Botschafter und Herrn Thiers in Paris, sondern zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin abgeschlossen und unterzeichnet wurde.

Wir gestehen, daß diese letzte Wirkung eine sehr harte, vielleicht zu harte war. — Aber es trifft niemanden die Schuld dafür, als den Botschafter allein. Hätte dieser am 5. März nach Berlin berichtet, er habe, um seinen Auftrag der möglichst lange zu erzielenden Neutralisierung besser ausführen zu können, die Datumveränderung vorgenommen und ersuche um Genehmigung, oder hätte er Herrn Thiers, als er erfuhr, daß dieser vom General Manteuffel den deutschen Entwurf erhalten habe, offen die Gründe mitgetheilt, die ihn im deutschen Interesse zu der Abänderung veranlaßten, oder, falls er dieses nicht wollte, ihm sofort den richtigen Entwurf, als neu von Berlin gekommen, eingesandt, so wären alle vorstehend berichteten ärgerlichen Maßregeln vermieden. Fürst Bismarck konnte die Telegramme vom 11. und 13. März nicht abschicken,

Herr Thiers nicht behaupten, er habe am 10. März den deutschen Entwurf noch nicht vom Botschafter erhalten. Kleine Ursachen große Wirkungen!

Die Verdächtigungen, die die Brochüre an diese Affaire knüpft, sind sehr plumper Art, und ein Botschafter hätte sie am allerwenigsten verlautbaren lassen sollen. Wie würde es dem Grafen Harry v. Arnim gefallen haben, wenn wir von ihm behaupten wollten, er arbeitete unter Führung des Dr. Landsberg? Und dasselbe behauptet die Broschüre vom deutschen Botschafter in London, Grafen Münster, dem sie vorwirft, daß er unter der Führung des Herrn Aegidi arbeite. Ferner wundert sich die Brochüre darüber, daß am 15 März die Convention in Berlin unterzeichnet wurde. Sie fragt: „Warum gerade am 15?" und beantwortet selbst diese Frage mit der schamlosen Verdächtigung: „Nach verschiedenen Mitteilungen soll Herr von Bleichröder in dieser Frage nicht einflußlos gewesen sein. Das Resultat war für den Fürsten Bismarck außerordentlich und in jeder Beziehung günstig." Von dergleichen unmotivierten Raisonnements finden wir die berüchtigte Brochüre „Pro nihilo" angefüllt und sie trugen nicht dazu bei, dem Grafen Arnim die durch eigene Schuld verlorenen Sympathien der deutschen Nation wiederzugewinnen.

Wir übergehen als unwesentlich den Versuch der Brochüre, den General von Manteuffel gegen den Reichskanzler aufzuhetzen, indem sie es unerklärlich findet, warum gerade der Feldmarschall Manteuffel bei dieser Gelegenheit sich als Untergebener (!?) des Generalleutenants Fürsten Bismarcks ansah. — Am 8. April wendete sich Graf Arnim direkt mit einer

Beschwerde an den Kaiser, diesen um eine Unterredung bittend. Selbst dieses Schreiben an Se. Maj. wird bruchstückweise in der Brochüre veröffentlicht, ein Zeichen, daß der Verfasser derselben mit dem Grafen Arnim auf dem intimsten Fuße stand und ihm die geheimsten Schriftstücke abseiten des früheren Botschafters zur Verfügung gestellt wurden. Die Antwort Se. Maj. im Mai lautete dahin, daß die Eingabe des Grafen zwar dem Fürsten Bismarck überliefert sei, dieser aber jede Äußerung auf dieselbe verweigere und darauf bestehe, die Eingabe auf dem Dienstwege zu erhalten — Graf Arnim unterließ indeß die Reproduction der Beschwerdeschrift, aus Gründen, wie es in der Broschüre heißt, die mit Stillschweigen übergangen werden. (Vgl. v. Harlessem, pro multo.)

Bismarck wies in einem Schreiben an den Kaiser vom 14. April auf Arnim's unvollständigen und wahrheitswidrigen Bericht über die Verhandlungen wegen der Konvention mit Frankreich hin, auf die schon seit Herbst 1872 von Arnim dem Kaiser gegenüber vertretene, der Bismarck'schen entgegengesetzte Politik, erinnerte daran, daß er „in Anknüpfung an die römischen Erfahrungen," den Kaiser, freilich nicht dringend genug, gebeten habe, dem Grafen Arnim trotz aller Befähigung den wichtigen Posten in Paris nicht anzuvertrauen, und daß, als er an eine Versetzung Arnim's nach London gedacht habe, „von dort aus bei der ersten Anfühlung der heftigste Protest wegen der Neigung Arnim's zur Intrigue und zur Unwahrheit eingelegt wurde: „man würde kein Wort glauben, was er sagen könnte." Gegen die Anklagen eines Mannes von diesem Rufe bat Bismarck den Kaiser, den Botschafter anzuweisen, seine

amtlichen Beschwerden über seinen Vorgesetzten durch diesen an den Kaiser einzureichen, damit er sie letzterem dienstlich vortrage, und verhehlte dabei nicht, daß, „so gerne er auch den Rest seiner Kräfte dem Dienste des Kaisers noch widme, dieser Rest doch sehr schnell verbraucht sein würde, wenn er unter dem schmerzlichen Gefühle leiden müßte, mit einem Manne, wie Graf Arnim, um des Kaisers Vertrauen ringen zu sollen, nachdem er dasselbe so lange Jahre ungeschmälert besessen und seines Wissens niemals getäuscht habe.

In den letzten Tagen des August kam Graf Arnim nach Berlin. — Kurz vorher war von seinen Freunden auf ihn eingewirkt worden, um ihn zu veranlassen, daß er einen Versuch der Versöhnung mit dem Fürsten Bismarck machen möge. — Am 1. September früh wurde Graf Arnim von Seiner Majestät empfangen. Der Botschafter fragte seinen kaiserlichen Herrn, ob Allerhöchst derselbe seine, des Grafen Arnim, Abberufung von Paris und sein Ausscheiden aus dem Dienste wünsche.

Seine Majestät verneinte diese Frage mit dem Bemerken, daß dazu kein Grund vorläge.

Auch die Angelegenheit wegen der angeblichen Verzögerung des Abschlusses jener Convention vom 15. März 1873 sei in einer für den Grafen günstigen Weise aufgeklärt, wenngleich ein formeller Abschluß der Sache noch nicht erfolgt sei. — Es handele sich überhaupt um nichts, als um die „Rancüne" des Fürsten Bismarck. — Seine Majestät seien um so weniger im Stande, dieselbe zu begreifen, als es Ihm, dem Kaiser, nicht möglich sei, nachzutragen. Aber

„Rancüne" wäre einmal der vorherrschende Charakterzug des Fürsten Bismarck und es sei traurig, bei einem Manne dies konstatieren zu müssen, dem man so viel verdanke. — Diese Rancüne habe schon viele treue Diener entfernt, — Golz, Thile, Savigny, Usedom, Werther u. s. w., „Jetzt sind Sie an der Reihe!"

Graf Arnim erwiderte Seiner Majestät, daß er, ein Diener des Kaisers und nicht des Fürsten Bismarck, für seine Pflicht hielte, dem Reichskanzler noch einmal auseinanderzusetzen, wie grundlos alle diese Behauptungen seien, durch welche der Fürst Bismarck — vielleicht selbst getäuscht — seinen Haß zu motivieren suche.

Seine Majestät waren hiermit einverstanden.

Unmittelbar darauf — am 1. September 1873 um 2 Uhr — verfügte sich der Graf Arnim zu dem Fürsten Bismarck.

Der Botschafter war gerade in jener Zeit besonders leidend und sein Nervensystem war so erschüttert, daß er einige Minuten brauchte, ehe er zu Wort kommen konnte. — Wer die Krankheit kennt, an welcher der Graf Arnim damals im höchsten Maaße litt, weiß, daß dieselbe Erscheinungen zur Folge hat, die dem Kranken, wenn er gerade besonders nervös erregt ist, das Sprechen fast unmöglich machen und gewissermaßen lähmend auf die Zunge wirken.

Der Fürst Bismarck, welchem in keiner Weise entgehen konnte, in welcher peinlichen Situation der Graf Arnim sich befand, that nichts, um ihm dieselbe zu erleichtern.

Se pâmant d'aise de se trouver en si bonne santé, eröffnete er die Konversation in dem verletzen-

den Tone gütiger, stiller Hoheit und gnädiger Herablassung, zu dem in jenem Augenblick jeder Grund fehlte.

Auf die Bitte des Grafen Arnim, ihm zu sagen, was eigentlich das Motiv zu der „Grausamkeit" sei, mit welcher er, der Reichskanzler, ihn verfolge, antwortete der Fürst mit einer Flut von Vorwürfen, auf welche er sich — wie aus den auf dem Tische liegenden Aktenstücken ersichtlich war — vorbereitet hatte.

„Er sei," sagte der Fürst, „der Verfolgte. Seit 8 Monaten — seit einem Jahre — habe Graf Arnim ihn in seiner Gesundheit geschädigt, ihm die Ruhe geraubt.

„Sie konspirieren mit der Kaiserin, und Sie ruhen nicht eher, bis Sie hier am Tische sitzen, wo ich sitze, und gesehen haben werden, daß es auch nichts ist.

„Ich kenne Sie von Jugend an. — In jedem Vorgesetzten, so sagten Sie vor Jahren, sehen Sie Ihren natürlichen Feind. — Der Feind bin ich in diesem Augenblick.

„Sie haben den Abschluß der Konvention vom 15. März verzögert, um Thiers zu stürzen, und ich muß nun die Verantwortung für diesen politischen Fehler tragen, Sie haben mich bei dem Kaiser verklagt, Sie haben Beziehungen zum Hofe, welche mich schon früher verhindert haben, Sie hierher zu berufen."

Der Fürst fügte noch viele eigentümliche Aeußerungen, für welche keine Notwendigkeit vorlag, hinzu.

Die Redeweise des Fürsten wurde durch wirklichen oder fingierten Zorn inkohärent.

Er verwechselte die Reihenfolge der Ereignisse.

Vorfälle, die weit zurücklagen, setzte er in die jüngste Zeit und umgekehrt. — Schließlich behauptete er, daß Alles, was er sage, aus den Akten entnommen sei, ohne jedoch seine Behauptungen irgendwie zu beweisen.

Ein ganz besonderes Gewicht legte er darauf, daß der Graf Arnim im November 1872 gegen Graf Eulenburg den Wunsch ausgesprochen hatte, in das Herrenhaus berufen zu werden.

Hierin sah der Fürst Bismarck ein ganz untrügliches Zeichen unheilbarer Ränkesucht.

„Sie wollten damals einen langen Urlaub nehmen und blieben ohne Urlaub hier, um in den Hofkreisen gegen mich zu intriguieren, während ich in Varzin war, so daß ich Sie dienstlich auffordern mußte, auf Ihren Posten zurückzukehren."

Alles dieses war unrichtig.

Graf Arnim sprach den Wunsch, in das Herrenhaus berufen zu werden, Ende Oktober 1872 aus, als er auf der Durchreise in Berlin war. — Die Aufforderung, nach Paris zurückzukehren, hatte der Botschafter aber auf dem Lande erhalten. Er konnte also nicht in den Hofkreisen intriguieren.

Wir berichten dies nach der Darstellung des Grafen, wie er sie in der Schrift pro nihilo gegeben.

Arnim hatte von Paris aus im Januar 1874 um Instruktion nachgesucht, wie er der Neigung, mittelstaatliche Diplomaten in Paris zu beglaubigen, gegenübertreten solle, und als Bismarck seiner Verwunderung Ausdruck gab, daß er danach überhaupt frage, in einem ausführlichen Berichte die Nachteile, welche die Anwesenheit dieser Gesandten mit sich bringen würde, auseinandergesetzt, In seiner Antwort vom 21. Januar

bezeichnete es nun der Kanzler als ihm unverständlich, daß Arnim sich noch einmal in so weitläufige Erwägungen habe einlassen können, die in Deutschland seit Jahren Gemeingut jedes reichstreuen Wählers seien; er warf ihm vor, der politischen Entwicklung seines Heimatlandes nicht mit der Sorgfalt gefolgt zu sein, die für eine wirksame Vertretung im Auslande erforderlich sei, erklärte für polemische Korrespondenzen, zu denen ihn Arnims Berichterstattung seit Jahr und Tag nötige, nicht Zeit und Arbeitskraft genug zu haben. „Ich muß, wenn ich im Stande bleiben soll, die Geschäfte, die Sr. Majestät mir übertragen hat, fortzuführen, von allen Agenten des Reiches im Auslande, auch von den Höchstgestellten, ein höheres Maß von Fügsamkeit gegen meine Instruktionen und ein geringeres Maß von selbstständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen, als dasjenige, welches Sie bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen." Ueber diese Abfertigung beklagte sich Arnim in einer Immediateingabe an den Kaiser vom 24. Februar. Die Antwort darauf war seine Entlassung vom Botschafterposten in Paris.

Kaiser Wilhelm entschloß sich mit schwerem Herzen dazu. Unstreitig maß er dem Botschafter nicht allein die Schuld an dem Conflikte zu. Er hatte Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck, in denen dieser das volle Gewicht seiner Persönlichkeit einzusetzen hatte, um den Monarchen zu jenem Schritte willig zu machen. „Und dann," entgegnete ihm dieser auf seine dringenden Vorstellungen, „ich kann bei dieser Sachlage nur die Abberufung befehlen, aber ich entlasse ihn nicht

aus dem Dienste, er soll aus Paris gehen, um nach Constantinopel zu gehen."

Nun aber ließ Arnim in der Wiener Presse einige Aktenstücke aus dem Jahre 1870 veröffentlichen, während ein Artikel in der Schlesischen Zeitung hervorhob, mit wie weitem Blick er damals die Folgen der vatikanischen Beschlüsse vorausgesehen habe. Die Norddeutsche Ztg. veröffentlichte dagegen einen Bericht des Grafen Arnim an den Fürsten Bismarck vom 14. Mai 1869, um, wie es scheint, nachzuweisen, daß der Standpunkt des Grafen nicht immer der nämliche gewesen sei. In diesem Schreiben warnte Arnim die Regierungen, sich in den Streit um theologische Schulmeinungen einzumischen, da es für jene ganz gleichgleichgültig sei, ob die Kirchengesetze und Kirchendekrete von einem Papste ausgehen, der auch ohne das infallibel sei, oder von einem solchen, dessen Infallibilität an das Votum des Conzils geknüpft sei, eine Frage, um die sich bis jetzt aller Streit drehe. „Wesentlich anders liegt die Sache in Bezug auf die Beschlüsse, welche die kirchlich-politische Kommission vorbereitet. Dieselben werden zwar für den Staat nicht so gefährlich sein, als die Tendenzen und Maßregeln der Internationale. Aber unzweifelhaft bleibt, daß die Regierungen die Berechtigung und vielleicht auch die Verpflichtung haben, rechtzeitig Stellung zu nehmen gegen die möglicherweise vorliegende Absicht, über das Verhältnis des Staates zur Kirche mit dogmatischer Autorität, ohne den bei diesen Dingen interessierten Staat als anderen Paciscenten oder gleichberechtigten legislatorischen Faktor zur Beratung zu ziehen, bindende Normen aufzu-

stellen, welche den gesetzlich oder vertragsmäßig bestehenden Zustand in Frage stellen." Da Arnim in diesem Berichte sich über einzelne Persönlichkeiten tadelnd ausgesprochen und über Döllinger gesagt hatte, daß dessen persönliches Selbstgefühl verletzt sei, weil man ihn nicht zu den Vorarbeiten für das Konzil zugezogen habe, daher er nun in seiner Verstimmung die von Rom drohenden Gefahren übertreibe, so bat Arnim in einem Schreiben vom 21. April 1874 Döllinger um Entschuldigung, suchte die Widersprüche zwischen dem Bericht vom 14. Mai 1869 und seinem Promemoria, dessen Veröffentlichung er übrigens nicht veranlaßt habe, abzuschwächen, beharrte auf seiner Ansicht von der Zweckmäßigkeit der Absendung von Regierungsbevollmächtigten und schloß mit den Worten: „Wenn es gelungen wäre, die Wucherpflanzen, welche auf dem Konzil groß gezogen worden sind, im Keime zu ersticken, würden wir uns heute nicht in den unbegreiflichen Wirren befinden, die so ziemlich alles in Frage stellen, was seit langer Zeit Gemeingut der Christenheit geworden zu sein scheint." Da in dieser Redewendung ein Tadel der Bismarck'schen Kirchenpolitik lag, und dieser Privatbrief in der Augsburger A. Ztg. vom 25. April zu lesen war, so konnte Bismarck als vorgesetzter Beamter nicht schweigen; denn eine solche Ausstellung der diplomatischen Hauswäsche und Bloslegung der persönlichen Differenzen war gegen alle Disziplin, zumal da diese Veröffentlichungen den feindlichen Blättern aller Länder Veranlassung gaben, die heftigste Polemik gegen die Bismarck'sche Kirchenpolitik zu eröffnen. Es entstand nun ein Frag- und Antwortspiel zwischen der Reichs-

regierung und Arnim, wobei letzterer eingestand, daß er Döllinger zur Veröffentlichung des an diesen gerichteten Schreibens ermächtigt habe. Darauf wurde er am 15. Mai 1874 in den Ruhestand versetzt und einige Wochen später zur Rückgabe amtlicher Papiere aus dem Archiv der Pariser Botschaft, die sein Nachfolger Fürst Hohenlohe in demselben vermißte, aufgefordert. Zum Teil lieferte er sie auch aus, andere aber bezeichnete er als sein Privateigentum, da sie seinen Konflikt mit Bismarck beträfen, und blieb bei dieser Auffassung trotz der wiederholten dringenden Forderungen des auswärtigen Amtes. Infolgedessen wurde er am 4. Oktober 1874 auf seinem Gute Nassenheide bei Stettin verhaftet und von dem Berliner Stadtgericht am 19. Dezember zwar nicht, wie die Anklage verlangte, der Urkundenunterschlagung und des Amtsvergehens, wohl aber des Vergehens wider die öffentliche Ordnung für schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Teile legten dagegen Berufung ein und das Kammergericht erhöhte die Strafe am 25. Juni 1875 auf neun Monate, indem es die Handlung des Angeklagten als vorsätzliche Beiseiteschaffung amtlicher Urkunden bezeichnete. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Verteidigers wurde vom Obertribunal zurückgewiesen. Eine Disziplinaruntersuchung, die sich an die gerichtlichen Prozesse schloß, endete am 27. April 1876 mit dem Erkenntnis auf Dienstentlassung. Da Arnim aber mittlerweile in der anonym erschienenen Schrift Pro nihilo sich neuer Vergehen schuldig gemacht hatte, wurde abermals vor dem Kammergericht die Anklage auf Landesverrat, Majestätsbeleidigung und Be-

leidigung des Reichskanzlers gegen ihn erhoben. Ein Gesuch der Familie um Niederschlagung dieses Prozesses lehnte der Kaiser ab; der Graf selbst war im Auslande und stellte sich zu den Verhandlungen nicht; so wurde er am 5. Oktober 1876 in contumaciam für schuldig befunden und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein gebrochener Mann starb er einige Jahre später in Nizza.

Druck von A. Winser, Berlin SW., Wilhelmstraße 119/120.

APR 18 1974

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

[illegible] [illegible], Herm[illegible]
1090 [illegible] [illegible] [illegible]lten
[illegible] [illegible]iplom[illegible]ten

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 15 17 02 01 010 5